



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

41. Sitzung

7. Wahlperiode

Donnerstag, 28. Juni 2018, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt	Beschluss
Fragestunde	Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT
– Drucksache 7/2299 – 3	zum Thema
Christel Weißig, BMV 3, 5	Neutralitätsgebot an Schulen achten –
Ministerin Katy Hoffmeister 3	Indoktrination unterlassen 16
Ralf Borschke, BMV 3, 4	Christoph Grimm, AfD 16, 24
Minister Dr. Till Backhaus 3, 4	Ministerin Birgit Hesse 18
Torsten Koplin, DIE LINKE 4	Karen Larisch, DIE LINKE 20
Ministerin Birgit Hesse 4, 5	Marc Reinhardt, CDU 21
Jörg Kröger, AfD 4, 5	Bernhard Wildt, BMV 22
Ministerin Stefanie Drese 5	Philipp da Cunha, SPD 23
Horst Förster, AfD 5, 6	Peter Ritter, DIE LINKE 24
Minister Lorenz Caffier 6	
Nikolaus Kramer, AfD 6, 7	
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD	Antrag der Fraktion der BMV
Offensive für das Handwerk	Einführung eines Schülertickets
– Drucksache 7/2258 – 7	in Mecklenburg-Vorpommern
Wolfgang Waldmüller, CDU 7, 15	– Drucksache 7/2245 – 25
Minister Lorenz Caffier 9	Antrag der Fraktion DIE LINKE
Bert Obereiner, AfD 11	Freie Fahrt mit Bus und Bahn für Kinder
Jochen Schulte, SPD 11	und Jugendliche mit dem Mobi-Pass –
Henning Foerster, DIE LINKE 12	Initialzündung für den Nahverkehr
Bernhard Wildt, BMV 14	– Drucksache 7/2250 – 25

Bernhard Wildt, BMV	25, 36
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	27, 39, 42
Minister Christian Pegel	28, 38
Dr. Gunter Jess, AfD	31, 42
Dietmar Eifler, CDU	32
Simone Oldenburg, DIE LINKE	33
Jochen Schulte, SPD	35

B e s c h l u s s	43
--------------------------------	----

Antrag der Fraktion der AfD	
Rahmenlehrplan Deutsche	
Gebärdensprache erstellen	
– Drucksache 7/2238 –	43

Dr. Ralph Weber, AfD	43, 47
Ministerin Birgit Hesse	44
Karen Larisch, DIE LINKE	45
Maika Friemann-Jennert, CDU	45
Christel Weißig, BMV	46
Andreas Butzki, SPD	47

B e s c h l u s s	48
--------------------------------	----

Antrag der Fraktion DIE LINKE	
EU-Kohäsionspolitik für	
Mecklenburg-Vorpommern zukunftssicher	
fortentwickeln – massiven Kürzungen	
entschieden entgegenzutreten	
– Drucksache 7/2251 –	48

Karsten Kolbe, DIE LINKE	49, 58
Minister Lorenz Caffier	50
Dirk Lerche, AfD	51, 54, 55
Thomas Krüger, SPD	54
Tilo Gundlack, SPD	55
Wolfgang Waldmüller, CDU	55, 57
Jeannine Rösler, DIE LINKE	56
Bernhard Wildt, BMV	57

B e s c h l u s s	59
--------------------------------	----

Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT	
zum Thema	
Zukunft der kleinen Küstenfischerei	
in Mecklenburg-Vorpommern	59

Ralf Borschke, BMV	60, 69
Minister Dr. Till Backhaus	61
Jürgen Strohschein, AfD	63
Jörg Heydorn, SPD	63
Burkhard Lenz, CDU	64
Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	66
Andreas Butzki, SPD	67

Antrag der Fraktion der AfD	
Lehrermangel in Mecklenburg-	
Vorpommern beheben – Attraktivität	
des Lehrerberufs erhöhen	
– Drucksache 7/2240 –	69

Änderungsantrag der Fraktion der AfD	
– Drucksache 7/2307 –	69

Jörg Kröger, AfD	69
Ministerin Birgit Hesse	71
Simone Oldenburg, DIE LINKE	72
Marc Reinhardt, CDU	73
Andreas Butzki, SPD	74
Jens-Holger Schneider, AfD	75
Dr. Ralph Weber, AfD	77
Peter Ritter, DIE LINKE	78

B e s c h l u s s	78
--------------------------------	----

Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Fluchtursachen bekämpfen –	
Landeskampagnen zu deren Beseitigung	
initiiieren und unterstützen	
– Drucksache 7/2253 –	79

Karen Larisch, DIE LINKE	79, 88, 92
Minister Lorenz Caffier	80
Thomas de Jesus Fernandes, AfD	82
Nadine Julitz, SPD	83
Dr. Matthias Manthei, BMV	83
Torsten Renz, CDU	84
Horst Förster, AfD	86
Nikolaus Kramer, AfD	92

B e s c h l u s s	92
--------------------------------	----

Nächste Sitzung	
Freitag, 29. Juni 2018	92

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 41. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 7/2299 vor.

Fragestunde
– Drucksache 7/2299 –

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Justizministerin. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Christel Weißig, Fraktion der BMV, die **Frage 1** zu stellen.

Christel Weißig, BMV: Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin! Ich habe die Frage:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu Zwangsadoptionen in der DDR auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern?

Ministerin Katy Hoffmeister: Einen schönen guten Morgen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Weißig! Auf der Grundlage der Erkenntnisse unserer Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR kann ich Ihre Frage wie folgt beantworten: Es gab in der DDR Fälle politisch motivierter Kindesentziehung. Das Familiengesetzbuch der DDR bot die Möglichkeit, Eltern das Erziehungsrecht zu entziehen und Kinder aus politischen Gründen in Heime einzuweisen. Auch die Durchführung von Zwangsadoptionen war in der DDR möglich.

Eine wissenschaftliche Aufarbeitung von politisch motivierten Adoptionen in der DDR ist bisher nur punktuell erfolgt. Es gibt zwei Veröffentlichungen zu diesem Thema, in denen sieben Fälle von Zwangsadoptionen belegt wurden. Durch Berichte von Betroffenen und die mediale Berichterstattung entstand der Eindruck, dass politisch motivierte Zwangsadoptionen in der DDR in großer Zahl stattgefunden haben sollen. Über den Umfang der Zwangsadoptionen sowohl im Bereich der ehemaligen drei Nordbezirke als auch für die gesamte DDR liegen aber keine belastbaren Zahlen vor.

Besonders schwierig ist, dass bei dieser sensiblen Thematik gelegentlich mit begrifflichen Unschärfen gearbeitet wird. Zunächst muss einmal klar definiert werden, was unter einer Zwangsadoption zu verstehen ist. In der Beratungsarbeit der Landesbeauftragten wird folgende Definition zugrunde gelegt: Kindesentzug aufgrund politischen Verhaltens der Eltern ohne vorherige Gefährdung des Kindeswohls und Adoption der Kinder ohne Vorliegen der elterlichen Einwilligung.

Von der Adoptionsthematik betroffene Bürgerinnen und Bürger bekommen Hilfe und Unterstützung, wenn sie Fragen zur Schicksalsklärung haben und Hilfe für ihre Recherchen benötigen sowohl bei den zentralen Adoptionsstellen der Länder als auch durch alle Landesbeauf-

tragten der jeweiligen neuen Länder. In Mecklenburg-Vorpommern wandten sich in den vergangenen Jahren über 100 Betroffene im Zusammenhang mit der Klärung von Adoptionsverfahren an die Landesbeauftragte. In keinem dieser Beratungsfälle gab es Hinweise auf eine der genannten Definition entsprechende Zwangsadoption.

Dennoch ist es so, dass wir viele Anfragen hatten im Zusammenhang mit anderen Themen, die oft vermischt werden, etwa mit Totgeburten, plötzlichem Kindstod, tödliche Unfälle im Kindesalter, Zwangsadoptionen, Kindesentzug und Heimeinweisung. Zu den oben genannten Beratungsanfragen bei der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern gehören eben auch diese Einzelpersonen und Familien, die sogenannte unklare Kindstode klären wollten. Die Betroffenen vermuten, dass die Kinder nicht verstorben, sondern unter einem anderen Namen adoptiert oder gar verkauft worden seien. Bei der Landesbeauftragten konnten in keinem dieser besonderen Beratungsfälle anhand von aufgefundenen Unterlagen Unregelmäßigkeiten nachgewiesen werden. In jedem Fall belegten die Unterlagen zweifelsfrei, dass die Kinder verstorben sind. – Vielen Dank.

Christel Weißig, BMV: Ich danke Ihnen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Ralf Borschke, Fraktion der BMV, die **Frage 2** zu stellen.

Ralf Borschke, BMV: Guten Morgen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister!

2. Im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte verhinderte 2015 das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte (StALU) den Kauf von Land durch zwei Hobbylandwirte. Diese wollten sich so eine weitere Einnahmequelle erschließen. Stattdessen wurde das Land durch das StALU an den größten Agrarbetrieb in der Umgebung verkauft, der das Land anschließend nicht behielt, sondern sofort weiterverkaufte.

Wie bewertet die Landesregierung diesen Fall angesichts der Äußerungen des Ministers Dr. Till Backhaus, breit gestreutes Eigentum in bäuerlicher Form sei der Garant für eine ausgewogene Entwicklung im ländlichen Raum?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Herr Borschke, zu der Grundaussage, die Sie eben zitiert haben, stehe ich zu einhundert Prozent. Das ist und bleibt auch nicht nur meine Überzeugung, sondern sozialdemokratische Ansicht.

Zum anderen ist es so – ich kann das natürlich aus dieser Anfrage nicht genau entnehmen –, wir haben Tausende von Fällen, aber wir vermuten, dass dieser Fall tatsächlich einen siedlungsrechtlichen Vorkauf nach sich zog, und zwar, der in 2015 ausgeübt werden sollte. Für

uns ist im Übrigen dargestellt worden, dass dieser Hobbylandwirt, von dem Sie wahrscheinlich sprechen, keine Landwirtschaft im Nebenerwerb betrieben hat, sondern Rinder auf einer eigenen Fläche als Hobby und zur Eigenversorgung gehalten hat. Er bestätigte im Übrigen auch – wenn das denn der Fall sein sollte –, dass er in nächster Zeit nicht vorhat, zu einem Nebenerwerbslandwirtschaftsbetrieb zu werden.

Das Landwirtschaftsgericht Neubrandenburg und das OLG, das Oberlandesgericht Rostock, haben hiergegen tatsächlich auch erhobene Rechtsbehelfe rechtskräftig beurteilt und diese Klage zurückgewiesen. Nachdem das Vorkaufsrecht im Übrigen zugunsten des aufstockungswilligen Landwirtschaftsbetriebes diesem Betrieb zugewiesen worden ist, sind diese Flächen dann praktisch bei einem Landwirt gelandet.

Im Übrigen kann ich nur eins noch mal zum Ausdruck bringen: Rechtskräftige Entscheidungen der Gerichte – ich hoffe, das sehen Sie auch so – erübrigen eine Bewertung des Falles durch die Landesregierung.

Ralf Borschke, BMV: Vielen Dank.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich habe fertig.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der AfD und BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wunderbar. Wenn dann beide fertig sind, rufe ich auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Ich bitte den Abgeordneten Torsten Koplin, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 3 und 4** zu stellen.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren!

3. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass die Universitätsmedizin Rostock Vertragsbeziehungen mit Unternehmen eingeht, die zum Portfolio von Private-Equity-Firmen gehören, die wiederum ihren Sitz in Steueroasen wie der Kanalinsel Jersey haben?

Ministerin Birgit Hesse: Guten Morgen, Herr Abgeordneter! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Bildungsministerium wurde im Zuge der aktuellen Untersuchung konkret bekannt, dass eine mittelbare Beziehung eines Auftragnehmers der UMR zu einer Steueroase bestand. Die Beauftragung ist durch die UMR bereits wieder beendet worden, weil der UMR inzwischen relevante Zweifel zu Hintergrund und Leistungen der Firma kamen.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Ich würde gern nachfragen: Sie sprachen gerade davon, dass die Beziehung beendet wurde. Ist sie sozusagen vollständig gelöst oder ruht der Vertrag lediglich?

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrter Abgeordneter, nach meinem Kenntnisstand ist der Vertrag aufgelöst worden, ich würde das aber sonst noch mal schriftlich nachreichen.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Vielen Dank.

Die zweite Nachfrage, die ich habe: Frau Ministerin, der Landesrechnungshof hat am 11. März 2015 eine Nach-

prüfung der Universitätsmedizin Rostock und Greifswald durchgeführt und hat zur Risikofrüherkennung und zu Risikofrüherkennungssystemen darauf verwiesen, dass das sogenannte Compliance Management, also die Überprüfung, ob alle Handlungen regelkonform sind, angemahnt werden muss. Wie sind Sie im Bildungsministerium, das ja zuständig ist, mit dieser Aufforderung des Landesrechnungshofes umgegangen?

Ministerin Birgit Hesse: Der Aufsichtsrat hat diese Empfehlung aufgegriffen und auch entsprechende Compliance-Regelungen erlassen. Näheres kann ich Ihnen gerne auch schriftlich noch mal zukommen lassen.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Danke schön.

Dann meine zweite Frage:

4. Welche Beraterverträge wurden beziehungsweise werden durch Vorstandsmitglieder der Universitätsmedizin Rostock seit dem Jahr 2011 nach Kenntnis der Landesregierung ausgeübt?

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie haben sehr wahrscheinlich der Presse entnehmen können, dass bezüglich des ärztlichen Vorstands der Unimedizin Rostock eine interne Prüfung läuft. Ich bitte insofern um Verständnis, dass ich zu diesem Punkt keine Stellung nehmen kann, da das genau Gegenstand dieser Prüfung ist. Es handelt sich damit um eine Personalangelegenheit, die ich hier nicht öffentlich verkünden darf beziehungsweise wo ich keine näheren Details geben darf.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Eine Nachfrage: Das zur Kenntnis nehmend handelt es sich um Prüfungen, die in staatsanwaltschaftliche Ermittlungen münden würden? Ansonsten gibt es ja die Auskunftspflicht, also um die Dimension Ihrer Antwort zu erfassen.

Ministerin Birgit Hesse: Die Staatsanwaltschaft hat Kenntnis von unserer Prüfung und muss dann natürlich selbst entscheiden, ob sie Ermittlungen aufgreift oder nicht.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Jörg Kröger, Fraktion der AfD, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

Jörg Kröger, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin!

In einem Beitrag des NDR „Nordmagazin“ vom 7. Juni 2018 wurde seitens der unteren Denkmalschutzbehörde Schwerin sowie verschiedener Interessengemeinschaften die mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege beklagt.

5. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass sowohl die obere als auch die unteren Denkmalschutzbehörden mit ausreichend Personal ausgestattet sind, um ihren vielfältigen Aufgaben im Land in angemessenem Maße nachkommen zu können?

Ministerin Birgit Hesse: Guten Morgen, Herr Abgeordneter! Die Personalausstattung des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege ist vor dem Hintergrund des Landespersonalkonzepts 2004 und 2010 mit der Reduzierung der Stellenanzahl und dem Gesetz über die Entbürokratisierung und Deregulierung 2005 mit der Verlagerung staatlicher Aufgaben auf die kommunale Ebene zu sehen. Auch ich habe den Bericht im „Nordmagazin“ gesehen und habe daraufhin Folgendes veranlasst: Um natürlich den vielfältigen Aufgaben der Denkmalfachbehörde perspektivisch mit den vorhandenen Ressourcen in angemessenem Maße nachkommen zu können, werde ich eine externe Organisationsuntersuchung im Landesamt für Kultur und Denkmalpflege veranlassen mit dem Ziel der Optimierung der Geschäftsprozesse, aber auch der Aufgabenzuordnung.

Bezogen auf die Ausstattung der unteren Denkmalschutzbehörden bitte ich um Verständnis, dass das in der Verantwortung der kommunalen Ebene liegt und nicht der Landesebene.

Jörg Kröger, AfD: Vielen Dank. Damit sehe ich auch meine Frage 6 bereits als beantwortet an.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Dann vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Christel Weißig, Fraktion der BMV, die **Frage 7** zu stellen.

Christel Weißig, BMV: Frau Präsidentin! Frau Ministerin, guten Morgen!

Ministerin Stefanie Drese: Guten Morgen!

Christel Weißig, BMV:

7. Sie haben im Dezember 2017 angekündigt, das Obdachlosenproblem in Mecklenburg-Vorpommern zu zählen, die Obdachlosen zu zählen.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Abgeordnete Weißig! Lassen Sie mich zunächst einmal klarstellen, dass ich im Dezember 2017 nicht angekündigt habe, dass Obdachlose in Mecklenburg-Vorpommern gezählt werden sollen. Vielmehr – das haben wir auch in zwei Pressemitteilungen zum Thema so beschrieben – habe ich eine Initiative auf der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister zur Einführung einer Wohnungsnotfallstatistik ergriffen, und im Dezember ist dieser Beschluss auch dort gefasst worden.

Im Laufe der Umsetzung des Beschlusses hat der Bund – hier handelt es sich um das Ministerium für Arbeit und Soziales – zuletzt am 20.06.2018 zu einem Bund-Länder-Gespräch eingeladen, um die Möglichkeiten sowie Inhalte und Umfang so einer bundesweiten Erhebung zur Wohnungslosigkeit von Menschen zu prüfen. Darüber hinaus sind weitere bilaterale Gespräche, etwa mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit Verbänden und Vereinen, unter anderem der Freien Wohlfahrtspflege und der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, die in diesem Zusammenhang auch eine ganz wichtige Rolle spielen, geführt worden.

Mit meiner Initiative wollte ich nicht nur die bei freien Trägern der Wohnungslosenhilfe beratenen Wohnungslosen erfassen. Mit einer einheitlichen bundesweiten Statistik sollen auch die sogenannten untergebrachten Wohnungslosen, das heißt kommunal und ordnungsrechtlich untergebrachte Wohnungslose, durch freie Träger der Wohnungslosenhilfe untergebrachte Wohnungslose mit Kostenübernahme nach SGB XII und wohnungslose Geflüchtete in Übergangsunterkünften mit SGB-II-Bezug und auch von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen berücksichtigt werden.

Zur Frage der Zählbarkeit der Obdach- beziehungsweise Wohnungslosen verweise ich auf die Antworten der Landesregierung zu mehreren Kleinen Anfragen, zuletzt auf den Landtagsdrucksachen 7/874, 7/1028 und 7/486. Bereits der mit der Kleinen Anfrage auf Drucksache 7/874 unternommene Versuch einer Definition der Begriffe Obdach- und Wohnungslosigkeit anhand der Begriffsbestimmung der europäischen Typologie von Obdachlosigkeit zeigt, welche Unklarheit es schon bei der Definition dieses Begriffs gibt, und bevor wir jetzt weiter mit der Statistik oder der Umsetzung der bundesweiten Statistik fortfahren können, muss dieser Begriff erst mal geklärt werden. Auch dazu gibt es Gespräche auf Bund-Länder-Ebene.

Also, um es abzukürzen, aus meiner Sicht ist es völlig wichtig, dass wir so eine bundeseinheitliche Betrachtung und damit auch eine bundeseinheitliche Zählung brauchen, um eben zu unterscheiden, welche sozial- und ordnungsrechtlichen Gesichtspunkte es gibt und wer, um ein realistisches Bild der Obdach- und Wohnungslosen zu bekommen, noch alles mit in der Statistik auftauchen muss. Dazu laufen aber nach wie vor, nach dieser Beschlussfassung im Dezember, die Gespräche, die zwischen Bund und Ländern geführt werden. Über den weiteren Verlauf halte ich Sie gern im Sozialausschuss immer auf dem aktuellen Stand.

Christel Weißig, BMV: Ja, danke schön.

Ministerin Stefanie Drese: Bitte.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Europa. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Horst Förster, Fraktion der AfD, die **Fragen 8 und 9** zu stellen.

Horst Förster, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister!

Laut Äußerungen der Bundeskanzlerin und des Bundesinnenministers ist es in jüngerer Vergangenheit den für Grenzschutz eingesetzten Polizeikräften nicht gestattet gewesen, Personen mit Wiedereinreiseverbot an der Einreise zu hindern. Beide Vertreter der Bundesregierung zeigten sich hierüber selbst überrascht.

8. Wenn das Ministerium für Inneres und Europa des Landes Mecklenburg-Vorpommern hierüber Kenntnis hatte, aus welchen Gründen wurde diese Praxis toleriert?

Und ich schließe, wenn Sie mir noch zustimmen, die nächste Frage gleich an.

9. Kann der Minister für Inneres und Europa ausschließen, dass aufgrund des oben beschriebenen Sachverhalts die beiden nach Paragraph 58a Aufenthaltsgesetz nach Bosnien abgeschobenen Terrorverdächtigen nicht wieder nach Deutschland eingereist sind?

Minister Lorenz Caffier: Ja, schönen guten Morgen, Kollege Förster! Für die Grenzkontrollen liegt die Zuständigkeit bei der Bundespolizei. Die Bundespolizei ist bekanntermaßen dem Bundesinnenministerium nachgeordnet. Wie wir bereits in der Kleinen Anfrage auf Drucksache 7/1789 mitgeteilt haben, äußert sich die Landesregierung nur zu in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Sachverhalten.

Für die Fragen der Kontrolle an der Grenze sowie zur Einreiseverweigerung besteht keine Zuständigkeit der Landesregierung. Gleichwohl sollte bekannt sein, dass sich die Bundesregierung darauf verständigt hat, seit letzter Woche wieder Personen, die mit einer Wiedereinreiseperrre belegt sind, an der deutschen Grenze abzuweisen. Das ist allerdings eine Forderung, die wir schon länger gemacht haben, was die Wiedereinreiseperrre betrifft.

Gemäß Paragraph 11 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz darf ein Ausländer, der ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben worden ist, nicht erneut in das Bundesgebiet einreisen und sich darin aufhalten. Ihm wird auch bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen eines Anspruches nach Aufenthaltsrecht kein Aufenthaltstitel erteilt. Mit der Abschiebungsanordnung auf der Grundlage des Paragraphen 58a Aufenthaltsgesetz, den Sie ja ansprachen, wurde ein unbefristetes Einreise- und Aufenthaltsverbot nach Paragraph 11 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz verfügt.

Das Einreise- und Aufenthaltsverbot ist im Schengener Informationssystem und im Informationssystem der Polizei der Länder und des Bundes gespeichert. Erkenntnisse, dass die Ausländer, gegen die im August 2017 Abschiebungsanordnungen erlassen wurden, wieder nach Deutschland eingereist sind, liegen nicht vor. Darüber hinaus hat die Bundesregierung angekündigt, Personen, gegen die ein Einreise- und Aufenthaltsverbot verhängt wurde, an der deutschen Grenze abzuweisen oder zurückzuweisen. Das ist der Tatbestand, auf den man sich letzte Woche wieder verständigt hat.

Trotzdem, Kollege Förster, wissen Sie, es gibt bestimmte Personen, die auch kriminelle Energien entwickeln. Deswegen ist das der Sachverhalt, so, wie wir ihn derzeit haben, auch nach dem Schengener Abkommen, auch nach unserem Fingerprintsystem. Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass sich die ausgewiesenen Personen wieder in Deutschland aufhalten.

Horst Förster, AfD: Vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD, die **Fragen 10 und 11** zu stellen.

Nikolaus Kramer, AfD: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Innenminister! Frage 10:

10. Wie bewertet die Landesregierung die temporäre Entscheidungspraxis des BAMF, nur über das Ausfüllen von Fragebögen bestimmte Aufenthaltstitel an Asylsuchende zu vergeben?

Minister Lorenz Caffier: Schönen guten Morgen, Kollege Kramer! Zunächst erst mal, es ist nicht Aufgabe des BAMF, Aufenthaltstitel zu vergeben, das ist ausschließlich eine Sache, die durch die zentralen und kommunalen Abschiebungsbehörden und Ausländerbehörden erfolgt. Sie meinen sicherlich die Vergabe des Asylrechts oder eines Aufenthaltstitels.

Dementsprechend ist bekannt, dass das BAMF Asylanträge aus dem Jahr 2015 in schriftlichen Verfahren angenommen hat. Wir haben darüber gestern schon ausgiebig gesprochen. Mit Schreiben vom 21. August 2015 übersandte das BAMF „Verfahrensregelungen zur Aussetzung des Dublin-Verfahrens für syrische Staatsangehörige“ an die Länder. Darin teilte es mit, da einen Teil der schriftlich oder persönlich gestellten Asylanträge von Syrern grundsätzlich ins nationale Verfahren zu übernehmen und keine Überstellungsersuche im Rahmen des Dublin-Verfahrens an die Länder der Erstregistrierung mehr zu stellen.

Anzumerken ist, dass auf Nachfrage des Innenministeriums, also unseres Innenministeriums, durch das BAMF mitgeteilt wurde, dass Entscheidungen in schriftlichen Verfahren in Nostorf/Horst nur getroffen wurden, wenn die Identität der Antragsteller eindeutig geklärt worden ist. Ich betone immer ausdrücklich: unsere Außenstelle in Nostorf/Horst. Es gibt durchaus Flüchtlinge, die aus anderen Ländern hierhergekommen sind.

Als Landesministerium sind wir aber grundsätzlich nicht in der Pflicht, innere Abläufe und organisatorische Entscheidungen von Bundesbehörden zu bewerten und zu beurteilen. Davon abgesehen: Das Ministerium und ich, wir haben uns zur Aussetzung des Dublin-Verfahrens gegenüber dem BMI kritisch positioniert. Auch die Praxis, Entscheidungen nach vorausgegangenen schriftlichen Verfahren zu treffen, ohne Anhörung, habe ich als Innenminister des Landes im Rahmen der Innenministerkonferenz kritisiert. Diese Praxis wurde im ersten Quartal 2016 wieder eingestellt.

Nikolaus Kramer, AfD: Dann Frage 11:

11. Wie steht es nach Kenntnis der Landesregierung um die derzeitige Durchführung von Rücknahme- und Widerrufsverfahren in Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Lorenz Caffier: Kollege Kramer, das BAMF überprüft entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des Asylgesetzes spätestens nach drei Jahren die im Asylverfahren getroffenen Entscheidungen zur Gewährung eines Schutzstatus. Anlassbezogen kann dies allerdings auch früher erfolgen. Basierend auf dieser rechtlichen Grundlage werden auch regelmäßig für in Mecklenburg-Vorpommern aufhältige Ausländer mit anerkanntem Schutzstatus Verfahrensprüfungen durch das Bundesamt vorgenommen. Die können dann zu Rücknahme- oder zu Widerrufsverfahren führen.

Mögliche Gründe für einen Widerruf der Schutzentscheidung sind die Änderungen der Verhältnisse im Herkunftsland oder die individuellen Verfolgungssituationen der Geflüchteten. Ob eine dauerhafte und wesentliche Änderung der Situation vor Ort eingetreten ist, bewertet das Bundesamt anhand vorliegender Erkenntnisse, die beispielsweise vom Auswärtigen Amt oder dem UNHCR erstellt werden, so wie neulich im Rahmen des Irak- oder

auch im Rahmen des Afghanistan-Berichtes des Auswärtigen Amtes und des BMI.

Der überwiegende Teil der Aufhebung von Schutzentscheidungen betrifft nach Darstellung des BAMF Personen, bei denen individuelle Umstände die Aufrechterhaltung des asylrechtlichen Schutzes nicht mehr rechtfertigen. Bei diesen Fallkonstellationen erhält das Bundesamt in erster Linie Informationen insbesondere von den Ausländer-, aber auch von den Sicherheitsbehörden. Mögliche Gründe für einen Entzug des Schutzstatus sind Täuschung über die Identität oder Staatsangehörigkeit – darauf haben wir uns verständigt, dass das auch länger rückwirkend entzogen werden kann –, Fortzug ins Herkunftsland, Begehung von Straftaten oder auch sicherheitsrelevante Erkenntnisse von anderen Behörden.

Das Bundesamt ist verpflichtet, die getroffenen Entscheidungen in jedem Einzelfall zu überprüfen. Aufgrund einer Gesetzesänderung muss das BAMF seit dem 1. August 2015 den Ausländerbehörden aber nicht mehr in jedem Einzelfall das Ergebnis seiner Überprüfung mitteilen. Eine Mitteilung an die Ausländerbehörde ergeht nur noch in den Fällen, in denen eben ein sogenanntes Widerrufs- oder Rücknahmeverfahren eingeleitet wurde.

Wie bereits erwähnt, findet die Überprüfung der Asylentscheidung grundsätzlich nach drei Jahren statt. Der Bundesinnenminister hat ergänzend dazu im Mai 2017 entschieden, dass die Regelüberprüfung positiver Entscheidungen in einem ersten Schritt für 80.000 bis 100.000 Fälle vorgezogen wird. Während die Asylentscheidungen aus dem Jahr 2014 somit regulär im vergangenen Jahr überprüft wurden, wurde auch schon mit Überprüfungen von Verfahren aus dem Jahre 2015 und 2016 begonnen.

Das Bundesamt legte Ende 2017 die Akten für die zu prüfenden Verfahren an und band die zuständigen Landesbehörden ein, um die inhaltliche Prüfung zu beginnen. Gab oder gibt es durch die Ausländer- oder Sicherheitsbehörden Erkenntnisse, dass die Ausländer nicht aus dem angegebenen Heimatland stammen, oder liegen andere Ausschlussgründe vor, kann dies im Rücknahmeverfahren, zum Beispiel in einer erneuten persönlichen Anhörung, überprüft werden. Ob der Sachverhalt für eine Rücknahme ausreicht, wird in jedem einzelnen Fall entschieden.

Aufgrund der hohen Fallzahl von 2015 und 2016 kommt es in hoher Zahl nunmehr auch zu Prüfverfahren. Um sicherzustellen, dass das Nichteinhalten von Prüffristen nicht in Einzelfällen zur Verfestigung eines Aufenthaltsstatus führt, hat sich das Bundesministerium des Innern mit den Landesinnenministerien zur Vorgehensweise abgestimmt. Die Ausländerbehörden melden nunmehr Fälle, die zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis anstehen und bei denen damit eine Verfestigung des Aufenthaltstitels erfolgen würde oder abzusehen ist, an das BAMF, damit dieses fristwährend dementsprechende Fälle im Zweifelsfall auch vorziehen kann und bewerten kann, damit es eben nicht die Verfestigung des Titels gibt.

Im BAMF sind nach dortigen Aussagen grundsätzlich genügend Stellen vorhanden, um die Prüfverfahren durchzuführen. Im bisherigen Berichtsjahr 2018 wurden laut Asylgeschäftsbericht des BAMF insgesamt 38.780 Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren getroffen. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 1.255 Entscheidungen.

Die meisten Entscheidungen im Berichtsjahr betrafen die Staatsangehörigen aus Syrien mit 24.783 Entscheidungen und dem Irak mit 4.738 Entscheidungen.

Nikolaus Kramer, AfD: Vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Damit sind wir am Schluss der heutigen Fragestunde.

Ich begrüße auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule Technik Schwerin. Herzlich willkommen!

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Offensive für das Handwerk, Drucksache 7/2258.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Offensive für das Handwerk – Drucksache 7/2258 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unser heutiger Antrag – da geht es um das Handwerk. Wir wollen auch nicht müde werden, immer wieder auf das Handwerk aufmerksam zu machen. Vor Kurzem oder vorgestern, vorgestern war das Sommerfest der Gebäudereiniger-Innung hier am Franzosenweg, und dort beendete der Vorsitzende die Rede mit „Gott schütze das ehrbare Handwerk!“. Dieser Ehrenkodex, der in diesem Handwerk ist, zeichnet auch die Bedeutung des Handwerks aus.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Vor allen Dingen in Bayern.)

Wir reden von 20.000 Handwerksbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern mit über 100.000 Beschäftigten, mit 6.000 Lehrlingen. Jeder siebte Arbeitsplatz ist im Handwerk. Wir können also ruhig davon sprechen, dass das Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern eine Schlüsselrolle in der wirtschaftlichen Entwicklung einnimmt. Wenn ich jetzt die Entwicklung der Ausbildungszahlen im Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern sehe, dann ist das alarmierend. Im Jahr 2005 gab es noch knapp 12.000 Lehrlinge in Mecklenburg-Vorpommern, zum Ende des Jahres 2017 waren es noch knapp über 5.000, also ein Rückgang von 57 Prozent. Auch die Anzahl von Neuverträgen bei Auszubildenden im Handwerk hat sich in diesem Zeitraum nahezu halbiert.

Wenn man es positiv formulieren wollte, dann könnte man sagen, die Chancen im Handwerk sind so gut wie nie zuvor, wenn man es positiv formuliert, aber die Sache ist zu ernst. Momentan warten Tausend offene Azubistellen auf die Bewerber. Eine positive Bewertung kann deswegen nicht angezeigt sein, im Gegenteil, diese Entwicklung bereitet uns allen, glaube ich, große, große Sorgen. Wie soll sich eigentlich künftig die Unternehmensnachfolge gestalten, wenn derzeit von über 6.000 Handwerksbetrieben in unserem Land die Inhaber 55 und älter sind?

Der Azubirückgang wirkt natürlich auch auf den Markt. Es ist ja nicht so, dass Handwerksleistungen nicht nachge-

fragt würden. Im Gegenteil, Sie wissen, wie die aktuelle Auftragssituation ist. Aufträge im Handwerk können oft nur mit Verzögerung abgearbeitet werden. Angebot und Nachfrage stehen derzeit in keinem gesunden Verhältnis. Es geht also aufgrund dieser Entwicklung schlichtweg um den Fortbestand des Handwerks in Mecklenburg-Vorpommern.

Und, meine sehr verehrten Damen, schauen wir uns mal die Azubizahlen im Handwerk etwas genauer an: Von 2005 bis 2014 erfolgte der Rückgang geradezu linear. Seit 2014 haben wir einen kleinen, einen kleinen, leichten Anstieg. Das wird auch etwas zu tun haben mit den Landesprogrammen „Meister-Extra“, „Meister-Dank“ oder den Kampagnen „Besser ein Meister“ und „Durchstarten in MV“. Das wird sicherlich damit zusammenhängen. Wir haben also einen Trend verlangsamt, aber wir können den Trend nicht zurückdrehen, denn ganz offensichtlich ist der Azubirückgang kein hausgemachtes Problem. Das Problem fehlender Lehrlinge ist nicht aufgrund politischer Entscheidungen in Mecklenburg-Vorpommern entstanden.

Wir haben bei den Handwerkskammern Unternehmensentwicklungen abgefragt. Sie kennen ja die Kategorisierung der Anlage A, der meisterpflichtigen Gewerke, und der Anlage B, die Gewerke ohne Meisterpflicht. Der Zuwachs der Anlage A, also mit Meisterpflicht, ist minimal, stagniert quasi. In der Anlage B hingegen sind seit dem Eingriff 2004 von der damaligen Bundesregierung neu genau 53 von 94 Gewerken herabgestuft worden. Gerade in dieser Anlage B, also ohne Meisterpflicht, stieg die Anzahl der Handwerksbetriebe seit der Reform um fast 40 Prozent, während die anderen stagnierten.

Hier soll heute aber kein Handwerk gegen das andere ausgespielt werden. Das Problem besteht nun darin, dass Gewerke ohne Meisterpflicht deutlich seltener ausbilden. Auch dazu beeindruckende Zahlen, die das deutlich machen: In 2017 gab es 1.546 Azubineuverträge in Gewerken mit Meisterpflichten, also in der Anlage A mit Meisterpflicht 1.546 neue Verträge. Zum Vergleich gab es jedoch in den Berufen mit Anlage B ohne Meisterprüfung nur 87 Ausbildungsverträge. Wenn man einfach mal Mathematik anwendet, heißt das, wenn die zulassungsfreien Gewerke deutlich schneller wachsen als die Gewerke mit Meisterpflicht, stagniert der Zuwachs an Azubiverträgen mit mathematischer Sicherheit.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle kommt nun auch die europarechtliche Komponente ins Spiel. Handwerker aus anderen EU-Ländern können sich durch Wiedereinführung der Meisterpflicht benachteiligt sehen. Wir haben am 21. März 2018 in Brüssel über das Herkunftslandprinzip gesprochen. Diejenigen, die dabei waren, wissen das. Es besagt, dass der Dienstleistungserbringer auch bei einer Tätigkeit in einem anderen Mitgliedsstaat nur dem Recht seines Herkunftsstaates unterliegt. Nun sind natürlich bei uns in Deutschland die rechtlichen Standards und die Qualität hoch, das ist auch gut so, deswegen ist ja der Erfolg der dualen Ausbildung so hoch, aber mit dem Herkunftslandprinzip wird dies umgangen. Beantworten Sie sich selbst die Frage, wie wir bewirksam niedrige Qualität für potenzielle Lehrlinge in der Zukunft ist! Das verunsichert potenzielle Azubis.

Mindestens ebenso wichtig, ist, dass ich nicht glaube, dass die Diskussionen über unsere duale Ausbildung mit dem Scheitern der EU-Dienstleistungsgrade am Ende sind. Wir haben das in der Vergangenheit alle zusammen

erlebt. Immer, wenn wir dachten, es ist ein Schritt nach vorne gegangen in der EU bei der Anerkennung der dualen Ausbildung in Deutschland, bei dem guten System, hat sich irgendjemand wieder irgendwo was ausgedacht. Vielleicht ist es auch heute so, dass in irgendeiner Schublade eines Referenten wieder irgendein Entwurf lauert. Damit muss endlich Schluss sein.

Das stärkste Argument, was wir dabei vorbringen können, ist doch die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich. Sie wissen, bei uns in Deutschland liegt sie bei 6 Prozent, in Spanien beispielsweise bei 34,4 Prozent. Das sind eindeutige Zahlen und deswegen sollte Brüssel unsere Ausbildungskriterien endlich als Vorbild und nicht als Hürde für einen gemeinsamen Binnenmarkt verstehen.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Der Meisterbrief muss für einzelne Berufsbilder EU-konform eingeführt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Berlin muss hier gegenüber Brüssel weitere Überzeugungsarbeit leisten.

Meine Damen und Herren, die IHK im Land haben vor drei Jahren zwei tolle Veranstaltungen in Rostock und Schwerin durchgeführt. Prominente Gäste waren dabei: Frau Professor Dr. Wanka und Professor Dr. Nida-Rümelin. Der Tenor war damals, man muss nicht studiert haben, um beruflich erfolgreich zu sein.

(Christian Brade, SPD: Jawohl!)

Genau.

Da kommt auch schon eine Krux. Man spricht ja, wenn man das ein bisschen zuspitzen will, vom Akademisierungswahn. Aber genau darum geht es. Es darf doch keine Wertung einer akademischen Ausbildung und einer dualen Ausbildung geben. Jeder muss seinen Weg finden, wie er in Zukunft seine Karrierechancen sucht, aber es darf doch keine Wertung stattfinden, das eine ist viel besser als das andere. Daran müssen wir alle zusammenarbeiten, auch in der Schule.

Und wenn Sie das sehen, wenn wir diesen Begriff „Akademisierungswahn“ vielleicht noch einmal bemühen: Es wählt etwa die Hälfte der Schulabgänger in Mecklenburg-Vorpommern das Studium, wobei circa 30 Prozent das Studium vorzeitig abbrechen. Die duale Ausbildung eröffnet also für jeden seinen Weg und eröffnet natürlich hervorragende Karriereoptionen. Wir haben deswegen in unserem Antrag nochmals die Gleichwertigkeit zwischen dualer und akademischer Ausbildung aufgeführt.

Aber seien wir ehrlich, die viel zitierte Gleichwertigkeit hat noch ein Glaubwürdigkeitsproblem. Eine akademische Ausbildung ist nämlich kostenfrei, eine Meisterqualifikation ist es nicht. Sie wissen, dass der Meisterbonus im Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD im Bund festgehalten ist, und wir fordern heute eine rasche Umsetzung dieses Vorhabens. Die eingangs zitierten Zahlen zeigen ja, wie bitter nötig das ist.

Meine Damen und Herren, im April hat meine Fraktion mit Vertretern der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und der Vereinigung der Unterneh-

mensverbände ein Maßnahmenbündel zur attraktiven Steigerung der beruflichen Bildung auf den Weg gebracht. Frau Ministerin Hesse wird dazu mit uns ins Gespräch kommen, das hat sie zugesagt. Wo es nur geht, müssen wir als Politik werbewirksam etwas für eine berufliche Bildung entwickeln.

(Der Abgeordnete Manfred Dachner bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Dachner, wir sind in der Einbringung. In der Einbringung sind keine Fragen zulässig.

(Manfred Dachner, SPD: Ja, leider.)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Ich will aber nicht verhehlen, dass ich auch Ausbildungsbetriebe in der Pflicht sehe.

Ich bin gleich fertig.

Lehrjahre sind sicher keine Herrenjahre, dennoch gehören auch Ausbildungsvergütungen auf den Prüfstand.

(Thomas Krüger, SPD: In der Tat.)

Für DEHOGA-Azubis gab es vor wenigen Monaten eine Tarifierhöhung im zweistelligen Bereich. Dieses Beispiel muss Schule machen. Der Dialog über Untergrenzen bei der Ausbildungsvergütung muss konstruktiv begleitet werden. Die Leistungsfähigkeit der Ausbildungsbetriebe muss beachtet werden und die ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Waldmüller, Ihre Redezeit ist schon ...

Wolfgang Waldmüller, CDU: Ich komme zum Ende.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... länger abgeschlossen.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Und ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Nein, jetzt kommen Sie nicht mehr zum Ende. Ich habe Ihnen wirklich noch 30 Sekunden draufgegeben.

(Andreas Butzki, SPD: Er lernt das nie.)

Jetzt ist Schluss.

(Andreas Butzki, SPD: Er lernt das nie.)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von 210 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat in Vertretung des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

(Jochen Schulte, SPD: Nicht, dass wir uns daran gewöhnen!)

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Nein, nein, ich glaube nicht, Herr Schulte.

(Andreas Butzki, SPD: Möchten Sie ein anderes Ministerium übernehmen?)

Das wird beim nächsten Mal hoffentlich wieder alles ordnungsgemäß ablaufen, dass die zuständigen Minister dann vortragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die laufende Legislaturperiode wurde vereinbart, dass die Unterstützung bei Unternehmensnachfolgen fortgeführt wird. Weiterhin haben die Koalitionäre festgestellt, dass Handwerk und Mittelstand tragende Säulen der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern sind und daher in Zukunft weiter gestärkt und im Zweifel auch unterstützt werden müssen. Deshalb werden die erfolgreichen Kampagnen „Besser ein Meister“ und auch die „Meisterprämie“ fortgeführt, um Existenzgründer im Handwerk bei der Unternehmensnachfolge zu unterstützen.

Die Koalitionsvereinbarung stellt fest, dass der Erhalt und die Würdigung des Meistertitels essenziell zur Sicherung des Fachkräftebedarfs beitragen. Der Meistertitel als Gütesiegel im Handwerk wird durch das Programm „Meister-Extra“ erfolgreich gestärkt. Das „Meister-Extra“ wurde auf 2.000 Euro erhöht. Bis zu 50 beste Meisterinnen und Meister erhalten ein Meister-Extra von 5.000 Euro, wenn sie als Beste ihres Gewerkes beziehungsweise Faches die Meisterprüfung abgelegt haben.

Im Namen des Ministers kann ich Ihnen zu den vorgenannten Vereinbarungspunkten berichten, dass mit der Fortführung des Landesprogrammes „Meister-Extra“ und „Meisterprämie“ mittelfristig Effekte zur Sicherung des Fachkräftebedarfs zu erwarten sind. Für die Sicherung von Unternehmensnachfolgen konnten aufgrund der Richtlinie zur Förderung von Unternehmensnachfolgen im Handwerk mit Stand vom 31. Mai 2018 bereits an 22 Unternehmer/Unternehmerinnen Meisterprämien in Höhe von insgesamt 165.000 Euro ausgereicht werden. Damit zeichnet sich ab, dass die Bewilligungen für das Jahr 2018 deutlich über denen der Jahre 2016 mit 26 und 2017 mit 24 liegen werden. Seit 2011 werden 199 Meisterprämien in Höhe von insgesamt 1.492.500 Euro aus gegeben.

Das heißt aber auch, dass diese 199 Meisterinnen und Meister erstmals eine Existenz gegründet oder einen bestehenden Betrieb übernommen haben. Aber bis 2025 erwartet die IHK etwa 10.000 Unternehmen, die aus Altersgründen zur Übergabe anstehen. Hierbei geht es klar darum, Arbeitsplätze zu erhalten und vorhandene Fachkompetenz weiterzugeben. Es ist eine große Herausforderung. Daher wird mit dem Projekt „Unternehmensnachfolge MV“ unter der Trägerschaft der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern beim Handwerk und beim Mittelstand für die Nachfolgeproblematik sensibilisiert sowie öffentlich thematisiert. Das Projekt soll bei der Suche nach einer Nachfolge aktiv unterstützen.

Die Landesregierung hat des Weiteren mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 zur Förderung von Maßnahmen für

das Handwerk in M-V Haushaltsmittel in Höhe von 1.195.000 Euro bereitgestellt, die für die Fortführung der Programme „Meister-Extra“ und „Meisterprämie“ eingesetzt werden. Seit 2008 wird zur Positionierung des Meistertitels als Premiummarke in Mecklenburg-Vorpommern die Handwerkskampagne „Besser ein Meister“ als Marketing- und Imagekampagne des Handwerks zur Fachkräftesicherung mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums durch die Handwerkskammern des Landes durchgeführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beispiele zeigen, dass die Landesregierung Anreize setzt und so unter anderem mit Maßnahmen qualifizierter Ausbildungen im Handwerk zur Stärkung des Handwerks insgesamt beiträgt. Hiervon profitieren letztendlich auch unsere Schulabgänger, da ihnen mehr Handwerksbetriebe für ihre persönliche Ausbildung zur Verfügung stehen. Um die duale Berufsausbildung im Handwerk mit ihren drei Säulen „Ausbildungsbetrieb“, „Berufsschule“ und „überbetriebliche Lehrunterweisung“ wird Deutschland in Europa beneidet. Mit dieser Berufsausbildung können unsere Fachkräfte von morgen sowie unsere Meister und Techniker von übermorgen gewonnen, ihnen Perspektiven eröffnet und die Jugendarbeitslosigkeit deutlich reduziert werden.

Die Jugendarbeitslosigkeit betrug im März 2018 in Deutschland rund 6 Prozent. Zum Vergleich: In Italien liegt sie bei 32, in Spanien bei 35 Prozent, in Griechenland sogar bei 42 Prozent. Laut Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Mai 2018 sind in M-V 5.900 Ausbildungsplätze unbesetzt, ein Plus von knapp 600 oder von 11 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Daher sind die Chancen auf einen Ausbildungsplatz und eine spätere Übernahme selten so gut wie heute.

Landesweit wurden nach Angaben der Handwerkskammern unseres Landes bis Anfang Juni 2018 579 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dies entspricht zurzeit der Anzahl des Vorjahres. Gleichzeitig werden von den Handwerksunternehmen 1.020 freie Stellen angeboten. Fachkräfte werden in allen handwerklichen Betrieben gesucht. Die meisten freien Ausbildungsplätze werden derzeit in Gewerken wie Elektroniker, Anlagenmechaniker für das Sanitär-, Heiz- und Klimahandwerk, Metallbau oder Feinwerkmechaniker angeboten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der häufig formulierte Fachkräftebedarf, um es positiv auszudrücken, ist auch in M-V vorhanden. Die Situation der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern ist grundsätzlich gut. Gegenwärtig verzeichnen viele Handwerksbetriebe im Land einen deutlichen Auftragsüberschuss. Zwar führt dies zu einer erfreulichen Auslastung der Betriebe, gleichzeitig kann die Auftragslage jedoch kaum bewältigt werden. Jeder, der derzeit baut oder mit Handwerksbetrieben zu tun hat, spürt das ja auch persönlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach meinen Ausführungen zur Situation im Land will ich noch mal auf die Punkte des Antrages eingehen. Der vorliegende Antrag „Offensive für das Handwerk“ wird unterstützt.

Zum Punkt 2 des Antrages: Die Änderungen der Handwerksordnung im Jahr 2004 im Bereich der Anlage A von vorher 94 zulassungspflichtigen auf 41 Gewerke wurde aufgrund von EU-Recht vorgenommen. Wir sollten allerdings trotzdem am Ball bleiben. Wir müssen uns gemein-

sam für eine verfassungskonforme Novelle der Handwerksordnung unter Berücksichtigung EU-rechtlicher Vorgaben einsetzen. Hierfür brauchen und benötigen wir auch den Bund im Boot. Die Aufwertung zulassungspflichtiger Gewerke gemäß Anlage A der Handwerksordnung zu erwirken, bleibt eine Herausforderung.

Zum Punkt 2b des Antrages: Zum Thema Mindestausbildungsvergütung haben sich die Fraktionen von SPD und CDU/CSU bereits in dem Koalitionsvertrag auf die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung verständigt. Auch die Landesregierung bekennt sich zur Tarifautonomie. Gemeinsam mit den Sozialpartnern wird daher beraten, wie die Tarifbindung im Land weiter gesteigert werden kann. Seit dem Jahr 2010 werden in M-V Stabilisierungstendenzen in der Tarifbindung der Betriebe festgestellt. Neben tarifgebundenen Betrieben orientiert sich etwa ein weiteres Viertel der Betriebe hinsichtlich der Entgeltgestaltung am bestehenden Branchentarifvertrag.

Zum Punkt 2c des Antrages: Für den möglichst vollständigen Abbau finanzieller Hürden bei der Berufsausbildung ist zu werben. Die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Ausbildung wurde mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes hergestellt. Dadurch können auch Teilnehmer ohne abgeschlossene Berufsbildung, etwa Studienabbrecher, Zugänge zur Aufstiegsprüfung in Fortbildungsordnungen nutzen. Mehr Interessierte können somit für anspruchsvolle Ausbildungsfortbildungen im dualen System beruflicher Bildung gewonnen werden. Zugleich wird hiermit ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Fach- und Führungskräftenachwuchses aus dem dualen System für die Wirtschaft geleistet.

Auf Bundesebene haben sich CDU/CSU und SPD auf bessere Leistungen durch das Aufstiegs-BAföG, für die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung und den Abbau beim Berufseinstieg sowie auf die Erstattung von bei der Meisterprüfung angefallenen Gebühren ganz oder teilweise verständigt. Die Umsetzung dieser Absichtserklärung bedarf aber einer zusätzlichen finanziellen Ausgestaltung durch den Bund und/oder die Länder. Der entstehende Mehrbedarf kann gegenwärtig leider nicht ansatzweise quantifiziert werden.

Aktuell hat sich der Bundesrat im April mit einer entsprechenden Entschließung zur Gebührenfreiheit für die Aufstiegsfortbildung befasst und diese in die Ausschüsse verwiesen. Mit der Initiative soll der Bundesrat die Bundesregierung auffordern, die Befreiung von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren im Rahmen der anstehenden Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes umzusetzen. Weiterhin soll die Bundesregierung prüfen, ob der bisherige Kostenverteilungsschlüssel zwischen Bund und Ländern beim Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz an die Regelungen für das BAföG angepasst werden kann. Der Bundesrat soll die positiven Entwicklungen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes begrüßen und die im Koa-Vertrag des Bundes formulierte Absicht unterstützen, mit einer weiteren Gesetzesnovelle die Förderbedingungen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes auszubauen.

Abschließend zum Punkt 2d des Antrages: Den Status der deutschen Meisterqualifikation in Europa zu sichern, zu stärken und zu verteidigen sowie gegenüber der EU darauf zu drängen, den Meisterbrief für einzelne Berufs-

bilder EU-konform einzuführen, ist dem Wirtschaftsminister und dem Wirtschaftsministerium ein großes Anliegen. Der Meisterbrief wird auch „Großer Befähigungsnachweis“ genannt und berechtigt nicht nur zum selbstständigen Führen eines Handwerksbetriebes, sondern eben auch zum Ausbilden von Handwerkernachwuchs. Der Meisterbrief ist damit auch ein Garant für eine duale Ausbildung im Handwerk.

Seit 2004 besteht nach der Handwerksordnung, wie bereits erwähnt, in 41 Gewerken Meisterpflicht. Es handelt sich dabei um zulassungspflichtige Handwerke. Wir müssen uns beim Bund weiter für den Erhalt der Meisterbriefe einsetzen. Gleichzeitig ist wichtig, dass wir uns für die EU-konforme Wiedereinführung der Meisterpflicht für einzelne Berufsbilder einsetzen. Ich bitte Sie daher, den vorgebrachten Antrag zu unterstützen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Philipp da Cunha, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Obereiner.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zielrichtung des Antrages sind die Aufwertung der dualen Ausbildung, eine Verbesserung der Meisterausbildung, der Vergütung der Auszubildenden und die Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung – ein sehr guter Antrag, wir unterstützen ihn vollumfänglich. Vieles wurde auch schon genannt. Ich möchte nur noch einige wenige Gesichtspunkte hinzufügen.

Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks sagte jüngst, dass mittlerweile ein Kunde, der einen Handwerker bestellt, zehn Wochen auf die Erledigung des Auftrags warten muss. Er spricht davon, dass in den nächsten fünf bis sechs Jahren 200.000 Handwerksbetriebe mit etwa einer Million Beschäftigten vor dem Generationswechsel stehen. Dort ist es dann natürlich ein Problem, wenn die Zahl der Auszubildenden ständig sinkt, in Mecklenburg-Vorpommern ja, wie bereits gesagt, doch weniger als die Hälfte in den letzten zwölf Jahren. Auch bundesweit haben wir einen Rückgang: seit 2000 483.000 Auszubildende in Handwerksbetrieben, im letzten Jahr noch 365.000.

Das Problem ist natürlich die Änderung der Handwerksordnung aus dem Jahr 2004 der damaligen rot-grünen Bundesregierung, auch das wurde bereits gesagt. Die mangelhafte Ausbildung, die geringen Ausbildungszahlen in den Handwerksbetrieben, die in der Anlage B der Handwerksordnung stehen, sprechen für sich. Von daher ist der Antrag zu unterstützen und wir werden dem zustimmen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Da von meinen Vorrednern vieles bereits gesagt wurde

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Besonders von Herrn Obereiner.)

und ich auf dem Standpunkt stehe, es muss nicht jeder alles sagen, gestatten Sie mir, an dieser Stelle einfach noch mal die grundsätzliche Position der SPD-Fraktion in diesem Haus zu der Frage des Meisterbriefes, aber insbesondere auch zur Frage der dualen Ausbildung deutlich zu machen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn der eine oder andere nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland glauben mag, dass ein unbegrenzter, uneingeschränkter freier Marktzugang zur DNA der Marktwirtschaft oder auch der sozialen Marktwirtschaft gehöre, so ist die Meisterpflicht jedoch nicht nur irgendein lästiges Handelshemmnis, sondern für uns und aus unserer Sicht ein wichtiger Qualitätsstandard des deutschen Handwerks. Nur der Meisterbrief – auch das möchte ich an dieser Stelle noch einmal klarstellen, denn meine Fraktion und ich persönlich haben dies wiederholt in diesem Haus getan –, nur der Meisterbrief garantiert am Ende Ausbildungsplätze und eine Qualität der Leistung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD und Dietmar Eifler, CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Landtagsfraktion in diesem Haus hat schon immer zum Handwerk und zum Meisterbrief gestanden. Und da hat die SPD nicht erst in der heutigen Debatte, sondern bereits im Jahre 2014 darauf hingewiesen, dass der Meisterbrief Ausgangspunkt für erfolgreiche Existenzgründungen und Garant für eine hochwertige Ausbildung ist. Damals – und das hat sich vom Grundsatz her bis heute nicht geändert – ist jeder sechste sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern im Handwerk tätig. Und auch damals – auch das hat sich bis heute nicht geändert – ist das Handwerk der Bereich, der überproportional in unserem Land ausbildet.

Dass dieses Land – damit meine ich nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, sondern die Bundesrepublik Deutschland insgesamt –, dass dieses Land auch heute wirtschaftlich so erfolgreich dasteht, ist nicht zuletzt sowohl den Handwerkern, den Meistern, aber insbesondere auch der dualen Ausbildung hier in Deutschland zu verdanken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Diejenigen, die ausgebildet werden, aber insbesondere auch diejenigen, die in den Betrieben ausbilden, sind die Garanten für die weitere erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und Mecklenburg-Vorpommerns.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – und damit will ich dann auch schon zum Schluss kommen –, es freut mich umso mehr, dass in dem letzten Koalitionsvertrag auf Bundesebene die Position, die wir in diesem Haus als SPD-Landtagsfraktion schon seit Längerem vertreten haben, auch in den Zeiten, als die Bundes-SPD vielleicht etwas kritischer zum Meisterbrief gestanden hat,

(Torsten Renz, CDU:
Das gabs auch, ja?)

dass die Position, die wir als SPD-Landtagsfraktion schon immer vertreten haben, tatsächlich jetzt Eingang gefunden hat in die Koalitionsvereinbarung, nämlich, dass die duale Ausbildung im Handwerk nicht nur gesichert, sondern auch verstetigt werden soll, und vor allem,

auch das ist hier eben schon angesprochen worden, dass der Meistervorbehalt ausgedehnt werden soll, soweit das EU-rechtskonform möglich ist. Denn der Meisterbrief – das wissen Sie alle, das hoffe ich jedenfalls – ist tatsächlich ein Garant für Qualität und Leistung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen unterstützen wir natürlich – was ja auch nicht die Frage ist, sonst hätten wir diesen Antrag nicht mit eingebracht – alle weiteren Bemühungen, und ich hoffe, dass alle Fraktionen in diesem Haus diesem Antrag ihre Unterstützung entsprechend geben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer von Ihnen just in diesem Moment mal das Smartphone zücken würde, um einen beliebigen Handwerker mit dem Ziel anzurufen, beispielsweise ein Möbelstück aufarbeiten zu lassen, der wird vielleicht mit sehr viel Glück noch einen Termin im Jahr 2019 bekommen. Die Auftragsbücher sind voll, das Geschäft brummt, es stellt sich also die Frage: Ist alles in Butter?

Das Handwerk selbst kommt in seiner „Handwerks Zeitung“ vom Oktober 2017 zu dem Schluss: Nein, das Gegenteil ist der Fall. Eine Studie der Universität Göttingen zeigt auf, dass das Handwerk in den vergangenen Jahren tatsächlich deutlich an Boden verloren hat. So wurden von 2008 bis 2014 zwar 5,6 Prozent mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte eingestellt, gesamtwirtschaftlich waren es aber 10,9 Prozent. 10,2 Prozent mehr Umsatz konnte das Handwerk machen, 16,3 Prozent waren es insgesamt. Auch der Anteil an Auszubildenden im Handwerk – das klang hier verschiedentlich schon an – ist zurückgegangen. Wenn man jetzt mal auf Ursachenforschung geht, dann stößt man im Wesentlichen auf drei Gründe für die Situation im Handwerk:

Erstens. Da sich Deutschland auf Teufel komm raus auf den Export konzentriert und die Stärkung der Binnenfrage jahrelang vernachlässigt wurde, hat das Handwerk von den wirtschaftlichen Erfolgen deutlich weniger profitiert.

Zweitens. Der Rückgang der öffentlichen Investitionen und der angehäuften Investitionsstau haben das Handwerk deutlich getroffen.

Und schließlich drittens sind es die Folgen der Novelle der Handwerksordnung von 2004, die von SPD und GRÜNEN gegen die Warnung von Experten und auch gegen den Widerstand der LINKEN im Bundestag durchgepeitscht wurde. Die Befürchtungen, dass die Unternehmensstrukturen dann noch kleinteiliger werden und das zulasten von Ausbildung geht, sind am Ende eingetreten. Über 40 Prozent der Handwerksbetriebe werden heute von Soloselbstständigen geführt. Das hat natürlich Konsequenzen, auch für das Ausbildungsangebot beziehungsweise für die Ausbildungsbereitschaft.

Gut finde ich, dass die SPD diesen vorliegenden Antrag mitträgt, der ja noch einmal klar benennt, dass die dama-

lige Novelle unsinnig war. Immerhin sind die Sozialdemokraten an dieser Stelle lernfähig.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Allerdings kommt der Antrag doch ein wenig als zweiter oder dritter Aufguss daher.

(Jochen Schulte, SPD: Haben Sie gehört,
was der Kollege Renz gesagt hat?
Das war sehr richtig.)

Das ist gar nicht so negativ gemeint, wie es klingt, aber es sagt natürlich einiges über die Arbeitsweise der Landesregierung aus, wenn die CDU, die ja scheinbar federführend bei diesem Antrag ist, darin noch einmal aufzählt, zu welchen Punkten es bereits Landtagsbeschlüsse gegeben hat und dass diese eben offensichtlich nicht die gewünschte Wirkung erzielt haben.

Meine Damen und Herren, ich würde sagen, wir haben, was die Situation im Handwerk angeht, kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Da können wir uns hier hinstellen und noch 20 Mal feststellen und mit beschlossenen Drucksachen um uns werfen, dass es zum Beispiel ein Übergangskonzept Schule/Beruf gibt, dass aber, seitdem es das Licht der Welt erblickte, relativ wenig passiert ist,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nix, gar nix!)

aber eigentlich müssten mal die Ärmel hochgekrempelt und das ganze System müsste wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Aber man hat den Eindruck, die Landesregierung mag es etwas gemütlicher und klebt überall, wo es wehtut, lieber kleine süße Trostpflasterchen drauf, anstatt die Wunde zu versorgen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, das heißt jetzt „Pakt“.)

Und, meine Damen und Herren, ich weiß ja, dass Sie durchaus in der Lage sind, hier gleich wieder ein Feuerwerk an Beispielen abzubrennen, was Sie alles bewegt, verändert und gezaubert haben – wenn wir allerdings über die fehlenden Fachkräfte und den Nachwuchsman gel diskutieren, dann möchte ich mal daran erinnern, dass das mit vielen Faktoren zu tun hat und wer die Verantwortung dafür trägt, dass beispielsweise die Hälfte der Berufsschulstandorte geschlossen worden sind. Die damit zusammenhängenden langen Fahrwege sind eben auch etwas, was dazu führt, dass sich Auszubildende heute nicht fürs Handwerk entscheiden. In dem Punkt zumindest sind wir uns auch mit den Vertretern der Handwerkskammer einig.

Die Koalition ist diejenige, die hier Jahr für Jahr vor sich hin wurschtelt – wir hatten ja jüngst das Thema der Fahrkostenrichtlinie –, anstatt ein vernünftiges Papier auf den Tisch zu legen. Und wenn ich mir jetzt den Antrag anschau und dann lese, das steht dort auch wieder, ich darf das zitieren: ein „möglichst“ vollständiger „Abbau finanzieller Hürden“ soll „bei der Berufsausbildung“ erfol-

gen, dann bin ich eben skeptisch, ob denn am Ende tatsächlich etwas Vernünftiges herauskommen wird.

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Meine Damen und Herren, wenn ich mich schon ein wenig in Rage geredet habe, dann passt das Thema Mindestausbildungsvergütung ...

Das ist das, was Sie jetzt wollen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Was, Henning, das ist doch gar nicht deine Art?! – Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Torsten Renz, CDU)

(Unruhe bei Jochen Schulte, SPD, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ja, sehen Sie, ich bin ein ruhiger Vertreter, das steigert sich bei mir langsam, okay.

Aber wenn das so umgesetzt wird, dann sage ich mal ganz offen, gute Nacht, Marie, dann können wir hier einpacken. Denn wenn wir anfangen, auch noch regionale Unterschiede zu machen, Schlupflöcher bewusst in ein Gesetz zu schreiben oder aber die Höhe so anzusetzen, dass am Ende wieder keiner wirklich davon profitiert, ist das doch für viele junge Menschen ein Argument mehr, um Mecklenburg-Vorpommern den Rücken zu kehren.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Aber dann! Aber dann! –
Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Torsten Renz, CDU)

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Aber, Herr Renz, jetzt provozieren Sie natürlich. Jetzt wollen Sie es provozieren, dass es emotional nach oben geht. Jetzt sind Sie wach. Das freut mich für Sie.

Gerade in Mecklenburg-Vorpommern, wo wir es ja mit zu wenigen Schulabgängern zu tun haben und nicht nur entlohnungstechnisch schwierige Rahmenbedingungen haben, wäre es geradezu absurd, noch einen solchen Punkt draufzusatteln. Wir müssen doch eigentlich näher ran an das Niveau der westlichen Nachbarbundesländer und nicht den Abstand bei den Ausbildungsvergütungen auf diese von Ihnen vorgeschlagene Weise noch weiter manifestieren.

Das Thema Mindestausbildungsvergütung: Das ist übrigens der einzige Punkt in dem Antrag, dem wir ausdrücklich nicht folgen werden. Deshalb bitte ich hier an der Stelle schon mal darum, dass für Punkt II eine getrennte Abstimmung stattfinden kann. Ich will Ihnen auch erklären, warum: Ich will nicht schon wieder mit dem Kollegen Waldmüller über die Tarifautonomie diskutieren,

Deshalb will ich für meine Fraktion auch noch mal unmissverständlich klarstellen: Eine Mindestausbildungsvergütung ist längst überfällig. Es kann nicht sein, dass eine angehende Verkäuferin, eine angehende Friseurin oder ein angehender Schornsteinfeger neben der Ausbildung am besten noch einen Zweitjob machen muss, um über die Runden zu kommen.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Das hat sowieso keinen Wert.)

auch wenn das zuweilen durchaus Vergnügen bereitet.

(Andreas Butzki, SPD:
Schornsteinfeger nicht.)

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ingo Schlüter hat ja am Montag in der SVZ das Gejammer über die fehlende Leistungs- und Zahlungsfähigkeit in Sachen Mindestausbildungsvergütung aus meiner Sicht vollkommen richtig eingeordnet. Mindestlöhne und Mindestausbildungsvergütungen sollen da steuernd eingreifen, wo die Tarifparteien aus unterschiedlichsten Gründen nicht, nicht in ausreichendem Maße oder auch gar nicht mehr zu tariflichen Vereinbarungen kommen. Und das, Herr Waldmüller, muss doch irgendwann auch mal in Ihren Kopf hineingehen.

Diese Mindestausbildungsvergütung muss von Anfang bis Ende für jeden Auszubildenden, ob auf Sylt, ganz im Norden, in Oberstdorf, ganz im Süden, in Penkun, ganz im Osten, oder in Isenbruch, ganz im Westen, einheitlich gelten –

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wenn ich schon die Formulierung lese „unter besonderer Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Handwerks in Mecklenburg-Vorpommern“, da könnte ich doch direkt aus dem Anzug springen,

ohne faule Kompromisse, ohne Schlupflöcher und ohne Ausnahmen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Heiterkeit und Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

denn diese Formulierung sagt doch eines ganz klar, Herr Waldmüller: Die CDU will keine Mindestausbildungsvergütung, also am besten natürlich gar keine,

Der DGB hat ja, wie ich finde, vernünftige Vorschläge unterbreitet. Er hat gesagt, wir nehmen 80 Prozent des durchschnittlichen tariflichen Niveaus der Ausbildungsvergütung. Das würde dann bedeuten, dass im ersten Lehrjahr eine Mindestausbildungsvergütung von 635 Euro zu zahlen wäre. Wenn Sie sich mal anschauen, was teilweise bei uns gezahlt wird – ich nenne Ihnen mal drei Zahlen exemplarisch: Ein Fleischer bekommt hier im ersten Lehrjahr 303 Euro, eine Frisöse 406 Euro, ein Hotelkaufmann 585 Euro –, dann sieht man, da ist durchaus noch Luft nach oben.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

weil das ja der Markt regelt, aber wenn sie denn schon sein muss, dann am besten regional abgestuft und branchenabhängig.

Und wenn Sie mir jetzt wieder mit der Leistungsfähigkeit und diesen Fragen kommen, dann müssen Sie sich bitte auch einmal anschauen, wo die Abbruchquoten in den Ausbildungsberufen am höchsten sind. Zum Beispiel bei den Friseuren, ich habe mir das noch mal angeguckt:

(Zurufe von Burkhard Lenz, CDU,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Bundesweit fangen jedes Jahr 10.000 Auszubildende im Friseurhandwerk an, und 5.000 davon schaffen es dann tatsächlich, bis zur Prüfung durchzuhalten. Das hat erwiesenermaßen auch etwas mit den Rahmenbedingungen zu tun, unter anderem auch mit der Frage der Entlohnung. Also gerade für diese Berufe ist es von Vorteil, wenn sie mit den anderen Ausbildungsberufen zumindest gleichziehen. Das wäre dann auch mal eine Maßnahme, um beim Thema Fachkräftemangel tatsächlich voranzukommen.

Deswegen können wir, wie gesagt, uns hinter den anderen Punkten Ihres Antrages durchaus versammeln, aber was das Thema Mindestausbildungsvergütung angeht, sind wir dezidiert anderer Auffassung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bis Herr Wildt am Rednerpult angekommen ist und er sein Wort aufnimmt, gibt es mir Gelegenheit, neue Besucherinnen und Besucher zu begrüßen. Das sind Schülerinnen und Schüler vom Gymnasialen Schulzentrum in Wittenburg. Herzlich willkommen!

Bitte, Herr Wildt, Sie haben das Wort.

Bernhard Wildt, BMV: Ja, schönen Dank.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste und liebe Mitbürger! Die Fraktion der Bürger für Mecklenburg-Vorpommern unterstützt den vorliegenden Antrag der CDU vollumfänglich, der CDU und SPD vollumfänglich.

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das ist, glaube ich, auch fast schon eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns natürlich hinter diesen Antrag stellen, und zwar geschlossen. Als einer der späteren Redner in dieser Debatte ist es tatsächlich so, Herr Schulte, es ist schon fast alles gesagt worden. Ich möchte es auch nicht wiederholen, aber ein paar wesentliche Punkte, die aus meiner Sicht wesentlich sind, greife ich noch mal auf.

Ein Punkt ist, dass wir natürlich seit 2004 einfach die veränderte Landschaft in der Handwerksbranche haben, das heißt, viele Handwerker konnten sich auch ohne Meisterbrief selbstständig machen. Die benötigen natürlich einen Bestandsschutz, sollte sich daran wieder etwas ändern. Also wenn doch das eine oder andere Gewerk wieder in die Anlage A aufgenommen werden sollte, dann müssen wir sicherstellen, dass das keine Existenzen ruiniert, die sich in der Zwischenzeit darauf verlassen haben, dass es auch anders ging. Das ist ein Punkt.

Der zweite Punkt ist, Sie sprechen in Ihrem Antrag auch von Werbung in der Sekundarstufe II. Ich muss ganz ehrlich sagen, das gefällt mir nicht ganz so gut, weil wir natürlich in jedem Beruf mittlerweile einen Mangel haben. Wir müssten praktisch für alles werben. Das ist nicht die

Aufgabe der Landesregierung, das müssen dann schon die jeweiligen Branchen und die jeweiligen Berufe selber machen. Was wir tun sollten, was die Landesregierung tun muss, ist natürlich, an den Schulen möglichst gut zu informieren über die verschiedenen Möglichkeiten. Herr Waldmüller hat es auch richtig gesagt, es soll jeder seinen eigenen Weg finden, wo gehört er hin, wo ist er glücklich.

Die Gleichwertigkeit ist natürlich ein wichtiger Punkt, dass eben tatsächlich nicht unbedingt jeder Chefarzt werden muss, um glücklich zu werden, sondern auch ein Maurermeister kann sehr zufrieden mit seinem Beruf sein. Das ist doch ganz klar. In dem Sinne bin ich auch dafür, dass umfassend informiert wird.

Bevor die Landesregierung sich da ungerecht behandelt fühlt: Natürlich passiert da schon viel, das kenne ich aus dem Schulalltag meiner eigenen Kinder. Es wird schon sehr viel für die Berufsorientierung getan, aber man muss anerkennen, es wird immer schwieriger. Es gibt so viele verschiedene Berufsbilder, sodass man auch als Erwachsener, der schon vieles weiß, trotzdem Schwierigkeiten hat, sich zurechtzufinden in der Vielfalt der Berufe. Deswegen kann man diesen Punkt gar nicht oft genug nennen: Die Jugendlichen müssen informiert werden, welche Möglichkeiten gibt es, wie kann man sich in diesem Bereich verwirklichen, wo sind die eigenen Stärken und was passt zusammen.

Trotzdem ist noch wichtiger als die Werbung – da gebe ich dem Herrn Foerster durchaus recht – die Vergütung der Auszubildenden. Man kann einfach nicht erwarten, dass sich Auszubildende für einen Handwerksberuf erwärmen und dort auch eine Ausbildung durchstehen, wenn sie zu mickrig bezahlt werden, um es mal so zu sagen. Wo ich Ihnen nicht zustimme, Herr Foerster, ist, dass man das bundesweit regeln müsste. Das sehe ich ganz anders. Wir haben tatsächlich große regionale Unterschiede im Bereich der Leistungsfähigkeit der Betriebe, aber auch im Bereich der Lebenshaltungskosten. Ein Hotelkaufmann kann vielleicht von seiner Ausbildungsvergütung an einem Ort sehr gut leben, in einem anderen Ort – ich will jetzt gar keine Beispiele nennen –, aber in einem anderen Ort kann er davon überhaupt nicht leben. Da gibt es einfach Unterschiede und diese Realitäten muss man anerkennen.

Im Übrigen gilt auch immer in diesem Bereich der Vorrang der Tarifautonomie. Letzten Endes sollen das natürlich die Arbeitgeber mit den Gewerkschaften selbst verhandeln und deswegen ist es auch hier richtig formuliert, den Dialog muss man konstruktiv begleiten. Also ein klein bisschen Druck machen und ein bisschen pushen ist ja in Ordnung, letzten Endes müssen aber die Seiten selber zueinanderfinden.

Wichtig wären mir aber tatsächlich noch die flankierenden Maßnahmen der Landesregierung. Auch das, Herr Foerster, haben Sie richtig angesprochen. Vor vier Wochen haben wir über das Azubi-Ticket – nur um mal ein Beispiel zu nennen –, über das Azubi-Ticket gesprochen. Das kam leider nicht durch. An der Stelle wünsche ich mir dann doch entweder, dass sich die CDU noch stärker durchsetzt in der Koalition, oder ich wünsche mir zumindest mehr Konsequenz und Stringenz. Wenn wir tatsächlich die Handwerker und die Auszubildenden fördern wollen, dann muss man bei diesen Maßnahmen eingreifen und muss da einfach mehr Mittel zur Verfügung stel-

len. Wir können das nicht nur bei den Arbeitgebern abladen, die auch noch die weiten Schulwege und die Unterbringungskosten bezahlen sollen.

(Torsten Renz, CDU:
Machen wir doch schon.)

Zum Teil, zum Teil.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nein, nein, zum Teil. Ich will das jetzt nicht noch mal alles aufwärmen vom letzten Mal. Wir wissen, dass nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Azubis in den Genuss dieser Förderung kommt. Deswegen wäre uns ein größerer Ansatz wichtiger. Da sehe ich durchaus Übereinstimmungen mit den LINKEN. Aber das ist, glaube ich, an der Stelle nicht schlimm.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Obacht! –
Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE –
Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist ganz normal, dass wir da einfach sagen, wir möchten natürlich mehr für die Auszubildenden tun, um insgesamt die Handwerksbranche zu stärken.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das tut doch nicht weh. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Tut auch überhaupt nicht weh, Herr Ritter, tut nicht weh.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Die CSU
hat doch ein „sozial“ im Namen, Herr Wildt. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Ja, das ist absolut richtig.

Dann haben wir noch einen Punkt, der mir ein bisschen aufgestoßen ist. Ich glaube, Herr Waldmüller, Sie haben es auch schon genannt, aber vor allen Dingen Herr Minister. Wir haben eine hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa. Das aber jetzt nur darauf zurückzuführen, dass es dort keinen Meister gibt, das ist natürlich verkehrt. Ich glaube nicht, dass Sie das so meinten.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Es gibt sicherlich einen tendenziellen Zusammenhang, aber im Großen und Ganzen ist die Wirtschaftsmisere in den Peripheriestaaten der Europäischen Union auf ganz andere Dinge zurückzuführen und nicht auf den Meisterzwang. Deswegen sollte man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Die Probleme, die wir in Griechenland, in Italien oder Spanien haben, müssen anders gelöst werden. Da können wir jetzt nicht mit dem Meisterbrief aushelfen. Das wäre dann doch ein bisschen zu kurz gesprungen. Das sollte man einfach in dem Zusammenhang weglassen.

Übrig bleibt das Fazit: Die BMV steht zum Handwerk, und alles, was unser Handwerk hier in Mecklenburg-Vorpommern stärkt, ist uns herzlich willkommen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV –
Zuruf aus dem Plenum: Für eine
kurze Rede war das ganz schön lang.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Professor Dr. Weber. Den sehe ich jetzt gar nicht.

(Andreas Butzki, SPD: Dann fällt sie aus.)

Okay, dann rufe ich den nächsten Redner auf. Für die CDU hat das Wort ...

Herr Professor Weber, ich hatte Sie gerade aufgerufen.

(Andreas Butzki, SPD: Pech gehabt!)

Sie haben Redebedarf angemeldet. Ist das noch so? Nein?!

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nein,
hatte ich nicht angemeldet.)

Aha! Das steht hier auf meiner Liste drauf.

Dann hat jetzt das Wort für die CDU noch einmal der Abgeordnete Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich für die breite Zustimmung, fast geschlossene Zustimmung im Plenarsaal. Das freut mich ausdrücklich.

Ich möchte aber auf den Herrn Foerster eingehen: Ich habe durchaus erwähnt, dass gerade bei der Ausbildungsvergütung auch die Ausbildungsbetriebe in der Pflicht sind, und ich habe auch gesagt, dass Lehrjahre keine Herrenjahre sind. Wenn ich Ihnen zuhöre, Herr Foerster, dann denke ich, Sie müssten mal ein Praktikum in einem Handwerksbetrieb machen, damit Sie die Praxis kennenlernen, wie sie vor Ort ist. Ich glaube, Sie reden schon ein wenig praxisfern.

Bei der DEHOGA haben wir beispielsweise vor wenigen Monaten Tarifierhöhungen in zweistelligen Bereichen gehabt, gerade bei der Ausbildungsvergütung.

(Tilo Gundlack, SPD: Bitter nötig! –
Henning Foerster, DIE LINKE:
Das war auch überfällig. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und wenn Sie sagen, das muss Schule machen, das muss weitergehen, das ist gut so ...

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Da sind wir uns einig. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das will ich ja nur sagen. Wir sind gar nicht so weit auseinander, Herr Foerster. Auf dem Weg, den wir beide beschreiten, sind wir gleich.

Bei mir geht auch vieles in meinen Kopf rein, wenn Sie das bezweifeln, dass bei mir was nicht in den Kopf geht,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

aber was bei mir nicht in den Kopf hineingehen will, ist, dass Sie sagen, dass es nicht nach Leistungsqualität der Ausbildungsbetriebe gehen soll und dass die Tarifautonomie bei Ihnen nicht beachtet werden soll. Das verstehe

ich nicht, als Gewerkschafter, als Teil der Tarifautonomie, selbst die Tarifautonomie nicht wahren zu wollen.

(Bernhard Wildt, BMV: Das stimmt, ja.)

Das geht in meinen Kopf tatsächlich nicht rein.

(Dietmar Eifler, CDU: Richtig! –
Bernhard Wildt, BMV:
Richtig! Absolut richtig!)

Meine Damen und Herren, zur BMV ganz kurz – Vergleich Jugendarbeitslosigkeit –: Vielleicht ist das missverständlich übergekommen, die Begründung beruht jetzt nicht sehr auf der Meisterpflicht, sondern auf dem Fehlen einer Institution der dualen Ausbildung, die ein Erfolgsgarant ist für Ausbildung, für Qualität und dergleichen. Daraus resultieren natürlich die entsprechenden Meisterpflichten, je nachdem, wenn man das vergleicht mit Deutschland, mit Rolle A und B.

Ansonsten komme ich zum Schluss. Ich freue mich, dass hier heute eine breite Zustimmung ist. Wir erhöhen dadurch erheblich den Druck, keine Frage. Wir werden das auch immer wieder weiterverfolgen. Sie haben heute einen breiten Maßnahmenkatalog, den wir jetzt gemeinsam zum Wohle des Handwerks auf den Weg bringen. Die Handwerker im ganzen Land begrüßen diesen Antrag, sind froh über diesen Antrag, wenn der auf diesem Weg auch im Bund zur Durchsetzung einer rechtssicheren Novellierung der Handwerksordnung führt. In diesem Sinne freue ich mich auf eine breite Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Bernhard Wildt, BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2258. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, die Ziffer I sowie die Ziffer II Nummern 1, 2, 3 und 4 einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2258 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer in Ziffer II der Nummer 1 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD...

Jetzt habe ich vergessen, das Ergebnis bekannt zu geben. Das mache ich jetzt noch: Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2258 mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Wer in Ziffer II der Nummer 1 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2258 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist in Ziffer II Nummer 1 des Antrages der Fraktionen von CDU und SPD auf der genannten Drucksache mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Wer in Ziffer II der Nummer 2 des Antrages der Fraktionen von CDU und SPD auf Drucksache 7/2258 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist in Ziffer II Nummer 2 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2258 bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, AfD und BMV und Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wer in Ziffer II der Nummer 3 des Antrages der Fraktionen von CDU und SPD auf der genannten Drucksache zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist in Ziffer II Nummer 3 des Antrages der Fraktionen von CDU und SPD auf Drucksache 7/2258 mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Wer in Ziffer II der Nummer 4 des Antrages der Fraktionen von CDU und SPD auf Drucksache 7/2258 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist in Ziffer II Nummer 4 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2258 mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Aussprache gemäß Paragraph 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Neutralitätsgebot an Schulen achten – Indoktrination unterlassen“, auf Antrag der Fraktion der AfD.

Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema Neutralitätsgebot an Schulen achten – Indoktrination unterlassen

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Ja, guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, meine Damen und Herren Abgeordnete! Guten Morgen, sehr geehrte Gäste! „Neutralitätsgebot an den Schulen achten – Indoktrination unterlassen“ – das ist das Thema der heutigen Aussprache. Wir haben da tatsächlich Redebedarf, und ich denke, dass das Mittel der Aussprache das Mittel der Wahl ist.

Anlass für diesen Tagesordnungspunkt sind zwei Vorgänge, die sich an den Schulen unseres Landes im April dieses Jahres zugetragen haben. Sachverhalt 1: In Güstrow wurde am 11. April 2018 an einer freien Schule eine Art Wanderausstellung

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein!)

der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ eingeweiht und das Ganze wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion eröffnet.

(Peter Ritter, DIE LINKE: „Antifaschistinnen und Antifaschisten“, so heißen die, Herr Grimm. Lesen Sie mal den Titel richtig!)

Herr Ritter, hören Sie doch erst mal zu!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, nee! Lesen Sie den Titel der Vereinigung richtig!)

Ich weiß ja, dass Sie jetzt hier in Fahrt kommen, aber erst noch mal zuhören!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, nein, nur, wenn Sie den Titel richtig nennen.)

Auf der Bühne dieser Podiumsdiskussion traten eine Politikerin der LINKEN, ein Vertreter der Organisation „ENDSTATION RECHTS.“, bekanntermaßen eine Juso-Organisation, sowie der links-grün orientierte Schulleiter und ein Moderator auf.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht links-grün versiffte, nee?!)

Dem uneingeladen erschienenen AfD-Vertreter wurde durch den Schulleiter die Podiumsteilnahme untersagt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtige Entscheidung! Sehr richtige Entscheidung! – Zuruf von Ministerin Stefanie Drese)

Die politisch völlig einseitige Veranstaltung geriet zu einem Tribunal.

Sachverhalt 2: Wenige Tage vor der Wahl des Bürgermeisters der Hansestadt Wismar besuchte Bildungsministerin Hesse gemeinsam mit dem Kandidaten und amtierenden Bürgermeister Thomas Beyer mehrere öffentliche Schulen in Wismar.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Skandal!)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie zunächst einmal daran erinnern, Sie alle haben wahrscheinlich mehr oder weniger gute Erinnerungen an die Schule, aber es ist mit Sicherheit so, dass Sie sich auch an einen bestimmten Lehrer oder an eine bestimmte Unterrichtseinheit erinnern, die bei Ihnen bis heute Spuren hinterlassen haben. Das sind sicherlich individuelle Vorgänge, aber ich glaube, das werden Sie mir bestätigen können, das ist so. Ich sage Ihnen das deshalb, weil ich meine, dass gerade junge Menschen naturgemäß in ihren weltpolitischen Anschauungen und in ihrem politischen Denken noch nicht ausgereift sind. Die sind also relativ leicht formbar.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Das haben Sie ja selbst durchlebt, ne?!)

Wenn das so ist ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ja, das war bei Ihnen hoffentlich auch so, Herr Renz.

(Torsten Renz, CDU: Nee, nee!)

Aber wenn es so war,

(Heiterkeit und Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dann zeigt das, dass wir mit diesem Thema besonders sensibel umgehen sollten. Ich könnte mir vorstellen, dass

es Ihnen auch übel aufstoßen würde, wenn an einer Schule jetzt etwa eine Unterrichtseinheit oder eine Ausstellung stattfindet, die sich nur mit einer einzigen Partei kritisch beschäftigt. Stellen Sie sich das mal bitte vor,

(Karen Larisch, DIE LINKE: Lesen bildet, Herr Grimm!)

also zum Beispiel nur mit der Partei der LINKEN!

(Karen Larisch, DIE LINKE: Lesen bildet!)

Jaja.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das wäre nicht schlecht, eine Ausstellung über die LINKEN in der Schule. Das würde ich sehr begrüßen. Gute Idee, Herr Grimm! Gute Idee!)

Das könnte man machen, das wäre denkbar, aber ich kann mir genauso vorstellen, das gefällt Ihnen nicht, oder?!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Können wir die Ausstellung zusammen machen? Ich lade Sie auch ein, damit Sie ein bisschen was lernen.)

Ja, das gefällt Ihnen nicht, da bin ich mir sicher.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das gefällt mir sehr gut! Eine Ausstellung der LINKEN in der Schule gefällt mir sehr gut.)

Dennoch ist es so, dass das Bildungsministerium – und das müssen wir kritisieren –

(Unruhe bei Stephan J. Reuken, AfD, und Peter Ritter, DIE LINKE – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

die Einseitigkeit dieser Veranstaltung in Güstrow überhaupt nicht anerkennen will. Stattdessen spricht der Referent für freie Schulen des Ministeriums davon, dass diese Ausstellung geradezu vorbildlich für den Umgang mit Politik im Unterricht sei.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Recht hat er.)

So gibt ihn jedenfalls die SVZ wieder.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Recht hat er.)

Er hat uns des Weiteren auf Anfrage ein bisschen rechtliche Auskunft gegeben oder eine Stellungnahme abgegeben. Gemäß Paragraf 119, so heißt es darin, Absatz 3 Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern beschränkt sich die staatliche Schulaufsicht auf die Einhaltung der Genehmigungs- und Anerkennungsvoraussetzungen. Es besteht also keine Fach- und Dienstaufsicht wie über die staatlichen Schulen. Jetzt müssen wir uns mal die Frage stellen: Ist es denn wirklich so? Das ist ja eine Auskunft, die besagt nicht mehr und nicht weniger, als dass sich über den privaten Schulen nur noch der blaue Himmel wölbt.

Es ist natürlich nicht so, und das aus gleich mehreren Aspekten: Da gibt es zum Beispiel den sogenannten Beutelsbacher Konsens. Das ist ein Konsens, der 1976

gewissermaßen als freiwillige Selbstbeschränkung der Pädagogen in der Bundesrepublik getroffen wurde und der im Wesentlichen drei Punkte enthält. Von denen ist in diesem Zusammenhang besonders einer von Bedeutung, das ist das Kontroversitätsgebot. Das Kontroversitätsgebot bedeutet, dass solche Vorgänge in Wissenschaft, aber auch in Politik, die kontrovers diskutiert werden, von den Schulen dann auch gefälligst kontrovers dargestellt werden müssen.

(Ministerin Birgit Hesse: Ja.)

Wenn das so ist, möge sich ein jeder fragen, ob wohl mit dieser Ausstellung an der Freien Schule in Güstrow dieses Kontroversitätsgebot gewahrt wurde.

Es ist auch rechtlich, also schulrechtlich nicht so, dass alle freien Schulen gewissermaßen unter Narrenfreiheit stehen, sondern hier gibt es Einschränkungen, insbesondere dann, wenn es sich um sogenannte anerkannte Ersatzschulen dreht. Anerkannte Ersatzschulen sind solche, die als Abschluss einen Schulabschluss anbieten, der auch allgemein anerkannt ist, wie beispielsweise das Abitur oder den Hauptschulabschluss.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Hauptschulabschluss gibts gar nicht mehr,
Herr Grimm. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Kann er ja nicht wissen. Als Experte
kann er so was nicht wissen.)

Eine solche Schule ist jedenfalls die Freie Schule in Güstrow, denn das Abitur ist dort als Abschluss zugelassen worden.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Nicht
nur das Abitur! Es gibt auch noch
andere Schulabschlüsse, Herr Grimm.)

Diese Einschränkung ergibt sich aus Artikel 7 Absatz 4 und 5 Grundgesetz und der dazu ergangenen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. Es erstaunt also, dass unser Bildungsministerium hier nicht einschreitet. Es ist so, dass ich Frau Hesse in der Fragestunde am 26. April darauf angesprochen und gefragt habe, wie es denn mit dem Beutelsbacher Konsens sei. Sie hat sich zu diesem Konsens bekannt und gemeint, dass dieser auch an privaten Schulen unseres Landes zu gelten hat.

Was den Besuch des Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters von Wismar in den Schulen in Wismar betrifft, so spricht eine Verwaltungsvorschrift Ihres Kultusministeriums, Frau Hesse, vom 1. September 1997 eine deutliche Sprache. Da heißt es, ich zitiere: „Die Schule ist zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Die Lehrkraft hat somit darauf zu achten, daß die Sachverhalte im Unterricht insgesamt ausgewogen dargestellt werden. ... Die Schule hat dafür zu sorgen, daß bei den Einladungen, die im Laufe eines Schuljahres ausgesprochen werden, keine demokratische Partei bevorzugt oder benachteiligt wird.“

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Im Laufe eines Schuljahres! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ein wahres
Feuerwerk an Argumenten.)

Jetzt können Sie sich selbst mal prüfen, ob das wohl hier eingehalten wurde.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie verstoßen also gegen Ihre eigenen Verwaltungsvorschriften.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Im Laufe eines Schuljahres!)

Und wenn Sie jetzt damit kommen, dass es sich hier bei dem Bürgermeister um den Schulträger handelt, dann finde ich es doch eine sehr schwache Ausrede. Mit dem Schulträger können Sie jederzeit Besuche in der Schule machen, das ist überhaupt kein Problem aus meiner Sicht, aber doch nicht mit dem amtierenden Bürgermeister wenige Tage vor der Wahl. Ich finde, das hat mehr als nur ein Geschmäckle.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn das denn alles so ist, wie ich es Ihnen jetzt hier vorgetragen habe, meine Damen und Herren, dann komme ich nicht umhin – mit Verlaub, Frau Hesse, ich muss Ihnen attestieren, dass Sie Ihren Laden nicht richtig im Griff haben.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Das sehen wir aber ganz anders. –
Heiterkeit bei Ministerin Birgit Hesse)

Ihr Verhalten trägt darüber hinaus Züge von Arroganz, aber auch von Ignoranz.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Ministerin Birgit Hesse –
Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Sie sprechen darüber, dass Sie den Beutelsbacher Konsens für die Privatschulen anerkennen, Sie selbst handeln aber anders. Sie kennen Ihre Vorschriften, Sie verstoßen selber dagegen. Dies bedeutet für mich in der Konsequenz, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern, jedenfalls für die privaten Schulen, eigentlich ein Privatschulgesetz brauchen, ein Privatschulgesetz, wie es in Bremen, Hamburg und Baden-Württemberg bereits vorhanden ist. Ich kann Ihnen versprechen, wir werden daran arbeiten und werden dafür einen Gesetzesvorschlag hier einreichen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Landesregierung hat jetzt ums Wort gebeten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Frau Hesse, Sie haben das Wort.

(Thomas Krüger, SPD:
Sie stellen das jetzt klar.)

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bemühe mich, heute nicht hartherzig und auch nicht arrogant zu sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich glaube, wer mich kennt, weiß, dass das beides Bezeichnungen sind, die eigentlich wirklich wenig zu mir passen, aber sei es drum. Ich möchte gerne auf das

eingehen, was Herr Grimm gesagt hat. Wenn ich den Namen „Grimm“ höre, verbinde ich das irgendwie immer mit Märchen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Stephan J. Reuken, AfD: Mit der Arroganz
hat das schon mal nicht hingehauen.)

aber ich äußere mich dazu jetzt nicht weiter, sondern würde einfach zur Sache kommen.

Ich finde es schon erstaunlich, dass Sie später zur Sitzung einen Antrag haben, wo es darum geht, dass Sie bessere Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land darstellen wollen, und parallel sprechen Sie hier Schulen, Lehrerinnen und Schülern etwas ab. Sie wollen ihnen quasi sogar den Mund verbieten.

(Horst Förster, AfD: Das ist ja lächerlich. –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich finde, das passt überhaupt nicht zusammen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

denn das,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Sie haben
wieder nichts verstanden.
Das haben wir ja häufig.)

denn das, was Sie, sehr geehrte Herren der AfD, zu der Aussprache animiert hat, scheint Ihr persönliches Trauma zu sein, nämlich das, was Sie in Güstrow erlebt haben, Herr Grimm, sonst würden Sie es nicht andauernd vortragen.

(Horst Förster, AfD: Kommen
Sie doch mal zur Sache! –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Vielleicht ist es aber auch das, was wir in Hamburg im Moment erleben, wo nämlich Ihre Parteikollegen derzeit an einer Onlineplattform arbeiten, auf der gemeldet werden soll und kann, wenn sich Lehrer allzu kritisch mit der AfD auseinandersetzen.

(Thomas Krüger, SPD:
Denunziert! Denunziert!)

Ich finde, man könnte – sehr richtig, Herr Fraktionsvorsitzender – das auch als „denunzieren“ bezeichnen. In Hamburg, Güstrow, in ganz Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus –

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

und das sage ich in aller Deutlichkeit, Herr Weber – gilt das Grundgesetz, das Ihnen, mir und auch Lehrerinnen und Lehrern das Recht auf freie Meinungsäußerung gibt. Punkt!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Christoph Grimm, AfD)

Sie dürfen das selbstverständlich auch im Unterricht, doch sollen sie dort ihre Meinung auch als Meinung

kenntlich machen. Ausdrücklich Partei für eine Partei zu ergreifen – da gebe ich Ihnen recht –, dürfen sie nicht.

(Horst Förster, AfD:
Das ist doch geschehen. –
Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Sie haben selber den Beutelsbacher Konsens angesprochen, der nämlich genau das beschreibt: die Gratwanderung zwischen kritischer Auseinandersetzung und Zurückhaltung. In ihm sind das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und die Orientierung am Schüler festgeschrieben.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Diese drei Prinzipien dienen dazu, den Schülern eben keine bestimmte Meinung aufzudrängen, sondern sie stattdessen mit verschiedenen Positionen zu konfrontieren,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

damit sie sich am Ende selbstständig ein Bild machen können.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Ich finde das schon ziemlich bezeichnend, Herr Grimm, wenn Sie Schülerinnen und Schülern absprechen, dass sie eine eigene Meinung haben, und Schülerinnen und Schüler so darstellen, als ob das Wesen wären, die wir alle beeinflussen können.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das hat niemand
getan. Sachlichkeitsgebot. –
Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Dr. Gunter Jess, AfD)

Wir können ja mal die Schülerinnen und Schüler da oben fragen, was Sie von so einer Einschätzung halten.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich kann Ihnen sagen, bei meinen Schulbesuchen, wo ich mit Schülerinnen und Schülern diskutiert habe, ist mir eins ganz bewusst geworden: Das sind Menschen, die interessiert sind, das sind Menschen, die kritische Fragen stellen, und das sind Menschen, die eine eigene Meinung haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Da
muss man sie doch vollumfänglich
informieren. Vollumfänglich!)

Ich möchte auch noch mal ...

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
Christoph Grimm, AfD, und
Dr. Gunter Jess, AfD)

Ach, regen Sie sich doch nicht so auf! Sie können doch noch reden.

Und was ich auch deutlich sagen will, ist, ich stehe dafür,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

dass es an unseren Schulen auch ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment, Frau Ministerin!

Also jetzt geht es wirklich langsam zu weit. Ich habe sehr viel Geduld gehabt mit Ihnen, aber jetzt mäßigen Sie sich und lassen Sie die Ministerin ihre Rede zu Ende führen!

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Ministerin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich möchte abschließend sagen – und ich hoffe, dass auch die übrigen Vertreter unserer Fraktion und der anderen Fraktionen hier im Raum dies teilen –, ich stehe dazu, dass an Schulen kritisches Hinterfragen möglich sein muss.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Horst Förster, AfD, und
Stephan J. Reuken, AfD: Ja.)

Ich stehe dafür, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer eine Meinung haben dürfen, dass unsere Schülerinnen und Schüler eine Meinung haben dürfen

(Thomas Krüger, SPD: So ist das.)

und dass sie auch bei einer Podiumsdiskussion sagen dürfen, mit wem sie diskutieren und mit wem nicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Karsten Kolbe, DIE LINKE –
Thomas Krüger, SPD: Sehr gut gemacht! –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort die Abgeordnete Karen Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich möchte eröffnen mit der letzten Pressemeldung der Freien Schule Güstrow: Es ist erbärmlich, dass Veranstaltungen, die von Jugendlichen für Jugendliche organisiert und abgehalten werden, unter Polizeischutz stattfinden, weil Mord- und Gewaltandrohungen an der Tagesordnung sind.

(Heiterkeit bei Christoph Grimm, AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Märchenstunde!)

Das ist eine Frechheit. Auf dieser Veranstaltung, die unter Polizeischutz stattfinden musste, war ich.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Deswegen Polizeischutz. –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Und, Herr Grimm, ja, auf der Veranstaltung am 11.04.2018 war ich auch.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Ich kann auch meine Tochter zur Adoption freigeben, wenn Sie mir verbieten, die Schule meiner Tochter zu besuchen. Meinen Sie genau das?

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Ist das sachlich? –
Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Und jetzt werde ich Ihnen sagen, denn Sie haben es von meiner Webseite erfahren, dass diese Ausstellung an der Schule stattfindet – das habe ich auf Ihrer Facebook-Seite gelesen, wunderbar –, jetzt werde ich Ihnen sagen, warum das Kultusministerium gesagt hat, dass der Beutelsbacher Konsens nicht missbraucht wurde.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Abgeordnete, einen Moment bitte, ehe Sie weitermachen. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kramer?

Karen Larisch, DIE LINKE: Nein.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Demokratie, wo, wo?)

Das Bildungsministerium weiß nämlich, dass die Freie Schule Güstrow eine Webseite hat, und auf dieser Webseite ist zu vernehmen, wie das Schuljahr 2017 und 2018 begann. Das Schuljahr 2017 und 2018 begann mit den Themen „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamismus“, „Staatssicherheit“, eingebettet in die große Unterrichtsreihe der DDR und der BRD. Wochenlang sind die Kinder und die Jugendlichen bei der Bundesbehörde für Stasiunterlagen gewesen, auch bei der Landesbehörde, und haben Originalquellen gesichtet.

Das aktuelle Projekt, geplant 2017, beschäftigt sich mit der „Außerparlamentarischen Opposition“ der 60er- und 70er-Jahre, mit deren Folgen und der RAF. Das alles wird schon weit vorher geplant. Die Kinder gestalten den Unterricht mit den Lehrkräften, denn diese Schule heißt nicht Freie Schule, weil sie eine freie Schule ist, sondern weil sich die Kinder diesen Namen ausgedacht haben. Dort ist Differenz gewollt, Unterschiedlichkeit von Menschen erwünscht und Fehler werden als lobenswert betrachtet.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist ja toll.)

Und glauben Sie mir,

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

die Schule,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Ja, Fehler sind lobenswert.)

die Schule hat gerade den Titel „Umweltschule in Europa – Internationale Agenda 21 Schule“ erhalten. In hervorragender Weise hat sich die Schule zwei Jahre lang mit nachhaltiger Entwicklung beschäftigt. Das ist vorbildlich und keine Indoktrination. Sie beschäftigt sich zum Beispiel mit ihrer Heimatstadt, dem Ökosystem Inselsee.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Glauben Sie mir, als die Freie Schule 1997 an den Start ging, haben die Güstrowerinnen und Güstrower – Herr Renz kann sich daran bestimmt sehr genau erinnern –

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Der hört ja noch nicht mal zu.)

diese Schule sehr argwöhnisch betrachtet, wer zum Teufel ist Maria Montessori und was ist eine freie Schule. Aber schon nach kurzer Zeit ist diese Schule anerkannt in unserer Stadt. Es ist eine anerkannte Schule in der Stadtgesellschaft, es ist eine anerkannte Schule unter all den staatlichen Schulen in Güstrow.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Genau.
Die können ihren Namen tanzen. –
Jochen Schulte, SPD: Das ist Waldorf. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie haben das Umfeld der Stadt Güstrow gestaltet, weil die Stadt Güstrow aufgrund des Erfolges dieser Schule ihnen ein altes Schulgebäude überlassen hat. Dieses ist hervorragend saniert. Jeder, der dort hineingeht, der sagt, hallo, das ist Schule, das ist Willkommen. Sie haben Zirkus- und Theaterprojekte, mit denen sie die Feste und Veranstaltungen der Stadt Güstrow betreiben,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

sie haben Schulgarten, sie haben die Veranstaltung „70 Jahre Wöbbelin“ gestaltet. Jährlich, am 9. November, gestalten sie die Gedenkstunde am Jüdischen Friedhof in Güstrow, sie nehmen an den „weltwechsel“-Tagen teil, sie haben eine Nähwerkstatt, nähen Glückskissen für die Krebsklinik,

(Unruhe bei Dr. Ralph Weber, AfD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

sie gestalten TEO-Tage, also Tage der ethischen Orientierung. An jedem sozialen Tag arbeiten sie und spenden das Geld für ihre Arbeit an Einrichtungen. Und ja, es gibt eine Pflicht zur Elternarbeit.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Das ist die Freie Schule Güstrow, die Sie kritisieren.

(Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Und wissen Sie, warum Sie nicht an dieser Podiumsdiskussion teilnehmen durften?

(Christoph Grimm, AfD:
Oh, weil sie die Meinung
nicht hören wollen?!)

Weil im Vorfeld Drohanrufe, Drohbriefe, Morddrohungen an die Lehrkräfte, Schüler, Eltern und an sonst wen noch rausgegangen sind.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Märchenstunde, Teil zwei. –
Zurufe von Christoph Grimm, AfD,
und Stephan J. Reuken, AfD)

Jede Polizei- und jede Beratungsstelle kann Ihnen das sagen. Ich habe auch keine Lust, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Und das hat Herr Grimm gemacht?
War das Herr Grimm?)

Ich stelle ...

Das weiß ich nicht.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ja, wer denn? Sie machen doch
hier Anschuldigungen. –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ich weiß, was auf der Facebook-Seite von Herrn Grimm stand, und zwar über mich, und das weiß er auch ganz genau.

(Stephan J. Reuken, AfD: Genau.)

Ich musste Ihren Fraktionsvorsitzenden anrufen, damit das aufhört. Und jetzt frage ich Sie eins: Nennen Sie eine katholische Schule auch Indoktrination, weil dort den Kindern der katholische Glaube nahegebracht wird? – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Sachlich gar nichts.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Das gewählte Thema der AfD – es irritiert schon ein wenig, aber davon wollen wir uns heute nicht irritieren lassen. Ich will mal den Begriff „Indoktrination“ erklären. Er findet seinen Ursprung im Lateinischen: „in“ heißt hinein und „doctrina“ Belehrung.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wow!)

Gemeinhin – und darauf stellen Sie ja mit der Aussprache auch ein wenig ab – wird unter Indoktrination eine Manipulation oder unzulässige Beeinflussung von Menschen in ihrer Meinungsbildung verstanden. Wir haben das ja gelegentlich heute schon gehört.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Gut gegoogelt.)

Ich kann Sie, meine Herren von der AfD-Fraktion, aber vollkommen beruhigen: An unseren Schulen findet ganz sicher keine Indoktrination statt, auch wenn Sie das vielleicht so empfinden. Vielleicht müssen Sie sich da auch ein Stück weit selber hinterfragen. Ganz im Gegenteil: Stellvertretend für meine Fraktion ist es unveränderbar, dass politische Werbung in den Schulen oder gar in frühkindlichen Bildungseinrichtungen, den Kitas, nicht stattfinden darf. Politische, religiöse oder weltanschauliche Werbung ist mit dem Erziehungs- und Bildungsauftrag unvereinbar. Ein Blick in unser Schulgesetz verrät zudem, dass die Schulen die religiöse und weltanschauliche Überzeugung der Schüler, der Erziehungsberechtigten und der Lehrer sowie das verfassungsmäßige Recht der Erziehungsberechtigten auf Erziehung ihrer Kinder zu achten haben.

Ich zweifle aber daran, meine Herren von der AfD-Fraktion, dass Sie die Tragweite des Neutralitätsgebots umfassend durchdrungen haben. Es gibt ja ein schönes Beispiel: Wenn einer Ihrer Kollegen aus Ihren Reihen Süßigkeiten mit AfD-Werbung sogar an Kitas verteilt,

(Unruhe und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der AfD)

verdeutlicht das, dass Sie mit dem Neutralitätsgebot vielleicht noch nicht die nötige Sorgfalt haben und die nötige Sensibilität vorgelegt haben.

(Jürgen Stroschein, AfD:
Schwachsinn! Schwachsinn!)

Insofern sollten Sie, wenn Sie hier auf andere schielen, auch immer sich selbst dabei hinterfragen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich glaube, bei Ihnen ist es vielmehr ein Problem mit der Demokratie als solche. In der Demokratie gilt nämlich eins: Man muss aushalten können, dass es andere Meinungen gibt.

(Dietmar Eifler, CDU: Genau.)

Das ist nicht immer ganz schön, und es kommt durchaus mal vor, dass die Meinung anderer sich mit einem kritisch beschäftigt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Das machen Sie ja auch tagtäglich mit uns und mit anderen politischen Leuten. Das gehört dazu. Wer in der Demokratie austeilt, muss an der einen oder anderen Stelle auch mal einstecken können. Ich glaube, das müssen Sie noch ein wenig lernen.

(Heiterkeit bei Jens-Holger Schneider, AfD,
und Jürgen Stroschein, AfD –
Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Das jetzt hier auf dem Rücken der Schulen auszutragen, halten wir für den falschen Weg. Ich glaube, an unseren Schulen wird das Neutralitätsgebot durch die Lehrerinnen und Lehrer sehr gut eingehalten.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Wir sehen da zumindest keine Probleme. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Abgeordneter Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Als Politiker und als Vater bestehe ich darauf, dass meine Kinder an den Schulen nicht manipuliert werden im Sinne einer Indoktrination. Ich bestehe aber auch darauf, dass sie umfassend informiert werden, was im politischen Leben in unserem Land los ist. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Insofern sehe ich den Sinn dieser Aussprache überhaupt gar nicht. Das hätten wir uns sparen können.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Die Meister in sinnlosen
Aussprachen melden sich mal wieder zu Wort.)

Aber ...

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Ja, ich, Sie merken es, ich ringe ein bisschen nach Worten, und das liegt daran, Herr Professor Weber, weil ich Ihre Bemerkungen die ganze Zeit – von Ihnen und Ihrer Truppe dort – gehört habe, als die Frau Larisch hier gestanden hat.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wir sind keine Truppe,
wir sind genau wie Sie eine Fraktion. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, Fraktion, Sie und Ihre Fraktion, Entschuldigung, Fraktion.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wie auch immer, ja. Jedenfalls muss ich sagen, diese Bemerkungen, die aus Ihrem Fraktionsbereich gekommen sind –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vor allen
Dingen von Herrn Professor Weber.)

und die können wir auch im Protokoll nachlesen –, waren absolut unterirdisch.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und Dr. Matthias Manthei, BMV –
Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

Sie haben die Schule der Frau Larisch auf das Gehässigste schlechtgeredet.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ich weiß gar nicht, was das soll, also, tanzen da ihren Namen, können die überhaupt lesen, können die auch rechnen, und so weiter. Solche Sprüche – was soll das, was wollen Sie damit erreichen?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es war meinetwegen noch ein ernsthaftes Thema. „Neutralitätsgebot an unseren Schulen“ – gut, das kann man hier mal aufrufen. Ich sehe es als nicht notwendig an, aber das ist ja Ihre Entscheidung. Aber das dann zu nutzen, um eine Schule, die Ihnen nicht ins Konzept passt, hier aufs Gehässigste schlechtzumachen, das spricht nun eindeutig gegen Sie. Mehr kann ich dazu auch gar nicht mehr sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und
Dr. Matthias Manthei, BMV –
Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Kam da gerade noch ein interessanter Zwischenruf?

(Jörg Heydorn, SPD: Das ist doch ihr
System, alles schlechtreden, lügen. –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ja, gut, da kann ich mich jetzt nicht drauf einlassen,

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

darauf kann ich mich jetzt nicht einlassen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Herr Heydorn,
Sozialbetrüger sollten hier gar nicht sitzen.)

Jedenfalls bitte ich einfach darum, wenn Sie ein ernsthaftes Thema diskutieren wollen, sind wir gerne bereit, das jederzeit zu tun, aber bitte nicht mit diesen Zwischenrufen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, BMV und
Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir debattieren auf Antrag der AfD-Fraktion über das Thema „Neutralitätsgebot an Schulen achten – Indoktrination unterlassen“. Zu Beginn habe ich mir zwei Fragen gestellt. Zuerst habe ich mir die Frage gestellt: Wollen wir wirklich über die Neutralität an Schulen debattieren oder möchte die AfD über eine AfD-kritische Ausstellung in Güstrow debattieren? Die Vorredner haben an der Stelle die Antwort aufgezeigt. Man muss ehrlich sein, es war mir eigentlich schon klar, weil ich weiß, was die AfD-Fraktion unter Neutralität versteht, wenn der Herr Kollege Grimm schon den Schülern die Mündigkeit abspricht.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Die zweite Frage: Wie kritisch darf man an Schulen mit Parteien umgehen? Wie darf man sich mit Parteien auseinandersetzen? Wir suchen doch eher nach dem Kompromiss und der Waage, die es im Bereich des öffentlichen Willensbildungsprozesses zu wahren gilt, gerade im Hinblick auf die wichtige Schutzfunktion und die parteipolitische Neutralität gegenüber den Lernenden.

Wenn wir noch mal ganz konkret zum Beispiel der Schule zurückgehen, dann gab es im Nachgang einen NDR-Beitrag, wo die Schüler selber gefragt wurden. Die Schüler haben geantwortet, ja, diese Ausstellung ist ein Teil, sie setzen sich auch mit allen anderen Parteien auseinander, setzen sich mit den Wahlprogrammen auseinander und vergleichen, um so kritisch hinterfragen zu können. Ich für meinen Teil muss sagen, ich finde das vorbildlich. Ich finde, das gehört in eine Schule, und so sollten sich Schüler entwickeln, so sollten sie lernen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Die Frage ist: Was darf man eigentlich an einer Schule? Darf man sich mit Extremismus im Engagement zum Beispiel dagegen beschäftigen? Wir haben gerade gehört, wir sollten uns bei wichtigen politischen Sachen immer die verschiedenen Meinungen anhören. Darf man sich auch vor Ort damit beschäftigen, zum Beispiel im Land mit vielen Projekten gegen Gewalt, Rassismus und Diskriminierung? Darf man sich damit beschäftigen?

Nicht umsonst ist die besagte Schule in Güstrow, über die wir sprechen, auch eine Rassismus-Schule mit Courage. Vielleicht hat sich ja die besagte Schule gerade deswegen um die Ausstellung beworben, weil die Initiative von den Schülern ausging. Denn in dieser Ausstellung wird auch die Frage erörtert, ob bei der AfD der Rassismus einfach nur neu verpackt ist. Und ja, ich weiß, dass genau solche engagierten Schüler einigen Kollegen im Haus, einigen Funktionsträgern, wahrscheinlich auch in der Bundesrepublik, ein Dorn im Auge sind.

Ein weiterer Punkt in der Ausstellung ist zum Beispiel die Frage, ob sich die AfD nach ihrer Entstehung deutlich rechtsradikalisiert hat. Das würde ich persönlich mit Blick auf einige Vertreter dieser sogenannten Alternative bestätigen, ebenso, dass sich diese auf Vorbilder von gestern beziehen und dass sie gesellschaftliche Probleme verzerren oder erfinden.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Was ist an
Vorbildern von gestern falsch?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

es stellt sich doch die große Frage, was die AfD erreichen will.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Will sie unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat weiterentwickeln oder will sie die im Grundgesetz verbrieften Rechte infrage stellen? Wenn ich mir dazu die Aussagen einiger Funktionäre in ganz Deutschland anhöre, dann graust es mir vor einer Gesellschaft, in der die Rechte des Individuums nicht mehr existieren und es eine echte Indoktrination gibt mit Lügen und Halbwahrheiten, welche als traurige Realität einigen aluhuttragenden AfD-Funktionären zuzutrauen ist.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nachweis!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich persönlich möchte Schüler sehen, die sich kritisch mit Themen auseinandersetzen und sich selbst in der Gesellschaft engagieren. Was wären wir denn ohne die vielen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Hass engagieren, egal, ob im jugendlichen Alter oder darüber hinaus?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wann ist die Neutralität an Schulen gewahrt? Ich für meinen Teil kann sagen, dass ich es gut finde, wenn man sich kritisch mit Punkten auseinandersetzt, wenn diese Ausstellung eingebunden ist in ein schlüssiges Konzept und dort nicht nur die eine Partei kritisch betrachtet wird, sondern viele, die Ausstellung kritisch hinterfragt wird sowie die besagten anderen Parteien und Wahlprogramme hinterfragt werden. Dann ist das meiner Meinung nach viel, um die Neutralität zu wahren.

Ich möchte, dass die Schülerinnen und Schüler in unserem Land in ihrer Schullaufbahn lernen, Dinge zu reflektieren, selbst einzuschätzen und Erfahrungen zu sammeln. Kurzum, Schülerinnen und Schüler sollten schon selbst in der Lage sein, kritisch zu denken, sie sollen solche Dinge hinterfragen und sich eine Meinung bilden. Wir wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die sogenannte Alternative mit kritischer Berichterstattung und kritischer Hinterfragung ein Problem hat, denn zumindest ihre Konzepte und ihre Vorschläge, wenn es denn welche gibt, halten in den meisten Fällen einem zweiten Blick nicht stand oder sind einfach irgendwo abgeschrieben.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben anscheinend eine sehr differenzierte Wahrnehmung zum Thema Neutralität.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Wahrscheinlich, ja.)

Ich glaube, dass sie bei uns im Land sehr gut umgesetzt wird und auf verschiedene Art und Weise von den Lehrern und den Schülern gelebt wird. Deswegen freue ich mich, dass wir solche mündigen Schüler bei uns im Land haben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Ja, ich muss es ganz kurz machen.

(Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin!)

Jeder von den hier ...

Entschuldigung! Noch mal, also noch mal in Ruhe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss es sehr schnell und kurz machen. Ich finde, keiner der Wortbeiträge ist auf das wirkliche Problem eingegangen,

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Ja, Ihre auch nicht.)

nämlich auf die Kritik und auf die beiden Vorgänge an den Schulen in unserem Lande.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Sie haben
nicht zugehört!)

Besonders entsetzt bin ich über den Beitrag von Frau Hesse, die sich eigentlich in Polemik erschöpft hat und außerdem noch mit einem persönlichen Angriff auf mich, mit dem Spiel mit dem Namen reagiert hat.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Sie haben doch die Ministerin
persönlich angegriffen! –
Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,
und Karen Larisch, DIE LINKE)

Frau Larisch hat nichts zur Sache gesagt. Die Beispiele, die sie gebracht hat über die schulischen Inhalte an der Freien Schule von Güstrow, haben ja nur bestätigt, dass das hier eine linke Kaderschmiede ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –
Elisabeth Aßmann, SPD:
Vielleicht sollten Sie das Ohropax
mal rausnehmen, damit Sie
mitkriegen, was gesprochen wird.)

Da sollte man wirklich mal seine Aufmerksamkeit drauf richten.

Herr Reinhardt, Ihre Anregung, die Sache mit den Gummibärchen, nehme ich ernst, aber wir alle haben uns da nichts zu schenken. Denken Sie an Storch Heinar

(Minister Dr. Till Backhaus:
Den mochten Sie nicht, ne?!)

und denken Sie an manch andere Aktion auch von der CDU! Also da kann sich jeder einmal kritisch hinterfragen. – Vielen Dank.

(Beifall Dr. Gunter Jess, AfD –
Minister Dr. Till Backhaus: Wer mag
denn bloß keine Störche?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Störche sind doch beliebt. –
Dr. Ralph Weber, AfD: Oh, jetzt wirds doll!)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Grimm, ich weiß nicht, was zum Beispiel der Titel „Umweltschule“ oder die Projekte für krebskranke Kinder mit linker Kaderschmiede zu tun haben.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das ist doch ein völliger Unsinn, was Sie hier erzählt haben. Als Frau Larisch über die Projekte gesprochen hat, die an der Freien Schule durchgeführt werden – ich will das explizit noch mal benennen –, und das Projekt der Arbeiten für krebskranke Kinder hier angeführt hat, da hat Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer hämisch gelacht.

(Thomas Krüger, SPD: In der Tat, ja.)

Er findet das völlig unsinnig.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist eine
unverschämte Unterstellung.)

Das spiegelt die geistige Haltung Ihrer Fraktion wider. Und Sie wollen uns irgendwas von Indoktrination erzählen?!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und Bernhard Wildt, BMV)

Das geht völlig an den Realitäten vorbei.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und zum Schluss, meine Herren von der AfD-Fraktion: Als Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Mecklenburg-Vorpommern

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Ganz wichtig! Ganz wichtig!)

danke ich den Schülerinnen und Schülern, dass sie die Ausstellung über die AfD-Fraktion an ihre Schule geholt haben,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

um Aufklärungsarbeit zu leisten. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktion der BMV – Einführung eines Schülertickets in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/2245, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Freie Fahrt mit Bus und Bahn für Kinder und Jugendliche mit dem Mobi-Pass – Initialzündung für den Nahverkehr, Drucksache 7/2250.

**Antrag der Fraktion der BMV
Einführung eines Schülertickets
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/2245 –**

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Freie Fahrt mit Bus und Bahn für Kinder
und Jugendliche mit dem Mobi-Pass –
Initialzündung für den Nahverkehr
– Drucksache 7/2250 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der BMV hat der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben hier schon mehrfach über den öffentlichen Personennahverkehr gesprochen und wir haben auch schon mehrfach in verschiedenem Kontext über das Thema Schülerbeförderung gesprochen. Jetzt liegen zwei Anträge vor,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Obwohl einer besser ist, und das ist nicht Ihrer. – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

einmal von der BMV und einmal von der Linkspartei.

Ich sag mal, das Schlaueste, Frau Oldenburg und Frau Dr. Schwenke, das Schlaueste wäre, wir würden uns im Ausschuss hinsetzen und was zusammen ausklamüsern. Ich glaube, da käme was Vernünftiges heraus. Unsere Anträge sind unterschiedlich.

(Andreas Butzki, SPD: Also das heißt im Umkehrschluss, beide sind nicht vernünftig?! – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Na, wir werden gleich hören, was Sie dazu sagen.

Die Anträge haben einen unterschiedlichen Ansatz.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Unser Antrag ist sehr allgemein gehalten. Das wird uns wahrscheinlich gleich wieder vorgeworfen, wir kennen das.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja.)

Es ist ja so, wie man es macht, macht man es verkehrt. Ist es zu detailliert, ist es zu detailliert. Lässt man gewisse Freiheiten, um das im Ausschuss in Ruhe zu besprechen, dann ist das zu allgemein. Also diese Methode – ja, können Sie machen, aber die hilft jetzt nicht wirklich weiter.

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer hat auf der Regierungsbank Platz genommen. – Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Hallo! – Ministerin Stefanie Drese: Er als Finanzminister! Jetzt können wir einpacken. – Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Wir möchten bei diesem Schülerticket einfach sicherstellen, dass sich die Kinder in Mecklenburg-Vorpommern, die Kinder und Jugendlichen, freier bewegen können. Das ist ein wichtiger Ansatz, gerade im ländlichen Raum, denn Sie wissen ja, dass wir im ländlichen Raum durch die Ausdünnung der Strukturen weite Wege zurücklegen müssen und dass dort die Kinder, wenn sie Chancengleichheit haben wollen, wenn sie an Sportvereinen, Musikschulen und so weiter teilnehmen wollen, mit dem Bus fahren müssen.

Sie haben ...

Ich bitte doch trotzdem ein bisschen um Aufmerksamkeit, Frau Oldenburg.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ich kann beides.)

Ja, ach natürlich, Sie sind eine Frau, Sie können beides, das ist klar.

Nein, es geht darum, dass wir das etwas offener gehalten haben, weil wir zum Beispiel noch nicht sicher sind, wie hoch die Kosten sein werden, die aus diesem Ticket kommen. Deswegen möchten wir das Ganze in einer Modellregion ausprobieren. Wir hatten gedacht, eventuell wäre der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte diese Modellregion

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gute Idee!)

und wir könnten insofern darauf verzichten, aber nach meinen Kenntnissen geht es jetzt dabei nur um den Schülertransport.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Schülerbeförderung.)

Das heißt, dieses Ticket ist nicht in der Freizeit und nicht an den Wochenenden nutzbar. Deswegen ist es eben noch nicht die geeignete Modellregion,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber ausbaufähig.)

sondern das geht einen Schritt darüber hinaus, denn das genau ist der wichtige Punkt: Wir möchten, dass die Kinder in ihrer Freizeit, auch an den Wochenenden dieses Ticket nutzen sollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig! – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Des Weiteren, Frau Dr. Schwenke, haben Sie schon die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs eingebaut, also ein Aufwuchs der finanziellen Mittel. Das ist im Grunde genommen folgerichtig. Wir haben das noch nicht gemacht, weil wir sozusagen erst mal auf der Basis null anfangen wollen. Wir wollen sagen, das, was jetzt schon da ist, soll von den Schülern benutzt werden können, und dann müssen wir sehen, welcher Bedarf zusätz-

lich entsteht und mit welchen Kosten wir rechnen müssen. Das ist vom Ziel her identisch. Wir würden jetzt aber einen Zwischenschritt einstellen, der erst mal sehr einfach ist, nämlich anhand einer Modellregion festzulegen, welche Kosten dort entstehen, um dann zu sehen, wie wir das Ganze weiter ausbauen können.

Ich glaube, das Ziel ist im Grunde genommen leicht zu verstehen. Das ist nicht nur für den ländlichen Bereich wichtig, sondern für die Städte. Auch in den Großstädten möchten die Kinder natürlich unterwegs sein. Das Thema Schülerverkehr ist dabei das kleinere Thema, das größere Thema ist tatsächlich die Freizeit. Damit hängt auch das Ehrenamt zusammen. Wir können nicht beklagen, dass die Kinder sich weniger engagieren, dass sie nicht mehr zur freiwilligen Feuerwehr gehen, wenn sie einfach keine Möglichkeit haben, dorthin zu fahren. Die Folgen, dass der öffentliche Personennahverkehr zu dünn ist und dass dann teilweise die Buslinien, die die Kinder benutzen müssten, gar nicht da sind, sind das Problem. Das müssten wir im nächsten Schritt behandeln. Aber wir brauchen eine solide Zahlenbasis.

Ich bin der Meinung, dass die Kalkulationen der Verkehrsbetriebe da in aller Regel verkehrt sind. Was fällt denn wirklich weg, wenn man dieses Schülerticket einführt? Die Kinder, die jetzt für ihre Freizeit einen Fahrschein kaufen, werden das dann nicht mehr brauchen, die haben dafür das Schülerticket, das ist der Sinn der Sache. Das sind Einnahmen, die wegfallen. Kosten würden aber laut unserem Antrag erst mal gar keine zusätzlichen anfallen, denn wir bleiben bei den Buslinien und bei dem öffentlichen Personennahverkehr, den es schon gibt. Es wird kein zusätzliches Personal – Busfahrer oder so – eingesetzt. Deswegen ist es wichtig, das erst mal zu überprüfen.

Bei der Mecklenburgischen Seenplatte rechnet man bei diesem Minimodell erst mal mit 300.000 Euro zusätzlichen Kosten, also ein absolut überschaubarer Betrag. Wir haben ähnliche Vorhaben auch in den Landkreisen Vorpommern-Greifswald, Vorpommern-Rügen. Ein Schülerfreizeiticket ist gerade im Landkreis Rostock beschlossen worden. Da kommen wir dann zu der nächsten Frage: Die Kosten, die am Ende aber tatsächlich anfallen, wie werden sie aufgeteilt? Hierzu sagen wir in unserem Antrag nichts – aus gutem Grund, weil es theoretisch dafür drei Beteiligte gibt, nämlich das Land, die Landkreise und die Eltern selbst. Die Aufteilung dieser Kosten und den Betrag, den man festlegen muss, kann man erst machen, wenn man eine solide Basis aus dieser Modellregion hat, sodass man dann sagen kann, für welchen Betrag wir dies anbieten können.

Meine große Bitte an die Landesregierung, an Herrn Pegel ist, insbesondere dafür zu sorgen, dass wir diesen Einstieg in das Schülerticket bekommen. Man kann sich auch an anderen Bundesländern orientieren. Zum Beispiel gibt es in Nordrhein-Westfalen einen sehr großen Verkehrsverbund, VRR, der schon seit 38 Jahren existiert und das Schokoticket anbietet. Das Schokoticket bedeutet, dass alle Kinder und Jugendlichen bis zum Alter von 25 Jahren – da sind auch die Azubis enthalten – dieses Ticket nutzen können, sie können sich auf dem gesamten Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr frei bewegen. Das Ticket kostet für das dritte Kind gar nichts, für das zweite Kind 6 Euro, für das erste Kind 12 Euro. Das ist einfach mal ein Beispiel. Das können wir natürlich so ohne Weiteres überhaupt nicht übertragen auf Meck-

lenburg-Vorpommern. Da brauchen wir eben die Modellregion, um das zu ermitteln.

Wichtig wäre aber, dass wir tatsächlich einen Einstieg in das Thema Verkehrsverbund bekommen. Wir brauchen die Kombination von Schienenverkehr und Busverkehr. Es ist in anderen Teilen unseres Landes absolut üblich, dass sie mit dem gleichen Ticket weiterfahren können. Das brauchen wir auch hier bei uns. Und wir müssen vor allen Dingen sicherstellen – ich hatte es gerade genannt, in verschiedenen Landkreisen gibt es jetzt Tendenzen, dieses Ticket einzuführen –, wir müssen sicherstellen, dass wir nicht eine neue Ungleichheit im Land Mecklenburg-Vorpommern bekommen, weil der eine Landkreis das Ticket eingeführt hat und der andere nicht und die Kinder dann vollkommen unterschiedlich dargestellt werden.

Das ist, glaube ich, eine Aufgabe der Landesregierung. Da kann man nicht immer nur auf die Kreise verweisen und sagen, das sollen die Kreisverbände, die Landkreise machen, sondern das muss schon die Landesregierung sicherstellen, dass da eine Einheitlichkeit reinkommt. Ich nannte gerade den VRR als Beispiel. Als der 1980 gegründet wurde, haben sich natürlich auch nicht 50 Verkehrsverbände zufällig irgendwo mal getroffen, sondern das wurde initiiert von der Landesregierung. Das heißt, selbst wenn man die Landkreise oder die Kommunen primär in der Pflicht sieht, ist es doch immer die Aufgabe der Landesregierung, auch mal Initiativen zu starten und die Führung bei solchen Themen zu übernehmen, um am Ende zu einem konstruktiven Ergebnis zu kommen. Ganz von alleine passiert das eben einfach nicht.

Die Ausgangssituation ist in Mecklenburg-Vorpommern sogar viel einfacher, als es in Nordrhein-Westfalen der Fall war, weil wir nur noch sechs Landkreise haben mit den entsprechenden Verkehrsbetrieben und zwei kreisfreie Städte. Ich sagte gerade, in Nordrhein-Westfalen beim VRR sind das deutlich über 40. Also eigentlich spricht alles dafür, dass man diese Beteiligten leichter an einen Tisch bekommt. Aus meiner Sicht sind die Kosten überschaubar, man muss es einfach mal darauf ankommen lassen, man muss in einer Region starten.

Der Sinn eines solchen Schülertickets ist sehr wichtig. Ich möchte auf die Bürgerinitiative kommen. Es wurden sehr viele Unterschriften dazu gesammelt. Leider sind Fehler gemacht worden und einige Unterschriften mussten bei der Landeswahlleitung aussortiert werden. Deswegen sind die 15.000 Unterschriften nicht zustande gekommen. Ich glaube aber nicht, dass wir jetzt unbedingt der Bürgerinitiative zumuten müssen, noch mal 15.000 Unterschriften zu sammeln. Die haben schon angefangen, die machen das auch wieder, aber ich denke, wir könnten so einen Antrag, der wieder kommen wird aufgrund der Elternunterschriften oder Bürgerunterschriften, auch einfach mal freiwillig behandeln. Das wäre, glaube ich, ein fairer Zug.

Die Eltern, insbesondere die, die unterschrieben haben, sehen die großen Zwänge gerade im ländlichen Bereich, dass ihre Kinder fahren müssen, dass sie selber diese Fahrten nicht übernehmen können, weil sie schließlich auch berufstätig sind, und dass deswegen gerade im dünn besiedelten Bereich die Kinder zu viel zu Hause sind und an diesen freiwilligen Aktivitäten, die ich schon aufgeführt habe, nicht teilnehmen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich begrüße auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Warnow-Schule Papendorf. Sie nicken, gut.

Ich rufe auf zur Begründung des Antrages der Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Volksinitiative – Herr Wildt hat es schon gesagt – zur kostenfreien Schülerbeförderung für alle Schüler der Klassen 1 bis 13 und Auszubildende in Mecklenburg-Vorpommern ist vorerst gescheitert. Die Eltern sind dabei, neue Unterschriften zu sammeln, aber dem Appell von Herrn Wildt würde ich mich gerne anschließen, zumal diese Initiative im Land viel bewegt hat, zumindest in der Kommunalpolitik.

Im Landkreis Ludwigslust-Parchim wird an einem kostenfreien Schülerticket für alle Schülerinnen und Schüler gearbeitet. Ein kostengünstiges Schüler-Freizeit-Ticket gibt es bereits. In Nordwestmecklenburg gilt seit Februar dieses Jahres ein Schülerfahrausweis, welcher in der Schulzeit ab 14.00 Uhr sowie am Wochenende und in den Ferien ganztägig gilt. In der Hansestadt Rostock wird ab dem kommenden Schuljahr ein Schülerticket mit 5 Euro monatlich bezuschusst. Die Bürgerschaft hat zudem den OB beauftragt, die Prüfung zur Einführung eines kostenlosen Schülertickets durchzuführen.

Am Montag hat der Kreistag Mecklenburgische Seenplatte beschlossen, dass vom kommenden Schuljahr an der kostenfreie Schülerverkehr für alle Schülerinnen und Schüler im Kreisgebiet eingeführt wird, die zur örtlich zuständigen Schule fahren. Die, die nicht zur örtlich zuständigen Schule fahren, erhalten zumindest einen Zuschuss. Vorpommern-Greifswald hat mit Mehrheit beschlossen, ein landesweites Ticket für den kostenfreien Schülerverkehr einzuführen.

(Andreas Butzki, SPD:
Das ist ja ein Beschluss.)

Die Beispiele zeigen, dass die Kommunalpolitik erkannt hat, dass Mobilität und kostenfreie Schülerbeförderung mehr Chancengleichheit sichert und Ungerechtigkeiten abbaut. Mit unserem Antrag soll bewirkt werden, dass die Landesebene den in Gang gesetzten, sehr dynamischen Prozess aktiv unterstützt und zu einer richtig runden Sache macht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion verfolgt einen neuen Ansatz. Es ist leider so, der öffentliche Nahverkehr ist auf die Schülerbeförderung im Wesentlichen in den ländlichen Räumen reduziert, und das muss sich nach unserer Auffassung wieder ändern. Wir wollen eine Initialzündung für den öffentlichen Nahverkehr erwirken. Zusätzliches Landesgeld soll in die Hand genommen werden, um eine deutliche Angebotsverbesserung herzustellen. Das ist das dann, wenn Schülerinnen und Schüler sozusagen die Möglichkeit haben, auch die Infrastruktur dafür da ist, das heißt also auch, mehr Busse da sind.

Um eine deutliche Angebotsverbesserung geht es uns, denn wir wollen mehr Menschen dazu bewegen, den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Vom besseren Angebot

profitieren alle Nutzerinnen und Nutzer, vor allem in Ortschaften und Regionen, wo heute täglich der Schulbus fährt, und das nur in der Schulzeit. Der Verweis auf Aufgabenträgerschaft und Zuständigkeit darf nicht länger ein Hindernis dafür sein, endlich zu handeln.

Der Mobi-Pass, wie wir ihn nennen, für Kinder und Jugendliche ist dabei für uns Mittel zum Zweck. Wir wollen Insellösungen vermeiden, so, wie sie heute sozusagen gang und gäbe sind. Denn alle bisherigen Aktivitäten zur kostenfreien Schülerbeförderung oder kostengünstigen Freizeitnutzung enden an der Kreisgrenze, dem Aktionsradius des kreislichen Busunternehmens. Die Verwaltungsgrenzen wollen wir überwinden, damit Mobilitätsschranken einreißen. Wir haben sozusagen einen Flickenteppich unterschiedlicher Maßnahmen und die sind jeweils abhängig von der Finanzkraft des Kreises oder der kreisfreien Stadt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU
und bei Jochen Schulte, SPD)

Das Landes-Ferien-Ticket ist ein gutes Beispiel dafür, den Aktionsradius junger Leute deutlich zu vergrößern. Leider gilt es nicht für Azubis und auch nicht für Studierende. Auch das würden wir gern ändern.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Alle Wirtschaftsbranchen und ihre Interessenvertreter wie IHK und Handwerkskammern sowie die Gewerkschaften drängen auf ein kostenfreies Azubi-Ticket. Durch die Zentralisierung der Berufsschullandschaft wird es zunehmend schwer, überhaupt Auszubildende zu finden und Ausbildungsplätze zu besetzen. Aus dem Klützer Winkel zur Berufsschule nach Waren an der Müritz zur Hauswirtschaftsausbildung braucht man über vier Stunden. Wenn dazu noch Kosten für Fahrt und Unterkunft kommen, tut sich das niemand an. Mittlerweile – das ist die positive Nachricht – übernehmen einige Ausbildungsbetriebe die Kosten, aber nicht alle.

(Torsten Renz, CDU: Zu DDR-Zeiten haben
alle möglichen Leute im Internat gewohnt.)

Ich habe nicht verstanden, was Sie gesagt haben, Herr Renz. Sie können dann gerne ans Mikrofon kommen.

(Torsten Renz, CDU: Zu DDR-Zeiten haben
alle möglichen Leute im Internat gewohnt.)

Vor allem kleine und sehr kleine Betriebe können eine solche Unterstützung nicht leisten.

(Torsten Renz, CDU: Deshalb zahlen
wir Unterstützung für die Unterkunft.)

Wir haben ausführlich in der Maisitzung über die Richtlinie für Fahrkostenunterstützung des Landes debattiert. Ich wiederhole es noch einmal: Statt Kosmetik an einer Richtlinie, die weder hilft noch gerichstssicher ist, brauchen wir freie Fahrt für alle Auszubildenden. Nur das würde endlich auch denjenigen Jugendlichen zugutekommen, die dringend Unterstützung bräuchten. Auszubildenden, die Teil einer Bedarfsgemeinschaft sind, nützen Zuschüsse nichts, weil sie das auf die Grundsicherung angerechnet bekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Mit dem Mobi-Pass könnten wir uns besagte Richtlinie sparen, sind rechtlich auf der sicheren Seite und könnten tatsächlich einen Beitrag für die Fachkräftesicherung leisten.

Auch Studierende wollen wir nicht außen vor lassen. Eine kostenfreie Nahverkehrsnutzung zählt auch zu guten Studienbedingungen und sichert die Erreichbarkeit von Praktika und Referendarstellen im ländlichen Raum beziehungsweise außerhalb der Studienorte.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
und Marc Reinhardt, CDU)

Das erhöht zudem die Chance, dass Absolventen ihre berufliche Zukunft in ganz Mecklenburg-Vorpommern sehen und nutzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, konkret sollen alle Kinder und Jugendlichen den Mobi-Pass nutzen können, die der Verordnung über Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr unterfallen. Das sind Schulpflichtige bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres. Nach Vollendung des 15. Lebensjahres sind es Schülerinnen und Schüler sowie Studierende öffentlicher, staatlich genehmigter oder staatlich anerkannter privater allgemeinbildender Schulen, berufsbildender Schulen, Einrichtungen des zweiten Bildungsweges, Hochschulen sowie mit Einschränkungen auch Akademien. Auch wer etwa an einer Volkshochschule den Schulabschluss nachholt, sich im Berufsvorbereitungsjahr, Volontariat, Bundesfreiwilligendienst befindet oder Beamtenanwärter ist, könnte vom Mobi-Pass profitieren.

Aber natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Initialzündung für den öffentlichen Nahverkehr kostet Geld. Wir gehen davon aus, dass es zwischen 60 und 65 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr sein könnten. Dieses Geld, meinen wir zumindest, wäre sehr gut angelegt, um Mecklenburg-Vorpommern zukunftssicher zu entwickeln. Die Sicherung der Mobilität ist eine der grundlegendsten Aufgaben der Daseinsvorsorge. Mit dem Antrag unterbreiten wir Vorschläge für eine Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs.

Nicht nachvollziehbar wurde im April der Antrag meiner Fraktion, landeseinheitlich geltende Bedienungsstandards für den ÖPNV zu definieren und als Grundlage für eine Finanzbedarfsuntersuchung für den ÖPNV zu nutzen, wie bekannt, abgelehnt. Nur mit solider Finanzbedarfsermittlung sind Entscheidungen für die künftige Finanzierung des ÖPNV zu treffen. Das mahne ich erneut heute an. Dafür hilft dann allerdings auch nicht, Herr Kollege Wildt, dass man das mal in einer sehr begrenzten Region überprüft. Das kann man nicht einfach hochrechnen, dafür sind die Bedingungen in den Regionen viel zu unterschiedlich.

Zunächst sollen nach dem Vorbild anderer Bundesländer – seit Jahresbeginn beispielsweise auch in Baden-Württemberg praktiziert – die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr kommunalisiert werden. Die Verordnung über Ausgleichsleistungen läuft zum Jahresende aus. „Die Prüfung einer Neuregelung ist noch nicht abgeschlossen.“ So heißt es in der Antwort auf meine Kleine Anfrage. Wir schlagen hiermit eine Lösung vor. Im Ergebnis einer Petition des Landesverbandes PRO BAHN signalisierte das Energieministerium, gemeinsam mit dem Finanzministerium zu prüfen, die Ausgleichsleistun-

gen aus Landesmitteln und nicht mehr aus Regionalisierungsmitteln zu finanzieren. Unser Antrag nimmt auch diese Absicht mit auf. Die frei werdenden Regionalisierungsmittel würden beispielsweise für die Reaktivierung der Darßbahn und eine durchgängige Südbahn genutzt werden können.

(Marc Reinhardt, CDU: Und wenn
die alle sind, was machen wir dann?)

Meine Damen und Herren, Minister Pegel verkündete in Verkehrskonferenzen bereits im vergangenen Jahr, dass mit der FAG-Novelle Teil 2 Kommunen etwa 100 Millionen Euro mehr erhalten werden. Die Mittel für den ÖPNV werden Gegenstand der nächsten Novelle. Es gibt mehr Geld für die Kommunen, allerdings ohne Zweckbindung. Der Minister stellte zugleich klar, dass er persönlich für die Zweckbindung für den ÖPNV wäre. Da pflichten wir dem Minister bei. Auch wir favorisieren eine zweckgebundene und deutlich höhere Landesunterstützung. Dies könnte wie in anderen Ländern durch eine Verordnung oder ein Gesetz zur ÖPNV-Finanzierung erfolgen.

Lassen Sie uns gemeinsam im Ausschuss weiter über dieses Thema reden. Mit einem Beschluss heute im Landtag, für den ich natürlich trotzdem werbe, aber auch mit einer Ablehnung ist es nicht getan. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Da jetzt beide Einbringer eine Diskussion im Ausschuss angekündigt haben, muss ich sicherheitshalber mal nachfragen: Soll das jetzt ein Überweisungsantrag sein?

(Bernhard Wildt, BMV: Ja.)

Ein Überweisungsantrag in den fachlich zuständigen Ausschuss? – Dann sollte das demnächst auch so formuliert werden.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von bis zu 240 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich auf den heutigen Abend. Wir haben ein Sommerfest und ich war zwischendurch versucht, mir Marken zu kaufen für Speisen und Getränke. Momentan erwäge ich, es sein zu lassen und mich einfach mal an die Fersen von Herrn Wildt und Frau Dr. Schwenke zu klemmen

(Heiterkeit und Beifall Nikolaus Kramer, AfD)

und zu schauen, ob sie eigentlich mit eigenem Geld genauso spendierhosenmäßig umgehen, wie sie es mit Landesgeld gern täten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wenn ich allein den gestrigen Tag Revue passieren lasse, wenn ich auch die letzten Sitzungen Revue passieren lasse, dann haben wir uns eine Eigenart zugelegt, gerade in Oppositionsreihen, zu sagen, Geld ist doch für alles da. Ich unterschreibe Ihnen das sogar, Geld ist für vieles da, aber eben nie für alles, und Sie werden immer in Alternativen argumentieren müssen. Wenn wir mal eben über 40/50/60 Millionen reden – im Kreistag Vorpommern-Greifswald hat mich die LINKEN-Politikerin angesprochen, sie bräuchte bloß 200 Millionen, dann wären die Kreisstraßen in Ordnung, ich rechne es dann mal acht, weil wir sechs Kreise und zwei kreisfreie Städte haben, 1,6 Milliarden –, dann glaube ich, dass wir achtgeben müssen, dass wir draußen bei den Menschen, die die Politik beobachten, bei aller Kritik eine gewisse Glaubwürdigkeit in unseren Aussagen haben und sagen, wenn die sagen, dass es geht, dann muss es doch auch gehen, dass wir aufpassen müssen, dass nicht der Eindruck entsteht, wir hätten eigentlich längst so eine Möglichkeit, alles zu tun, was wir uns wünschen, dass wir in so was reinkommen, was finanzpolitisch keiner mehr in den Griff bekommt, was den Leuten aber die Augen verkleistert bei den Grenzen, die wir finanziell haben.

Meine Damen und Herren, ich würde mir bei so einer Diskussion wünschen – das ist jetzt ein bisschen auseinandergeraten, weil es zwei Vorlagen sind, deswegen ist es nicht ganz einfach –, dass ich zunächst eine Problemanalyse voranstelle. Gerade an Herrn Wildt ist die Bitte gerichtet: Geht es mir eigentlich um eine finanzielle Leistungsmöglichkeit von Schülerinnen und Schülern, außerhalb der Schulwege zu fahren, oder geht es mir um eine Verfügbarkeitsfrage? Da gehen Ihre Positionen im Übrigen auseinander, zum Teil decken sie sich, zum Teil bleibt es im Diffusen.

Wenn Sie eine Verfügbarkeitsfrage diskutieren, also die Frage, ist überhaupt ein Bus da, wenn ich zu meinem Sportverein will, ist überhaupt ein Bus da, wenn ich in die Musikschule will – mal abgesehen davon, dass mancher die Ganztagschule und die Schulangebote ein bisschen zu unterschätzen scheint, aber das ist nur am Rande erwähnt, vieles von dem wird heute in einer geänderten Schul- und Schulumfeldkultur bereits mit abgeleistet –, wenn ich das zur Grundlage mache, dann diskutiere ich möglicherweise weniger über Geld, sondern mehr über die Frage, welche Qualität, welches Angebot eigentlich verfügbar ist.

Wenn ich dann einen Weg propagiere und sage, wir ziehen Geld raus oder wollen, dass mehr geleistet wird und Geld fürs Umsonstfahren geleistet wird, dann haben wir nicht automatisch auch Geld reingetan, um noch zusätzliche Leistungen reinzutun. Wenn ich 100 Busse fahren lasse und dafür bisher für 6.000 Schüler Geld einnehme und sage, das Geld sollst du nicht mehr bekommen oder anders bekommen, dann ist nur, weil ich die Kosten für diese Schüler jetzt anders gezahlt bekomme, noch kein zusätzlicher Euro da, um zu sagen, jetzt sollen die Busse auch noch doppelt so oft fahren oder du sollst 80 Busse mehr kaufen.

Meine Damen und Herren, dritter Punkt – der war eher am Rande, den hat Frau Dr. Schwenke angesprochen –: Zu guter Letzt kann man die Diskussion führen, ob man an Verwaltungsgrenzen, Sie hatten die Kreisgrenzen angesprochen, entsprechende Übergangsverkehre hat. Ich würde gerne mal prüfen, wie viele Fälle tatsächlich nicht zur Musikschule kommen, weil sie an der Kreis-

grenze scheitern. Wir haben heute Landkreisgrößen, über die wir im Übrigen durchaus auch kritische Diskurse geführt haben. Die meisten der Landkreise haben längst ihre Busbetriebe zu einem fusioniert oder haben einen, der als Leitwolf die Fahrpläne anbietet, der vielleicht mit Subunternehmerbetrieben arbeitet, aber alles in einer Tarifstruktur, alles in einer Fahrplanstruktur, sodass ich hier nicht ganz nachvollziehen kann, dass da eine Riesenbaustelle sein soll. Deswegen will ich zur Vorsicht raten, habe aber verstanden, dass Sie auch der Punkt umtreibt.

Wenn Sie das zur Grundlage machen, müssten Sie zunächst entscheiden, worum es Ihnen geht. Oder geht es Ihnen um beides – umsonst und/oder Verfügbarkeit? Wenn wir das Umsonst diskutieren, diskutieren wir auch mal, glaube ich, klug die Frage: Ist es umsonst für alle, ich sage mal, auch für ein Ministerkind, auch für viele Unternehmerinnen und Unternehmer, die ich kenne, denen es so schlecht nicht geht, die mit den Vergütungen eines Ministers durchaus mithalten können? Ich habe viele Jahre als Wirtschaftsanwalt gut agierende Unternehmer auch in diesem Lande kennengelernt.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Oder geht es eigentlich um die soziale Frage, wo man sagt, auf welche Beteiligten müsste ich mich kaprizieren. Wem will ich es möglich machen? Oder sage ich, alle? Ich verstehe Ihre Anträge – alle –, aber noch mal ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Dann müsste man die Einkommenssteuererklärung der Eltern kontrollieren.)

Ja, Sie können auch mit der Einkommenssteuererklärung der Eltern argumentieren, ich glaube, dass wir trotzdem die Frage stellen müssen: Will ich für alle oder will ich ein Sozialproblem beschreiben?

Wenn Sie diese Problemanalyse durchhaben, dann sind wir bei der Frage: Was kann ich mir eigentlich leisten und wie groß ist das Problem tatsächlich in den alltäglichen Bereichen, wenn ich nur Geld im Blick habe? Die Verfügbarkeit ist nach meiner Überzeugung in Wahrheit das größere Problem, die Frage, komme ich überhaupt raus. Das gilt im Übrigen auch in dem allgemeinen Nahverkehr, das gilt nicht nur für Schülerinnen und Schüler.

Wenn Sie die finanzielle Frage aufgeworfen haben, dann sagt Herr Wildt, mit diesem Prüfauftrag sei noch gar nicht entschieden, ob das am Ende Land, Landkreise oder Eltern selbst zahlen. Das gilt für beide Anträge und auch für den von Frau Dr. Schwenke vom letzten Mal angesprochenen, wo man sagt, wir müssen den Kreisen endlich mal Bedienungsstandards an die Hand geben. Wir werden morgen die Diskussion bei Kreisstraßen haben.

Die Frage, die sich der Landtag stellen muss, ist, für wie ernst er eigentlich auch die Klugheit der Menschen in den Kreisen, in den Kreistagen und in den Kreisverwaltungen hält, und zweitens, ob wir einen mehrstufigen Staatsaufbau wollen. Dann ist das Argument, es kann doch nicht angehen, dass in Kreis A Dinge etwas anders laufen als in Kreis B. Wenn Sie das zur Argumentationsgrundlage machen, müssten wir möglichst schnell die Selbstauflösung beschließen und haben eine bundeszentralistische Lösung für jedes Einzelproblem. Jedes Mal, wenn Sie 16 Bundesländer haben, werden Sie auch Differenzie-

rungen im Verwaltungsumgang und bei anderen Facetten haben. Jedes Mal, wenn Sie sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte haben, können sich Regionaldifferenzierungen ergeben, die im Übrigen zum Teil vor Ort politisch gewollt sind. Die Idee von kommunaler Selbstverwaltung ist doch, dass die zuweilen auch auf sich runtergebrochen speziellere Lösungen haben.

Also noch mal die ernsthafte Frage: Wir haben im öffentlichen Personennahverkehr im Busbereich eine klare Entscheidung des Landesgesetzgebers, also dieses Hohen Hauses, wenn auch nicht in dieser Zusammensetzung – die Entscheidung ist in einem Gesetz, das früher beschlossen wurde, gefallen –, aber dieses Landes, zu sagen, das ist eigener Wirkungskreis der Kreise, das ist deren originärer eigener Job. Wir werden uns die Frage stellen müssen, ob wir eigentlich daran glauben, dass auch dort klug agiert wird, oder ob wir regelmäßig in so einer Art Oberlehrerfunktion von hier aus sagen, wie schlecht sie es machen, und wir erklären, wie es richtig geht.

Wenn Sie da reingehen, meine Damen und Herren, dann werden Sie es finanzieren müssen, das ist das Gebot der Konnexität, und Sie werden im Übrigen einen Teil Frust abfangen, weil dort nicht wenige – angesprochen ist es, dafür herzlichen Dank –, momentan sehr unterschiedliche Lösungsansätze in verschiedenen Landkreisen diskutiert werden, welches Problem man eigentlich hat und wie man damit umgeht. Die Mecklenburgische Seenplatte zum Beispiel hat diese Kilometer, die kleinen Kilometer rausgestrichen und hat gesagt, wir differenzieren nicht mehr, ob zwei oder drei Kilometer, wir nehmen alle mit, weil wir glauben, der Aufwand ist größer als der Nutzen. Andere Kreise haben sich etwas anderes vorgenommen. Ich habe noch mal die dringende Bitte, zu schauen, was glauben wir und was trauen wir eigentlich Kreistagen und Kreisen in ihrer Klugheit und Selbstverantwortung zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben die Stärkung angesprochen, Herr Wildt, die Stärkung, und haben gesagt, Mensch, liebe Koalitionsfraktionen, macht doch einfach mal mit, was fällt denn da weg, und dann haben Sie gesagt, es wird doch erst mal keines zusätzlichen Geldes bedürfen. Ich glaube, das passt nicht zu dem, was hier beantragt ist. Also zu sagen, es passiert nichts, ist ja nicht die Idee des Antrages, sondern die Idee ist, da kommt Geld rein. Anders kriegen Sie so ein System nicht umgesetzt. Und noch mal, Sie werden zwei Antworten geben müssen, ob und/oder Geld in die Qualität soll, und/oder Geld in die Frage, alle frei, teilweise frei, wie auch immer.

Dann wird immer mit den ländlichen Räumen argumentiert. Sie sagen, ihr müsst endlich den ländlichen Raum stärker machen. Wenn Sie den ländlichen Raum stärker machen wollen, diskutieren Sie vor allen Dingen die Qualität. Und da diskutieren Sie nach meiner Überzeugung auch Modelle – da ist der Ausschuss geeigneter als der große Raum hier, glaube ich, ich bin nicht sicher, ob alle gleichermaßen ÖPNV-affin sind –, da diskutieren Sie vor allen Dingen ein Modell, wie es Ludwigslust-Parchim, Nordwestmecklenburg angegangen sind, es gibt auch andere Modelle, auch die kann man sich angucken, nämlich zu sagen, wir nehmen mal den Rückzug aus der Fläche noch bewusster vor als heute und das, was wir an Busverkehren haben, organisieren wir anders, wir lassen nur noch auf Haupttrouten zwischen Mittelzentren schnelle, regelmäßige Buslinien fahren, aber eben nicht mehr

nur zweimal am Tag, sondern stündlich, anderthalbstündlich, zum Teil halbstündlich, und auf diese Linie liefern wir noch zu, und zwar nur noch auf Abruf. Damit schaffen wir es, viel mehr Haltestellen in die Dörfer zu bringen, aber nur noch auf Abruf. Wer sich die Ludwigslust-Parchimer Erfolge anguckt, der sieht, das kann ein sehr geeignetes System sein.

Ich bin überzeugt davon, dass die Menschen leichter zu bewegen sind, Geld für ÖPNV zu bezahlen, wenn sie dafür Qualität kriegen. Ich glaube auch, dass man sich selbst mal ehrlich im Spiegel ins Gesicht gucken muss und sagen muss, wie viel können wir uns eigentlich leisten. Und wenn wir uns nicht alles leisten können, wofür nach meiner Überzeugung vieles spricht, dann wird man sich überlegen müssen, ist mir die Qualität wichtiger oder das Umsonst. Ich wette mit Ihnen, schlechte Qualität ist auch umsonst kein Glücksbringer. Wenn Sie aber bessere Qualität anbieten, werden Sie auch für Kosten eher die Akzeptanz der Menschen erleben.

Soweit Sie die Gleichheit im ländlichen Raum angesprochen haben, dass Sie sagen, Mensch, die Unterschiede zwischen Kreisen: Sie haben natürlich Unterschiede in den Kreisen bei Kreisstraßen, Sie haben bei Schulsanierungen zwischen den Städten und Gemeinden Unterschiede, Sie haben bei der Frage, ob ich Bürgerbüros habe oder nicht, Unterschiede. Noch mal: Kreise dürfen ein Stück weit in ihrem eigenen Wirkungskreis differenzieren. Wir werden nicht umhinkommen, das auch ein Stück weit als Landtag zu akzeptieren, genau so, wie der Bundestag und die Bundesregierung das uns gegenüber akzeptieren müssen.

Meine Damen und Herren, Dreh- und Angelpunkt bleibt das Geld. Wenn man sagt, das wollen wir obendrauf tun, dann ist das doch ein politischer Schwerpunkt, den ich gern respektiere mit der kleinen Nachfrage, auf was bezieht es sich. Dann, finde ich bloß, gehört die ehrliche zweite Antwort dazu, was mache ich stattdessen nicht. Wenn ich den Leuten ständig das Gefühl gebe, die Bäume können ins Wolkenlose wachsen, es ist für alles alles da, spiegelt das, glaube ich, die eigene Wahrnehmung zu Hause selten wieder, weil die Menschen das mit ihrem Gehalt auch nicht können.

Zweitens produzieren wir Frust und Niederlagen. Das halte ich für nicht glücklich im demokratischen Miteinander. Ich würde mir wünschen, dass man sagt, ich will dafür 60 Millionen in den Topf werfen und dafür mache ich das nicht. Wenn Sie mir sagen, bitte keine beitragsfreie Kita, ist das doch eine ernsthafte Alternative und dann diskutieren wir die Alternative,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Können wir auch gucken, Qualität oder Kostenfreiheit?!)

aber zu sagen, das geht immer alles obendrauf und das ist alles problemlos, das halte ich auf Dauer für politisch nicht durchsetzbar, meine Damen und Herren.

Ich glaube, dass wir erstens die kommunale Selbstverwaltung ernst nehmen sollten, das ist ein eigener Wirkungskreis, das ist Kreisaufgabe und die kümmern sich. Zweitens muss man sich die finanzielle Frage ehrlich beantworten, denn dann gucken die Kreise auch her, wenn wir ihnen sagen, jetzt macht ihr gefälligst das, was wir wollen, und dann werden Sie antworten müssen, was stattdessen nicht. Genau auf diese beiden Antworten bin

ich gespannt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche eine angeregte Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Dr. Jess.

(Die Abgeordnete Simone Oldenburg tritt an die Regierungsbank heran. –
Minister Christian Pegel: Sie sind so gut zu mir. – Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Einen schönen Abend! –
Minister Christian Pegel: Wir teilen nachher. Ich lade Sie ein.)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lasse das jetzt hier auch nur kurzfristig zu. Wenn es darum geht, hier irgendwo Wertmarken zwischen den Fraktionen auszutauschen, würde ich doch darum bitten, das dann in der Lobby zu machen und nicht im Plenarsaal.

(Marc Reinhardt, CDU: Links wirkt!)

Dr. Gunter Jess, AfD: Es war ein politisches Zeichen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und liebe Gäste! Das Thema „Subventionierung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schülertransportes“ ist wieder im Landtag angekommen. Wir haben heute zwei Anträge, die bereits ausreichend dargestellt wurden, auch der Unterschied zwischen diesen Anträgen, insofern muss ich nicht mehr darauf eingehen.

Der größere Hintergrund ist, dass viele Probleme, die wir im Bereich des Schülerverkehrs, des öffentlichen Nahverkehrs und beim Berufsschulverkehr, beim Verkehr zu den Berufsschulen, haben, zusammengefasst wurden und jetzt in einem Generalrundumschlag sozusagen auf einmal gelöst werden sollen. Dabei kommt noch hinzu eine kleine Wunschvorstellung der LINKEN, die sagen, wir könnten vielleicht ein bisschen Kommunismus einführen, das heißt, jedem nach seinen Bedürfnissen, wir machen kostenlosen Transport durch das ganze Land für jeden. Sie beschränken das noch auf die Schüler, aber die nächste Konsequenz wäre ja für jeden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Beförderung!
Transporte machen wir nicht.)

Ich freue mich, dass der Minister Pegel diese ganze Debatte wieder ein bisschen, ich sage mal, systematisiert hat. Dafür bin ich ihm dankbar, denn genau das versuche ich jetzt auch. Ich will das mal auf drei Punkte konzentrieren, und zwar erstens auf das Problem des Wettbewerbs zwischen Individualverkehr und ÖPNV oder auch allgemeinem öffentlichem Verkehr, zweitens auf das Problem der Kosten und drittens auf das Gerechtigkeitsproblem.

Zunächst zum Wettbewerb zwischen Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr: Dabei verstehe ich unter Individualverkehr durchaus auch den Verkehr mit Fahrrad, Auto oder Kleinkraftträdern und bei dem

öffentlichen Nahverkehr selbstverständlich Bus, Bahn und eventuell auch Rufbus. Der Wettbewerb in der derzeitigen Situation ist, glaube ich, eindeutig entschieden. Der Individualverkehr hat klar gesiegt. Da geht es einfach darum festzustellen, dass die Versorgungsdichte, die Haltestellendichte, die Passgenauigkeit oder die Abfahrtszeiten für Hin- und Rückfahrt, die Bequemlichkeit, die Fahrtdauer und die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrrad und Gepäck unter Umständen beim öffentlichen Personennahverkehr deutlich schlechter abschneiden als beim Individualverkehr.

In der Vergangenheit hat der Individualverkehr also gesiegt. Das ist ein richtiger Teufelskreis, denn wenn die Nutzung des ÖPNV zugunsten des Individualverkehrs zurückgeht, werden auch die Leistungen des ÖPNV schlechter, und dann wird es logischerweise wieder so kommen, dass die Nutzer auf den Individualverkehr ausweichen müssen. Der Antrag der LINKEN suggeriert allerdings jetzt, man könnte diese Wettbewerbsnachteile des ÖPNV mit zusätzlichen Landesmitteln so stark fördern, dass man dem Individualverkehr Paroli bieten könnte. Diese Hoffnung habe ich derzeit allerdings nicht.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Na, wenn man es gar nicht erst versucht,
dann passiert natürlich auch nichts.)

Wer fährt denn noch mit dem ÖPNV? In der Regel sind es Einwohner, die entweder noch nicht oder nicht mehr automobil sind, weder mit Fahrrad, Kleinrad oder Auto. Das mag witterungsabhängig unterschiedlich sein und schwanken, doch eines ist klar, je mehr der ÖPNV gefördert wird, desto höher werden die Subventionskosten. Es ist nicht sicher, dass diese Kosten dann auch die erforderlichen Qualitätssteigerungen bringen.

Jetzt sind wir bei dem Stichwort „Kosten“. Es wird immer so schön von „kostenfreier Mobilität“ gesprochen. Es gibt keine kostenfreie öffentliche Mobilität, schon gar keine, wenn man sie auf hohem Niveau machen möchte. Es fragt sich nur: Wer trägt die Kosten? Kostenträger soll gemäß Antrag der LINKEN oder auch der BMV das Land sein, zwar differenziert nach Zeitstufen bis 2020, aber letztendlich bleiben die Kosten beim Land.

Der Städte- und Gemeindetag hatte bei der Anhörung im Ausschuss, wenn ich mich recht entsinne, Mehrkosten vom landesweiten Mobilitätspass von etwa 60 Millionen Euro in den Raum gestellt, Frau Dr. Schwenke hat auch bereits darauf hingewiesen. Allerdings war damals noch nicht von einer Qualitätssteigerung die Rede, sondern nur von den Kosten, wenn man jetzt einen Mobilitätspass für die Kinder einführt, das heißt, einen kostenfreien für die Kinder oder Jugendlichen. Da muss man klar sagen, dass die Erhöhung der Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs durch eine Erhöhung der Taktfrequenzen, durch eine Verbesserung der Touren und so weiter und sofort bei Weitem nicht berücksichtigt worden ist.

Wir haben es also mit einem relativ hohen Anteil unkalkulierbarer Risiken zu tun. Wir wissen nicht, welche Leistungskosten auf uns zu kommen, und wir wissen nicht, ob der Wettbewerb zwischen Individualverkehr und ÖPNV zugunsten des ÖPNV wirklich ausschlagen würde. Deshalb neigen wir aus Gründen der Kosten und Planbarkeit eher zu dem Vorschlag der BMV, die ja praktisch diese Unsicherheit anerkennt und sagt, das wollen wir erst mal austesten.

Trotzdem werden wir uns in dieser Frage enthalten, denn besser fänden wir noch, wenn Sie unserem damaligen Änderungsvorschlag 2017 gefolgt wären, wo wir ein Dreistufenmodell vorgeschlagen hatten, und zwar mit einer teilweisen Eigenbeteiligung. Da muss ich sagen, ich finde, die Ausführungen von Herrn Pegel gehen in die gleiche Richtung: lieber Qualität und dafür Kosten für die Nutzer als eine schlechte Qualität, die kostenlos angeboten wird. Sie wird dann nämlich nicht genutzt. Bei uns waren das die Karte 1, die Mobilkarte 1, das ist der Transport zur Schule und zur Berufsschule, der hundert Prozent subventioniert werden sollte, die Karte 2, die Regionalkarte bezogen auf die regionalen Ballungszentren, die nicht mal an Kreisgrenzen zu Ende sein müssen, die wird teilweise subventioniert, und Karte 3, die Landeskarte, bezogen auf ein Bundesland, die auch teilweise subventioniert wird, natürlich in unterschiedlichen Abstufungen.

Jetzt komme ich zum dritten Problem, dem Gerechtigkeitsproblem. Minister Pegel hat es schon angesprochen, da geht es nämlich um Verfügbarkeit und um Bedürftigkeit. Wir haben mal herausgesucht, wie die Situation des öffentlichen Nahverkehrs derzeit in Vorpommern-Greifswald ist. Ich trag das mal kurz vor, ich darf zitieren: „Es gibt nur wenige Buslinien, die auch am Wochenende fahren, und dann auch nur einmal am Tag. Ausnahme ist die Buslinie Torgelow–Pasewalk, die relativ gut bedient wird. In der Woche scheinen die Abfahrtszeiten früh in erster Linie auf den Schulbeginn abgestimmt zu sein, nachmittags gibt es sehr wenige, im Durchschnitt vielleicht zwei Fahrten. Nach 19.00 Uhr fährt so gut wie nichts mehr. Manche Linien fahren überhaupt nur einmal am Tag. Bei manchen ist das Angebot durch Rufbusse ergänzt, bei denen man sich aber mindestens 90 Minuten vorher angemeldet haben muss.“

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das nur kurz als Hinweis, Herr Wildt. Also eine Gerechtigkeit für diejenigen, die eine solche Anbindung wollen, ist nicht gegeben. Sie finanzieren praktisch mit dem kostenlosen Schülerticket die Schüler der Ballungszentren. Die können einen ausreichenden ÖPNV nutzen. In den ländlichen Bereichen können sie ihn nutzen und würden den Individualverkehr wieder vorziehen.

Ich sehe also hier relativ schlechte Voraussetzungen, und deshalb ist unser Fazit: Bei dem Antrag der BMV werden wir uns enthalten, bei dem Antrag der LINKEN, da er eigentlich nicht ausgegoren ist, würde ich sagen Ablehnung. Allerdings würden wir natürlich der Überweisung in die Ausschüsse zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Unverhohlen bringe ich meinen Eindruck hier zum Ausdruck, sehr geehrte ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Meinen Eindruck zum Ausdruck!)

Meinen Eindruck zum Ausdruck, ja. Richtig, Frau Lehrerin?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, vollkommen richtig.)

Okay, gut, dann habe ich nichts verkehrt gemacht zum Einstieg.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Noch nicht! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Noch nicht, gut. Mache ich auch in der ganzen Rede nicht, passen Sie auf!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ich passe auf, wenn Sie das sagen. –
Heiterkeit bei Bernhard Wildt, BMV)

Also mein Eindruck ist der, bei der Fraktion DIE LINKE gerät dieses Thema langsam unter eine unkontrollierte Eigendynamik. Ich habe den Eindruck, es ist ein Überbietungswettbewerb. Von Debatte zu Debatte werden immer neue Forderungen aufgemacht.

In der Tat ist dieses Thema ja für das Hohe Haus nicht neu. Ich will auch vorwegnehmen, dass wir, die Koalitionsfraktionen, im Rahmen unserer Finanzverantwortung sehr kritisch mit diesen Forderungen umgehen, die so nicht realisierbar sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wenn es um Ihre Reisen geht,
sind Sie nicht sehr kritisch.)

Ganz klar, Sie erwecken den Eindruck mit Ihren Anträgen – auch ein Stück weit die BMV –, dass mittels des ÖPNV der Mobilitätsbedarf der Menschen im Land zu nahezu einhundert Prozent abgedeckt werden kann. Das ist nicht fair, das ist auch nicht realistisch, das kann der ÖPNV nicht leisten, von der Quantität her nicht, von der Qualität her nicht. Wir wissen, auch von den finanztechnischen Anforderungen her ist das nicht leistbar. Erwecken Sie also nicht den Eindruck, dass wir, die in der Koalition Verantwortung für diesen Haushalt, für die Finanzen übernehmen, uns verweigern, ein kostenloses Schülerticket, einen kostenlosen ÖPNV anzubieten! Das ist nicht solide und das ist auch nicht fair gegenüber denjenigen, die hier die Finanzverantwortung übernehmen. Sie haben keinen Ansatz gebracht, wie Sie das finanzieren wollen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Von kostenlosem ÖPNV habe ich
überhaupt nicht geredet, Herr Eifler.)

Frau Dr. Schwenke, wir haben uns schon das eine oder andere Mal damit deutlich auseinandergesetzt und Sie lassen nach wie vor die Frage, wie Sie das finanzieren wollen, offen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Vielleicht über das Schulbau-
programm? Das wäre eine Variante.)

Wenn wir uns die Debatten der zurückliegenden Tage anschauen, Herr Ritter, und das mal aufsummieren, welche Forderungen hier in dem Raum, in dem Hohen Haus, Ihrerseits gestellt werden in Bezug auf den Umgang mit Finanzen, muss man eigentlich sagen, danke schön, dass die Koalitionsfraktionen so stabil sind, dass Sie nicht in Regierungsverantwortung sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, dann müsst ihr euren Strategiefonds verteilen. Habt ihr nichts zu tun?)

Ich sage es Ihnen, dann wäre das Land möglicherweise schon bankrott.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ei, jei, jei, jei! Haben wir ja
bewiesen, dass es nicht so ist. –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Immer wieder die alte Leier.)

Nein, das ist nicht die alte Leier, das ist die Realität.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Doch, das ist die alte Leier!
So alt bin ich noch gar nicht, und
ich kann sie schon nicht mehr hören.)

Ich will bei all diesen Anforderungen und Begehrlichkeiten, die Sie angesprochen haben, meine Damen und Herren von der Linksfraktion und von der BMV, auf die Zuständigkeiten eingehen. Es ist von Minister Pegel sehr deutlich gesagt worden, und ich glaube schon, dass die kommunalen Gebietskörperschaften und Vertretungen sehr wohl mit der Verantwortung, die ihnen übertragen worden ist, umgehen können, sowohl im Umgang mit der Mobilitätsgarantie, die sie in ihren Gebietskörperschaften aufrechtzuerhalten und anzubieten haben, dass sie aber auch mit ihren Finanzen verantwortungsvoll umgehen.

Man mag da unterschiedlicher Auffassung sein und das eine oder andere, was in dem Landkreis A oder im Landkreis B beschlossen worden ist, gut oder nicht gut finden, ich persönlich konnte diese Diskussion, auf die Situation im Landkreis Vorpommern-Rügen bezogen, die in den letzten Jahren über die Schülerbeförderung geführt worden ist, nicht verstehen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Wann fahren Sie mal Bus?)

Relativ selten, es ist so, aber ich bin als Bürgermeister sehr nah dran an den Bürgern und ich kenne mich mit den Mobilitätsbedarfen meiner Menschen in meiner Gemeinde sehr gut aus. Da kann ich Ihnen auch sagen, Herr Professor Weber, dass ich in direkten Gesprächen mit den Anbietern des ÖPNV Lösungen gefunden habe, die für bestimmte Bedürfnisse, die die Menschen berechtigterweise haben, auch realisiert worden sind. Also auf der kommunalen Ebene funktioniert das. Stellen Sie das einfach nicht infrage, dass die zuständigen Gebietskörperschaften das nicht leisten können und nicht leisten wollen!

Auch die Unterschiedlichkeit, die in den einzelnen Landkreisen zu Fragen der Schülerbeförderung, Mobilität, des ÖPNV insgesamt besteht, macht deutlich, wie wichtig es ist, das auf der kommunalen Ebene zu regeln, weil die Bedingungen so unterschiedlich sind. Ich kann zum Beispiel eine Stadt Rostock nicht mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen, mit Vorpommern-Greifswald oder mit der Mecklenburgische Seenplatte vergleichen. Das ist also sehr wichtig, dass man vor Ort auf Grundlage der vorhandenen Situationen die Entscheidungen trifft, und dann sind die auch gut platziert. Insofern ist diese Regelung, wie sie sich im Schulgesetz mit Paragraph 113 bezüglich der Schülerbeförderung findet, gut platziert und richtig angeordnet.

Zu der Frage, die auch von Frau Dr. Schwenke aufgeworfen wurde, nach den Regionalisierungsmitteln: Da muss man – und dabei bleibe ich auch, das ist sehr verantwortlich, was wir hier in den Koalitionsfraktionen beschlossen haben – dafür Sorge tragen mit Blick in die Zukunft, dass diese Mittel eben nicht verfrühstückt werden. Wir wissen alle, dass die Regionalisierungsmittel degressiv in den nächsten Jahren fließen werden. Da besteht die Aufgabe, auch weiterhin zu gewährleisten, dass der SPNV ausfinanziert ist, und nicht zusätzlich Landesmittel nur für das in Anspruch zu nehmen, was wir heute schon gewährleisten.

Wenn wir über die Erweiterung von Angeboten sprechen, dann müssen wir uns den Entwurf des Integrierten Verkehrsplans des Landes anschauen. Ich bin ganz sicher, dass wir in der Diskussion noch das eine oder andere mit aufrufen werden. Aber bei diesen beiden Anträgen jetzt hier – das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen – ist meine Fraktion sehr zurückhaltend. Wir orientieren uns an dem, was dort die Zuständigkeiten insgesamt regelt, dass das auf der kommunalen Ebene in guten Händen ist und auch entsprechende Entscheidungen und Regelungen getroffen werden.

Ich will noch einmal ganz klar sagen, meine Damen und Herren von den Antrag stellenden Fraktionen, versprechen Sie den Menschen kein Wolkenkuckucksheim und bleiben Sie bei den Realitäten! Sprechen Sie auch nicht an, dass der ÖPNV eine hundertprozentige Bedarfsabdeckung der Mobilität unserer Menschen im Land gewährleistet! Das ist nicht realisierbar. Das ist nach meiner Auffassung die Realität. Von daher – das entnehmen Sie ja meinen Worten – werden wir Ihren Anträgen nicht zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn einer eine Reise macht, dann kann er was erzählen.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Ich glaube, wenn wir die heutigen Schülerinnen und Schüler oder auch die ehemaligen Schülerinnen und Schüler einfach mal über ihre Reisen zur Schule befragen würden, ob örtlich zuständig oder nicht, ob allgemeinbildend oder Berufsschule –

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

ich glaube, sie könnten so einiges erzählen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und auch der eine oder andere Redner würde hier sein blaues Wunder erleben.

Seit ewigen Zeiten doktert diese Landesregierung, welcher Bildungsminister auch immer, welche Bildungsministerin auch immer, an der Richtlinie für die Fahrten der Azubis zu den Berufsschulen rum. Alle zwei Jahre wird

der Riesenwurf angekündigt und alle zwei Jahre kommt ein Rohrkrepiere.

(Henning Foerster, DIE LINKE: So ist es.)

Langsam müsste man sich ja fragen, ob man da überhaupt noch den Mut hat, als Koalition hier wieder irgendein beschriebenes Blatt Papier abzugeben und es „Antrag“ zu nennen.

Aber auch der heutige Antrag der BMV – ich sprach gestern von zwei halben, gestern war die erste Hälfte, heute ist die zweite Hälfte dran – fasst dieses Problem nicht in Gänze auf und ich möchte Ihnen auch sagen, warum. Bevor ich das sage, möchte ich einfach mal alle bitten zu sagen, es ist Beförderung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig! Richtig!)

Schüler werden befördert und nicht transportiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es!)

Wenn dieser Begriff wirklich mal bei jeder Rednerin, bei jedem Redner reinkommen würde, dann wäre ich dankbar, wenn das klappt.

Am Montag dieser Woche hat nun der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte beschlossen, dass alle 24.000 Schülerinnen und Schüler kostenlos befördert werden, egal ob örtlich zuständig oder örtlich unzuständig. Spätestens dann hätten Sie sagen können, na, wir brauchen unseren Antrag nicht so, wir haben ja jetzt eine Modellregion.

(Bernhard Wildt, BMV: Nein,
das ist falsch, Frau Oldenburg!)

Aber unserer Meinung nach hätte ...

(Bernhard Wildt, BMV: Das gilt ja nicht für
die Wochenenden und für die Freizeit.)

Ich sage gleich noch, warum dieser Antrag.

Wir werden natürlich einer Überweisung zustimmen, aber der Antrag in Gänze reicht nicht aus, weil Sie – das unterstelle ich Ihnen jetzt – unbewusst ausgrenzen. Sie grenzen alle Auszubildenden aus, Sie wollen nur Klassen 1 bis 12. So sagt es Ihr Antrag.

(Bernhard Wildt, BMV: Azubiticket
hatten wir ja schon letztes Mal gefordert.)

Die Auszubildenden werden bei Ihnen überhaupt nicht bedacht – weder die vollzeitschulischen noch die in der dualen Ausbildung, die Fachgymnasiasten auch nicht, die haben noch die 13. Klasse. Die Förderschülerinnen und Förderschüler bestimmter Schularten haben keine Klassen, sondern Stufen, dann eben auch die Kinder in den Diagnoseförderklassen, da gibt es die nullte Klasse. Also mir ist das einfach zu kurz gesprungen. Hinzu kommt, dass Sie die Berufsfachschulen, die Fachoberschulen, die höhere Berufsfachschule, alles, ausgrenzen. Die Kinder in Schulwerkstätten oder in anderen kooperativen Bildungsangeboten werden ausgegrenzt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wissen, dass Sie nicht ausgrenzen wollen, und deswegen bitten wir Sie

auch, sich zu unserem Antrag so zu verhalten, dass Sie sagen, Mensch, der ist an der einen oder anderen Stelle weiter als unser. Sie haben ja recht, wenn wir zusammen in den Ausschüssen noch mal diskutieren, dann kann das eine oder andere ergänzt werden. Ich rede wirklich davon, dass wir Ungerechtigkeiten ohne Ende in der Schülerbeförderung haben. Und es ist eben nicht so, wie Herr Eifler sagte, der Paragraph 113 ist in Ordnung. Der ist alles andere, nur nicht in Ordnung. Das hat gestern selbst die Bildungsministerin gesagt. Aber dazu müsste man zuhören, was hier gesagt wird.

(Dietmar Eifler, CDU: Frau Oldenburg,
ich habe gesagt, das wird auf
der kommunalen Ebene geregelt.)

Und wenn man sagt, das ist alles vollkommen, es geht hervorragend,

(Dietmar Eifler, CDU: Frau Oldenburg,
ich habe gesagt, das wird auf
der kommunalen Ebene geregelt.)

dann frage ich mich, warum wir eine Unterschriftenaktion haben, warum wir ständig das hier irgendwo thematisieren, warum Ihre Fraktionen beständig alle zwei Jahre mit dem Antrag für die Azubitickets sozusagen um die Ecke kommen. Wenn alles in Butter wäre, so, wie Sie es hier dargestellt haben, müssen Sie mal mit Ihrer Fraktion reden, warum die denn aus ihrer Sicht das machen und hier irgendetwas einbringen, was überhaupt nicht nützt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es. –
Dietmar Eifler, CDU: Sie haben
eine falsche Wahrnehmung. Sie
haben eine falsche Wahrnehmung.)

Mit unserem Antrag fahren alle Kinder und Jugendlichen kostenlos zur Schule. Wir umgehen damit auch diese unmögliche 2- und 4-Kilometer-Regelung, die wir jetzt haben. Mit uns kann jeder Schüler fahren, und zwar kostenlos fahren, ob die Schule zwei, vier oder zehn Kilometer entfernt ist. Wir beenden mit unserem Antrag auch endlich das unwürdige Gezerre an den Berufsschülerinnen und Berufsschülern. Die müssen sich schon komplett veralbert vorkommen, wenn hier ständig die Pirouetten getanzt werden, diesmal der Bildungsministerin bei dem Antrag über die Fahrtkostenzuschüsse, und die Koalition tanzt mit.

Ich möchte noch etwas zu Ihnen, Herr Pegel, sagen, aber wir werden das ja heute Abend sicherlich noch thematisieren können.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Er kann ja jetzt einen ausgeben. –
Zuruf von Patrick Dahleemann, SPD)

Ob es ein Ministerkind ist oder nicht – also, das finde ich ziemlich chaotisch, diese Argumentation.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie sagen, Sie können sich das leisten, und verwiesen auf uns.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Vor allen Dingen auf jeder Landtags-
sitzung kommt das neuerdings.)

Wir können uns das auch leisten. Das ist für mich eine vollkommen falsche Argumentation, denn dann müssten Sie doch jetzt auch dort bezahlen, was für andere kostenlos ist. Da müssen Sie sagen, nein, nein, ich bin der Minister, ich möchte gerne bezahlen, ich weiß, es ist kostenlos, aber bitte nicht für mein Kind, ich kann es mir leisten. Dann müssten wir diese Diskussion im Übrigen bei den Kitas auch führen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

denn auch die, nehme ich an, können Sie sich leisten – das nehme ich an –,

(Torsten Renz, CDU:
Wurde gestern empfohlen.)

könnte ich mir leisten, wenn ich noch ein Kind in dem Alter hätte. Es geht doch nicht darum, dass die Eltern sich etwas leisten können. Es geht um eine chancengleiche Bildung, um chancengleiches Leben, und zwar egal, welche Eltern ein Kind hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Jeder, der seine Schulpflicht erfüllt oder auch seine Berufsschulpflicht erfüllt, der muss doch die Möglichkeit haben, kostenlos zur Erfüllung dieser Pflicht zu kommen. Es ist eine Pflicht. In dem Moment, wo die Fahrt dorthin etwas kostet, ist die Bildung in Mecklenburg-Vorpommern eben nicht kostenlos.

(Dietmar Eifler, CDU: Das glauben Sie doch selber nicht, was Sie da erzählen.)

Jeder, ob SPD, ob wir mit der Chancengleichheit, die CDU mit Chancengerechtigkeit – wer sich Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit, vor allem in der Bildung auf die Fahnen schreibt, der kann nicht anders, als diesen Anträgen zuzustimmen, der kann nicht anders, als zumindest der Überweisung dieser Anträge zuzustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Denk an die Beförderung!)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Wer für Chancengerechtigkeit ist, wer für Chancengleichheit ist, der kann nicht nur diese Anträge ablehnen, der muss es nämlich, denn Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit, sehr geehrte Frau Oldenburg, bedeuten auch, dass derjenige verantwortungsvoll mit dem Geld, wofür er zuständig ist, umgeht und nicht überall dort, wo vielleicht Defizite in anderen Bereichen da sein mögen, für die er aber nicht zuständig ist, sondern Dritte, die mit deren Mitteln umgehen müssen, einspringt.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, manchmal frage ich mich auch, wo ich hier eigentlich bin oder, genauer gesagt, ob es irgendwo in der Landesregierung, in irgendeinem Keller eine Druckmaschine oder wahrscheinlich heute eher einen Fotokopierer gibt, wo die

Euroscheine gedruckt werden, die hier jeden Tag neu ausgegeben werden, nicht für Aufgaben übrigens, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, für die das Land zuständig ist, sondern für Aufgaben, die originär Dritten obliegen und die aus deren Mitteln tatsächlich auch zu bezahlen sind.

(Beifall Dietmar Eifler, CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ja, ich kann die Intention verstehen, dass man kostenlosen Schülerverkehr oder kostenlosen Verkehr für Jugendliche, für jene, die in Ausbildung sind, möglicherweise auch für Seniorinnen und Senioren, gegebenenfalls auch für diejenigen, die sich im Rahmen ihrer beruflichen Weiterbildung weiterqualifizieren wollen, für diejenigen, die vielleicht tatsächlich einen etwas weiteren Weg haben als andere, oder für andere Gruppen, für die man bestimmt auch noch ein Beispiel finden kann, in diesem Land kostenlos durchführen kann, aber dafür, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sind die zuständig, die nach dem ÖPNV-Gesetz dieses Landes Aufgabenträger des sonstigen ÖPNV sind. Das ist nicht das Land, das sind die kommunalen Aufgabenträger.

Deswegen ist es auch richtig, was Minister Pegel vorhin sagte, dann soll man ehrlich miteinander sein, dann soll man die kommunale Aufgabenträgerschaft in diesem Bereich abschaffen, dann stellen Sie einen Antrag in diesem Haus, dass das ÖPNV-Gesetz zumindest in diesem Punkt geändert wird. Aber kommen Sie doch bitte nicht mit Anträgen, wo vom Grundsatz her gesagt wird, die sollen zwar dafür formal zuständig sein, aber wir bezahlen es und am Ende machen wir auch die Vorschriften darüber, wann das Geld ausgegeben wird und wofür das Geld ausgegeben wird, denn es gilt in Deutschland faktisch immer noch der Satz: „Wer das Lied bestellt, der bezahlt es auch.“

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Die „Musik“ heißt das, die „Musik“.)

Wer die Musik bestellt, genau, Frau Kollegin Oldenburg.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ich höre zu, ne?!)

Vielen Dank für den qualitativen Beitrag.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Bitte.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen machen Sie sich doch nicht so einfach vom Acker, wie Sie das hier heute tun, sondern sagen Sie den Menschen in diesem Land auch, wir wollen in diesen Bereichen keine kommunale Selbstverwaltung!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann komme ich noch zu einem zweiten Punkt. Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, ob ich Frau Kollegin Schwenke an dieser Stelle richtig verstanden habe. Es geht nicht direkt aus dem Antrag hervor, aber, wenn ich es richtig gehört habe, dann hat die von mir sehr geschätzte Kollegin im Rahmen ihres Redebeitrages gesagt, dass die bisherigen Ausgleichsleistungen, also die 45a-Mittel, direkt an die Kommunen gegeben werden sollen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
An die Kreise!)

An die Kreise, also an die kommunalen Aufgabenträger.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Das ist jetzt keine wirklich neue Überlegung in der Bundesrepublik Deutschland.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nee.)

Das habe ich jetzt auch nicht so verstanden, dass Sie damit das Rad neu erfinden wollten.

Das hat es zum Beispiel auch in Niedersachsen gegeben, die das dortige Nahverkehrsgesetz so geändert haben. Wie die Auswirkungen sind, das weiß heute noch keiner, aber ich kann Ihnen mal die Kritik, die es damals im Zusammenhang mit dieser Änderung des Gesetzes gab, nennen, und zwar die, die nicht von irgendwelchen Unbeteiligten geäußert worden ist, sondern die von den Verkehrsunternehmen dort deutlich gemacht worden ist. Die Verkehrsunternehmen in Niedersachsen – Ähnliches würden Sie wahrscheinlich genauso auch hier im Lande von den betroffenen Verkehrsunternehmen hören – haben sich dagegen massiv ausgesprochen. Die haben als Erste gesagt, wenn diese Mittel direkt an die kommunalen Aufgabenträger gehen, also entweder an die Landkreise oder die kreisfreien Städte, wissen wir gar nicht mehr, wo das Geld landet, dann landet es auf einmal bei den zuständigen Finanzdezernenten oder bei dem zuständigen Finanzsenator und wir wissen noch gar nicht, ob es tatsächlich auch bei den,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Deshalb wollen wir Zweckbindung.)

deswegen wissen wir auch noch gar nicht, ob es bei den entsprechenden Verkehrsunternehmen ankommt.

Der zweite Vorwurf war – das ist dann schon schwerwiegender, denn daran kommen Sie auch mit der Zweckbindung nicht vorbei, Frau Kollegin –: Wenn Sie auf einmal Mittel aus einem kommunalen Haushalt, einem kreislichen Haushalt, einem Unternehmen geben, dann stellt sich eine beihilferechtliche Frage: Können Sie das überhaupt in dem Zusammenhang noch geben? Da, sehr geehrte Frau Kollegin Schwenke, wenn Sie diese Idee hier einbringen, hätte ich zumindest von Ihnen erwartet, dass Sie klar aussagen können, wie sich das tatsächlich verhält, ob nicht möglicherweise diese Zahlung, die ein kommunaler Aufgabenträger ohne die Rechtsgrundlage des 45a – weil wir das ja dann umgehen –, ohne die Rechtsgrundlage des 45a in die entsprechenden Verkehrsunternehmen geben kann, dann beihilferechtskonform überhaupt noch an die Unternehmen geben kann. Wie sieht es mit den Mitteln aus, die gar nicht bei dem eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen landen, sondern vielleicht bei einem privaten Nach-/Unterauftragnehmer?

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was ich auch von Ihnen erwartet hätte, wäre zum Beispiel die Frage, die auch dort von den Verkehrsunternehmen aufgeworfen wurde, ob, wenn es nicht mehr die 45a-Mittel sind, die direkt aus dem Land an die entsprechenden Verkehrsunternehmen weitergeleitet werden, das Ganze dann nicht umsatzsteuerpflichtig ist. Der Verband der Verkehrsunternehmen in Niedersachsen hat in seinen damaligen Berechnungen ausgerechnet, dass unge-

fähr 7 Millionen Euro allein an Umsatzsteuer bei dieser Konstruktion wieder an den Bund zurückfließen werden, 7 Millionen Euro – und eine ähnliche Zahl wird es wahrscheinlich auch in Mecklenburg-Vorpommern sein –, Millionen von Euro, die Sie den Verkehrsunternehmen und dem Nahverkehr in diesem Land auf diese Art und Weise entziehen wollen, ohne dass es irgendeine qualitative Veränderung gegeben hat.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist jetzt eine ziemliche Behauptung.)

Und das ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das müsste man zumindest prüfen.)

Na, Frau Kollegin Schwenke, es ist Ihre Aufgabe, wenn Sie mit einem solchen Antrag ins Plenum gehen, sich vorher Gedanken über diese Fragen zu machen, die offenkundig schon in anderen Bundesländern diskutiert worden sind. Das erwarte ich einfach von Ihnen, dass Sie sich vorher damit auseinandersetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
der SPD und Dietmar Eifler, CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das alles vor dem Hintergrund – und das hat Frau Kollegin Schwenke in ihrem Redebeitrag ja selber deutlich gemacht –, dass eine Vielzahl der kommunalen beziehungsweise kreislichen Aufgabenträger ja längst schon dabei ist, für sich Lösungen in ihrem Nahverkehrsraum zu erarbeiten, wie dieses Problem tatsächlich auch gelöst werden kann.

Und, sehr geehrte Frau Kollegin Schwenke, sehr geehrter Herr Kollege Wildt, wenn immer wieder angesprochen wird, ja, die Lösungen gehen aber nur bis zur Kreisgrenze, erleichtert ein Blick ins Gesetz die Rechtsfindung, weil auch hier ist im ÖPNV-Gesetz ausdrücklich geregelt, dass solche Probleme innerhalb der Nahverkehrsräume über die Nahverkehrspläne durch die jeweiligen Aufgabenträger einvernehmlich zu regeln sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Passiert ja nichts.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Dr. Schwenke, es ist jetzt genau das eingetreten, was ich vermutet habe. Ihr Antrag, in dem Sie schon den Aufwuchs des Verkehrs mit eingeplant haben, der ist so komplex und das Ganze wird als zu teuer von vornherein abgewiesen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das wäre anders auch so gewesen.)

Bei unserem Antrag, der das Ganze noch offenlässt und der sagt, wir wollen den Status quo überhaupt erst mal

kostenfrei für die Schüler herstellen, heißt es dann, das bringt ja, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der ist zu allgemein.)

Nein, nein, noch nicht mal das.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Ich weiß.)

... das bringt gar nichts, weil die Busse sowieso nicht fahren, da brauchen die auch gar nicht umsonst fahren zu können, denn sie können damit gar nichts anfangen. Das zeugt schon von gewissem Humor, Herr Minister Pegel. Also eigentlich bin ich doch der Meinung, man müsste sich entscheiden.

Unsere Forderung war erst mal sehr simpel. Wir haben einen öffentlichen Personennahverkehr, der funktioniert, die fahren auch schon, die Kinder dürfen damit zur Schule fahren und nicht mehr. Unsere Idee ist jetzt nur, dass doch wenigstens die Schüler – und da kann ich mit Frau Oldenburg mitgehen, das kann man noch ein bisschen erweitern, da sollte keiner ausgegrenzt werden, das wäre sicher nicht das Problem bei uns –, dass diese Kinder die Busse, die schon da sind, auch benutzen können.

Ich weiß nicht, wie nah Sie an den tatsächlichen Problemen, die dort auftauchen, dran sind. Ich möchte mal ein Beispiel von der Insel Rügen bringen. Das ist in dem Fall immer das Beste, weil ich es genau weiß. Wenn also das Kind in Bergen zur Schule geht und möchte nach Hause nach Mönchgut fahren, dann darf es auch nur genau diese Strecke benutzen, die der Schulweg ist, nur genau diese Buslinie. Möchte das Kind jetzt zum Beispiel einen kleinen Umweg fahren und sagt, ich fahre erst nach Binz, gehe da zum Sport und fahre von Binz nach Hause, geht das nicht mehr, dann muss es dafür einen Fahrschein kaufen. Dieser Bus existiert ja, da könnte man einsteigen, den braucht man auch nicht irgendwie noch aufzubauen oder zu verteuern, der fährt. Der fährt sogar mit jeder Menge leerer Plätze durch die Gegend, da wäre noch genug Platz für etliche Kinder, um dort einzusteigen. Das ist nur ein Beispiel und wir können ganz viele Beispiele finden. Die Landkreise, da bin ich bei Ihnen, die Landkreise machen das auch schon, die beobachten das und versuchen jetzt, wo sie so langsam wieder ein bisschen zu Geld kommen, diese Probleme zu lösen.

Sie, Herr Minister, haben genau zwei Themen angesprochen: Das eine ist das Geld, das andere ist die Zuständigkeit. Das Geld allein ist erst mal überhaupt kein Argument, um sich mit dem Thema nicht zu beschäftigen. Wenn das so wäre, dann könnten wir unsere Plenarwoche deutlich verkürzen, denn es gibt ganz viele Themen, die irgendetwas mit Geld zu tun haben und die kommen nicht immer von der Opposition, sondern – wir haben es ja in der Aktuelle Stunde erfahren – die kommen sogar meistens von der Regierung, denn das Geld wird in der Regel von der Regierung ausgegeben mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Schulbauprogramm zum Beispiel.)

Dementsprechend ist das Geld nicht allein ein Punkt, um ein Thema abzulehnen, sondern – wir haben es beide gefordert – wir möchten gerne, dass über das Thema im Ausschuss gesprochen wird. Das werden wir sicherlich sowieso sicherstellen können, aber es geht ja um die

Rückendeckung des Landtages, denn wenn Sie von vornherein sagen, Ihnen ist das egal, und Sie gehen auf dieses Thema gar nicht ein, dann brauchen wir es im Grunde genommen auch nicht im Ausschuss zu besprechen.

Das zweite Thema ist die Zuständigkeit. Sie lehnen es komplett ab, dafür irgendwie zuständig zu sein. Ich hatte Ihnen mit Bedacht das Beispiel aus Nordrhein-Westfalen genannt. Vor 38 Jahren fühlte sich die Landesregierung dafür zuständig, zumindest etwas auf den Weg zu bringen. Die kommunale Verantwortung ist in Nordrhein-Westfalen nicht anders geregelt als bei uns. Ich habe extra Nordrhein-Westfalen genommen. Ich hätte ja auch zum Beispiel Bayern nehmen können, ich habe aber Nordrhein-Westfalen genommen. Damals gab es einen Ministerpräsidenten, Johannes Rau, den ich noch persönlich kenne und dem das ein wichtiges Thema war, die Schülerbeförderung beziehungsweise den Verkehrsverbund überhaupt erst mal herzustellen und damit eine Erleichterung im Personennahverkehr.

Ich habe das Beispiel Schokoticket genannt, auch mit großem Bedacht, denn dieses Schokoticket ist tatsächlich ideal im gesamten Verkehrsverbund Rhein-Ruhr. Es ist sehr einfach. Sie haben die soziale Komponente – Ministerkind ja oder nein – insofern berücksichtigt, als dass das dritte Kind umsonst fährt, das zweite Kind, ich sage es noch mal, kostet 6 Euro pro Monat, das erste Kind 12. Sie können davon ausgehen, je mehr Kinder eine Familie hat, desto größer sind die finanziellen Anspannungen. Das ist nun mal so, jedes Kind kostet Geld und bringt Einkommenseinbußen, zumindest zeitweise, mit sich, sodass Sie da eigentlich sagen können, eine soziale Komponente ist drin und die ist vor allen Dingen so einfach, dass man eben nicht, wie es Professor Weber vorgeschlagen hat, die Einkommenssteuererklärung der Eltern prüfen müsste, sondern Sie haben eine zumindest tendenzielle soziale Komponente drin und mehr braucht es dann aus meiner Sicht auch nicht.

Also Ihre Argumente haben überhaupt nicht überzeugt. Sie haben insofern nicht überzeugt, weil Sie sich damit noch nicht einmal beschäftigen möchten. Ansonsten könnte man ja noch sagen, gut, die Anträge waren beide noch nicht perfekt, das haben wir auch beide zugegeben, aber Sie weigern sich sogar, sich im Ausschuss damit zu beschäftigen und überhaupt eine Lösung zu suchen.

Ach so, dann noch mal, Herr Dr. Jess, zu den 60 Millionen Euro, die damals in der Anhörung genannt worden sind: Das ist genau der Grund, warum ich sage, wir brauchen diese Modellregion, denn diese 60 Millionen sind definitiv zu viel. Wenn Sie das umrechnen auf die Schüler, würde das bedeuten, es sind Fahrschein Erlöse von 1.200 Euro pro Schüler in Mecklenburg-Vorpommern bei dieser Berechnung. Das kann überhaupt gar nicht sein. Kein Kind gibt 1.200 Euro im Jahr für zusätzliche Fahrschein aus, um irgendwie durch die Gegend zu fahren, zum Sport oder sonst wohin.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Das können aus meiner Sicht nur winzig kleine Beträge sein.

(Dr. Gunter Jess, AfD: Hier geht es um die Kosten, die insgesamt auftreten.)

Ja, ja, es geht um die Kosten insgesamt, aber das ist immer eine Frage, wie ich das berechne. Die Kosten sind heute schon da. Das war die Verwechslung, Herr Minister, zwischen Kosten und Erlöse. Die Kosten sind heute schon da. Die BMV möchte sie auch im ersten Schritt nicht erhöhen, wir möchten nur die Erlöse wegfallen lassen, die von den Schulkindern oder von den Schülern heute noch bezahlt werden, um freiwillige Schulfahrten damit zu bezahlen. Das war mein Beispiel gerade: Wenn das Kind sofort nach Hause fährt, braucht es nicht zu bezahlen, wenn es den Umweg über den Sportverein in Binz macht, muss es die Fahrkarte bezahlen. Diesen Fahrkartenerlös möchten wir streichen.

Das sind keine 60 Millionen, auch nicht in ganz Mecklenburg-Vorpommern. Das ist ein viel kleinerer Betrag. Das müssen wir in einer Modellregion ausrechnen und dann hätten wir eine saubere Basis, um zu starten, und können gucken, wie wir schrittweise das ganze Programm weiter ausbauen, Mittel für den öffentlichen Nahverkehr erhöhen. Das muss natürlich nachfrageorientiert sein. Wenn die Kinder dann trotzdem nicht damit fahren wollen und sagen, ich fahre lieber Moped, das darf ich, oder keine Ahnung, was auch immer, dann hat das alles keinen Sinn, das ist ja klar. Wir können das natürlich immer nur schrittweise machen. Sie sprechen von einer Initialzündung, man muss aber erst mal ein Angebot schaffen. Das ist so ein bisschen dieser Kreislauf, das ist eine Gratwanderung, das muss man miteinander abstimmen: Wie viel Angebot schafft man? Auf wie viel Nachfrage wartet man dann immer? Das geht Schritt für Schritt, das muss man Jahr für Jahr weiter ausbauen.

Was mich wirklich enttäuscht, ist, Herr Minister, dass Sie überhaupt keine Ambitionen haben, sich in diesem Bereich zu betätigen, mal einen Verkehrsverbund ins Leben zu rufen und vielleicht erfolgreichen Bundesländern im Bereich Personennahverkehr – nur da –, Nordrhein-Westfalen, ein bisschen nachzueifern. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wildt neigt ja immer sehr dazu, ich würde sagen, die Mitte der Moral dieses Landtages zu sein, immer die Mitte der Objektivität.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich wertschätze das sehr, ich freue mich dann umgekehrt. Sozusagen sind andere Argumente immer alle unredlich, mindestens das Niveau, unmoralisch. Hier hat keiner gesagt, dass er sich nicht beschäftigt, sondern die Einladung an Sie war, mal die Hosen runterzulassen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, nee, nee! Bitte nicht! Bitte, bitte!)

was denn, egal wie viel es kostet, Sie nicht, ...

(Unruhe auf der Regierungsbank –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Nur im übertragenen Sinne!

(Heiterkeit bei Ministerin Stefanie Drese:
Irgendwo ist Schluss.)

... Sie stattdessen nicht machen wollen.

Ich habe Ihnen gesagt, wir haben politische Schwerpunkte in dieser Koalition, die finanzpolitisch erheblich herausfordernd sind: Das ist die beitragsfreie Kita, das war die Verstärkung der Polizei und es gibt weitere Themen, die Sie kennen. In der Aktuellen Stunde haben Sie gesagt, das kennen Sie alles, deswegen bin ich überrascht, ich muss sie deshalb nicht wiederholen. Wenn ich mich für finanzpolitische Verantwortung entschieden habe und etwas tue, was ich auch langfristig durchhalten muss, dann muss ich sicher sein, dass in der durchschnittlichen Einnahmesituation dieses Geld obendrauf geht.

(Bernhard Wildt, BMV:
Aber dann können wir
doch die Arbeit einstellen.)

Nein, wir können die Arbeit nicht einstellen, aber Sie müssten nur mal das Rückgrat besitzen, sich hier hinzustellen und zu sagen, ich weiß, dass es begrenztes Geld gibt, mir ist diese Aufgabe so wichtig, dass ich mir Folgendes vorstellen kann, dafür nicht zu tun. Das wäre genau die Diskussion, die wir gerne hier im Landtag führen können. Damit sind wir nämlich bei den Alternativen, die wir diskutieren. Wir diskutieren nicht alles obendrauf.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Oder wir
nehmen das Geld so zusammen. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Zweitens. Das geht immer wunderbar durcheinander, das macht Frau Oldenburg im Übrigen auch. Dann wird hier auf einmal Schülerverkehr diskutiert, und zwar abschließend, Frau Oldenburg.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Kommt ja noch.)

Der steht im Paragraph 113 Schulgesetz drin. Ihre Anträge sagen nicht, ich will den Weg zur Schule bezahlen. Dafür haben wir heute Regelungen. Da können Sie ja sagen, Sie hätten die gerne etwas umfangreicher.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, haben wir eben nicht.)

Selbstverständlich haben wir die. Wir haben Paragraph 113

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Alle Kinder, die zwei oder vier
Kilometer entfernt wohnen,
haben Pech gehabt.)

und der Blick ins Gesetz hilft auch bei der Rechtsfindung, haben Sie.

Ihr Antrag geht vor allen Dingen auf die komplette Kostenfreiheit, das ist eine andere Baustelle. Da komme ich wieder gern auf Ihren Hinweis zurück, Sie sagen, wir wollen doch bloß die paar Fahrten obendrauf bezahlen. Ich lade herzlich ein, dass wir beide mal einen Kinobesuch versuchen, und dann fangen wir an, an der Kasse zu diskutieren,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Sie wollen sich aber wirklich
durchschnorren heute! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Wer bezahlt?)

dass sie den Film sowieso zeigen und wir jetzt eigentlich nur das obendrauf bezahlen möchten, was das Abnutzen dieses Stuhls kostet, denn für die drei, die drin sind, würde der Film ja sowieso gezeigt. Das funktioniert nicht und so werden auch die Busbetriebe mit uns nicht verhandeln. Die sagen doch nicht, ich nehme nur das Geld, was jetzt – leere Luft, fahr ich sowieso – diese zwölf Kilometer mehr kosten an Treibstoff, sondern die werden natürlich den Platz haben wollen und verhandeln dann im Übrigen mit uns oder den Kreisen, die wären ja die Aufgabenträger, was kosten zwölf Monate pro Kind. Da werden nicht einzelne Fahrten abgerechnet. Deswegen ist die Überlegungsweise, die dahintersteht, nicht das, was betriebswirtschaftlich abgebildet wird.

Also, wir befassen uns gern mit Themen, aber wir befassen uns seriös mit Themen, und wenn wir uns seriös befassen, heißt das, es gibt Entweder-oder-Debatten bei finanzpolitischen Vorhaben. Wir haben unsere Prioritäten gesetzt und ich höre jetzt gern, welche es stattdessen nicht sein sollen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Herr Minister, ich gebe Ihnen gerne einen aus heute Abend, davon werde ich nicht ärmer, auch zwei, wenn Sie wollen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Also das Angebot ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber nicht mit ihm ins Kino!)

Nee, ins Kino gehe ich nicht mit ihm, das ist mal ausgeschlossen.

(Torsten Renz, CDU: Bis
35 Euro kann er annehmen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe das eher als Scherz empfunden, allerdings finde ich das Thema viel zu ernst, um ständig solche Scherze zu machen, das muss ich wirklich sagen, selbst das mit dem Kino. Ich bin ja schon froh, dass Sie heute nicht wieder Ihre Kinderzimmergeschichten erzählt haben.

(Ministerin Stefanie Drese:
Die kennen sich schon
zu gut, die beiden.)

Sie haben sozusagen einen Gegensatz herausgefunden in unserer Darstellung zwischen Kostenfreiheit und Quali-

tätsverbesserung. Davon habe ich in keiner Weise geredet, im Gegenteil: Da erinnere ich nur an die Diskussion, die wir gestern zum KiföG hatten. Oder war es vorgestern? Nee, gestern.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Gestern.)

Da ging es darum, dass das Geld ausgegeben werden soll für die Kostenfreiheit, aber trotzdem Qualitätsverbesserung passieren soll.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Genau.)

Warum soll das im ÖPNV nicht möglich sein?

Sie haben gesagt – und das weiß ich auch, das habe ich selber gesagt –, dass die Bedingungen regional sehr unterschiedlich sind, dass die Kommunen klug genug sind, sich selber einen Kopf zu machen, und lässt sie mal machen. Das ist jetzt sehr verkürzt, aber im Prinzip lief es darauf hinaus, darauf komme ich später.

Ich will, ehe ich noch ein paar Dinge sage, eine Frage in den Raum stellen. Ich kann mich gut daran erinnern, da war ich selber noch nicht Mitglied des Landtages, aber Mitarbeiterin meiner Fraktion, da gab es das Ziel der Landesregierung, auch ausgegeben, dass wir Anreize für die Einschränkung des individuellen motorisierten Verkehrs brauchen und mehr Leute in den kollektiven Verkehr einsammeln wollen, also wir brauchen mehr Nutzer für den kollektiven Verkehr.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Nun hören Sie doch mal zu, Herr Eifler!

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Herr Eifler, Sie haben ja nun wirklich inhaltlich gar nichts gesagt,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

außer uns ständig Populismus, Wolkenkuckucksheim

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

und solche ähnlichen Begriffe um die Ohren zu hauen. Also inhaltlich haben Sie wirklich, aus meiner Sicht zumindest, überhaupt keinen Beitrag geleistet.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Aber noch mal zu meiner Frage:

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Besteht dieses Ziel noch, sozusagen Einschränkungen aus den verschiedensten Gründen des individuellen motorisierten Verkehrs und mehr ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Dr. Schwenke!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Geräuschkulisse ist jetzt so laut, dass ich darum bitten muss, dass die Gespräche zwischen den einzelnen Abgeordneten auf ein Minimum beschränkt werden, sodass die Rednerin hier vorne ihre Rede relativ ungestört fortsetzen kann.

Bitte schön.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Also wenn dieses Ziel nicht mehr besteht – danke schön, Frau Präsidentin –, wenn dieses Ziel nicht mehr besteht, sozusagen diesen kollektiven Verkehr mehr anzureizen, um mehr Nutzer dafür zu kriegen, dann kann ich Ihre Haltung verstehen, das muss ich so sagen. Wenn aber dieses Ziel nach wie vor besteht – und da bin ich sehr gespannt auf den integrierten Landesverkehrsplan, was zu solcher Zielvorgabe drinsteht –, wenn das nach wie vor Ziel sein sollte, kann es so nicht mehr weitergehen, wie es jetzt ist, dann brauchen wir Lösungen, und zwar über Kompetenzgrenzen hinaus.

Ich sage nicht, dass wir den Stein der Weisen gefunden haben oder gefunden hatten ...

(Torsten Renz, CDU:
Das ist aber auch neu. –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber wir sind nah dran.)

Das ist überhaupt nicht neu. Also ich bin sehr kritikfähig, auch bei unseren eigenen Vorschlägen, Herr Renz, das können Sie mir nicht absprechen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Besonders Ihnen gegenüber. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aber wenn Sie nicht mal bereit sind, darüber zu reden, welche Lösung denn wirklich möglich wäre, brauche ich mich auch nicht hier hinzustellen und sozusagen weitere Kompromissangebote zu machen. Dann gibt es die Forderung von uns, die können Sie ablehnen, aber das löst kein Problem.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

Herr Kollege Schulte, natürlich, mit den beihilferechtlichen Fragen – da gebe ich Ihnen recht – habe ich mich nicht beschäftigt in der Vorbereitung. Allerdings muss ich sagen, dass wir gerade im Landkreis Vorpommern-Greifswald einen sehr gewaltigen Umschwung in der Organisation der Beratungslandschaft gemacht haben. Die ist nämlich jetzt komplett kommunalisiert worden. Das ist dann für mich auch eine beihilferechtliche Frage. Also der Kreis organisiert sozusagen und gibt die Finanzen, die vom Land kommen, an diejenigen, die das tatsächlich vor Ort machen, weiter. Die Frage ist offenbar lösbar, denn das ist ja ein Programm, was mit der Landesregierung abgestimmt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir Vorschläge gemacht, wie was zu finanzieren ist. Es ist also nicht so, Herr Minister, dass wir ständig nur Forderungen stellen und überhaupt nicht sagen, wie was finanziert werden könnte. Wir haben das in der Haushaltsberatung sehr ausführlich getan – alles ist abgelehnt worden. Auch das ist kein Argument. Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen eine schriftliche Anhörung gemacht, also schriftliche

Stellungnahmen eingefordert zur Höhe der Ausgleichsleistungen. Unisono ist von allen, die wir angefragt haben, darauf hingewiesen worden, dass die Mittel nicht reichen. Die Folge ist dargestellt worden von den betroffenen Unternehmen, aber auch von den kommunalen Vertretern. Die Folge ist, die Kreise und kreisfreien Städte müssen tiefer in die Tasche greifen, und wenn sie das nicht können, dann führt das zu einer Verringerung des Angebotes. Das können wir doch nicht wollen!

Rebus Rostock zum Beispiel: Rebus Rostock steht hier exemplarisch für viele andere Beteiligte auch. Die Wegezeiten betragen 40 bis 60 Minuten pro Fahrstrecke, weil weniger Busse fahren. Sitz- und Stehplatzkapazitäten werden bis an die Grenze ausgelastet, manche Kinder stehen 60 Minuten lang. Optimierungen im Angebot bedeuten, dass Schülerinnen und Schüler zweimal umsteigen müssen, sie haben darüber hinaus Wartezeiten an den Haltestellen, oft ohne Bushalteunterstand, auch im Winter und an Regentagen. Nur nach dem Schulende fährt der Bus. Die Abdeckung fakultativer Angebote wurde eingestellt. Der Linienverkehr wurde teilweise eingestellt, vor allem im ländlichen Raum. Gegebenenfalls fährt der Bus ein- bis zweimal die Woche.

Ich denke, als Schilderung des Problems reicht es aus. Die Einsparpotenziale – das ist unisono die Aussage aller Kreise und kreisfreien Städte – sind in den vergangenen Jahren ausgeschöpft worden. Personalabbau hat es gegeben, Tarifzurückhaltung, Tausende Kilometer Linienverkehr wurden eingestellt. Die Buserneuerung läuft sehr schleppend und die Barrierefreiheit ab 2022 wird auf diesem Wege niemals umsetzbar sein. Das Land, das ist unsere feste Überzeugung, muss mehr unterstützen. Ein öffentliches Angebot gehört zur Daseinsvorsorge und da geht es überhaupt nicht, Herr Kollege Eifler, um 100 Prozent Abdeckung durch den öffentlichen Verkehr.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Das hat niemand von uns gesagt, nicht ein einziges Mal. Ich weiß nicht, was Sie hören. Das wollen wir auch gar nicht.

(Dietmar Eifler, CDU:
Doch, das machen Sie aber!)

Nein, das mache ich überhaupt nicht. Das stimmt überhaupt nicht. Wer lesen kann, ist klar im Vorteil, Herr Eifler.

(Dietmar Eifler, CDU: Genau,
das sage ich Ihnen auch immer.)

In Teilen erfüllt das Angebot nach meiner Auffassung jedenfalls diesen Auftrag der Daseinsvorsorge nicht mehr. Aufgabe wäre – ich habe es schon gesagt –, mehr Nutzer für den öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen und den motorisierten individuellen Verkehr einzuschränken. Aber wie sollen die Kreise das denn machen, wenn sie keine Mittel dafür haben, das Angebot zu verbessern?

Über die Finanzen können wir lange und heftig hin und her reden.

(Dietmar Eifler, CDU: Wolkenkuckucksheim.)

Für meine Begriffe ist das kein Grund, ein solches Gesprächsangebot – was anderes ist es ja heute erst mal nicht – überhaupt abzulehnen. Wir wollen einen Quan-

tensprung für den öffentlichen Nahverkehr. Vor allen Dingen brauchen wir das, um das Ausbluten der ländlichen Räume aufzuheben und dort auch für mehr wirtschaftliche Entwicklung sorgen zu können. Aber mehr Angebot braucht selbstverständlich mehr Fahrzeuge und mehr Personal.

Natürlich wollen wir auch alternative Angebote. Wir brauchen die Einbindung von Taxiunternehmen, anderen Dienstleistern, Zustelldiensten. Natürlich wollen wir Rufbusse.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Dr. Schwenke, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Herrn Dr. Jess?

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nein. Tut mir leid, Herr Dr. Jess, ich bin jetzt hier so in Fahrt, ich muss erst mal meine Rede ...

(allgemeine Heiterkeit –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das ist richtig bei dem Thema: in Fahrt.)

Genau.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Natürlich wollen wir auch Rufbusse und andere alternative Angebote, aber als Ergänzung und nicht als Allheilmittel. Wir brauchen die Abstimmung mit Rettungsdiensten, Arztpraxen und Rufbusse, die über die integrierten Leitstellen eingesetzt werden können. Der Landkreistag hat gesagt, er wünscht sich Rufbusse, sodass jeder Ort und Ortsteil angeschlossen werden. Aber natürlich erfordert das alles Geld und die Ministerpräsidentin Frau Schwesig fordert Geld vom Bund.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Martina Tegtmeier, SPD)

Dem schließen wir uns sehr gerne an. Die Mittel aus dem Entflechtungsgesetz versiegen ab 2020. Die Länderkammer sollte sich bei der geplanten Änderung des Grundgesetzes wegen der weiteren Bundesunterstützung für die soziale Wohnraumförderung sputen und die weitere Förderung des sonstigen ÖPNV gleich vehement mitfordern. Der Zeitpunkt angesichts des sich immer weiter ausweitenden Dieselskandals und weiterer Fahrverbote könnte nicht besser sein. Aber nicht nur das. Der Koalitionsvertrag, auf den Sie ja so stolz sind im Bund, bietet gute Ansatzpunkte, zum Beispiel für den Ausbau von Eisenbahnknotenpunkten und die geplante Förderung von Nebenstrecken als Zubringer für die Fernbahnen. Wenn Land und Kreise dann noch gemeinsam dafür sorgen, dass an solchen Knoten Busse, Radverkehr, E-Mobilität angedockt werden, dann wäre damit viel gewonnen. Die Bundesunterstützung eines attraktiven öffentlichen Nahverkehrs ist auch für uns ein Muss, das sehen wir so.

Zusammenfassend will ich Folgendes sagen: Mobilitätsfragen und dabei insbesondere das Angebot an öffentlichem Nahverkehr sind zu einem der drängendsten Probleme der Gegenwart und Zukunft im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern geworden, und das für alle Bevölkerungsgruppen, unabhängig vom Alter des betreffenden Menschen. Das ist auch kein Wunder, denn Behörden, Schulen und Berufsschulen, Ärzte, Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, kulturelle und

andere Freizeiteinrichtungen, all das und Weiteres für das Arbeitsleben ist in der Fläche kaum noch vorhanden und zwingt den Menschen größere Mobilität auf.

Die Kreise haben das erkannt und in jedem Kreistag gibt es Diskussionen darüber, wie das Angebot verbessert werden kann. Überall ist der erste Schritt Kostenfreiheit des Schülerverkehrs, unabhängig vom Kilometerabstand und auch für Kinder, die die nicht zuständige Schule besuchen. Es ist gut, dass die Kreise sich darüber Gedanken machen,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist ja auch eine kommunale Aufgabe, ne?!)

aber ihre Lösungen enden an den Kreisgrenzen und manche müssen auch Nutzergruppen einschränken, ganz einfach, weil sie die Finanzen nicht aufbringen können. Wir haben einen Flickenteppich an Maßnahmen. Das findet der Minister ja schön, ich finde es nicht so schön, weil es nämlich darauf beruht, dass die Finanzen nicht ausreichen für ein besseres Angebot. Das ist weder gerecht noch sinnvoll.

Wir gehen nicht daher und wollen dem Land allein die Finanzlast aufbürden. Das ist einfach Unsinn, wenn das behauptet wird.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Natürlich wissen wir auch, dass es unterschiedliche Kompetenzen für Kommunen, Kreise, Land und Bund gibt.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Selbstverständlich wissen wir das. Aber wissen Sie was, den Menschen ist es völlig egal, wer dafür zuständig ist. Die wollen, dass ihr Problem gelöst wird.

(Jochen Schulte, SPD:
Ja, dann sollen die Kommunen
das auch lösen, Frau Kollegin.)

Und wenn Kompetenzen, Herr Kollege Schulte,

(Jochen Schulte, SPD: Ja.)

dafür zum Hindernis werden, muss man sie infrage stellen.

(Jochen Schulte, SPD: Ja,
dann machen Sie es doch mal!)

Ja, das mache ich hiermit.

(Andreas Butzki, SPD:
Sie sitzen doch im Kreistag
in Vorpommern-Greifswald. –
Glocke der Vizepräsidentin –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Hindernisse müssen überwunden werden wollen.

(Andreas Butzki, SPD:
Sind Sie Kreistagsmitglied?)

Nicht mehr.

(Andreas Butzki, SPD: Aber waren?!)

Ja, ich war das.

(Andreas Butzki, SPD: Dann hätten Sie ja alles schon regeln können.)

Das hätten wir regeln können?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was Herr Butzki bei uns alles regelt.)

Wir hätten abschaffen können, dass die Kommune dafür zuständig ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Butzki regelt alles im Kreistag.)

Ja, ja, natürlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Selbst die Produktionsschule hat er geregelt.)

Ja, ja.

Die Verantwortung ...

(allgemeine Unruhe)

Ich bin bald fertig. Noch ein paar Minuten. Hören Sie mir bitte zu!

(Torsten Renz, CDU: Ja, das ist mir sehr angenehm. – Heiterkeit bei Bernhard Wildt, BMV)

Die Verantwortung des Landes sehen wir auch darin, dass mehr Geld ins System kommt. Durch Synergien, Effektivierung und gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land und der kommunalen Ebene ist die Finanzierung nach unserer Auffassung auch zu stemmen. Und sie ist auch machbar, wenn sie politisch gewollt ist. Das hat selbst der Minister gesagt. Dann werden auch die Finanzen dafür zu finden sein.

(Thomas Krüger, SPD, und Susann Wippermann, SPD: Ach!)

Wenn es stimmt, was der Minister angekündigt hat, bietet der Integrierte Landesverkehrsplan dafür auch Ansatzpunkte. Darauf bin ich sehr gespannt. Aber vor allem erwarten wir vom Land, dass es den Prozess als Moderator und als Motor anschiebt und führt und nicht von vornherein sagt, nein, das geht nicht, wir sind dafür nicht zuständig. Diese Bereitschaft zu solch einer offenen Diskussion kann ich bei Weitem nicht erkennen.

Von einem guten Nahverkehr haben alle etwas und mit dem Mobi-Pass

(Dietmar Eifler, CDU: Mogelpass.)

würden Kinder und Jugendliche künftig mit Bus und Regionalbahn kostenfrei, und zwar landesweit fahren.

(Dietmar Eifler, CDU: Mogelpass.)

Das ist für uns die Initialzündung, die wir brauchen. Der Bedarf dafür ist vorhanden. Das zeigen die Aktivitäten der Kreise, aber auch die vielen Gespräche, die ich dazu

geführt habe, unter anderem beim Landesjugendring oder auch gerade neulich im 10. Altenparlament.

Ich bitte um Zustimmung zur Überweisung in den Fachausschuss. Dort können wir weiter beraten und gegebenenfalls auch Kompromisse schmieden, die dann vielleicht sogar auch die Eltern miteinbeziehen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin! Meine werten Kollegen! Liebe Landsleute und Gäste!

Frau Dr. Schwenke, Ihrem engagierten Auftreten hier entnehme ich, dass es Ihnen ein wirkliches Anliegen ist, dieses Thema.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Da haben Sie recht.)

Das nehme ich Ihnen auch ab. Das Problem ist nur, was mich gestört hat, Sie sagen, Sie würden gerne den Individualverkehr zurückdrängen zugunsten des ÖPNV.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Mit welchen Methoden wollen Sie das tun? Wollen Sie das durch Zwang, wollen Sie das durch Verbote?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Mit einem besseren Angebot, Herr Jess.)

Vielleicht noch mal – ich glaube, ich habe das vorhin schon gesagt in meiner Rede –: Im Wettbewerb ist der Individualverkehr dermaßen überlegen, gerade in ländlichen Bereichen, dass Sie dort keine Chance haben werden. Es sind eigentlich nur zu wenige Gruppen, die wirklich auf den ÖPNV angewiesen sind. Deshalb muss man intelligente Lösungen finden, um dem zu entsprechen. Darauf wollte ich bloß noch mal hinweisen.

Ich bin dafür, dass wir das im Ausschuss ordentlich diskutieren, und vielleicht finden wir auch Lösungen dazu. Also wir werden der Überweisung in den Ausschuss zustimmen, das hatte ich schon gesagt, aber dem Antrag an sich nicht. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

(allgemeine Unruhe – Zurufe aus dem Plenum: Oooh! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Tut mir leid, ...

Entschuldigung. Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

... tut mir leid, aber ich muss einfach damit nerven, weil das Thema viel zu ernst ist, um das einfach so lapidar hier beiseitezuschieben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Herr Dr. Jess, natürlich, wir haben jetzt über 20 Jahre eine Entwicklung erlebt, wo es immer weiter nach unten geht,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

aber die Entwicklung in den Kreisen – und das ist das allgegenwärtige Thema in allen Diskussionen, egal, mit wem ich darüber rede und wo ich zu Besuch bin – zeigt mir, dass der Bedarf einfach gewachsen ist, dass es da auch bei den Menschen ein Umdenken gibt. Natürlich wird das nicht einfach und man braucht dafür einen langen Atem, aber aus meiner Sicht ist es notwendig, aus den verschiedensten Gründen. Wir müssen einfach mal anfangen, sonst können wir überhaupt nicht sehen, ob das die Leute anspricht oder nicht. Wir schaffen es nicht, wenn die Spirale sich immer weiter nach unten bewegt. Ein schlechtes Angebot wird schlecht genutzt und dann müssen es die Leute auch noch teuer bezahlen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein?! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2245 zur federführenden Beratung an den Energieausschuss sowie zur Mitberatung an den Innen- und Europaausschuss, an den Finanzausschuss, an den Bildungsausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktion der BMV, der LINKEN und der AfD, bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der AfD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2245. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/2245 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktion der BMV und Stimmenthaltung der Fraktionen der AfD und DIE LINKE abgelehnt.

(Nikolaus Kramer, AfD: Frau Präsidentin,
wir hatten eine Gegenstimme.)

Und einer Gegenstimme aus der Fraktion der AfD. Am Abstimmungsergebnis ändert das allerdings dann doch nichts.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ganz knapp.)

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2250 zur federführenden Beratung an den Energieausschuss sowie zur Mitberatung an den Innen- und Europaausschuss, an den Finanzausschuss, an den Bildungsausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überwei-

sungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der AfD und der BMV abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2250. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2250 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und AfD, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der BMV abgelehnt.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 23 aufrufe, es haben schon vor einiger Zeit auf der Besuchertribüne Platz genommen Mitglieder der Europaunion M-V, Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte, und Bürgerinnen und Bürger aus Neubrandenburg und Pasewalk. Herzlich willkommen!

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Rahmenlehrplan Deutsche Gebärdensprache erstellen, Drucksache 7/2238.

**Antrag der Fraktion der AfD
Rahmenlehrplan Deutsche
Gebärdensprache erstellen
– Drucksache 7/2238 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Wertes Präsidium! Werte Kollegen und liebe Gäste! Wir beraten jetzt über unseren Antrag, einen Rahmenlehrplan zur deutschen Gebärdensprache zu erstellen – Herr Renz, nach meiner Ansicht wieder mal ein unpolitischer Antrag, ich weiß, den gibt es nach Ihrer Ansicht nicht und Sie werden sich nachher bestimmt wieder einige Gründe überlegen, warum man dem auch nicht zustimmen kann –, ein unpolitischer Antrag.

(Torsten Renz, CDU: Auf alle Fälle ist das
eine Antragswiederholung der GRÜNEN
aus der letzten Legislaturperiode.)

Warum brauchen wir einen solchen Rahmenlehrplan für die Deutsche Gebärdensprache? Auf meine Frage hat die Frau Bildungsminister zutreffend erklärt, dass es die Möglichkeit, die Deutsche Gebärdensprache an unseren allgemeinbildenden Schulen hier im Lande als zusätzliches Wahlpflichtfach einzuführen, schon seit einiger Zeit gibt. Dazu gibt es entsprechende Verwaltungsvorschriften. Das wäre also kein Problem, es wird aber nicht genutzt.

Frau Minister, Sie hatten vorhin gesagt, weder arrogant noch hartherzig.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ob Sie hartherzig sind, werden wir gleich hören, wenn Sie zu unserem Antrag Stellung nehmen. Arroganz liegt auch darin, dass Kleine Anfragen nicht oder nicht zeitgemäß beantwortet werden. Ich hatte eine Kleine Anfrage an das Bildungsministerium geschickt, an welchen Schulen denn diese Deutsche Gebärdensprache unter-

richtet wird. Die Zeit ist längst abgelaufen, die Antwort ist bis zur Debatte am heutigen Tag nicht angekommen. Das ist Arroganz! So setzt man sich über die Rechte von Abgeordneten hinweg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber das wird ja das Landesverfassungsgericht auf Antrag vom Kollegen Manthei ohnehin noch beschäftigen und es wird das zu beantworten haben.

Warum brauchen wir einen solchen Rahmenlehrplan? Wir hatten eine gemeinsame Anhörung des Bildungs- und des Sozialausschusses hier im Landtag. Da wurde sehr deutlich gemacht, dass eines der größten Hemmnisse für die Gehörlosen und schwer Gehörgeschädigten darin liegt, dass die Deutsche Gebärdensprache, allgemein die Kommunikation mit Nichtgehörlosen und schwer Hörgeschädigten, nur sehr schwer herzustellen ist. Sie würden sich sehr wünschen, dass vielmehr auch nicht hörgeschädigte Personen die Deutsche Gebärdensprache, jedenfalls in Ansätzen, beherrschen.

Das haben wir aufgegriffen und deswegen nachgefragt, ob es diese Möglichkeit gibt. Ja, die Möglichkeit gibt es, sie wird aber nicht genutzt. Warum wird sie nicht genutzt? Weil es für die wenigen Lehrer, die das machen könnten und wollten, keinen Rahmenlehrplan gibt.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist ja eine Schlussfolgerung, oh Gott!)

Die müssten sich also diese gesamten Lehrinhalte erst mal selbst erarbeiten, was richtig Arbeit macht. Deswegen bitten wir darum und haben – ich habe – eine Frage damals im Landtag gestellt, und Sie hatten gesagt, nein, einen Rahmenlehrplan gibt es nicht, und Sie hatten ausdrücklich dazugesagt, der soll auch nicht geschaffen werden.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig!)

Deswegen jetzt dieser Antrag, mit dem wir die Landesregierung, genauer gesagt, das Bildungsministerium dazu verpflichten wollen, einen solchen Rahmenlehrplan zu erstellen, damit diejenigen, die einen solchen Unterricht einführen möchten an ihren Schulen, die Lehrer, die das machen möchten, eine Handreichung haben, wie das denn im Einzelnen auszusehen hat. Davon könnten auch Kurse an den Volkshochschulen für die Deutsche Gebärdensprache und so weiter profitieren. Wir sind der Meinung, dass es hier ein positives Zeichen von Inklusion ist, wenn man diesen Personen, die Schwierigkeiten haben in der Schule, aber auch im kommunikativen Leben, sich verständlich zu machen, dadurch ein wenig Unterstützung zukommen lässt, dass man versucht, die Deutsche Gebärdensprache im Rahmen der allgemeinbildenden Schulen etwas weiter auszuweiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dazu dieser Rahmenlehrplan.

Frau Minister, Sie können ja jetzt mal zeigen, wie es mit Ihrer Hartherzigkeit, die Sie vorhin so energisch zurückgewiesen haben, in dem Detail, in der Detailfrage aussieht. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Herz scheint in dieser Sitzung und in der letzten offensichtlich eine große Rolle zu spielen.

Aber nun zum Antrag: Früher nannte man Gehörlose oft „taubstumm“. Dieser Begriff wird zum Glück kaum noch verwandt, schließlich sind gehörlose Menschen keineswegs stumm, sondern können sich durchaus mitteilen und kommunizieren. Möglich macht das unter anderem die Gebärdensprache, auf die manche Betroffene ausschließlich, andere lediglich ergänzend angewiesen sind. Die Deutsche Gebärdensprache, kurz DGS, ist damit ein wichtiges Element – ich glaube, da sind wir uns alle einig –, um Gehörlosen eine umfassende Teilhabe zu ermöglichen, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, am Arbeitsmarkt und an Bildung. Weil wir um diese Bedeutung wissen, gibt es seit gut vier Jahren für die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit – Herr Professor Weber hat es ausgeführt –, Gebärdensprache als Wahlpflichtfach anzubieten.

Nun suggeriert Ihr Antrag, dass den Schulen und Lehrkräften ohne Rahmenplan eine Orientierung für ein solches Angebot fehlen würde, und das stimmt nicht,

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

denn seit 2016 gibt es mit dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Gebärdensprachen, kurz CEFR, eine fachliche Richtschnur. Daran orientiert sich etwa auch das überregionale Förderzentrum „Hören“ in Güstrow, in dem Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, die aufgrund ihrer Gehörlosigkeit nicht an den übrigen allgemeinbildenden Schulen im Land lernen können. Die Kinder und Jugendlichen werden in Güstrow mittels der Gebärdensprache und vor allem mit lautsprachlich begleitenden Gebärden betreut.

Um die Lehrerinnen und Lehrer entsprechend zu qualifizieren, hat das IQ M-V vor zwei Jahren gemeinsam mit dem Förderzentrum ein passendes Fortbildungskonzept zusammengestellt. Wenn es nun aber darum geht, hörenden Schülerinnen und Schülern die DGS beizubringen und dafür einen Rahmenplan zu erstellen, greifen Sie mit dieser Forderung einem noch ausstehenden Beschluss der Kultusministerkonferenz vor. Dort beschäftigt sich aktuell eine Arbeitsgruppe mit den sprachlichen und inhaltlichen Standards für die DGS auf der Grundlage des bereits genannten europäischen Referenzrahmens. Zudem – und das ist in Bezug auf diesen Antrag der Casus knacksus – prüft die KMK, die DGS auch als Fremdsprache anzuerkennen. Diese Entscheidung steht noch aus und diese Entscheidung gilt es auch abzuwarten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, an dieser Entscheidung hängt, ob jetzt die DGS Einzug in die Kontingenzstundentafel hält. Passiert das, kommt auch ein Rahmenplan. Wir brauchen also diesen Antrag

nicht, sondern einen fachlich begründeten Beschluss der KMK. Die Ergebnisse der besagten Arbeitsgruppe können dann als Grundlage dienen, um bundesweit möglichst einheitliche Vorgaben zu erstellen. Für diesen Fall der Fälle, aber auch für diejenigen Schulen, die die DGS als Wahlpflichtfach einführen wollen, für die Qualifizierung von Lehrkräften und das Weiterdrehen von Inklusion als gezielter individueller Förderung gilt es zu berücksichtigen, dass verschiedene Kinder verschiedene Formen der Gebärdensprache brauchen. Mit dem Ruf „Gebärdensprache für alle“ verhält es sich da wie mit der Kanone und den Spatzen. Was wir brauchen, ob mit Rahmenplan oder ohne, sind Augenmaß und Passgenauigkeit. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Werte AfD-Fraktion! Sie hätten tatsächlich mal eine Schule wie die Freie Schule Güstrow besuchen sollen, dann hätten Sie gewusst, was eine inklusive/integrative Gesamtschule ist,

(Zurufe von Jens-Holger Schneider, AfD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

und wüssten auch, dass man die DGS jederzeit einführen kann. Haben Sie nicht. Da ich aber aufgrund all Ihrer Berufsabschlüsse davon ausgehe, dass Sie mehr als nur körperlich in Ihrer Schule anwesend waren, sollten Sie eines wissen: Parlamentsdokument Nummer 6/3907, 23.04.2015, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Abschreiben heißt durchfallen, wenn man erwischt wird, egal, ob Fragestellung und Antwort richtig abgeschrieben sind. Also: Aufstehen – hinsetzen – durchgefallen! Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Andreas Butzki, SPD: Sportlich!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mehrfach und regelmäßig haben wir in diesem Landtag hervorgehoben, wie entscheidend Kommunikation und Sprache für die gesellschaftliche Teilhabe sind. Dies gilt allerdings nicht nur in integrationspolitischen Debatten, sondern besonders vordergründig bei der gesellschaftlichen Integration hörbehinderter Menschen.

Als Sozialpolitische Sprecherin meiner Fraktion habe ich es als sehr gelungen empfunden, dass sich Sozial- und Bildungsausschuss gemeinsam in den Ausschüssen und vor Ort – da war es der Bildungsausschuss – am Landesförderzentrum Güstrow oder direkt mit dem Elternverband hörgeschädigter Kinder mit der Situation hörbehin-

derter Kinder und Jugendlicher im Land auseinandergesetzt haben. Diese Doppelbefassung ist richtig, da das Thema komplex ist und uns allen daran gelegen sein sollte, optimale Bedingungen für hörgeschädigte Kinder in unserem Land vorzuhalten.

Nach einer ersten Befassung im Ausschuss mit dem Elternrat war es wichtig, vielseitige Informationen sowohl von Eltern als auch von Lehrkräften im Landesförderzentrum Güstrow einzuholen, da für viele – das darf man hier gerne auch zugeben – dieses sensible Thema Neuland dargestellt hat. Es war beeindruckend, gehörlose und nicht gehörlose Eltern im Arbeitskreis der Fraktion zu haben, die mithilfe von Dolmetschern aus ihrer Sicht die Dinge schilderten. Ich bin froh, dass wir diese Diskussion geführt haben, weil es uns vor Augen geführt hat, welche alltäglichen Anstrengungen und Leistungen hörgeschädigte Menschen in ihrem Alltag erbringen müssen, wie besonders wichtig Eltern eine gute Lern- und Lebensentwicklung ihrer zum Teil gehörlosen Kinder ist und wie wenig selbstverständlich es ist, zur hörenden Welt zu gehören. Ich warne auch davor, dieses Thema einer unsachlichen Debatte zu opfern.

Meine Damen und Herren, ohne einen medizinischen Exkurs vornehmen zu wollen, sei darauf hingewiesen, dass die Spanne zwischen den verschiedenen Arten von Hörschädigungen sehr groß ist, ebenso die heutigen technisch-medizinischen Möglichkeiten, um adäquat auf sie zu reagieren. Überwiegend wird zwischen der Fähigkeit, nur bestimmte Lautstärken zu hören, und der Fähigkeit, nur bestimmte Tonhöhen zu hören, unterschieden. Die Grade der Hörschädigungen reichen also von einer leichten Hörschädigung bis hin zu einer völligen Gehörlosigkeit, mit welcher eine Kommunikation mittels Lautsprache nicht mehr möglich ist.

(Andreas Butzki, SPD:
Das wird ja ein Fachvortrag hier.)

Wenn wir heute also über Deutsche Gebärdensprache, die DGS, sprechen, dann reden wir deutschlandweit über etwa 80.000 Menschen, die DGS als ihre Muttersprache verwenden. Seit 2002 ist die Deutsche Gebärdensprache als eigenständige Sprache anerkannt, ein Meilenstein für Betroffene.

Die Diskussion, DGS als Fremdsprache an den Schulen einzuführen, ist dabei nicht neu. Schon vor mehr als zehn Jahren haben Gehörlosenverbände und bildungsnahe Interessenvertretungen entsprechende Forderungen formuliert. Argumentiert wurde mit positiven Effekten bei hörenden und nicht hörenden Kindern, die gleichermaßen wirken, weil es die Sprachkompetenz und die Fähigkeit, sich in andere Denk- und Ausdrucksformen hineinzuversetzen, bei Kindern nachgewiesenermaßen erhöht. Gerade unter Inklusionsaspekten sowie Aspekten des ganztägigen Lernens finde ich diese Erkenntnisse sehr wertvoll.

Meine Damen und Herren, die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat 2016 die Kultusministerkonferenz aus diesem Grund gebeten, die Gebärdensprache als Unterrichtsfach in Regelschulen einzuführen. Ziel war und ist es, möglichst viele, auch hörende Menschen, zu motivieren, DGS zu erlernen und Barrierefreiheit auf allen Ebenen herzustellen. Neben der Aufwertung von DGS als eigenständiger Sprache und der möglichen Einführung der Gebärdensprache als schulisches Wahlfach wären wir diesem Schritt ein ganzes Stück näher. Auch

bin ich davon überzeugt, dass wir dadurch die nach wie vor konträren Sichtweisen zwischen dem Landesförderzentrum Güstrow und dem Elternverband hörgeschädigter Kinder Mecklenburg-Vorpommern damit ausbalancieren könnten, wovon alle Beteiligten profitieren würden.

Bereits 2016 haben Berlin, Brandenburg und Hamburg DGS als Wahlfach eingeführt. Ich wünsche mir, dass wir die dort gewonnenen Erfahrungen auch bei uns in den weiteren Diskussionen berücksichtigen. Klar ist aber auch, dass wir zunächst die noch nicht beendeten Gespräche auf KMK-Ebene abwarten sollten. Solange DGS nicht als erste Fremdsprache anerkannt ist, werden keine Rahmenpläne entwickelt. Daneben hat Frau Hesse auf den Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen hingewiesen. Auch dann wird sich erst entscheiden können, ob und inwieweit DGS in Mecklenburg-Vorpommern in die Stundentafelverordnung aufgenommen werden kann.

Auch heute spielen hörgeschädigte Kinder nicht nur vor dem Hintergrund der Inklusionsstrategie des Landes eine wichtige Rolle im Schulalltag des Landes. 560 hörgeschädigte Kinder besuchen derzeit Regelschulen des Landes, in denen sie in normale Unterrichtsklassen integriert werden. 265 Kinder und Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf – auch hier gibt es die unterschiedlichsten Hörbeeinträchtigungen – werden am Landesförderzentrum in Güstrow beschult. Gehörlose Kinder, bei denen es sich um eine kleine Gruppe handelt, nehmen am Unterricht regulärer, kleinerer Förderklassen am Landesförderzentrum teil. Reine Gehörlosenklassen, die einstigen K-Klassen, also Kommunikationsklassen, konnten nicht aufrechterhalten werden, da es bis heute schlicht an der notwendigen Schülerzahl mangelt.

Der Eindruck meiner Fraktionskollegin Frau von Allwörden vor Ort war dennoch, dass hier individuell und pädagogisch sehr sorgfältig auf die besonderen Anforderungen dieser Schülergruppe an den Unterricht eingegangen wird. Technische Hilfsmittel spielen dabei eine wichtige Rolle. Die Diskussion sollte allerdings nicht auf diese Frage reduziert werden. Entscheidend ist letztlich, wie die einzelne Lehrerin und der einzelne Lehrer mit gehörlosen Kindern umgeht. Am Landesförderzentrum wird dies mit hoher pädagogischer Kompetenz getan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie erwähnt sollten wir zunächst die Entscheidungen der Kultusministerkonferenz abwarten und daraus weitere Schlüsse ziehen. Der Antrag ist somit etwas verfrüht und deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das wussten wir ja, dass Sie wieder irgendwas finden.)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV die Abgeordnete Frau Weißig.

Christel Weißig, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen und Gäste! Wie Sie schon in der Begründung Ihres Antrages anführen, gibt es seit dem 14. April 2014 für die allgemeinbildenden Schulen durchaus die Möglichkeit, die Gebärdensprache als Wahlpflichtfach anzubieten.

(Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

Dass diese Möglichkeit so wenig genutzt wird, liegt wohl weniger am fehlenden Rahmenplan als am mangelnden Bedarf der Schüler, dieses Fach zu wählen.

(Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

Ähnliches ist durchaus auch bei anderen Wahlfächern zu beobachten.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Natürlich – auch das muss man ganz deutlich sagen – ist die Vermittlung der Fähigkeiten für das Erlernen der Gebärdensprache, zumindest der Grundelemente, die der einfachen Verständigung dienen und auch, um gegenseitige Hemmungen abzubauen, um gemeinsam kommunizieren zu können, wünschenswert.

(allgemeine Unruhe)

Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass die Gebärdensprache den Schülerinnen und Schülern in den Fächern Deutsch oder zum Beispiel Sachkunde nähergebracht werden kann oder in Form eines Projekttages.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Die Erstellung eines Rahmenplans zur Deutschen Gebärdensprache setzt einen Pool entsprechend fortgebildeter Lehrkräfte voraus. Ohne entsprechende fachliche Kompetenz auf diesem Gebiet dürfte ein solcher Rahmenplan überhaupt nicht umsetzbar sein. Es bliebe ein – Vorsicht mal, ein Wortspiel – leeres Versprechen.

Wie stellen Sie sich die Umsetzung denn vor? Ich hätte zumindest eine Art Konzept zu diesem Antrag erwartet, nicht nur die bloße Forderung des Antrages. Wir alle kennen die Situation des häufigen Unterrichtsausfalls an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, aber das Problem ist hier weniger die reine Anzahl von fehlenden Lehrern, denn laut Bildungsministerium wurden zum 1. August 2017 auf 360 ausgeschriebenen Stellen 402 Lehrkräfte eingestellt und von circa 11.000 Lehrstellen nur 60 nicht besetzt. Das eigentliche Problem ist die fachliche Ausrichtung des Lehrpersonals, weshalb häufig kein entsprechender Ersatz für das zum Beispiel erkrankte Personal gefunden werden kann.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Mit einem entsprechenden Wahlpflichtfach für Gebärdensprache dürfte sich die Auswahl dann noch schwieriger gestalten, weshalb ich eine solche Forderung zu diesem Zeitpunkt als utopisch empfinde.

Das Förderzentrum „Hören“ in Güstrow bietet zum jetzigen Zeitpunkt den Betroffenen eine individuelle Förderung und Betreuung und leistet eine gute und aufopferungsvolle Arbeit. Inwieweit diese Angebote ausreichen und die Förderung dieser Art von Schulen im Verhältnis zu den Bedürfnissen für die Betroffenen ausreichend ist, gilt es, entsprechend zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren jetzt den AfD-Antrag „Rahmenlehrplan DGS erstellen“. Spannend finde ich es erst mal, es geht um ein Bildungsthema und von allen anderen Fraktionen haben die Sozialpolitiker gesprochen, bloß von der SPD hat die Bildungsministerin gesprochen und ich ebenfalls.

Wir hatten – Herr Professor Weber hat es schon gesagt – eine gemeinsame Anhörung vom Sozial- und Bildungsausschuss. Dort gab es massive Vorwürfe gegenüber dem Landesförderzentrum „Hören“. Die Kritik kam überwiegend oder fast ausschließlich vom Elternverband hörgeschädigter Kinder. Ich muss ganz deutlich sagen, ich konnte diese Anschuldigungen überhaupt nicht verstehen. Auf meinen Antrag hin haben wir dann auch einen Vor-Ort-Besuch in Güstrow am Landeszentrum vorgenommen. Alle Ausschussmitglieder, auch die von der AfD, konnten feststellen, dass dort eine engagierte Arbeit durch die Lehrerinnen und Lehrer geleistet wurde,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

dass die Schule modern und voll durchsanziert ist, sie einen hohen technischen Ausstattungsgrad aufweist, neueste Entwicklungen im medizinisch-technischen Bereich genutzt werden und altersentsprechende Außenanlagen zur Verfügung stehen. Es gibt auch hervorragende Kooperationspartner. Zum Beispiel ist ein Hörakustiker vor Ort. Und, was ganz wichtig ist – das haben wir alle festgestellt –, es gibt klare pädagogische Ziele, die sich die Schule gesetzt hat. Das Wichtigste ist, dort eine bestmögliche schulische und soziale Erziehung zu ermöglichen. Eltern hörgeschädigter Kinder wünschen überwiegend eine hörgerichtete Erziehung und Bildung und dass sie möglichst eine breite gesellschaftliche Teilhabe haben. Es gibt eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Landeszentrum und den Schulen vor Ort. Ich selbst kann als Schulleiter berichten, dass ich auch mit dem Landesförderzentrum zusammengearbeitet habe, immer eine gute Zusammenarbeit herrschte und die Schüler dementsprechend gefördert wurden.

Am Landesförderzentrum selbst werden zwei Schüler mit der Gebärdensprache unterrichtet. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen, wir haben das mit 2014 und Wahlpflichtunterricht und so weiter gehört. Die Möglichkeit besteht, dass es unterrichtet werden kann. Wir haben auch schon gehört, dass die KMK jetzt darüber diskutiert, ob es als Fremdsprache anerkannt wird oder nicht.

Wenn wir uns mal anschauen, wir sind ein sehr einwohnerschwaches Bundesland. Wenn wirklich so etwas notwendig ist, dann besteht auch die Möglichkeit, mit anderen Bundesländern zusammenzuarbeiten. Einige haben schon einen Plan erstellt, Berlin, Brandenburg wurde gesagt. Wenn ein Lehrer daran interessiert ist, dann weiß er ganz genau, was dort zu unterrichten ist. Entweder macht er seine eigene Rahmenrichtlinie, er konzentriert sich dabei auf den europäischen Referenzrahmen oder er nimmt zum Beispiel den Rahmenplan von Berlin und Brandenburg. Das sehe ich eher als zielführend. Auch wenn es anerkannt wird, denke ich, werden die Bundesländer, weil das wirklich eine ganz kleine Gruppe ist, wir werden es relativ schnell haben, aber da

werden die Bundesländer zusammenarbeiten und so etwas entwickeln.

Herr Renz hat es schon gesagt, wir hatten bereits in der letzten Legislaturperiode darüber diskutiert, deswegen wird meine Fraktion heute auch diesen Antrag ablehnen. Die Begründung habe ich jetzt kurz erwähnt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen und liebe Gäste! Nicht überraschend wollen alle anderen Fraktionen unseren Antrag wieder mal ablehnen. Es ist wie immer, es gab noch keinen Antrag von uns, der hier nicht abgelehnt wurde. Wenn man die Kunstprodukte, die Figuren, die Sie hier aufs Eis zeichnen, beim Eiskunstlauf bewerten würde, dann hätten Sie für die Pirouettendrehungen und Salti, die Sie aufführen, nur um unseren Antrag ablehnen zu können, bestimmt die Note 10 verdient.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Aber wir sind hier nicht beim Eiskunstlauf,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

sondern wir sind im Landtag

(Heiterkeit bei Ministerin Stefanie Drese)

und da sollten die Interessen der Betroffenen doch etwas ernster genommen werden.

In der Sache: Was haben wir denn gehört als Argument? Da kam zunächst der Hinweis auf die CEFR, diese europäische Richtlinie. In der Tat, die gibt es. Aber was nützt uns die Richtlinie, wenn keiner hier davon Gebrauch macht, wenn es nicht umgesetzt wird,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wenn es keinen Rahmenlehrplan dafür gibt?

Dann sagt die Ministerin, andere haben es auch aufgegriffen, wir kommen zu früh mit unserem Antrag, weil die Kultusministerkonferenz eventuell einen Beschluss dazu fassen will. Erstens, „eventuell“ heißt noch nicht, dass es den Beschluss gibt. Und zweitens, normalerweise sagt man immer, in Mecklenburg und Vorpommern passiert alles 50 Jahre später. Was wäre denn schlimm daran, wenn wir mal als Erste irgendwo durchs Ziel gehen würden? Also insofern eine merkwürdige Argumentation.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Frau Larisch, Sie hatten dann zum einen, Sie haben ja nicht viel Sachliches vorgebracht – sie ist auch gar nicht mehr da, also insofern spreche ich wieder mal an die Wand, aber die Fraktion hört es –, Sie hatten zum einen vorgebracht: Gebärdensprache für alle, das ist wie mit Kanonen auf Spatzen schießen. Gerade von der Linksfraktion überrascht mich so ein militaristisches und tierfeindliches Auftreten doch erheblich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Niemand will mit Kanonen auf Spatzen schießen. Also bitte, ein bisschen mehr Sachlichkeit wäre angebracht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Und der zweite Hinweis, dass die GRÜNEN diesen Antrag oder einen ähnlichen Antrag 2015 schon gestellt haben, ist richtig. Und was ist seitdem geschehen? Gar nichts!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Dann wird man doch wohl etliche Jahre später diesen Antrag, der gut war, noch mal in Erinnerung bringen und stellen können, weil eben keine Reaktion damals erfolgt ist. Wir stehen von der AfD bestimmt nicht in dem Geruch, besonders GRÜNEN-freundlich und -affin zu sein.

(Andreas Butzki, SPD:
Das verstehe ich nicht.)

Aber man muss doch auch mal feststellen, auch die haben hin und wieder was richtig gemacht.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Und wenn darauf keine Reaktion erfolgt, dann sind wir aufgerufen, da noch mal nachzuhaken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Frau Friemann-Jenner,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Jennert, für die CDU haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, dass es andere technisch-akustische Hilfsmittel und Behelfe gibt, mit denen man Ähnliches erreichen kann. Das ist richtig. Wenn Sie mal die Nachrichten einschalten und die Taste drücken für „mit Gebärdensprache“, dann sehen Sie allerdings, dass alle akustisch-technischen Hilfsmittel – und am TV, am Fernseher, hat man solche akustisch-technischen Hilfsmittel regelmäßig – nicht weiterhelfen, dass es eben eine gewisse Personenzahl gibt, die trotzdem auf Gebärdensprache angewiesen ist. Das heißt, wir wollen ja das eine nicht lassen, wir wollen nur die Gebärdensprache weiter verbreitet sehen.

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Ich hätte das gern noch weiter ausgeführt.)

Und es kommt noch schlimmer. Wenn dann der Hinweis kommt, der kam mehrfach, auf die Landesfachschule „Hören“ in Güstrow

(Andreas Butzki, SPD:
Landesförderzentrum.)

und wie da unterrichtet wird – es ist nicht primäres Ziel dieses Antrages, den schwer Hörgeschädigten und Gehörlosen die Gebärdensprache beibringen zu können. Die haben dazu ihr Spezialzentrum. Es geht darum, den nicht so Betroffenen, den normalen Schülern der Bevölkerung Möglichkeiten zu geben,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

sich auch in dieser Gebärdensprache weiterzubilden. Das ist das primäre Ziel. Deswegen sind die Hinweise auf das zugegeben sicherlich sehr gut arbeitende Landesförderzentrum da in Güstrow richtig, aber nicht weiterführend. Das betrifft mitnichten das, was wir mit unserem Antrag beabsichtigen haben.

Und, Frau Weißig, wenn Sie gesagt haben, mangelnder Bedarf wäre ein Grund, warum wir das jetzt nicht einführen. Das ist vielleicht, und auch nur vielleicht, richtig, wenn wir nur auf den kleinen Kreis der Hörgeschädigten rekurrieren. Wir wollen aber die Gebärdensprache für alle zugänglich machen, damit die Hörgeschädigten eben nicht nur in ihren Landesfachzentren sich kommunikativ austauschen können,

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

sondern mit breiteren Teilen der Bevölkerung kommunikativ in Aktion treten. Deswegen ist der Hinweis auf den mangelnden Bedarf auch wieder verfehlt.

Endergebnis: Alle Argumente, die Sie bringen, sind Vorwand, um wieder mal der AfD bei einem Antrag nicht zustimmen zu müssen. Alle sagen mit schönen Worten, ja, es ist ja sachlich eigentlich richtig, aber vielleicht zu früh oder, oder. Inhaltlich bringen Sie nichts dagegen, Sie lehnen wieder nur ab. Das ist keine für die Bürger gemachte und an die Bürger gewandte Politik. Das ist Ideologie und das ist ein Ausdruck, den wir hier schon mehrfach gefunden haben. Ich erinnere nur an unseren Antrag über die Pommern-Akten und, und, und, die alle auch unpolitische Anträge waren, die alle abgelehnt wurden. Sie sollten mal in sich gehen und nachfragen: Warum sitzen Sie eigentlich hier? Um Ihre Ideologie zu verbreiten

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

oder um was für die Bürger zu tun? – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Ich gebe Ihnen
gleich mein Taschentuch.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2238. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2238 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD und Ablehnung der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BMV abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – EU-Kohäsionspolitik für Mecklenburg-Vorpommern zukunftssicher fortentwickeln – massiven Kürzungen entschieden entgegentreten, auf Drucksache 7/2251.

Antrag der Fraktion DIE LINKE
EU-Kohäsionspolitik für
Mecklenburg-Vorpommern zukunftssicher
fortentwickeln – massiven Kürzungen
entschieden entgegentreten
– Drucksache 7/2251 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Kolbe.

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Europäische Union steckt in einer schweren Krise, da braucht man nicht drum herumzureden. Das gilt offensichtlich auch für die Bundesregierung mit einer Regionalpartei aus Bayern, die ein Land und letztendlich die gesamte EU in Geiselschaft nimmt, nur, weil vor Ort Landtagswahlen anstehen und der Verlust der absoluten Mehrheit droht. Das, meine Damen und Herren, ist wie Rauchen an der Tankstelle – brandgefährlich!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Auch bei uns im Hohen Haus hatten wir zuletzt mit der Aktuelle Stunde eine Grundsatzdebatte zur europäischen Integration und zum Zustand der EU. Ich denke, es ist klargeworden, dass meine Fraktion der europäischen Idee überaus positiv gegenübersteht und wir auch keinen Hehl daraus machen, dass unser Land auf die europäische Förderpolitik angewiesen ist.

Heute soll es aber ausdrücklich nicht um das große Ganze gehen, sondern konkret um die Gestaltung europäischer Kohäsionspolitik, die zweifelsohne großen Einfluss auf die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns haben wird. Und hier, das gehört auch zur Wahrheit, fangen wir als Parlament ja nicht bei null an. Erst in der Januarsitzung hatten wir einen Antrag der Koalitionsfraktionen mit dem Titel „Unterstützung der regionalen Entwicklungspolitik – Die Vorbereitung Mecklenburg-Vorpommerns auf die Reform der Strukturfonds vorantreiben“ beraten. Unter anderem wurde darin die Landesregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin sein Wachstums- und Innovationspotenzial durch die Fonds der Europäischen Regionalpolitik stärken und davon profitieren kann, sodass hier der Mehrwert der Europäischen Union weiterhin verdeutlicht wird.

Dem damaligen Antrag ist meine Fraktion auch ohne Umschweife gefolgt und entsprechend des Antrages war die Ministerpräsidentin zur Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in Brüssel und hat sich dort besten Wissens für die Belange Mecklenburg-Vorpommerns eingesetzt und darüber im April hier im Plenum von dieser Konferenz berichtet.

Nun könnte man natürlich fragen: Warum kommen DIE LINKEN schon wieder mit dem Thema um die Ecke? Die Behandlung des Koalitionsantrages ist kein halbes Jahr her, die Aussprache von Frau Schwesig gerade mal zwei Monate. Aber, meine Damen und Herren, zwischenzeitlich ist einiges passiert. Manches davon bereitet meiner Fraktion auch erhebliche Sorgen und Ihnen sollte es da nicht anders gehen, denn für unser Bundesland steht in dieser Debatte einiges auf dem Spiel.

Als die Kommission am 2. Mai ihren Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen von 2021 an bis 2027 vorlegte, wurden wir schon etwas unruhig. Aufgrund des Brexits war natürlich klar, dass nicht alles beim Alten bleiben würde. Darüber hinaus waren wir jedoch sehr gespannt, wenngleich schon die Ankündigungen des Kommissars Oettinger im Vorfeld nichts Gutes erwarten ließen. Immerhin kündigte er für die Kohäsionsmittel und die Agrarförderung eine Reduzierung um jeweils fünf

Prozent an. Leider war es zu diesem Zeitpunkt schwierig, die Angaben zu überprüfen, da es erstens durch eine Veränderung der Haushaltsrubriken schwierig war, eine Vergleichbarkeit mit dem aktuellen Finanzrahmen überhaupt herzustellen, und zweitens auf die sektorenspezifischen Vorschläge der Kommission zu reagieren, die erst ab Ende Mai eintrudelten bis einschließlich Mitte Juni.

Nachdem diese Vorschläge nun vorliegen, zeichnet sich ein klareres Bild, das Licht und leider sehr viel Schatten wirft. Positiv ist, dass nach dem Vorschlag der EU-Kommission weiterhin alle Regionen der Europäischen Union Fördermittel aus den EU-Fonds erhalten sollen, also auch die Kategorie der Übergangsregionen, in der Mecklenburg-Vorpommern vertreten ist, beibehalten wird. Wir werden also wieder Mittel bekommen. Das war keineswegs klar und ist leider auch noch kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen.

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass die Vorschriften für die Fonds vereinfacht und flexibler gestaltet werden sollen. Schließlich ist der Bürokratiedschungel bei den europäischen Fördermitteln immer wieder eins der am häufigsten beklagten Hindernisse. Dass künftig in der Regel nur noch auf einer Ebene die Mittelverwendung geprüft werden soll, also entweder direkt im Land, auf Bundes- oder auf europäischer Ebene, und nicht mehr auf allen drei Ebenen zusammen, das ist ein Fortschritt, den wir ebenfalls anerkennen.

Damit hört es dann aber leider mit den positiven Dingen auch schon auf. Für ganz problematisch halten wir die geplanten massiven Kürzungen bei den Kohäsionsmitteln. Entgegen den ersten Ausführungen von Kommissar Oettinger werden diese nicht, ich habe es erwähnt, bei 5 Prozent liegen, sondern bei 10 Prozent, und das im europäischen Schnitt, und für Deutschland sogar bei 20 Prozent, also noch mal deutlich darüber. In Zahlen heißt das für die Bundesrepublik, dass die Strukturfördermittel von 19,8 Milliarden gegenwärtig auf 15,7 Milliarden Euro heruntergefahren werden sollen.

Es ist natürlich noch nicht ganz klar, wie viel das am Ende für Mecklenburg-Vorpommern sein wird, aber es wird definitiv ein drastischer Einschnitt werden, wenn es so bleibt, wie es jetzt ist, denn legt man die Zahlen der aktuellen Förderperiode zugrunde, wären das über 60 Millionen Euro, die dem Haushalt jährlich nicht zur Verfügung stehen. Meine Kollegin Frau Rösler wird darauf in der Aussprache auch noch detaillierter eingehen, was das für den Haushalt des Landes bedeutet.

Die Landesregierung muss ihre Bemühungen auf Bundes- und europäischer Ebene weiter intensivieren, um gegen die geplante Absenkung der Kohäsionsmittel vorzugehen und auf eine entsprechende Verteilung innerhalb des Landes hinzuwirken. Dass es überhaupt zu einer Mittelabsenkung kommt, stößt bereits auf unsere Kritik – das habe ich hier bei der letzten Aussprache schon geäußert –, aber 20 Prozent Kürzung geht aus unserer Sicht überhaupt nicht. Und es würde mich doch stark wundern, wenn Sie das anders sehen würden, meine Damen und Herren.

Mecklenburg-Vorpommern benötigt auch weiterhin substantielle Unterstützung auf gleichem Niveau, um nicht in einen Stagnationsprozess zu fallen und den ohnehin sehr langsamen Aufholprozess zu den westlichen Bundesländern abzuwürgen. Dazu brauchen wir weiterhin die Un-

terstützung der EU. Und wir brauchen auch die Steuerungsfähigkeit, wie wir diese Mittel für zukunftsgerichtete Maßnahmen am besten im Land einsetzen wollen.

Aktuell wird ernsthaft diskutiert, die Programmerstellung und auch Verwaltung zumindest einiger EU-Fonds auf die nationale, auf die Bundesebene zu verlagern. Aus Sicht der Kohäsion macht das natürlich überhaupt gar keinen Sinn. Hamburg als Stadtstaat hat andere Herausforderungen zu meistern als Bayern, Nordrhein-Westfalen beispielsweise als einwohnerstärkstes Bundesland hat ganz andere Strukturen als Mecklenburg-Vorpommern. Ich denke, wir vor Ort wissen immer noch am besten, was für unser Land gut ist. Da brauchen wir keine Reglementierung zusätzlich aus Berliner Ministerien, die dann auch nicht passgenau ist. Insofern erwarten wir natürlich, dass sich unsere Landesregierung dafür starkmacht, im Zusammenspiel mit den anderen Bundesländern die Steuerung der Mittel weiterhin auf regionaler Ebene erfolgen zu lassen.

Ein letzter, sehr wichtiger Punkt ist auch die Zukunft des ELER. Dieser soll ja aus der Kohäsionspolitik herausgelöst werden. So ist es bisher vorgesehen. Das halten wir für einen fatalen Fehler, denn sollte das passieren, haben wir die ernsthafte Befürchtung, dass er noch mehr ein Mittel der Wirtschaftspolitik wird und die ländliche Entwicklung letztlich auf der Strecke bleibt. Der ELER hat sich in der jetzigen Form grundsätzlich bewährt und insofern sollte man ihn auch dort belassen, wo er ist, nämlich im Rahmen der Kohäsion.

Meine Damen und Herren, Sie merken, die Themen des mehrjährigen Finanzrahmens und vor allem der Kohäsion verlangen nach wie vor unsere volle Aufmerksamkeit als Parlament und auch das Engagement der Landesregierung. Jetzt ist die Zeit zum Handeln und wir sollten der Landesregierung mit diesem Antrag einen klaren Handlungsauftrag,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und Rückenwind. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

aber auch, wie es aus den Koalitionsreihen immer so schön heißt, klaren Rückenwind geben, selbstverständlich, Herr Ritter, damit am Ende das Beste für Mecklenburg-Vorpommern dabei herauskommt. Insofern freue ich mich auf eine hoffentlich spannende und dann auch produktive Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Inneres und Europa. Herr Caffier, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Stellvertretend vor allem für die Staatskanzlei, aber auch das Wirtschaftsministerium sowie das Landwirtschaftsministerium darf ich heute zu diesem Antrag sprechen, der die ganz grundsätzliche Frage nach der künftigen EU-Kohäsionspolitik für Mecklenburg-Vorpommern aufwirft und wie die Fonds zukünftig ausgestaltet und verwaltet werden.

Ja, die bisherige Kohäsionspolitik der EU für Mecklenburg-Vorpommern ist unstrittig ein großer Erfolg. Sie ist seit der Wiedervereinigung das wirkungsvollste Instrument der Investitionspolitik der EU in Mecklenburg. Das Land hat

seit 1991 und wird bis 2020 etwa 10 Milliarden Euro an europäischen Fördermitteln erhalten.

Zusammen mit den Direktzahlungen an unsere Landwirte haben die EU-Mittel am Landeshaushalt 685 Millionen Euro oder etwa neun Prozent im Jahr 2017 ausgemacht. Auf jeden Einwohner in unserem Land kommen etwa 180 Euro Fördermittel pro Jahr. Diese Mittel haben Mecklenburg-Vorpommern besonders aufgrund der hohen EU-Kofinanzierungsrate von 75 Prozent geholfen. Wir mussten also für jeden Investitionszuschuss nur ein Viertel der Förderung aus Landesmitteln aufbringen. Durch diese Investitionsförderung hat unser Bundesland einen beeindruckenden wirtschaftlichen Aufholprozess durchführen können. Lag das Bruttoinlandsprodukt 1991 noch bei 50 Prozent des durchschnittlichen EU-weiten Wertes, sind wir heute bei 84 Prozent angekommen und haben damit Regionen wie Wales oder Wallonien überholt. So profitieren unter anderem die verarbeitende Industrie, die Hochschulen und der Tourismussektor von den EU-Mitteln.

Aber was heißt das derzeit konkret? Die Uni Rostock beispielsweise hat den Erweiterungsbau des Instituts für Chemie mit EFRE-Mitteln finanziert. Aus dem Investitionsvolumen von 17 Millionen Euro kamen 8,5 Millionen aus Mitteln der EU. Im Jahr 2006 wurde in Pasewalk die Remos AG mithilfe von EU-Investitionsförderung angesiedelt. Remos baut leichte Sportflugzeuge und ist heute mit 40 Mitarbeitern auf dem Sportflugzeugmarkt etabliert. Das Verbundprojekt „KarriereWegeMentoring“ für Frauen aus dem Wissenschaftskontext der Universitäten Greifswald und Rostock wurde mit 514.000 aus dem ESF bezuschusst.

Klar ist aber auch – und da stimme ich den Antragstellern zu –, der Aufholprozess ist eben noch nicht abgeschlossen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sind Ausreden.)

Deshalb dürfen diese Erfolge nicht durch ein plötzliches Zurückfahren der EU-Förderung gefährdet werden. Dabei stünde der wirtschaftliche, der soziale und der territoriale Zusammenhalt in Europa auf dem Spiel und somit eines der im EU-Vertrag festgeschriebenen Ziele der Europäischen Union.

Bereits bei der Vorstellung des mehrjährigen Finanzrahmens durch die Kommission am 2. Mai war klar, dass die Kohäsionspolitik trotz eines insgesamt größeren EU-Haushaltes absinken wird. Zwar bleiben entgegen früheren Befürchtungen die Übergangsregionen erhalten – das galt bisher immer als Voraussetzung dafür, dass uns mit dem neuen Finanzrahmen nicht plötzlich sämtliche Mittel wegbrechen –, aber es ist eben auch so, dass sich die Zahlen der Übergangsregion im Vergleich zum noch laufenden Finanzrahmen verdoppeln, es trotzdem aber nur 40 Prozent mehr Mittel für diese Länder gibt. Sprich, die Mittel steigen nicht proportional zum Einstieg der zusätzlichen Regionen, und das ist für alle Beteiligten ein Problem, an dem wir gemeinsam arbeiten müssen, damit die Aussichten für unser Land hier nicht so sind, wie man sich das derzeit, wenn an der Verteilung nichts geändert wird, errechnen kann.

Noch aber ist abzuwarten, welche Reduzierung bei der Mittelausstattung am Ende tatsächlich für unser Land rauskommt. Es gibt durchaus in den letzten Tagen das

eine oder andere positive Signal, aber diese sollte man erst verkünden, wenn es wirklich so eintritt, und nicht nachher erklären, es war ein tolles Signal, hat nur nicht funktioniert. Deswegen bin ich da eher etwas zurückhaltend.

Natürlich wollen wir eine möglichst günstige Mittelausstattung für das Land erreichen. Der Vollständigkeit halber muss man sagen, dass eine mögliche Absenkung der EFRE- und ESF-Mittel auch auf die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes im EU-Vergleich zurückzuführen wäre. Das ist dann zum Schluss immer der Preis des Erfolgs.

Auswirkungen hätte auch der Vorschlag der Europäischen Kommission, den EU-Kofinanzierungssatz von 80 Prozent auf 50 Prozent zu senken. Wenn man aber von dieser Absenkung ausgeht, dürfte die absolute Summe der EU-Mittel plus Kofinanzierungsmittel gegenüber der aktuellen Förderperiode zumindest annähernd gleichbleiben, vielleicht sogar ein wenig steigen. Das Land müsste dann sinnvollerweise oder richtigerweise wesentlich mehr Kofinanzierungsmittel als eigene Landesmittel einstellen und aufbringen als bisher, um dieses Niveau der Förderkulisse und der Unterstützung auch halten zu können.

Neben den Mitteln insgesamt ist auch eine Programm-erstellung und -verwaltung auf nationaler statt auf regionaler Ebene bei EFRE und ESF noch längst nicht entschieden, also sprich, ist noch in der Diskussion, und ob ein Zoomen der Verantwortung auf die höhere Stufe wesentlich günstiger ist und den Prozess der Beantragung vereinfacht, wage ich zumindest aus meinen letztjährigen Erfahrungen ansatzweise etwas zu bezweifeln. Eine Reihe von EU-Mitgliedsstaaten inklusive Deutschland dürfte eine solche Lösung nicht ohne Weiteres mittragen. Am Ende wird wahrscheinlich ein klassischer Kompromiss stehen, bei dem zumindest praktisch auch regionale Programme erstellt werden können. Das hoffen wir jedenfalls. Auch dafür werden und wollen wir uns einsetzen.

Wir verfolgen also kritisch die Entwicklung zum ELER. Hier muss die Landesregierung die möglichen Vor- und Nachteile der Kommission erst noch endgültig und eingehend näher prüfen. Jedenfalls müssen je nach tatsächlicher Ausgestaltung auf EU-Ebene regionale Gestaltungsspielräume bleiben. Das ist eine der Grundvoraussetzungen. Auch muss die Möglichkeit für fondsübergreifende Ansätze erhalten bleiben, und Mechanismen für einen koordinierten Einsatz der Mittel aus EFRE, ESF und ELER müssen auf Landesebene auch zukünftig zur Anwendung kommen können.

Ich kann Ihnen versichern, die Landesregierung verfolgt die derzeitige Entwicklung zur zukünftigen Kohäsionspolitik sehr aufmerksam und setzt sich vor allem dafür ein, Verschlechterungen bei der Kohäsionspolitik für die Förderperiode 2020 bis 2027 entgegenzuwirken beziehungsweise so klein wie möglich zu halten, was die Einschränkungen betrifft.

Die deutschen Länder werden sich über den Bundesrat, über die Ministerpräsidentenkonferenz der Ostländer – denn die spielen ja in der Gesamtbetrachtung auch noch mal eine besondere Rolle, und hier ist es gut, dass die Ostländer ihre eigenen Befindlichkeiten ein Stück zurückstellen und versuchen, dort eine gemeinsame Linie

zu halten –, die Europaministerkonferenz und die Fachministerkonferenzen sowie zu den Vorschlägen zum Mehrjährigen Finanzrahmen und den weiteren Verhandlungsergebnissen auf EU-Ebene positionieren. Gleichzeitig wird die Landesregierung die unmittelbaren Kontakte zu den EU-Organen, vor allem auch zum Europäischen Parlament nutzen, um die eigenen Anliegen weiterhin voranzubringen beziehungsweise an den Mann oder die Frau zu bringen, um Unterstützung vor Ort zu erhalten.

Wahr ist, es wird mit dem nächsten EU-Haushalt voraussichtlich weniger Mittel für Mecklenburg-Vorpommern geben. Wir setzen aber alles daran, dass der beispiellose Erfolg, den unser Land auch durch die Kohäsionspolitik erfahren hat, nicht gefährdet wird und zumindest auf einem sehr hohen Level in Zukunft fortgesetzt werden kann.

Dafür setzen sich, glaube ich, auch alle Fraktionen im Parlament ein, weil es einfach eine wichtige Voraussetzung für eine gleichmäßige Entwicklung des Landes ist, ohne dass der Landeshaushalt überproportional belastet wird und wir hier nicht andere Verwerfungen kriegen. Also auch so wird es in den nächsten Monaten noch intensive Verhandlungen geben im Hinblick auf die Frage, wie über die Finanzierung entschieden wird. Bei der Europaministerkonferenz wird es auf der nächsten Tagesordnung stehen, und diese hat ja einen Beobachter im Rahmen der Brexit-Verhandlungen mit in die Delegation der Bundesregierung entsandt, sodass die Interessen der Länder dabei mitberücksichtigt werden können. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Das hätte ich eigentlich schon vor der Rede des Ministers sagen müssen, aber ich hoffe, Sie verzeihen mir, dass ich das jetzt nachhole.

In der Aussprache hat jetzt das Wort für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Wertes Präsidium! Werte Abgeordnete!

(Thomas Krüger, SPD: Liebe Sonne!)

Gäste sind keine mehr da. Liebe Bürger im Lande!

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Vorneweg möchte ich, weil DIE LINKE ganz zu Anfang einen Spruch zu Bayern gebracht hatte, Ihnen nur mitgeben: Sie haben hier auch schon mal im Parlament gesagt, von Bayern lernen heißt siegen lernen, immer so, wie man es gerade braucht.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Wie beim Fußball. –
Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Das ist ein Irrtum. Das hat er
in der Stadtvertretung gesagt.)

Ich glaube, der einzige sehr kritische Beitrag wird dann zu diesem Thema auch wieder von uns kommen. Aber

ich versuche mal, auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE einzugehen.

In dem vorliegenden Antrag behauptet die Fraktion der LINKEN, dass die bisherige Kohäsionspolitik der EU für Mecklenburg-Vorpommern eine Erfolgsgeschichte sei. Dieser Behauptung muss ich widersprechen, sie stimmt nur zum größten Teil.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU:
Er kann es nicht lassen!)

Ja, nicht komplett, nicht komplett.

Mit den Fördergeldern aus den europäischen Fonds wurden in der bisherigen Förderperiode aber auch Projekte gefördert, die für das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht nachhaltig waren.

(Tilo Gundlack, SPD: Welche?)

So wurden mit Geldern des ESF beispielsweise Projekte zur Gleichstellung der Geschlechter gefördert.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist nicht nachhaltig?! Das ist nachhaltig.)

Für dieses ganze Gender- und Gleichstellungsgaga sollten keine Steuergelder ausgegeben werden.

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist Gaga für Sie?!)

Natürlich ist das für uns Gaga.

(Thomas Krüger, SPD: Sie wollen keine Gleichstellung von Mann und Frau?!)

Die Gleichstellung der Geschlechter, Herr Krüger, ist für die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit.

(Thomas Krüger, SPD: Das lehnen Sie ab. Das ist nicht zu fassen! –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, einen Augenblick!

Die eben gebrauchte Formulierung von Ihnen weise ich als unparlamentarisch zurück.

Dirk Lерche, AfD: Eine Nachfrage: Welche Formulierung?

(Tilo Gundlack, SPD, und
Henning Foerster, DIE LINKE: Gaga!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Nehmen Sie das erst mal so mit!

Dirk Lерche, AfD: Auch wurden mit Mitteln des ESF in der Vergangenheit Personalkosten in politischen Vereinen und so weiter finanziert, obwohl wir im Handwerk, Tourismus und in der Pflege einen Fachkräftemangel haben.

(Tilo Gundlack, SPD:
Welche politischen Vereine?)

Soll ich Ihnen noch mal zu dem Haushalt oder zu unserer Nachfrage dieses 268 Seiten dicke Ding holen, wo die ganzen Fördergelder drinstehen?

(Andreas Butzki, SPD: Ja, gerne.)

Soll ich die hier vorlesen?

(Tilo Gundlack, SPD:
Wenn Sie so was sagen, ja,
machen Sie es mal! Machen Sie es mal!)

Sie können gern in meinem Büro Einsicht nehmen.

(Tilo Gundlack, SPD: Nee, das soll ja hier sein. Dann müssen Sie hier nicht so viel Gaga erzählen!)

Die Mittel aus den europäischen Fonds sollten zukünftig im Sinne einer durchdachten Kohäsionspolitik sinnvoller eingesetzt werden. Da in der nächsten Förderperiode mit finanziellen Kürzungen vonseiten der EU zu rechnen ist, sind die Fehler bei der Mittelvergabe aus der Vergangenheit zu vermeiden.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten Jahrzehnten von der Kohäsionspolitik der EU aber auch profitiert. Die EU-Kommission hat für die Zeit nach 2020 einen Vorschlag für die Neuausrichtung der Kohäsionspolitik in den Fact Sheets vom 29.05.2018 vorgelegt.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ja, so bezeichnet die EU das.

Es sind Vorschläge über die zukünftige Kohäsionspolitik, die wiederum auf dem Budgetvorschlag der EU-Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen – und jetzt werde ich in Zukunft nur noch MFR sagen, das heißt Mehrjähriger Finanzrahmen – der Jahre 2021 bis 2027 basieren.

Die Vorschläge der EU für den mehrjährigen Finanzrahmen werden noch verhandelt. Da der EU-Haushalt bis zu den Europawahlen im Mai 2019 voraussichtlich nicht verabschiedet werden wird, basieren die derzeitigen Forderungen der LINKEN lediglich auf einem Vorschlag der EU-Kommission. Es sind Annahmen, von denen wir zurzeit nicht wissen, ob und vor allem in welcher Höhe Änderungen in Bezug auf Fördergelder eintreten werden.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Wann wollen Sie es denn einbringen?
Wenn es beschlossen ist?)

Die Forderungen der LINKEN basieren zum jetzigen Zeitpunkt lediglich auf einem Vorschlag der EU-Kommission und sind daher spekulativ.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Ach so!)

Die genaue Höhe der Veränderung der Kohäsionsmittel ist zurzeit nicht bekannt. I

In der Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 02.05.2018 schlägt die Kommission unter Textziffer 1 eine Kürzung der Finanzmittel für die Kohäsionspolitik um 5 Prozent vor. Unter Textziffer 5 dieser Pressemittei-

lung wird von Umschichtungen und Einsparungen in Höhe von 20 Prozent gesprochen.

Die Kohäsionspolitik der EU wird von der AfD-Fraktion generell kritisch gesehen, da die Steuergelder auch direkt vom Bund an die Länder überwiesen werden können.

(Tilo Gundlack, SPD: Quatsch!)

Dann können wir uns nämlich die 15 Prozent Verwaltungskosten in Brüssel sparen. Nicht Quatsch!

Für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wird es in der nächsten Förderperiode 2021 bis 2027 voraussichtlich weniger Fördermittel von der EU geben, da es den Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen Regionen in Europa mittlerweile vielfach wirtschaftlich besser geht.

Die Forderung der LINKEN, dass die Reduzierung der Fördermittel nicht den aktuellen Gegebenheiten in Europa angepasst werden soll, ist typisch für die Inkompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Die Reduzierung der EU-Mittel sollte stattdessen bei den nächsten Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden. Der Bund ist in der Pflicht, die Mindereinnahmen aus der EU zukünftig auszugleichen. Die Ausgabenpolitik des Bundes soll zugunsten der Bundesländer verringert werden, damit die Steuerzahler nicht weiter belastet werden. Generell sind die Vorschläge der Europäischen Kommission für die Ausgestaltung des Mehrjährigen Finanzrahmens diskussionswürdig.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Der Vorschlag der EU-Kommission, die Zuweisung kohäsionspolitischer Mittel von einem neuen Kriterium, und zwar der Aufnahme und Integration von Migranten, abhängig zu machen, wird von der AfD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern komplett abgelehnt.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Dieser Vorschlag wird auch deshalb abgelehnt, da er Mitgliedsstaaten trafe, deren Bevölkerung von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machten und aus verschiedensten Gründen die Aufnahme von Menschen aus anderen Teilen der Erde zahlenmäßig begrenzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der geplante Verteilungsmechanismus ist nicht nur ein Affront gegen die Bürger und Steuerzahler der Europäischen Union, sondern auch Beispiel dafür, dass die Beamten und Angestellten der EU-Verwaltung vielfach gegen die Interessen der europäischen Bürger, Steuerzahler und Wähler handeln. Die Kommissare der Europäischen Kommission, insbesondere Herr Oettinger, könnten mit diesem Vorschlag ihren Zuständigkeitsbereich überschreiten.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Die Europäische Kommission, insbesondere Herr Oettinger, sind unseres Erachtens aufgefordert, das Selbstbe-

stimmungsrecht der Menschen in allen Mitgliedsstaaten zu beachten und dieses Verteilungsinstrument für Fördergelder zu verwerfen. Sofern die Bundeskanzlerin diesen Vorschlag unterstützt, überschreitet sie ebenfalls ihren Zuständigkeitsbereich. Sie hat nicht das Recht, der Bevölkerung in einem anderen Mitgliedsstaat Vorschläge zu machen, mit wem sie zusammenleben möchte oder wen sie aufzunehmen habe.

(Tilo Gundlack, SPD: Wer schreibt Ihnen das bloß alles auf?!)

Das gilt auch für Ihre in Ihrer heutigen Regierungserklärung zum EU-Gipfel aufgestellten Forderung, die Flüchtlingskrise mit multilateralen Abkommen zu lösen. Übersetzt bedeutet das nichts anderes als die Verteilung von weiteren deutschen Steuergeldern im Ausland.

Die AfD-Fraktion vertritt darüber hinaus die Auffassung, dass der EU-Haushalt nicht steigen soll. Der Vorschlag für die neuen Kriterien über die Zuweisung der kohäsionspolitischen Mittel ist aber auch unvollständig. In Mecklenburg-Vorpommern ist insbesondere durch die Landflucht junger Menschen eine Überalterung der Bevölkerung zu verzeichnen. Die Überalterung einer Region muss als Kriterium über die bisherigen Fördermöglichkeiten hinaus berücksichtigt werden.

(Tilo Gundlack, SPD: Ich denke, Sie wollen das nicht mehr. Was denn nun?)

Besser ist es, wenn sich die Europäische Union, insbesondere Herr Oettinger, für die Ansiedlung von zukunftsfähigen Unternehmen aus der Internetbranche in strukturschwachen Regionen, wie zum Beispiel das deutsch-polnische Grenzgebiet, einsetzt. Die Region zwischen Greifswald und Stettin böte sich als Sonderwirtschaftszone zur Ansiedlung von zum Beispiel einer großen Firmenzentrale aus Luxemburg im deutsch-polnischen Grenzgebiet an. Wollen mal gucken, was die Luxemburger dann anschließend dazu sagen!

(Tilo Gundlack, SPD:
Die verstehen Sie doch gar nicht. –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
So oder so nicht.)

Zusammenfassend wird die AfD-Fraktion den Antrag der LINKEN ablehnen, da nur der deutsche Steuerzahler Geld nach Brüssel schicken will. Wie in einer vorherigen Plenarsitzung schon von mir vorgetragen, sind wir hier die Fraktion, die die ganze EU in ihrer jetzigen Form infrage stellt. Die Bürger in Großbritannien haben diese Frage bereits entschieden.

(Thomas Krüger, SPD:
Und werden es bitter bereuen. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und nun komme ich noch zu ein paar Zahlen. Einen Entwurf für einen 7-Jahres-Plan – hatten wir nicht mal 5-Jahres-Pläne hier, ich kann mich daran irgendwie schwach erinnern –

(Tilo Gundlack, SPD: Das hat so einen Bart! –
Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

hat die EU vorgelegt. Die Bundesrepublik Deutschland zahlt bisher rund 30 Milliarden jährlich an die EU. 30 Milli-

arden! 2019 werden die Briten durch den Brexit den EU-Haushalt nicht mehr mitfinanzieren. Wenn das Budget nicht gekürzt werden soll, muss jedes Mitglied rund 16 Prozent mehr zahlen. Das sind für Deutschland 5 Milliarden Euro jährlich. Aber die EU-Kommission schlägt vor, den Haushalt der EU noch auszuweiten. Sie kalkuliert mit 1 Billion 279 Milliarden Euro, ein Zuwachs um 18 Prozent.

(Thomas Krüger, SPD: Wie Sie wissen, ist das vor allem das Sicherheitspaket. Das heißt, die Grenzen kosten. Das wollten Sie doch auch, oder nicht? – Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Das sind dann – Herr Krüger, hören Sie gut zu! – für Deutschland Mehrausgaben jährlich von 11 bis 12 Milliarden Euro pro Jahr.

(Thomas Krüger, SPD: Aber Sie wollen die Grenzsicherung auch, oder?)

Der Solidaritätszuschlag hat 2017 der Bundesregierung fast 12 Milliarden Euro in den Haushalt gespült. Wir, die AfD, wollen diesen im Interesse unserer Bürger in Deutschland abschaffen. DIE LINKE möchte ihn wohl in EU-Solidaritätszuschlag umwidmen. Das lehnen wir ab.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden Herrn Krüger?

Dirk Lerche, AfD: Ja.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Bitte.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie wissen, dass ein Teil dieses Geldes zur Verfügung stehen soll, um die EU-Außengrenzen zu schützen.

(Heiterkeit bei Bert Obereiner, AfD)

Das heißt, die Mittel, die Sie hier kritisieren, sind ja eigentlich Mittel zur Sicherung Europas.

Dirk Lerche, AfD: Wir haben in der EU so viele Mittel, die unseres Erachtens überhaupt nicht nötig tun.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das tut nicht not, Thomas!)

Wenn wir die elementarsten Sachen der EU zusammenfassen – Wirtschaft, Sicherheit der Bürger,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Tut das not?)

und zwar Europol und so weiter und die Grenzverteidigung –, wenn wir auf diese drei Punkte die EU zurückkürzen, dann sind auch diese ganzen Mittel für den Grenzschutz vorhanden.

(Martina Tegtmeier, SPD:
Das ganze Sozialgedöns braucht ja kein Mensch, oder was?!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie eine weitere Frage?

Dirk Lerche, AfD: Ja.

Thomas Krüger, SPD: Mich würde mal sehr konkret interessieren, wo Sie meinen, dass ganz konkret eine Maßnahme, die die Europäische Union finanziert, jetzt nicht mehr notwendig ist, wo wir das Geld sparen können, an Schulen, in der Landwirtschaft, Fischerei beispielsweise?

Dirk Lerche, AfD: Landwirtschaft, Fischerei und so weiter gehören mit zur Wirtschaft, die gehören mit in den Wirtschaftstopf rein.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Aha, und?! – Zurufe von
Marc Reinhardt, CDU, und
Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Es gibt selbstverständlich im Sozialbereich, im Bildungsbereich und so weiter ...

Thomas Krüger, SPD: Sie wollen im Sozialbereich kürzen?

Dirk Lerche, AfD: Natürlich können wir den kürzen. Wir können die gesamten Verwaltungsausgaben wieder herunterfahren. Ich sage mal, Deutschland und auch andere Länder müssen das Geld nicht nach Brüssel schicken, damit dort 15 Prozent verwaltet werden und dann 85 Prozent nur noch zurückkommen.

(Tilo Gundlack, SPD: Was meinen Sie denn mit „15 Prozent verwaltet“?)

Na, denken Sie, diese ganze Beamtenschaft in Brüssel kostet kein Geld, oder wie?! Das fällt alles vom Himmel, ne? Brüssel kriegt sein Geld vom lieben Gott.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wenn ich jetzt hier auf Mecklenburg-Vorpommern noch mal zurückkomme und auch zu anderen Regionen: Natürlich ist Hilfe zur Selbsthilfe immer eine gute Sache und wir haben Hilfe zur Selbsthilfe bekommen. Aber irgendwann muss auch mal Schluss sein,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Irgendwann ist Schluss mit lustig.)

wenn denjenigen nicht zu helfen ist.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, einen Moment bitte! Gestatten Sie eine ...

Dirk Lerche, AfD: Jetzt erst mal nicht.

Herr Minister, Sie sprachen ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment bitte! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Gundlack?

Dirk Lerche, AfD: Wenn ich fertig bin.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Waldmüller?

Dirk Lerche, AfD: Wenn ich fertig bin.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wann sind Sie fertig?)

Nun wollte ich noch mal zu Herrn Minister kommen. Sie sprachen immer von den Mitteln, die für unser Bundesland aus der EU kamen. Letztendlich kamen diese Mittel hauptsächlich aus Deutschland, abzüglich der Verwaltungsausgaben. Wir könnten auch diese ganzen Mittel ja unserem neuen Heimatminister geben, der kann die Mittel dann für regionale Entwicklung einstellen. Da gibt es Gebiete wie das Ruhrgebiet, Gebiete in Franken, Vorpommern, Lausitz und so weiter, das wird man hier in Deutschland schon selbst regeln können, welche Gebiete am notdürftigsten sind. Dazu brauchen wir Brüssel nicht.

So, jetzt!

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Tilo Gundlack, SPD: Sehr geehrter Herr Kollege Lerche! Wie hoch ist nach Ihrer Einschätzung, vielleicht wissen Sie es auch, der Personalkostenanteil in der EU? Sie sprachen von 15 Prozent Verwaltungskosten. Sprechen Sie hier von 15 Prozent Personalkosten oder wie hoch ist der Personalkostenanteil in Prozent?

Dirk Lerche, AfD: Die genaue Zahl vom Personalkostenanteil – das ist jetzt übern Daumen – habe ich nicht. Ich glaube, der liegt bei 12/13 Prozent. Dann kommen die ganzen anderen Mittel, die in der EU, sage ich jetzt einfach mal, auch für Werbung und so weiter ausgegeben werden, natürlich noch hinzu, Marketing und so weiter, und letztendlich reden wir nachher über 15 Prozent.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dirk Lerche, AfD: Ja.

Tilo Gundlack, SPD: Können Sie sich vorstellen, dass der Personalkostenanteil in der EU bei 3,1 Prozent liegt?

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Wenn Sie es sagen, Herr Kollege. –
Beifall und Heiterkeit bei
Thomas Krüger, SPD)

Dirk Lerche, AfD: Natürlich ist das jetzt eine spitzfindige Frage.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD
und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Wenn Sie das jetzt beziehen nur ...

Tilo Gundlack, SPD: Ich rede nur vom Personalkostenanteil der EU.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Also nur die Pfortner am Eingang.)

Dirk Lerche, AfD: Ja, zu einer Verwaltung gehören natürlich Verwaltungsgebäude, dazu gehört Strom, dazu gehört Wasser.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Tilo Gundlack, SPD: Ich rede jetzt von den 33.000 oder 34.000 Mitarbeitern, die die EU hat. Wie hoch ist der Anteil daran?

(Zurufe von Christian Brade, SPD,
und Bert Obereiner, AfD)

Dirk Lerche, AfD: Dort ist der Anteil, ich sage jetzt einfach mal, natürlich weitaus geringer.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: 3,1, ne? –
Zurufe von Karen Larisch, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Nein, nein. Auch da habe ich irgendwo mal eine Zahl gehört von 3,6.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah! –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Aber gut, wenn ...

Tilo Gundlack, SPD: Um Ihnen das zu erleichtern, es ist 3,1. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Dirk Lerche, AfD: Gut.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Anfrage des Abgeordneten Waldmüller?

Dirk Lerche, AfD: Ja.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Herr Lerche, Sie haben ja jetzt eine sehr ablehnende Rede gehalten. Im Januar haben wir schon mal darüber gesprochen und da ging es um die Unterstützung der Strukturfonds auch für Mecklenburg-Vorpommern. Da hat Ihre Fraktion dem Antrag zugestimmt.

(Zuruf vonseiten der Fraktion
der CDU: Aha!)

Wie erklären Sie sich denn jetzt die ablehnende Haltung?

Dirk Lerche, AfD: Wir haben grundsätzlich der EU gegenüber in ihrer jetzigen Ausgestaltung eine ablehnende Haltung und das möchte ich natürlich hier in einer Rede deutlich machen.

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Thomas Schwarz, SPD)

Natürlich. Wir sind ja das kleinste Licht hier, wenn man so will,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, das kann man so sagen.)

und wenn ich mir die große EU-Befürworterfront anschauke, ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter!

Dirk Lerche, AfD: ... dann werden wir natürlich Verhandlungen darüber, dass unsere Regierung aufgefordert

wird, das Beste für Mecklenburg-Vorpommern, für unsere Region rauszuholen, befürworten.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein Glück! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Da klatscht
nicht mal die eigene Fraktion.)

Nach diesem Redebeitrag muss ich trotzdem den Kollegen Gundlack darauf hinweisen, dass auch für ihn gilt, dass die Bemerkung, die er gemacht hat, unparlamentarisch war und dass ich sie deshalb zurückweise.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Tilo, also wirklich! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Jetzt hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Bring mal jetzt Substanz rein!)

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik und die Zuweisungen der EU, die EU-Fonds wie der EFRE, der ESF oder der ELER, sind wichtiger Bestandteil unseres Haushaltes. Wir reden, bezogen auf die gegenwärtige Förderperiode 2014 bis 2020, über ein Volumen von insgesamt 2,3 Milliarden Euro, jährlich in etwa 360 Millionen Euro. Zum größten Teil sind das investive Mittel. Wenn künftig weniger Mittel für den europäischen Kohäsionsfonds zur Verfügung stehen beziehungsweise sich der Kofinanzierungssatz ändert, hat das natürlich nicht unerhebliche Auswirkungen auf unseren Landeshaushalt, und auch darüber reden wir heute.

Bleibt es bei den geplanten Kürzungen, drohen Einschnitte bei der Finanzierung diverser Maßnahmen, Einschnitte bei Investitionen, bei der Finanzierung von Sanierung und Bau von Infrastruktur, auch von sozialer und kommunaler Infrastruktur. Es geht neben der Wirtschafts- und Forschungsförderung um Stadtentwicklung, um Radwegbau, Baumaßnahmen an Hochschulen und Umweltschutz- sowie Klimaschutzprojekte. Allein dafür haben wir für die Förderperiode 66 Millionen Euro zur Verfügung. Und es geht um die Entwicklung des Natur- und Kulturerbes, um Straßenausbau, Dorfentwicklung, um Kitaneubau oder Schulsanierung, aber auch um die denkmalgerechte Sanierung von historischen Gebäuden und Anlagen.

Meine Damen und Herren, die finanziellen Spielräume sind neu zu justieren. Das heißt, im Landeshaushalt werden wir als Haushaltsgesetzgeber auf die Entscheidungen der EU reagieren müssen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren zunehmend Landesmittel für wichtige Aufgaben durch EU-Mittel ersetzt wurden. Ich erinnere an die Finanzierung von Jugend- und Schulsozialarbeit, an den Sportstättenbau oder den Hochwasserschutz, um nur einige Beispiele zu nennen. Es gilt also, im Haushalt rechtzeitig die Weichen zu stellen, um diese Aufgaben über die aktuelle Förderperiode hinaus sicherzustellen, um verstärkt Investitionen aus eigener Kraft zu stemmen und nachhaltig zu investieren.

Regionale Kohäsion hat gerade für uns in Mecklenburg-Vorpommern auch über das Jahr 2020 hinaus eine im-

mense Bedeutung. Nach wie vor gibt es gewaltige Unterschiede zu anderen Regionen in Deutschland, aber auch innerhalb des Landes. Ich nenne nur die Stichworte „Einkommen“, „Kaufkraft“, „Steuerkraft“, „wirtschaftliches Wachstum“ und „Fachkräftepotenzial“. Die Angleichung bei der Wirtschaftskraft an die der westdeutschen Flächenländer ist ein Ziel, was wir noch lange nicht erreicht haben. Und leider verzeichnen wir im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Ländern den geringsten Fortschritt im Angleichungsprozess. Das relative BIP je Einwohner liegt im Vergleich zu den finanzschwachen Flächenländern West unter dem Wert von 2009, und da sind wir leider das einzige ostdeutsche Bundesland. Und das, meine Damen und Herren, haben wir uns nicht allein ausgedacht, sondern das sind Feststellungen des Landesrechnungshofes zur Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen sind also riesig und lassen sich nur lösen, indem die speziellen Bedürfnisse der Regionen bedacht werden. Dabei haben wir darauf zu achten, dass wir das Land nicht spalten. Überlegungen der CDU, die mein Kollege Karsten Kolbe auf der Reise des Finanzausschusses nach Brüssel von den Abgeordneten der CDU vernommen hat, man könne doch vielleicht das Land in zwei Förderregionen teilen,

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

damit Vorpommern unter Umständen mehr Fördermittel bekommen könne, halten wir für schwierig.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Letztendlich kann Mecklenburg-Vorpommern dadurch nicht mehr Mittel generieren, man spaltet aber möglicherweise das Land.

Und – ich hätte jetzt Frau Schlupp angesprochen, sie ist aber nicht hier – Frau Schlupp muss dann schon mal einem Gemeindevertreter, etwa im Mecklenburgischen Teil des Landes, erklären, dass er nur Förderung von 40 Prozent bekommt für sein neues Gemeindezentrum, während sich sein Kollege aus Vorpommern über 75 Prozent Förderung freut.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das wird dann durch den Strategiefonds ausgeglichen.)

Ich glaube, darüber sollten wir noch mal ernsthaft diskutieren, aber meine Fraktion warnt eher vor derartigen Plänen. Fatal wäre, den ELER aus den Kohäsionsmitteln herauszulösen – darauf ist hier schon eingegangen worden –, denn viele unserer Städte und Dörfer haben ein neues Gesicht bekommen, auch dank ELER. Wenn der Vorschlag der Kommission durchschlägt, ELER aus den Kohäsionsmitteln herauszulösen, befürchten wir, dass uns insbesondere Mittel für die Erneuerung der Infrastruktur im ländlichen Raum verlorengehen. Es reicht ein Blick in den Haushalt des Landwirtschafts- und Umweltministeriums, da wird dann schnell klar, welche große Rolle der ELER in diesem Bereich spielt.

Die Bundesregierung hat in Bezug auf diese Fragen offenbar aber noch keine einheitliche Auffassung und deshalb muss der Druck aus Mecklenburg-Vorpommern in Berlin erhöht werden. Es ist für unser Land enorm wichtig, dass ELER Bestandteil der Kohäsionsfonds

bleibt und wie gehabt auch ausgegeben werden kann, denn das hat sich aus unserer Sicht bewährt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der BMV hat jetzt das Wort der Vorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Kohäsionspolitik der Europäischen Union ist in der Tat ein großer Erfolg für Mecklenburg-Vorpommern. Das haben Sie in Ihrem Antrag absolut richtig dargestellt. Und es ist auch insgesamt ein großer Erfolg für Europa, für den gesamten Kontinent. Ich habe es schon mal bei einer anderen Gelegenheit gesagt: Deutschland kann nur prosperieren, wenn es auch unseren Nachbarstaaten einigermaßen gutgeht. Das Gleiche gilt auch umgekehrt, also die Unterschiede innerhalb der Europäischen Union dürfen einfach nicht zu groß werden. Das ist gerade für die deutsche Wirtschaft von erheblichem Interesse. Dementsprechend ist die Kohäsionspolitik wichtig.

Eine große Debatte jetzt hier über die EU zu führen, halte ich heute eigentlich nicht für zielführend, das ist ein abendfüllendes Programm. Das weiß ich nicht, ob wir das unbedingt machen müssen, aber Sie haben es selbst gesagt, Herr Kolbe, Sie wollten es eigentlich auch nicht, sondern ganz speziell auf den Kohäsionsfonds und die Erneuerung oder Veränderungen abzielen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich kann dem Antrag im Wesentlichen folgen, trotzdem werden wir ihm nicht zustimmen können aus zwei Gründen – ja, jetzt kommts wieder, Herr Ritter, zwei Gründe: Und zwar geht es einmal um das Thema – jetzt muss ich mal kurz gucken – in Punkt I.3. Da schreiben Sie, dass sich die Programmstellung und -verwaltung sowie der EU-Fonds auf Ebene der Regionen grundsätzlich bewährt haben, und dementsprechend fordern Sie dann auch, dass sich die Bundesregierung über den Landtag und die Landesregierung dafür einsetzt, dass das weiterhin so bleibt. Dem kann ich in der Form nicht zustimmen, weil wir natürlich gerade mal so ungefähr wissen, was hier in Mecklenburg-Vorpommern passiert. Da haben Sie recht, für uns selbst können wir das fordern, wenn Sie das aber als Gesamtaussage fordern, kann ich das ehrlich gesagt nicht beurteilen. Wir haben so viele Regionen in Europa und ob es tatsächlich immer das Beste ist, dass das Geld in die Regionen fließt, weiß ich nicht. Es kann sein, aber das kann ich einfach nicht schlichtweg behaupten. Deswegen kann ich an dieser Stelle dem Antrag nicht folgen.

Das Zweite ist, Sie möchten sich gegen die 20-Prozent-Kürzung starkmachen. Klar, das ist absolut nachvollziehbar, das wollen wir natürlich auch nicht, dass 20 Prozent gekürzt werden. Aber auch da muss man das Gesamtpaket sehen: Was bedeutet das für den Bundeshaushalt? Wenn wir natürlich ein Vielfaches davon in den Gesamthaushalt einzahlen müssten, um den Wegfall von Großbritannien auszugleichen und auf diese 20-Prozent-Kürzung nicht zu kommen, dann wäre es wirklich ein richtig schlechtes Geschäft, sagen wir mal so. Und unter den Umständen könnte man dann auch nicht zustimmen, aber wenn das Ganze fair und ausgeglichen ist, dann schon.

An der Stelle bleibt uns nichts anderes übrig, als einfach der Bundesregierung den Rücken zu stärken.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Natürlich, Herr Wildt!)

Das wollten Sie auch mit dem Antrag, denke ich mal, tun, um darauf zu hoffen, dass sich dann die deutschen Interessen und die Interessen von Mecklenburg-Vorpommern ordentlich durchsetzen bei den Verhandlungen. Das versuchen ja alle 28 Mitgliedsstaaten, das ist klar, das ist auch nicht so ganz einfach, da müssen wir ein Stück weit der Regierung tatsächlich vertrauen. Ob wir wollen oder nicht, die werden das hoffentlich gut machen, denn letzten Endes möchte natürlich jeder dafür sorgen, dass Geld nach Mecklenburg-Vorpommern fließt. Das ist ja ganz klar.

Also noch mal vielen Dank für den Antrag. Wir können ihm so in der Form nicht ganz zustimmen, aber er geht in die richtige Richtung. Wir sprechen uns ganz deutlich für die Stärkung der Europäischen Union aus, was nicht heißen soll, dass es da keinen Reformbedarf gibt. Das habe ich auch schon an einer anderen Stelle gesagt, den gibt es natürlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist richtig.)

Auch darüber muss man ab und zu mal sprechen, vielleicht mal hier im Landtag: Was wünschen wir uns eigentlich, was dort besser gemacht werden kann? Aber das ist, glaube ich, im Moment gar nicht aktuell. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Kolbe, ich hatte nicht erwartet, dass ich jetzt etwas Neues höre, und wir haben auch nichts Neues gehört.

(Marc Reinhardt, CDU: Siehste!)

Wir haben höchstens von der AfD eine abstruse Begründung gehört, inwiefern wir diesen Antrag ablehnen beziehungsweise wo der Sinneswandel herkommt.

(Andreas Butzki, SPD: War aber lustig.)

Ich wollte Sie, Herr Lerche, im Nachgang noch fragen, aber dazu kam ich ja nicht mehr, ob Sie mir den Unterschied zwischen dem Antrag im Januar und heute nennen können, weil Sie gesagt haben, Sie lehnen ihn inhaltlich ab. Sie sagen ja nicht, Sie lehnen ihn ab, weil das damals schon gemacht wurde, deswegen brauchen wir das heute nicht noch mal. Nein, ich wollte Sie fragen nach den inhaltlichen Begründungen, aber das wird jetzt Ihr Geheimnis bleiben.

Sie haben, Herr Kolbe – Sie haben das eingangs in Ihrer Rede gesagt –, noch einmal ein Statement pro EU abgegeben. Das will ich selbstverständlich für uns auch machen. Natürlich sind wir pro EU, wir sind Verfechter der EU. Wir sind Verfechter der EU als Friedensgemeinschaft, als Friedensunion und als gemeinsame Wirtschaftsunion. Das ist selbstverständlich und dazu stehen wir auch.

Wir reden heute zum wiederholten Mal über die Kohäsionspolitik und die Meinungen gehen hier, außer bei einem, auch gar nicht auseinander. Wir haben auch damals dem Antrag im Januar einhellig hier zugestimmt. Insofern gibt es da nichts Neues, weil der Antrag der Koalition im Parlament damals im Januar die Landesregierung einhellig aufgefordert hat genau zu dem, was in anderer Form im Antrag im Januar stand, was aber jetzt in Ihrem Antrag wieder in anderer Form steht.

Das heißt, die Landesregierung ist dort beauftragt worden, und die Ministerpräsidentin ist ja auch aktiv geworden, das haben wir im April gesehen. Die Ministerpräsidentin hat hier einen Bericht gehalten, nachdem sie sich am 15.03. in Brüssel starkgemacht hat, und es gab auch eine Brüsseler Erklärung. Da sage ich ausdrücklich Danke an die Ministerpräsidentin, Danke dafür und auch für die Brüsseler Erklärung sowie für das zukünftige Engagement für das Land Mecklenburg-Vorpommern, wenn es um die Verteilung der EU-Kohäsionsmittel geht.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Und das will ich auch mal sagen: Es ist doch selbstverständlich jetzt so, dass damit dieser Auftrag nicht erledigt ist, weil Sie vorhin sagten, es hat sich viel getan. Aber diese Beauftragung der Ministerpräsidentin – so haben wir das alle verstanden – geht über die Brüsseler Erklärung hinaus. Selbstverständlich berücksichtigt diese auch den Auftrag hingehend auf alle weiteren Entwicklungen, die jetzt kommen. Der Auftrag geht weiterhin natürlich dorthin, wo wir alles an Flexibilisierung der Kohäsionsmittel mit auf den Weg gegeben haben. Und es geht natürlich – in Ihrem Antrag steht ja sehr viel vom ländlichen Bereich – auch über den ELER-Bereich. Das ist, denke ich mal, selbstverständlich. Deswegen glaube ich, dass die im Antrag der LINKEN geforderten Aspekte durch eine Handlungsaufforderung im Koalitionsvertrag bereits umgesetzt sind, und wir lehnen deshalb diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD –
Der Abgeordnete Dirk Lerche
bittet um das Wort für eine Anfrage. –
Marc Reinhardt, CDU: Eine Frage! –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, nun ist er ja schon weg. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Nein, das geht jetzt nicht mehr.

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Kolbe.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist
ja das volle Aufgebot hier.)

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Die SPD hat zurückgezogen, na dann mach ich das mal rund.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss sagen, während der Debatte war ich vielleicht fast schon ein bisschen naiv, denn wenn ich den Ausführungen des Innenministers und Europaministers gelauscht habe und auch den grundsätzlichen inhaltlichen Ausführungen von Herr Waldmüller,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

hätte ich fast gedacht, dass Sie unserem Antrag heute zustimmen. Allerdings, nun haben Sie es betont, lehnen Sie ihn dann doch ab. Man fragt sich natürlich im Vorfeld immer: Welche Gründe könnten dazu führen, dass ein Antrag doch abgelehnt wird? Dann haben wir in der Regel, wir erinnern uns, die gute Dartscheibe für die SPD-Abgeordneten,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja. –
Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

die muss offensichtlich Richtung CDU gewandert sein, denn heute hat Herr Waldmüller es ja begründet. Da gab es vier Möglichkeiten, Anträge abzulehnen:

- Das machen wir schon.
- Da sind wir dran.
- Das brauchen wir nicht.
- Oder: Die CDU will das nicht.

Vielleicht haben Sie ja eine mit „Die SPD will das nicht.“ Das mag durchaus sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mit Sicherheit, mit Sicherheit.)

Sie haben sich auf jeden Fall dafür entschieden, wir sind da schon dran, das machen wir schon, und diese Entscheidung finden wir eigentlich sehr schade.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
So kreativ ist die CDU nicht.)

Aber ich habe noch einen Vorschlag in Richtung CDU: Sie können ja mal schnell bei Ihren SPD-Kollegen nachfragen, die haben auch eine Dartscheibe 2.0 von uns bekommen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Auf dieser Dartscheibe 2.0 gibt es ein ganz schmales Feld und wenn man sich dort ganz doll anstrengt und etwas effektiver ist als die Nationalmannschaft gestern leider, hat man auch die Möglichkeit, das zu treffen. Ich weiß nicht, ob die SPD das schafft, aber vielleicht schaffen es ja die Glücksbärchis von der CDU.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und dann gelingt es Ihnen vielleicht, das zu treffen,

(Beifall Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Dort finden Sie die Möglichkeit der Vertagung.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Deshalb, um vielleicht zum Ernst der Lage wieder zurückzukommen, würde ich rein formal jetzt noch mal beantragen, unseren Antrag in den Innen- und Europausschuss federführend und mitberatend in den Finanzausschuss zu vertagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Ja.

Wenn wir uns dann angucken, was die AfD gesagt hat, kann man das kurz und schmerzhaft machen und nur sagen: Man kann wirklich nur hoffen, dass Sie auf europäischer Ebene wirklich nie, nie, nie, also wirklich niemals irgendwas zu sagen haben. Das ist ja absolut gruselig, also wirklich!

(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Stefan J. Reuken, AfD)

Ich will Ihnen nur einen einzigen Fakt nennen. Sie haben ja erwartungsgemäß darauf herumgehackt, dass die Flüchtlingsverteilung mit einbezogen wird in die neue Berechnung der Kohäsion. Ich will Ihnen sagen, wenn das nicht so wäre, was das für Mecklenburg-Vorpommern heißen würde. Wissen Sie das?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Na woher denn? –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
3,6 irgendwie. – Zuruf von
Peter Ritter, DIE LINKE)

Nein, das wissen Sie nicht. Natürlich wissen Sie das nicht, obwohl es im Innen- und Europaausschuss auch eine Rolle gespielt hat. Da wurde es vom Informationsbüro ganz klar gesagt: Ohne dieses Kriterium hätten wir für Mecklenburg-Vorpommern sogar eine Kürzung von bis zu 40 Prozent, also 120 Millionen im Jahr, die uns im Haushalt fehlen. Wo wollen Sie die denn hernehmen?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aus einem Unternehmen.)

Also das würde mich wirklich mal interessieren, liebe Herren von der AfD,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das können
die Kindergärten mitwirtschaften. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

also wirklich.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das hat er gerade gesagt. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

Dann noch kurz zu Herrn Waldmüller Sie haben gesagt, eigentlich gibt es nichts Neues, der Antrag kaut das wieder durch, was im Januar bereits beschlossen wurde. Das ist augenscheinlich nicht so, denn Sie haben allgemein gesagt, liebe Landesregierung, mach mal was, damit das gut wird! Wir haben Ihnen jetzt ganz konkret aufgeschrieben, wie man es machen könnte, und auch der Innenminister hat gesagt, dass das durchaus Positionen sind, die wichtig sind, die man umsetzen könnte, woran man arbeiten müsste.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber dem hören sie ja auch nicht zu.)

Deshalb kann ich da nur noch mal um Zustimmung bitten.

Abschließend zur BMV: Sie haben gesagt, Herr Wildt, dass Sie auch dafür sind, dass die Lebensverhältnisse

angeglichen werden müssen in der Europäischen Union, dass Kohäsion grundsätzlich sinnvoll ist, haben dann aber kritisiert, dass die Kompetenzen auf regionaler Ebene nur bedingt halten könnten, weil Sie der Meinung sind, für M-V könnten Sie sagen, das ist gut, aber wie das in anderen Regionen der Europäischen Union aussieht, können Sie nicht beurteilen. Das mag tatsächlich so sein, aber so ist das nun mal mit Regelungen, gerade wenn sie auf europäischer Ebene sind. Wenn wir wollen, dass für uns eine Regelung gut ist, müssen wir das natürlich auch anderen Regionen zugestehen. Und ich glaube, zu sagen, im Sinne auch der Subsidiarität möglichst der unteren Ebene, so es möglich ist, die Entscheidungskompetenzen zu geben, das finden wir grundsätzlich vernünftig. Deswegen werbe ich noch mal dafür: Stimmen Sie dem Antrag zu oder ansonsten mindestens der Vertagung in die Ausschüsse! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Andreas Butzki, SPD: Vertagung
gibt es nicht.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Darauf wollte ich gerade hinweisen.

Herr Kolbe, es geht um die Überweisung, nehme ich an?

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Ja.)

Das ist also ein Überweisungsantrag.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Da wir zur Abstimmung kommen wollen, meine Herren von der SPD, dürfte ich dann um etwas Ruhe bitten!

Also im Rahmen der Debatte ist die Überweisung des Antrages in den Innen- und Europaausschuss beantragt worden. Wer möchte diesem Überweisungsvorschlag zustimmen, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag für den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2251 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der BMV und Gegenstimmen von SPD-, CDU- und AfD-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag selbst der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2251. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2251 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen von SPD-, CDU-, AfD- und BMV-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Aussprache gemäß Paragraf 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Zukunft der kleinen Küstenfischerei in Mecklenburg-Vorpommern“, auf Antrag der Fraktion der BMV.

**Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT
zum Thema
Zukunft der kleinen Küstenfischerei
in Mecklenburg-Vorpommern**

Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu zehn Minuten für jede Fraktion vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Fraktion der BMV hat ums Wort gebeten der Abgeordnete Herr Borschke.

Bevor Herr Borschke sein Wort in Anspruch nimmt, begrüße ich auf der Besuchertribüne Mitglieder von Vereinen und Verbänden aus Lübbtheen und Teldau. Herzlich willkommen!

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ralf Borschke, BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Immer, wenn man denkt, das Ende der Fahnenstange ist erreicht, wird noch einer draufgesetzt,

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

meistens Dinge, die man gar nicht auf dem Schirm hatte und mit denen man auch nicht rechnen konnte, aktuell das drohende Fangverbot für den Hering. Als Angler, der selber auch aktiv Hering angelt,

(Andreas Butzki, SPD: Fischstäbchen.)

muss ich Ihnen sagen, nach meinem Empfinden haben wir so viel Hering, beim Angeln springen die mir von alleine ins Boot.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD – Beifall Bernhard Wildt, BMV)

Das, muss ich sagen, ist nicht nur mein Empfinden, das empfinden auch viele andere Angler und auch Fischer empfinden das so.

(Andreas Butzki, SPD: Da komme ich bei Ihnen nächstes Mal mit, Herr Borschke. Nehmen Sie mich mit?)

Und, Herr Butzki, was für fette Heringe, sage ich Ihnen!

(Andreas Butzki, SPD: Ja, ich komme mit. Können wir machen.)

Dieses Jahr, die waren so fett! Kommen Sie mit, wir gehen Hering angeln im Frühjahr!

(Andreas Butzki, SPD: Ja, das machen wir mal beide.)

Wenn Sie nicht seekrank werden. Na gut!

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Nee, natürlich nicht.)

Also nichts zu erkennen von Nahrungsmangel bei den Heringen. Aber wie gesagt, das ist mein privates Empfinden, manch einer oder manch einer in der Wissenschaft sieht das etwas anders.

Aber eines ist mir auch aufgefallen, meine Damen und Herren: Je mehr Quotenkürzung, je mehr Umwelt-, Natur-, Tierschutzmaßnahmen auferlegt werden, umso weniger Fisch. Bestes Beispiel hierfür ist übrigens das

Rückwurfverbot. Die Ostsee wird immer sauberer, die Umwelt immer sauberer, die Luft immer sauberer, unsere Lebenserwartung wird immer höher, aber angeblich stehen wir kurz, ...

(Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD: Der Hering immer fetter.)

Der Hering wird immer fetter.

... aber angeblich stehen wir kurz vor der absoluten Umweltkatastrophe.

Aber, meine Damen und Herren, die Frage muss erlaubt sein: Fördern diese ganzen Maßnahmen letztendlich nur die Feinde der Fischbestände, zum Beispiel die Robben und die Kormorane? Wann wird endlich ein möglicher Zusammenhang zwischen deren explodierender und aggressiver Vermehrung und den schrumpfenden Fischbeständen untersucht und das auch ausgewertet? Und da kommen der Nationalpark und das Nutzungsverbot ins Gespräch.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Ganz plötzlich, schnipp!)

Man kann zusammenfassen: Ein drohendes Heringsfangverbot, drohende Einschränkung im Aalfang, hohe Verluste durch Robben und Kormorane, die angedrohte Sperrung der Nationalparkgewässer und viele andere Maßnahmen bedrohen die Existenzgrundlage unserer Fischer.

Aber bleiben wir erst mal beim Hering. Der Internationale Rat für Meeresforschung ICES schlug vor, den Heringsfang in der westlichen Ostsee 2019 komplett einzustellen. Das würde das komplette Aus für viele Betriebe in der kleinen Küstenfischerei in Mecklenburg-Vorpommern bedeuten. Also gerade kleine und handwerklich betriebene Fischereibetriebe würden in der Existenz bedroht. Wie wir, so hoffe ich doch, alle wissen, ist der Hering der Brotfisch unserer Fischer. Von 2007 bis 2017 ist der Ertrag um über 30 Prozent zurückgegangen. Nach der Wende waren noch über 600 Unternehmen in der Kutter- und Küstenfischerei tätig, heute sind es 230 Haupterwerbs- und 132 Nebenerwerbsbetriebe, die übriggeblieben sind. Eine weitere Absenkung der Heringsquote und somit der Fangmengen macht eine Zertifizierung des Herings in der westlichen Ostsee unmöglich. Es würde unweigerlich zu weiteren Absatzproblemen kommen.

Meine Damen und Herren, ich habe mir mal die Zahlen zum Export von Fischereierzeugnissen angeschaut: Fische und Krebstiere 2014 27.116 Tonnen, 2015 23.451 Tonnen, 2016 – da habe ich aber nur den Wert bis Juli – 10.685 Tonnen. Hochgerechnet aufs Jahr wären das circa 18.000 Tonnen. Das wäre ein Rückgang um circa 10.000 Tonnen. Ähnlich sieht es beim Fangaufkommen für unsere kleine Hochsee- und Küstenfischerei aus: 2008 22.443 Tonnen, 2017 15.634 Tonnen. Das ist auch hier ein Rückgang von 6.809 Tonnen.

Meine Damen und Herren, die Entscheidung für das Jahr 2019 trifft der Fischereirat im Oktober 2018. Das Ministerium fordert nun im Falle einer weiteren Reduzierung oder einer Aussetzung der Heringsfischerei einen Einkommensausgleich. Wir erwarten, dass die Wirtschaftlichkeit und die sozialökologischen Auswirkungen berücksichtigt werden. Die Fischerei ist ein Wirt-

schaftsfaktor und ein tragender Teil im Tourismus. Daher müssen natürlich auch Einbußen ausgeglichen werden. Wir brauchen eine Festlegung der Fangmengen auf der Grundlage eines mehrjährigen Managementplans, ähnlich des Managementplans beim Dorsch.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Haben wir doch.)

Aber als wenn das nicht schon Todesstoß genug wäre, kommt jetzt noch die Drohung eines Nutzungsverbotes in der Kernzone von Nationalparks. Das Bundesnaturschutzgesetz sieht eine klare rechtliche Festlegung hinsichtlich der Entwicklung der Kernzone in Nationalparks nicht vor. Es besteht jedoch die Auffassung, dass nach 30 Jahren in der Kernzone eines festgesetzten Nationalparks keine Nutzung mehr stattfinden sollte. Jedenfalls ist die Naturschutzverwaltung dieser Auffassung. Für den Bereich der Vorpommerschen Boddenlandschaft würde dies dann im Jahr 2020 zutreffen.

(Andreas Butzki, SPD: 2022.)

Es wurde sich aber auf eine fünfjährige Verlängerung dieser Frist geeinigt. Nach Aussagen der Fischer – und nicht nur der Fischer – gab es bei der Ausweisung des Nationalparks Zusagen, dass es zu keiner Nutzungseinschränkung kommen sollte. Das ist dem Ministerium heute nicht bekannt. Und noch etwas ist wichtig: Damals hatte niemand die Ausbreitung von Offshorewindparks und Stromtrassen auf dem Radar. An diese weitere Einschränkung der Fischer war damals nicht zu denken. Da stellt sich die Frage: Was soll denn für unsere Fischer als Fanggebiet noch übrigbleiben?

Andere Nutzer sind ebenso betroffen. Auch nahegelegene Bereiche wie der Hafen Mukran und Sassnitz müssen erhalten bleiben. Das kommt einer kalten Enteignung nahe, also müssen wir letztendlich über die Ziele des Nationalparks nachdenken. Und ich muss sagen, da bin ich auch ganz bei Herrn Kuhn, CDU-Abgeordneter im Europaparlament, wenn er sagt, notfalls müssen wir den Nationalpark zu einem Naturpark herunterstufen.

Zum Schluss ganz wichtig, meine Damen und Herren, Fischerei ist Kulturgut. Wir müssen uns überlegen, wie gehen wir mit unserem Kulturgut um. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Landesregierung hat uns Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft und Umwelt. Herr Dr. Backhaus, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich auch über die Besucher, sehr!

(Thomas Krüger, SPD: Genau. –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ich möchte folgenden Einstieg wählen: Ich glaube, es war gut, dass ich gestern in Berlin war und mit der Bundesministerin über dieses Thema gesprochen habe. Mittlerweile habe ich persönlich – und in Teilen auch die Wissenschaft – den Eindruck, inzwischen geht es den Fischen besser als den Fischern. Warum sage ich das? Wenn man sich die letzten Jahre anschaut und seit 1990 gestalterisch einzuwirken versucht, dann nehme ich zur

Kenntnis, wir hatten 1990 in Mecklenburg-Vorpommern – runde Zahlen – 1.300 Fischereiunternehmen. 1.300, noch mal! Wir hatten zur Wende eine Heringsquote von 111.000 Tonnen. Ich betone noch mal: 111.000 Tonnen! Davon sind im Übrigen knapp 40.000 Tonnen, also exakt 34.000 noch was, damals gefischt worden, 1990. Heute haben wir round about 350 Fischereiunternehmen, davon 238 Haupterwerbsbetriebe. 238 Haupterwerbsbetriebe! Das heißt, wer ein bisschen mitgerechnet hat, wir haben die Fischereikapazität um 80 Prozent reduziert. 80 Prozent der Fischer und Fischereiunternehmen sind nicht mehr da.

Deswegen sage ich hier in aller Klarheit und Deutlichkeit, die Fischer sind an der Reduktion, die mecklenburgisch-vorpommerschen Fischer sind an der Reduktion der Fischbestände nicht schuld. Es muss andere Ursachen haben, und dazu brauchen wir Wissenschaft, wir brauchen Forschung und wir brauchen realistische Szenarien. Denn eins ist vollkommen klar, die Fischerei – im Übrigen die Kutter- und Küstenfischerei, die Hochseefischerei, die Binnenfischerei – als auch die Angelei sind für Mecklenburg-Vorpommern eines der touristischen Highlights dieses Bundeslandes, im Übrigen mit einer saisonverlängernden und auf der anderen Seite natürlich auch mit einer wirtschaftlich extrem positiven Entwicklung. Dieses Land ist gerade aufgrund seiner schönsten Ostseeküste, dem größten deutschen Binnensee und den Naturschutzgebieten beliebt in ganz Deutschland, Europa und der Welt.

Im Übrigen, auch das will ich ausdrücklich bestätigen, die Bestände der Biolaichermasse, und da muss man sich, Herr Borschke – ich hätte bald wieder Dorschke gesagt, aber Sie kennen mich ja auch ein bisschen, das meine ich nicht böse, sondern eher positiv –, also wenn ich mir die Biolaichermasse und die wissenschaftlichen Grundlagen ansehe, dann ist die Wissenschaft, glaube ich, angehalten, jetzt endlich mal klare Aussagen zu treffen: Wie viel Biolaichermasse ist denn da? Wie viel brauchen wir, um der Nachhaltigkeit zu entsprechen, nämlich nur so viel zu entnehmen, wie zuwächst? Und wie können wir das in Einklang bringen? Dazu, Herr Borschke, gibt es einen mehrjährigen Plan, und deswegen sage ich mal in aller Klarheit und sehr deutlich: Eine Heringsfischerei, die verboten wird, wird es mit mir nicht geben. Ich sage das ganz klar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich will das auch gleich andeuten. Wenn Herr Kuhn, der nun seit Jahren im Europaparlament sitzt – ich meine jetzt den Bruder von dem, der Landrat werden wollte –,

(Andreas Butzki, SPD: Wahlverlierer.)

das muss ich ganz klar sagen, wenn der auf diese Idee kommt, dieses Flaggschiff der beiden Nationalparks an der Ostsee in eine Abstufung zu bringen, dann hat er entweder zu viel in die Flasche geguckt oder er weiß wieder nicht, wovon er redet. Mit mir wird es eine Runterstufung der Flaggschiffe des Tourismus und des Natur- und Artenschutzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Richtung eines Naturparks nicht geben. Ich sage das in aller Deutlichkeit,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

in aller Klarheit, denn auch das ist mir noch mal wichtig.

Im Übrigen, auch im Interesse des Tourismus ist es so, dass die Fischerei und die Angelei da einen ganz, ganz hohen Stellenwert besitzen. Die Angler setzen in der Bundesrepublik Deutschland – allein die Angler! – 7,8 Milliarden Euro um. Davon auch zusätzliche Kapazitäten in unser Land zu holen, halte ich für ausdrücklich wichtig, und natürlich das Flair unserer kleinen Fischereihäfen, wenn Sie mal nach Vitte fahren, in Sassnitz meinetwegen den Fischereihafen sich anschauen oder die anderen wunderbaren Häfen. Herr Lenz wird sicherlich darauf noch eingehen, aber ich bin schon ein Stück glücklich und stolz, auch wenn hier von den europäischen Fonds gesprochen worden ist von der AfD, den Europäischen Meeres- und Fischereifonds hat man dabei nicht in Betracht genommen.

Aber eins will ich sagen: Vom Jahr 2000, nur 2000 bis heute, sind allein für die Fischerei, für die Fischereihäfen, für die Fischverarbeitung – an denen in Mecklenburg-Vorpommern über 5.000 Arbeitsplätze hängen und wo wir das modernste Fischverarbeitungszentrum haben oder die neue Rügen Fisch, mittlerweile Deutschlands größtes Fischverarbeitungsunternehmen, das wir gefördert haben –, 195 Millionen Euro sind in die Infrastruktur, in Besatzmaßnahmen, im Übrigen für den Aal oder auch die Meerforelle, investiert worden, ein großer Erfolg für das Fischland, wenn man es so will, Mecklenburg-Vorpommern. Insofern ist es für mich natürlich ein Wirtschaftszweig und es ist auf der anderen Seite eine sozio-ökonomische, artenschutzrechtliche und letzten Endes damit auch für die Gesamtentwicklung dieses Landes nach wie vor über Jahrhunderte geprägte Kulturlandschaft, die wir im Bereich der Fischerei haben und die damit allgegenwärtig ist und ein Thema mit Zukunft.

Ich glaube, man kann feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir uns natürlich in den letzten Jahren die Bestände sehr genau angeschaut haben. Im Übrigen bestätigen uns die Fischer immer wieder, diese Veränderungen hat es in der Ostsee immer gegeben. Wenn wir Salzwassereintrag kriegen, Sturmfluten, und sauerstoffreiches Wasser aus der Nordsee rüberkommt über die Darßer Schwelle, dann, nehmen wir zur Kenntnis, kommen die nächsten guten Jahrgänge. Die Prophezeiung hatte ich hier gerade im letzten Jahr zur Auskunft gegeben und es hat sich voll bestätigt, der Dorsch in der westlichen Ostsee ist hervorragend. Wir haben hervorragende Jahrgänge mit großen Zuwachsraten und im Übrigen auch in den Szenarien, die wir zur Kenntnis nehmen. Wenn man für die westliche Ostsee prognostiziert, dass wir Steigerungen von bis zu 298 Prozent der Quote bekommen sollen von einem Jahr zum anderen, wird deutlich, dass wir, glaube ich, Verlässlichkeit in der Frage der Fischereimengen und damit der Quoten dringend benötigen. Mecklenburg-Vorpommern wird sich dafür massiv einsetzen.

Ich sage noch mal – ich persönlich habe im Übrigen 1998 angefangen umzusteuern, den Hering wieder zum Brotfisch zu machen, vorher hieß es, der Dorsch ist jetzt unser Brotfisch –, ich halte den Hering nach wie vor für den Brotfisch, der auch Einkommen und letzten Endes damit diese ortsübliche kleine handwerkliche Fischerei unterstützen soll. Deswegen sage ich hier noch mal, der ICES muss uns endlich vorlegen, was die Ursachen sind. Der Internationale Rat für die Fischerei, für die Meeresforschung ist seitens der Bundesrepublik Deutschland zu fordern, endlich die Ursachen zu klären und damit der Fischerei in Deutschland eine Zukunft zu geben, um

damit tatsächlich auch jungen Leuten eine Perspektive zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier haben wir unsere Schularbeiten gemacht. Heute ist die Heringsfischerei, die Dorschfischerei MSC-zertifiziert und damit sind auch ganz gute Preise am Markt zu erzielen. Auch das haben wir, glaube ich, vernünftig auf den Weg gebracht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte es wirklich zu weiteren massiven Kürzungen der Quoten kommen, kann ich hier und heute nur erklären, wir werden das Geld des Bundes und der Europäischen Union benötigen, um der Fischerei über diese schwierige Phase hinwegzuhelfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Borschke hat ausdrücklich das Thema der Fischerei in den Nationalparks angesprochen. Es ist richtig, dass ich mich mit den Fischern zusammengesetzt habe – im Dialog im Übrigen, im Dialog! – und wir nach Lösungen suchen. Dazu ist festgelegt worden, erstens, dass die Fischer ihren Pachtvertrag um fünf Jahre verlängert bekommen – das ist von den Fischern allgemein begrüßt worden – und dass die Fischer mit uns gemeinsam ein Konzept entwickeln, wie wir zu weiteren alternativen Einkommens- und Einnahmesituationen kommen. Ich muss Ihnen heute schon sagen, ich bin der festen Überzeugung, dass wir gerade im Tourismusbereich noch Riesen Chancen haben, den Fisch hochwertiger zu vermarkten,

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

in Zusammenarbeit mit der Gastronomie, mit der Hotellerie.

(allgemeine Unruhe)

Ein Beispiel ist für mich ganz klar natürlich Prerow. Wenn wir den Inselhafen, den schönsten und größten Inselhafen Deutschlands, den wir haben werden, dort auch hochwertig mitvermarkten, wird dies dem Nationalpark und den Fischern im Nationalpark tatsächlich Alternativen vorlegen. Ich glaube, dass man sagen darf, dass wir mit den Fischern in einem sehr guten Dialog sind und damit zu tragfähigen, langfristig tragfähigen Lösungen kommen.

Das heißt unterm Strich, noch mal, wir wollen die kleine handwerkliche Fischerei, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, erhalten – da sage ich auch alle Unterstützung zu – und wir brauchen von der EU-Ebene endlich verlässliche Grundaussagen, wie und in welcher Form die Fischerei in diesem Lande weiter begleitet und unterstützt wird. Ich betone nochmals, für mich ist das ein strukturbestimmender Zweig und wir werden alles unternehmen, um dieser wunderbaren Landschaft, aber auch den Fischern eine Perspektive zu geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Minister.

Ich bitte Sie und möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir auch bei Personen, die sich nicht im Hause befinden, von persönlichen Beleidigungen Abstand nehmen. In Bezug auf Herrn Kuhn war das schon ziemlich heftig. Also ich bitte darum, auch Menschen, die sich nicht hier in unserem Hause befinden, nicht persönlich zu beleidigen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Strohschein.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Waren das eben nicht mehr als zehn Minuten? Das waren mehr als zehn Minuten.)

Jürgen Strohschein, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Bürger und Abgeordnete! Ebenfalls die Gäste hier auf der Tribüne! Durch ständige Quotensenkung in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere beim Hering und beim Dorsch, und die zusätzlich ausgeweitete Bürokratie sind unsere Fischer besonders in Bedrängnis geraten. Jetzt ist in Brüssel angedacht, die Heringsfischerei in der westlichen Ostsee für Angler und Fischer gänzlich zu verbieten. Das wäre das Aus für unsere Küstenfischer.

Durch die Ausbreitung der Ostseerobben, die Fische aus den Netzen reißen und somit die Netze beschädigen, ist ein weiteres Problem auf unsere Fischer zugekommen. Hier wird von Brüsseler Technokraten, die im warmen Sessel sitzen, mit Arroganz eine ganze Zunft ruiniert.

(Thomas Krüger, SPD: Woher wissen Sie denn das?)

Angedacht, habe ich gesagt.

(Andreas Butzki, SPD: Angedacht! Angedacht! – Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD)

Männer, die bei jedem Wetter auf See fahren und für diese Leute die gut honorierten Bezüge verdienen, werden gezielt arbeitslos gemacht. Man kann den Eindruck haben, dass Brüssel es gezielt auf den Meeressektor in Mecklenburg-Vorpommern abgesehen hat. Der Fortbestand der Sanktionen gegen Russland einerseits und andererseits die absehbare Reduzierung der Zuwendungen aus dem Agrarhaushalt werden uns hier besonders hart treffen.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heydorn?

Jürgen Strohschein, AfD: Ja, bitte.

Jörg Heydorn, SPD: Danke, Herr Abgeordneter.

Sie führten gerade aus, dass Robben und andere Tiere die Netze zerstören und zusätzlich zur Belastung werden. Ich gehe mal davon aus, dass Sie damit auf den Bestand der Kegelrobben abstellen. Können Sie mir sagen, wie hoch dieser Bestand hier in unseren Gewässern ist?

(Burkhard Lenz, CDU: 300!)

Jürgen Strohschein, AfD: Im Moment sind es noch wenige hier, aber sie nehmen zunehmend zu und sie werden sich natürlich vermehren, ähnlich wie bei den Kormoranen. Jede Kreatur hat nun mal seinen Bestandwert und wir wollen natürlich auch Kegelrobben und Kormorane erhalten, aber alles hat in einer Kulturlandschaft wie Deutschland seine Grenzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Jürgen Strohschein, AfD: Ja, bitte.

Jörg Heydorn, SPD: Meines Wissens waren die Kegelrobben mehrere Jahrzehnte aus unseren Ostseegewässern völlig verschwunden und sind erst vor kurzer Zeit zurückgekehrt. Also sprechen Sie jetzt dem geringen Bestand, den Sie ja selber schon angegeben haben, seine Existenzberechtigung ab?

Jürgen Strohschein, AfD: Nein, ich spreche die Existenzberechtigung für die Zukunft ab, weil sie sich stark vermehren werden.

Jörg Heydorn, SPD: Danke.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Elisabeth Aßmann, SPD: Interessant!)

Jürgen Strohschein, AfD: Ich möchte noch mal auf die Zuwendungen aus Brüssel zurückkommen. Mecklenburg-Vorpommern zieht immer den Kürzeren. Ich denke mal, wir haben in der Ostsee große Nationalparks nach der Wende ausgewiesen, was ja auch richtig ist, aber das führt zu Einschränkungen in der Fischerei.

(Andreas Butzki, SPD: Da haben Sie vorhin geklatscht, als der Minister das gesagt hat. Ich habe aufgepasst.)

Jaja, Herr Butzki, ich weiß Bescheid. Sie brauchen nicht Belehrungen hier anzustellen.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, mache ich ja nicht. Das ist eine Feststellung.)

Kürzungen der Fangquoten – da ist Mecklenburg-Vorpommern besonders hart betroffen. Angedachte Kürzungen im Agrarbereich – insbesondere geht es um die Agrarsubventionen für die Hektarprämie. Ich muss das hier auch gleich nachschieben, weil ich sagte, wir sind ja immer irgendwo die am härtesten Betroffenen: Dort ist angedacht, bis 200 Hektar erst mal alles so beim Alten zu belassen, und dann geht es stufenweise höher. Ich denke, dass die größeren Betriebe schon etwas gekürzt werden können, aber ab 200 Hektar, das ist vielleicht in Süddeutschland oder unten in Westdeutschland noch ein normaler Fall, aber doch nicht bei uns hier. Um 1.000 Hektar rum bis 2.000 Hektar, das sind bei uns mittlere Betriebe, und die wären davon sehr hart betroffen. Wir haben bei mir in meinem Bereich einen Betrieb, Ferdinandshof, der hat 12.000 Hektar.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Dass da natürlich mal gekürzt wird, ist normal. Aber hier wird doch nicht mit Fingerspitzengefühl gearbeitet. So geht es doch nicht!

Es mag ja sein – kommen wir wieder zum Hering –, dass in den letzten Jahren die Heringslarven zu früh geschlüpft und ein Teil dadurch verhungert ist, jedoch ist das sicherlich nicht der einzige Grund, der zum Rückgang des Herings beigetragen hat. Aber Herr Borschke hat hier aus seiner Sicht etwas anderes gesagt und ich denke, da sollte man auch zuhören und das zur Kenntnis nehmen. Es gibt einfach zu viele Fischfresser, besonders

der Kormoran und im Falle einer weiter so starken Vermehrung die Robbe – im Falle habe ich gesagt, in Zukunft. Hier muss endlich der Hebel angesetzt werden. Der übertriebene Schutz einzelner Arten ist zum Nachteil der gesamten Fischbestände. Insbesondere der Kormoran ist mit seinen rund 85.000 Exemplaren in den Hochsommern, der Hauptpräsenzzeit des Vogels, ein ernst zu nehmender Konkurrent für die Fischbestände.

Ein weiterer Faktor, über den Sie nicht gerne sprechen, sind die umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen in der Ostsee. Der Ausbau der Offshorewindparks und die damit verbundene Verlegung von Tausenden Kilometern an Stromleitungen durch die Ostsee zerstören Lebensräume und Laichgründe der Fische. Sie verkennen die natürlichen Schwankungen der Bestände. Die Fischer an den deutschen Küsten leben seit Jahrhunderten im Einklang mit der Natur. Natürliche Schwankungen waren und sind vollkommen normal. Die Fischer fangen weniger Heringe und weichen auf andere Fischarten aus. Nach einigen Jahren verbessern sich die Umstände für den Hering und er erholt sich sehr rasch. Danach wird automatisch wieder auf den Hering gefischt. Das hat 500 Jahre auch ohne EU gut funktioniert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Doch jetzt droht ein regelrechter Kulturabbruch, sollten diese Sanktionen wirklich greifen. Ich bin erfreut, dass unser Landwirtschaftsminister hier mal ein paar klare Worte gesagt hat und er sich dafür einsetzt. Herr Backhaus, so kenne ich Ihnen ja gar nicht, dass Sie so in die Bresche springen auf einmal für die Fischer!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
So kenne ich Ihnen ja gar nicht!)

Ganz was Neues!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mensch,
so kenne ich Ihnen gar nicht! –
Karen Larisch, DIE LINKE: Sie!)

Kann ich nur begrüßen.

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Wir haben heute viel über die
Schule gesprochen. „Sie“ heißt das!)

Ich kann das nur noch mal wiederholen, was hier schon zweimal gesagt wurde: Kurz nach der Wende hatten wir Tausend Fischer,

(Glocke der Vizepräsidentin)

jetzt haben wir nur noch circa 200 hauptberufliche. Es ist kaum anzunehmen, dass ein Fünftel der Fischer heute die Fischbestände leerfischt, wenn vor 25 Jahren die fünffache Anzahl noch gut von ihrer Arbeit leben konnte und seinerzeit keine grundsätzlichen Beeinträchtigungen der Bestände erkennbar waren.

Nur ein paar Zahlen, wobei es sich auch um einen geringen Anteil von Nordseefisch handelt, den unsere Fischer anlandeten. So sind 2008 16.704 Tonnen Hering angelandet worden, 2011 waren es nur 6.332 Tonnen. 2015, 2016 und 2017 wurden kontinuierlich über 12.000 Tonnen Hering gefischt. Es kann ja nicht sein, dass die Heringsbestände jetzt so stark zurückgegangen sind, um

gleich ein fröhliches Fischereiverbot zu verhängen! Die Folgen eines Verschwindens der Küstenfischerei wären nicht zu unterschätzen. Der Landwirtschaftsminister hat schon gesagt, wie viele Arbeitsplätze da noch dranhängen.

Aber ich möchte noch mal auf den Tourismus hinweisen. Beispielsweise profitierte der Tourismus vom Beitrag der Fischerei in unserer Landeskultur erheblich. Ohne das maritime Ambiente unserer Hafenstädte würde die Anziehungskraft von Hotels und Gastronomie erheblich nachlassen, denn wenn eine Familie mit Kindern kommt, dann möchten die Eltern schon mal den Kindern ein Fischereifahrzeug zeigen und sagen, seht mal, da hängen die Netze, damit fängt der Fischer seine Fische und so weiter. Und es ist ja auch ein schönes Antlitz!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dann ist da noch der Angeltourismus, der ebenfalls ein Wirtschaftsfaktor geworden ist, insbesondere für kleinere Unternehmen. Da geht es um etliche Arbeitsplätze, Millionenumsätze und die entsprechende Kaufkraft, wovon stets auch die Landeskasse profitiert. Letztlich würde erneut eine Abrundungstendenz entstehen. Dem soll die Landesregierung klar und deutlich entgegenarbeiten – wird sie ja machen, haben wir gehört.

Die massive Verbots- und Interventionspolitik der EU sorgt dafür, dass unsere Fischer sowie unsere Landwirte auch am Tropf der EU-Subventionen hängen. Sie sind den Bürokraten in Brüssel ausgeliefert und müssen nach den Regeln tanzen. Wer nicht mitspielt, wird sanktioniert und geht in den Ruin. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Lenz.

(Der Abgeordnete Burkhard Lenz
stellt das Rednerpult ein. –
Andreas Butzki, SPD:
Nicht noch höher fahren!)

Burkhard Lenz, CDU: Ich wollte mich eigentlich verstecken.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Gäste! Ich habe noch gar nicht gesprochen und trotzdem bin ich von der Debatte, die so sehr zweideutig ist, doch schon emotional sehr angegriffen. Für eins aber, das kann ich gleich vorweg sagen, werden wir – das bin ich und auch meine Fraktion – uns einsetzen, dass nämlich die handwerkliche, ökosystemgerechte und nachhaltige kleine Küstenfischerei, eine Traditionsfischerei, in unserem Bereich trotz zum Teil überbordenden Naturschutzes weiter bestehen bleibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Ralf Borschke, BMV)

Das ist erst mal der Grundsatz. Ich glaube, dafür werden wir uns alle einsetzen müssen.

Es sind nicht nur die Maßnahmen oder die Ankündigungen des Internationalen Rates für Meeresforschung, die Heringsquote auf null zu setzen. Ich muss dazusagen, ich verstehe das alles langsam nicht mehr, wie Herr

Zimmermann zu diesen Aussagen kommt, es gibt keinen Heringslaich mehr, die Reproduktionsrate ist so gering.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin großgeworden in einem Ort ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Na ja! – allgemeine Heiterkeit)

Was habe ich?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Du bist aufgewachsen in einem Ort, meint sie.)

Sie können ...

(allgemeine Heiterkeit)

Na ja, Frau Oldenburg, Simone, wir haben nicht über die Größe, gleich welcher Art, gesprochen, ne? Körperlich, gebe ich ja zu,

(Andreas Butzki, SPD: Aber genauer jetzt!)

aber ich bin aufgewachsen in einem Ort,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawoll.)

der war früher der größte Hafen für die Heringsanlandung in der ehemaligen DDR, in Lauterbach.

(Patrick Dahlemann, SPD: Ein sehr schöner Ort, ein schöner Ort.)

Da haben Sie zur Heringszeit nicht einen freien Liegeplatz gefunden, weil Fischer aus allen Häfen der ehemaligen DDR, von Poel angefangen und Boltenhagen, alle nach Lauterbach zum Heringsfang gekommen sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: War ja nicht alles schlecht.)

Übrigens, wir haben als Schüler sehr viel gutes Geld damit verdient, denn nach der Schule sind wir Heringspuken gegangen.

(Thomas Schwarz, SPD: Aha! Aha!)

Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon mal Hering aus den Netzen gepukt hat. Das ist keine angenehme Angelegenheit, gerade im Februar und März, wenn es noch schweinekalt ist. Das machen die Fischer auch heute noch.

(Thomas Schwarz, SPD: Es gibt ja Handschuhe.)

Die Arbeit ist schwer, körperlich sehr schwer, aber sie haben ein gutes Geld verdient damals, und das nicht umsonst.

(Rainer Albrecht, SPD: Zu Recht! Zu Recht!)

Zu Recht! Von dem Fisch haben wir nicht sehr viel gesehen, der meiste davon ging nach Dänemark. Das ist die andere Seite gewesen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nur frage ich mich, wenn wir damals zu DDR-Zeiten so zwischen 20.000 und 30.000 Tonnen in Lauterbach angelandet haben im Jahr, wo da die Robben waren.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da war das Nahrungsdargebot wesentlich höher als heute. Und was wir auch nicht hatten, das sind die ganzen Seevögel, die wir heute haben, die heute ja als Beifang so schlimm sind, weil sie die Populationen der Eisente, der Tafelente, der Bergente bedrohen. Wissen Sie, seit wann diese Vögel erst bei uns sind? Seit Mitte der 70er-Jahre gibt es ein Vorkommen, Ansammlungen von diesen Vögeln, die wir jetzt so maßgeblich schützen sollen, und die Fischer, die sollen sich Fischfanggeräte einfallen lassen, die diese Vögel schützen. Warum sind die Vögel zu uns gekommen, fragt man sich.

(Thomas Schwarz, SPD: Weißt du das?)

Wir hatten und haben auch heute noch sehr gute wissenschaftliche Arbeiten vor 1990, auch in der Universität Greifswald, gerade in der Arbeitsgruppe Ornithologie. Da gibt es eine Arbeit aus dem Monat 6, das war das Heft Nummer 6/1990 über den Bestand von Tauchenten im Greifswalder Bodden und in den anliegenden Gewässern, das heißt, bis zur Pommerschen Bucht hin. Die würde ich gerne mal dem Herrn Zimmermann zum Lesen geben, weil da ist nachgewiesen, wie viel Heringslaich durch die Eisente, die Bergente, die Tauchente jedes Jahr verloren geht. Und von diesen Tieren haben wir jetzt pro Winter ungefähr 100.000 Vögel bei uns in der Region. Dann fragt man sich doch, ist denn nur der Fischer dafür verantwortlich, dass wir so wenig Heringslaich haben, oder ist das nicht auch mit der Natur verbunden, wo wir anderen Vögeln, anderen Tieren die Gelegenheit gegeben haben, sich hier anzusiedeln.

Wodurch ist das passiert? Durch die Eutrophierung des Boddens, ganz einfach. Mitte der 70er-Jahre war die Sichtung von Eisenten, Bergenten, Tauchenten sehr selten. Erst durch die Eutrophierung des Boddens sind die Vögel hierhergekommen, weil das Nahrungsdargebot für sie wesentlich besser wurde. Wodurch? Weil der Blasentang, der bis dahin ein Hauptbestandteil des Bodens im Bodden war, weggegangen ist. Wir haben ihn damals noch am Strand aufgesammelt und haben ihn aufgrund des Eiweißgehaltes an die Schweine verfüttert. Der wurde gehackt und dann ging er als Schweinefutter weg, der Blasentang. Der ging aber weg.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Heute ist das Sondermüll.)

Es kamen die Rotalgen, und die Rotalgen waren für die von mir mehrfach genannten Enten als Aufnahme des Heringslaiches ein herrliches Nahrungsdargebot, denn sie konnten wunderbar den Heringslaich abstreichen und so den Heringslaich verringern. Das ist auch heute noch so.

So, und wenn wir jetzt sagen, alle Schuld den Fischern, die Heringspopulation geht zurück, das kann nicht sein. Wir müssen die Natur im Ganzen betrachten. Dann müssen wir auch damit rechnen, dass, wenn allein über 100.000 Eisenten – ich rede jetzt noch nicht von den Tafelenten, von den Eiderenten, die wir überall in den Meeresschutzgebieten finden, ja, und den Komoranen –,

(Andreas Butzki, SPD:
Kormoran! Kormoran!)

wenn wir über die Eutrophierung reden, dann müssen wir auch darüber nachdenken, was sind denn die Ausscheidungen, die durch diese Tiere in die Natur gelangen und ebenfalls zur Eutrophierung des Boddens beitragen? Wir brauchen uns nicht zu wundern, dass anstatt 90 Prozent des Bodens des Greifswalder Boddens,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

die früher von Pflanzen belegt waren, bewachsen waren, jetzt nur noch 20 Prozent da sind. Da ist nicht nur der arme Bauer auf dem Land schuld, da ist die vorhandene Natur, die sich hier jetzt bei uns, oder die Tiere, die sich bei uns angesiedelt haben, ebenfalls dafür verantwortlich, dass die Eutrophierung im Bodden so hoch geworden ist.

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Ralf Borschke, BMV)

Meine Damen und Herren, sich einen Punkt rauszunehmen aus der Natur und auf einem Punkt nur rumzuhaaken, das geht ganz einfach nicht mehr.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Wir müssen uns, wenn wir uns um die Natur kümmern wollen und auch unsere Fischerei erhalten wollen – das wollen wir alle, so, wie wir hier sitzen –, dann müssen wir alles komplex betrachten und dürfen nicht nur auf den einen schimpfen oder auf den anderen schimpfen, die Fischer erst mal runterdrücken. Wir müssen ihnen aus bestimmten Fördermitteln Geld geben. Natürlich müssen sie andere, alternative Einkommensmöglichkeiten erhalten, das sehe ich genauso, aber auf null zu drehen und zu sagen, die Fischer müssen wir zurückhalten, die dürfen nicht mehr fischen, das geht nicht. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir die Natur, die bei uns ein bisschen aus dem Gleichgewicht geraten ist seit Anfang des 20. Jahrhunderts,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
21. Jahrhundert!)

wie wir die wieder ins Gleichgewicht kriegen. Das ist, denke ich, eine Aufgabe. Und unsere Fischer, die müssen aufgrund der Tradition ganz einfach hier bei uns weiterfischen dürfen. Sie müssen! – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns alle einig, die kleine Küstenfischerei soll erhalten bleiben.

(Egbert Liskow, CDU:
Muss erhalten werden.)

Muss, soll – darüber wollen wir nicht streiten. Ich denke, sie wird erhalten bleiben, wenn wir uns einig sind.

(Patrick Dahlemann, SPD: Wir sind
uns einig. Wir sind uns einig.)

Gefühlt ist das Thema ständig gegenwärtig, faktisch auch. Hinter den verschlossenen Türen des Agrarausschusses sprechen wir ständig darüber,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das darfst du nicht sagen.)

auch hier im Plenum. Die Protokolle sind ja zu finden. Aber die Fischer verstehen das auch sehr gut, ihre berechtigten – ich sage, ihre berechtigten – Sorgen und Interessen gut in die Öffentlichkeit zu tragen. Zuletzt war die durchaus kritische Situation für unsere traditionsreiche Küstenfischerei am 14. Juni im Agrarausschuss thematisiert worden. Zuvor hatten wir hier ja schon einige Male Gelegenheit, uns zu positionieren, und insofern ist also der öffentliche Diskurs für uns nichts Neues.

Was gibt es also wirklich Neues? Neu ist, dass Herr Borschke, besser die BMV-Fraktion, ein Thema besetzen möchte. So stellt sich das jedenfalls für mich dar. Die CSU des Nordens hat keine alten, suchen Sie sich ein anderes Opfer.

Die breite öffentliche Diskussion hat in der letzten Zeit mehrfach Würdigung erfahren, insbesondere, wenn es um die kleine Küstenfischerei geht, auch in den Medien. Ich erinnere an die Darstellung von Minister Backhaus im Hinblick auf die gesetzlichen Anforderungen für den Nationalpark, die Boddenzone, die Kernzone und die Pflege- und Entwicklungszone. Das alles, was da umzusetzen ist, ist ja breit thematisiert worden. Dieser Prozess ist noch im Gange, ebenso wie die Entwicklung des Nationalparks insgesamt.

Man redet miteinander – auf verschiedenen Tagungen, in verschiedenen Gremien. Tatsache ist aber auch, dass sich die Anzahl der Fischereibetriebe in den letzten Jahren nahezu halbiert hat. Und wenn wir den Anbeginn einer bestimmten Entwicklung mit dem Wiedervereinigungsprozess sehen, wir haben das heute schon gehört, von 1.300 Betrieben sind 80 Prozent verschwunden. Die rund 230 Betriebe im Haupt- und die 130/135 Betriebe im Nebenerwerbsbetrieb sind aber ein Ergebnis einer Entwicklung, die nicht proportional zu dem Rückgang ist, der auf die Fangquotenentwicklung, die Umsetzung der Bundesnaturschutzgesetze und den Nationalpark zurückzuführen ist. Es ist eben viel zu kurz gegriffen, wenn man nur ein oder zwei Argumente sucht, ein oder zwei Gründe sucht für diese Entwicklung. Herr Lenz hat das gerade dargestellt, dass man komplexer rangehen muss an diese Sache. Und deswegen ist es auch richtig, zu sehen, dass eine ganze Reihe von Fischereibetrieben aufgegeben haben, weil sie beispielsweise keine Nachfolger haben, dass eine ganze Reihe von Fischereibetrieben aufgegeben haben, weil Fisch in der Zwischenzeit vielfach nicht profitabel genug gewesen ist.

Ein Teil der Schwierigkeiten ist aber auch hausgemacht. Ebenso kann ich nämlich wenig nachvollziehen, dass kaum Hilfen vonseiten des Landes angenommen werden, wie sie ja das Ministerium regelmäßig angeboten hat, wenn es darum geht, sich weitere Standbeine, wirtschaftliche Standbeine zu schaffen. Diesbezüglich mussten sich in den meisten ...

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Das darf ich nicht sagen, habe ich gerade gehört.

(Minister Dr. Till Backhaus: Hat die Lehrerin wieder zugeschlagen?)

Der traditionsreiche Fischer möchte lediglich Fische fangen, anlanden und fertig, gut ist es. Direktvermarktung, eigene Räuchereien mit Betrieben eines Imbisses oder eines Bistros, Vermietung von Unterkünften und andere touristische Ideen will man nicht. Gerade auf dem letzten Fischereitag in Negast wurde das auch wieder thematisiert. Dabei haben wir in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich ein gutes Vorbild, das zeigt, wie man aus einer krisenhaften Situation herauskommt, wenn man kreative Hilfen annimmt. Hier sollten sich die traditionsreichen Küstenfischer ruhig mal ein Beispiel an den Binnenfischern nehmen. Ich glaube, da haben wir im Land die erfolgreichsten Betriebe deutschlandweit.

Natürlich ist es einfacher, sich immer neue Gegner zu suchen – den Naturschutz, die Gemeinsame europäische Fischereipolitik, die Robbe, den Kormoran. Das Pflegen oder Aufbauen von Fronten, die sich dynamisch immer mehr verhärteten, kann wirklich nicht weiterhelfen. Ich kann nicht erkennen, dass die Politik in unserem Land, im Bund oder auf der Bundesebene sich gegen unsere Fischereibetriebe verschworen hat. Mein Eindruck ist eher, dass alle bemüht sind, diesen für unser Land außerordentlich wichtigen Bereich zu erhalten. Nachvollziehen kann ich aber die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich für gekürzte Quoten. Insofern ist das, was wir gerade vom Minister gehört haben, sicherlich sehr interessant, und wir sollten ihn dabei unterstützen, das auch durchzusetzen.

Gleichzeitig sind wir uns aber sicher auch alle im Hause einig, dass der Vorschlag des Internationalen Rates für Meeresforschung, ein vollständiges Fangverbot für den Hering in der westlichen Ostsee auszusprechen, auf keinen Fall durchkommen darf. Das wäre sicherlich das Aus für viele unserer Fischer, ich will nicht sagen, für alle. Allerdings wäre es auch das erste Mal – und das ist die andere Sache –, dass ein solcher Vorschlag des ICES eins zu eins durchgegangen ist, und ähnlich wie im Landtag kaum ein Gesetz so rausgeht, wie es reinkommt. Also ist auch hier abzuwarten, was passiert, wenn wir uns diesbezüglich gemeinsam dagegenstemmen. Eine Verständigung über mehrjährige Quoten zum Beispiel wäre da wesentlich hilfreicher und ebenso müsste auch der Ausgleich für eventuelle Kürzungen aus meiner Sicht deutlich verbessert werden.

Zum Schluss möchte ich für meine Fraktion und für mich ganz klar zum Ausdruck bringen, dass weder das Land noch der Bund, noch die EU sich ständig für ihren Einsatz in Sachen Naturschutz und Umweltschutz rechtfertigen sollten. Natürlich muss man Gesetze umsetzen, auch im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft. Da gehen uns die Kompromisse und ständigen Verlängerungen von bestimmten Sondergenehmigungen eigentlich schon fast viel zu weit.

Und auch, wenn es hier, ich denke mal, zu einem Missverständnis gekommen ist, Frau Präsidentin, die neuesten Vorschläge, den Nationalpark zum Naturpark abzurüsten, wie es der Europaabgeordnete Werner Kuhn von der CDU auf dem Fischereitag in Negast

(Andreas Butzki, SPD: Das war ein Unding.)

vor wenigen Tagen, am 15.06., gemacht hat,

(Andreas Butzki, SPD:
Das war ein Unding.)

das kann bei mir nur Fassungslosigkeit auslösen

(Patrick Dahlemann, SPD:
Bei uns auch.)

und ist entschieden zurückzuweisen. Das ist nicht der richtige Weg, um die kleine Küstenfischerei als Kulturgut, als Arbeitgeber und als Basis einer gesunden Ernährung mit Küstenfisch zu erhalten und weiterzuentwickeln. Genau deswegen wollen wir aber den weiteren Erhalt dieser kleinen Küstenfischerei für Mecklenburg-Vorpommern. Dafür setzen wir uns ein. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Butzki.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Jetzt wird hier mal ein bisschen
Schwung in die Bude gebracht. –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Der heringspolitische Sprecher. –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Andreas Butzki, SPD: Hier hat irgendeiner seine Rede noch vergessen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wenn
es weiße Blätter sind, war es die AfD.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Über den Erhalt der Küsten- und Kutterfischerei, denke ich, sind wir uns alle einig.

(Patrick Dahlemann, SPD: Genau.)

Die Situation der Küstenfischer ist ja wie die See so ein ständiges Auf und Ab. Es gab Jahre der Hoffnung, mit der Fischerei konnte man gut Geld verdienen, aber dann folgten auch Jahre, die die Hoffnung zunichte machten.

Vor zwei Wochen waren vier Fraktionen in Negast auf der Jahreshauptversammlung und die entscheidenden Probleme wurden dort auch angesprochen:

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

die Fangquoten, insbesondere vom Dorsch, von Hering – dort soll ein generelles Fangverbot ausgesprochen werden laut ICES-Empfehlung – und Aal.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das generelle Fangverbot konnte Gott sei Dank abgelehnt werden. Es ist jedoch das nächste Problem angesprochen worden, keine Fischerei in der Kernzone der Nationalparke, bei den Kormoranen zu viele Brutpaare,

(Patrick Dahlemann, SPD: Kormorane!)

eine starke Vermehrung der Kegelrobben und die komplizierte – und das wurde ja heute gar nicht so zum Ausdruck gebracht – Antragstellung für die EU- und Bundesgelder. Die Unruhen in den Laichgebieten entstehen durch Ausbau der Windanlagen und Stromtrassen,

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Nährstoffeinträge durch die Landwirtschaft, Bau von Pipelines, Ausbaggerung von Hafenzufahrten. Insgesamt, muss ich sagen, war das eine sehr emotionale, aber ich denke, auch sehr sachliche Diskussion, die wir in Negast verfolgen durften.

Und dann vielleicht für die AfD – die war ja nicht da –, die entscheidenden Worte, die der scheidende Vorsitzende Grothe dort gesagt hatte. Ich denke, es war auch eine sehr zukunftsweisende Rede für die Fischer. Er sprach zum einen die Probleme konkret an, sagte aber auch, die Fischerei muss sich fit machen für das 21. Jahrhundert.

(Susann Wippermann, SPD: Richtig!)

Unter anderem wurden von ihm die Direktvermarktung und die Tourismuswirtschaft angesprochen, die Betriebe müssen einfach rentabler werden, die Vorteile der Digitalisierung nutzen. Einen Satz habe ich mir wortwörtlich aufgeschrieben. Er sagte: „Einfach den Kutter vom Vater übernehmen und so weitermachen, das geht nicht mehr.“

Auf der anderen Seite muss natürlich auch die Politik die nötigen und richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Und es wurde wiederholt, auch von Herrn Zimmermann vom Thünen-Institut und vom Staatssekretär Buchwald, schuld an dieser Misere sind nicht die Fischer. Die Fischer aus Deutschland und Dänemark erfüllen immer alle Anforderungen aus Brüssel, Berlin und für die mecklenburgisch-vorpommerschen Fischer auch die Schweriner Auflagen. Sie halten sich auch an die Auflagen.

(Egbert Liskow, CDU: Das wussten wir.)

Das Hauptproblem beim Hering in der westlichen Ostsee sind die steigenden Wassertemperaturen, das wurde eindeutig so gesagt, insbesondere in den Laichgebieten. Und hier sind wir an dem Punkt angekommen, den viele Menschen bei uns nicht wahrhaben wollen, auch hier im Plenum, der aber wirklich Realität ist. Wir haben einen Klimawandel und der macht vor unserer Tür nicht halt. Schauen wir uns bloß mal die letzten Monate an! Die Wetterextreme nehmen zu. Wir haben eine lange Hitze-welle jetzt vor Kurzem gehabt und insbesondere die große Trockenheit bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Da können Sie gern die Bauern fragen, Sie können aber auch gern zu den Forstleuten gehen, wie hoch die Waldbrandgefahr ist. Auf der anderen Seite hatten wir die Starkniederschläge – bei uns Gott sei Dank im Bundesland nicht so stark aufgetreten –, aber die Starkniederschläge besonders in Mittel- und Süddeutschland waren dann doch zu sehen.

In der Koalitionsvereinbarung haben wir ganz klar festgelegt, SPD und CDU, Erhalt der Kutter- und Küstenfischerei, und meine Fraktion steht uneingeschränkt dazu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Egbert Liskow, CDU)

Wir müssen kurzfristige Lösungen entwickeln. Das Schleppnetzverbot in der Pommernbucht ist Gott sei Dank vom EU-Gericht gestoppt worden, und die ICES-Empfehlungen dürfen nur mit Augenmaß umgesetzt werden. Wir wollen die Fischerei erhalten,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

aber auch die Fischereibestände müssen sich langfristig stabilisieren. Das ist immer so das große Problem, wo man versuchen muss, einen vernünftigen Kompromiss hinzubekommen. Stellen wir die Interessen des Naturschutzes in den Vordergrund, wie es in letzter Zeit doch sehr häufig passiert ist, dann bekommt die Berufsfischerei große Probleme, und wenn wieder genug Fische da sind, fehlen die Fischer. Und umgekehrt, stellen wir die Interessen der Berufsfischerei in den Vordergrund, werden irgendwann die Fische fehlen und die Folge werden wirtschaftliche Probleme der Fischer sein. Also Kompromisse!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist wie
im Sozialismus: Irgendwas fehlt immer.)

Weiterhin muss erreicht werden, dass die wirtschaftlichen Einbußen durch Direktzahlungen – das ist auch angekündigt worden vom Staatssekretär – aus Bundes- und EMFF-Mitteln ausgeglichen werden.

(Patrick Dahlemann, SPD: Kluge Leute.)

Das Antragsverfahren, worüber sich viele Fischer beschwert haben, muss auf der einen Seite natürlich rechtlich sicher sein, aber es soll möglichst unkompliziert sein,

(Burkhard Lenz, CDU: Kurz! Kurz!)

und vor allen Dingen muss das kurzfristig realisiert werden. Mittel- und langfristig – und da, denke ich, hat der scheidende Präsident Grothe doch einiges gesagt – muss eine gute Verarbeitung und Vermarktung da sein, dann kann man auch gute Gewinne erzielen. Es gibt in der Hochseefischerei oder in der Küstenfischerei schon sehr gute Beispiele. Ich denke da an den Fischer von der Insel Hiddensee.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Marc Reinhardt, CDU)

Die Binnenfischer sind da, denke ich, oder können da ein sehr gutes Beispiel sein. Bei mir in der Seenplatte gibt es sehr viele gute Beispiele, die Direktvermarktung des Fisches funktioniert hervorragend. Es gibt die Gaststätten für die Paddler, für die Radfahrer, für die Wanderer, natürlich auch für die Autofahrer. Aber die anderen, die ökologisch doch gesünder unterwegs sind,

(Susann Wippermann, SPD:
Die Fußgänger.)

die nutzen das, denke ich, doch vermehrt.

(Patrick Dahlemann, SPD: Wanderer.)

Es gibt gute Übernachtungsmöglichkeiten bei den Fischern.

Und eins darf man mal nicht vergessen: Das sind sehr, sehr gute Werbebotschafter für jede Region. Die Fischerei gehört zu unserem Bundesland, überall werben wir gern mit den Fischern, ob das bei der ITB war, auf der Grünen Woche, beim Sommerempfang in der Landesvertretung vor Kurzem. Selbst beim Bundestagswahlkampf lichteten sich Politiker mit Fischern ab, von einem weiß ich es ganz genau. Ziel: Die Fischerei soll langfristig erhalten werden, und es ist wirklich ein erhaltenswertes Kulturgut.

Hiermit möchte ich dann auch meine Rede schließen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Noch einmal hat ums Wort gebeten der Abgeordnete Borschke für die Fraktion der BMV.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da liegt immer noch der Zettel.)

Ralf Borschke, BMV: Die Rede liegt noch hier. Herr Weiß, soll ich mal nachgucken?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, gucken Sie mal, was
draufsteht! Lesen Sie mal vor!)

Ach, haben wir ja alles gehört.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben
Sie nämlich nicht vorgetragen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Gäste! Im Prinzip sind sich alle in einem Punkt einig: Die Fischerei ist für unser schönes Mecklenburg-Vorpommern unabkömmlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

Es wird auch von allen anerkannt, dass die Fischer nicht die Schuldigen sind am Rückgang der Fischbestände. Das können sie auch nicht sein. Ich habe mich auch mit dem übrigens von mir sehr geschätzten Herrn Zimmermann ausgiebig darüber unterhalten, kann durch Fischerei überhaupt ein Fischbestand komplett ausgerottet werden. Das geht nicht, das ist nicht möglich. Irgendwann wird es so unrentabel, dass die Fischerei von alleine wieder eingestellt wird. Wer von Ihnen weiß zum Beispiel, dass in den 30er-Jahren – ich glaube, es waren die 30er-Jahre – die Fischerei auf Hering vollkommen zum Erliegen kam? Der Heringsbestand hat sich danach wieder alleine erholt.

Ich glaube auch nicht, ich bin auch nicht der Meinung, dass die Wissenschaftler die Feinde der Fischer sind. Ich bin fest davon überzeugt, das sind sie nicht. Aber man muss darüber reden, welche Rolle spielen zum Beispiel die Robben, gerade in der Ostsee, Greifswalder Bodden. Nicht abstreiten kann man, dass die Robben zum Beispiel, wenn sie in die Heringsschwärme eindringen, die Heringsschwärme auseinanderreiben. Es führt dazu, dass die Heringe dann sozusagen zwangsablaichen. Sie legen ihren Laich ab, wo er sich nicht entwickeln kann. Das muss alles mal untersucht werden.

Und dann möchte ich noch eins sagen: Herr Butzki, ich freue mich auf unsere Ausfahrt. Wo ist er nun? Ich besorge noch eine passende Schwimmweste. Vielleicht können wir den Ausflug erweitern. Ich lade auch Herrn Pegel ein,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Der lädt sich eigentlich selber ein.)

dann fahren wir hoch zum Windpark und gucken uns das auch mal an. Ich habe auch noch ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege, jetzt ist die Redezeit ...

Ralf Borschke, BMV: Die Rede ist ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... aber überstrapaziert. Ich bitte Sie, dass Sie sich setzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der AfD hat eine Sitzung des Ältestenrates beantragt. Ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, nicht so lange. Zwei Minuten!)

Unterbrechung: 15.00 Uhr

Wiederbeginn: 15.31 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Lehrermangel in Mecklenburg-Vorpommern beheben – Attraktivität des Lehrerberufs erhöhen, Drucksache 7/2240. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2307 vor.

**Antrag der Fraktion der AfD
Lehrermangel in Mecklenburg-
Vorpommern beheben – Attraktivität
des Lehrerberufs erhöhen
– Drucksache 7/2240 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 7/2307 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Leiwe Mäkelborger un Vörpommern! Zunächst ein paar Worte zu dem Änderungsantrag, der Ihnen auf dem Tisch liegt. Damit wollen wir die Möglichkeit von Fehlinterpretationen ausschließen, die es möglicherweise gegeben haben könnte, wenn man unseren Antrag nicht nur inhaltlich, sondern sehr, sehr wörtlich nimmt. Gut.

Es geht darum, den Lehrermangel zu beseitigen und die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern. Der jüngst am 12. Juni erschienene Bericht des Bildungsministeriums zur Situation des Vertretungsunterrichts in Mecklenburg-Vorpommern für das erste Schulhalbjahr des laufenden Schuljahres liefert alarmierende Fakten über die tatsächliche Unterrichtsversorgung in unserem Land. An allgemeinbildenden Schulen konnten zum Beispiel im besagten Zeitraum 10,4 Prozent aller Unterrichtsstunden nicht regulär erteilt werden. Dies war der Höchstwert in dem 22-jährigen Berichtszeitraum. An beruflichen Schulen fielen sogar 6,2 Prozent der Stunden komplett aus.

Die dabei offiziell gemeldeten Ausfallquoten täuschen über den tatsächlichen quantitativen und qualitativen Unterrichtsverlust hinweg, da die genannten Ersatzmaßnahmen zumeist keinen vollwertigen curricularen Unterricht ersetzen. Ich nenne hier stellvertretend nur die Probleme der Verbundenen Regionalen Schule und Gymnasium David Franck in Sternberg, wo es auch im zweiten Halbjahr nicht gelungen ist, den Physikunterricht abzudecken. Besonders der findige Begriff der Notlösung des epochalen Unterrichts ist in Wahrheit nichts anderes als ein epochales Versagen an dieser Stelle, also Makulatur zum Kaschieren von Problemen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die aktuellen Zahlen und Fakten sind symptomatisch für den bestehenden Lehrermangel und offenbaren eine Überlastung vieler Lehrer, die sich auch in einem hohen Krankenstand äußert.

Damit sind wir bereits bei den demografischen Problemen, die sich auf der einen Seite durch unmittelbar bevorstehende altersbedingte Abgänge von Lehrkräften äußern, aber auf der anderen Seite eben auch in einem Schülerboom, den Mecklenburg vielleicht nicht ganz so heftig zu erwarten hat, aber wo trotzdem mit einem heftigen Ansteigen der Schülerzahlen bis 2025 zu rechnen ist laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung.

Die Gründe für den Lehrerberuf liegen auf der Hand. Es sind nicht nur die Folgen des Lehrpersonalkonzepts, es ist vor allem die mangelnde Attraktivität des Berufes, kombiniert mit einem langen und anspruchsvollen Studium, in dem schon viele Lehramtsstudenten scheitern und dem dann auch noch ein recht anspruchsvoller und langer Vorbereitungsdienst folgt. Der einst so geachtete Berufsstand des Lehrers hat im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung derart an Wertschätzung verloren und an Autorität, was sich nicht zuletzt darin zeigt, dass Lehrkräfte heute zunehmend psychischer und sogar physischer Gewalt von Schülern und zunehmend auch von Eltern ausgesetzt sind. Nicht grundlos wird über Schulen als waffenfreie Zonen diskutiert.

Meine Damen und Herren, es ist wohl auch kein Tabubruch, in diesem Zusammenhang das vielleicht gut gemeinte, aber nicht gut gemachte Inklusionskonzept zu erwähnen. Es stellt Lehrkräfte vor völlig neue Herausforderungen, um nicht zu sagen, treibt sie zunehmend zur Verzweiflung, da es immer wieder passiert, dass einzelne Schüler in die Klassenverbände gelangen, die permanent den gesamten Unterrichtsbetrieb behindern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das alles führt für unsere Lehrer zu einem überaus anstrengenden Arbeitspensum, das nicht zuletzt aufgrund der hohen Pflichtstundenzahl die tariflich festgelegte Arbeitszeit oft erheblich übersteigt. Die bis jetzt geltenden Pflichtstundenzahlen wurden mit dem Schuljahr 2004/2005 beginnend eingeführt. Der Philologenverband Mecklenburg-Vorpommern hat bereits darauf hingewiesen, dass diese Erhöhung damals mit einer schlechten Finanzlage begründet worden ist und eine Absenkung bei einem Steuerplus versprochen wurde.

Meine Damen und Herren, dass aktuell etwa 35 Prozent aller Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen

in Mecklenburg-Vorpommern in Teilzeit arbeiten – und bei den Gymnasiallehrern sind es sogar fast 50 Prozent –, ist ein ernst zu nehmendes Anzeichen dafür, dass die Stundenbelastung zu hoch ist. Hier setzen wir mit unserem Antrag an, indem wir die Landesregierung auffordern, die Pflichtstundenzahl je nach Lehramt um bis zu zwei Unterrichtsstunden zu verringern.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Diese sollen aber nicht einfach wegfallen, sondern als variable Unterrichtsstunden für anfallende Vertretungen vorgehalten werden. Damit würden wir gleichzeitig das Problem des Unterrichtsausfalls entschärfen und das Fahren von Lehrern zu anderen Schulen minimieren können.

Das alles gab es vielleicht schon mal, meine Damen und Herren, aber Sie werden erkennen, dass wir die gewünschten Anpassungen der Lehrkräfte-Arbeitszeit-Landesverordnung dahin gehend verändern wollen, dass wir zumindest die enthaltene Differenzierung nach Lehrämtern beibehalten und damit die Pflichtstundenzahl der Grundschullehrer wie in den anderen Bundesländern üblich leicht – das heißt hier eine Stunde – über der der üblichen Lehrämter liegen wird. Aufgrund der besonderen Tätigkeitsmerkmale des Lehramtes im fachpraktischen Unterricht an beruflichen Schulen sehen wir dort eine Absenkung ebenfalls um nur eine Stunde vor. Bei allen anderen Lehrämtern ist eine Reduzierung von zwei Stunden vorgesehen.

Die Attraktivitätssteigerung durch die Stundenabsenkung wird noch durch einige zu erwartende Nebeneffekte verstärkt, auch wenn diese nicht unmittelbar kalkulierbar sind. Man denke nur an einen möglichen Rückgang der auf Überlastung zurückzuführenden Krankheitstage und Frühpensionierungen und so weiter, die Erhöhung der Unterrichtsqualität mit all ihren positiven Folgewirkungen,

(Unruhe und Heiterkeit bei
Ministerin Stefanie Drese
und Peter Ritter, DIE LINKE)

zunächst auch durch die Reduzierung des Ausfalls, und die variablen Unterrichtsstunden. Wir rechnen weiterhin mit positiven Effekten dahin gehend, dass auch einige Teilzeitlehrkräfte motiviert werden, ihre Stundenzahl zu erhöhen, teils wieder bis zur Vollbeschäftigung.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sind die
zehn Minuten nicht schon rum? – Heiterkeit
bei Ministerin Stefanie Drese: Gefühlt ja.)

Den Beginn dieser Pflichtstundenabsenkung haben wir für das Schuljahr 2020/2021 angesetzt, damit ausreichend Zeit für die nötigen Vorbereitungen zur Verfügung steht und die erforderlichen Mittel des Doppelhaushaltes eingeplant und dann auch eingestellt werden können. Im bundesweiten Wettbewerb um die Gewinnung von Lehrkräften wird sich ein verringertes Stundendeputat ebenfalls als akzeptanzfördernde Maßnahme für unser Bundesland auswirken.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Antrag sieht unter 2. die Verdopplung der Anrechnungsstunden für Klassenleiter vor, die der Paragraph 8 der Lehrkräfte-Arbeitszeit-Landesverordnung festlegt. Damit sollen die zunehmenden und zeitaufwendiger werdenden Leis-

tungsaufgaben und auch die Zahl der Elternkontakte ausgeglichen werden, die neben der Lehrtätigkeit zu erfüllen sind. Außerdem möchte ich hier nur auf Themenbereiche wie Inklusion und Integration hinweisen und auf Digitalisierung, wodurch der Arbeitsumfang noch zunehmen wird, auch für Klassenleiter.

Auch die erhöhte Arbeitsbelastung von Schulleitern wollen wir mit zwei zusätzlichen Anrechnungsstunden vergüten. Ihre hohe Verantwortung, der gestiegene Aufwand und das zu meisternde Konfliktpotenzial werden gegenwärtig nicht ausreichend honoriert, unserer Meinung nach. Das zeigt sich auch an den Schwierigkeiten bei der Besetzung von Schulleiterstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Lehrpersonal-konzept hat dazu geführt, dass gerade jetzt die älteren Lehrer, man kann sagen, jahrzehntelang auf Verschleiß gearbeitet haben. Deshalb wollen wir die bisherige Regelung der Altersanrechnungsstunden um eine Unterrichtsstunde aufstocken,

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

sodass nach Vollendung des 57. Lebensjahres zwei, nach Vollendung des 60. Lebensjahres drei Anrechnungsstunden gewährt werden. Für uns ist das eine Frage der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers, die Verantwortung für die Lehrergesundheit zu übernehmen. Und es werden hier nebenbei Freiräume für die Verstärkung der Kollegien durch junge Lehrkräfte entstehen.

Werte Kollegen! Liebe Gäste! In Punkt 3 unseres Antrages widmen wir uns den Klassenstärken. Wir plädieren für die Wiedereinführung des Klassenteilers. Das heißt konkret, bei Überschreitung einer Schülerzahl von 27 muss nach unserem Antrag die Klasse geteilt werden. Es besteht wohl kein Zweifel daran, dass das Lernen in kleineren Klassenverbänden zu besseren Leistungen führt und die Anzahl von Klassenwiederholungen senkt. In Mecklenburg-Vorpommern gab es bis 2009 eine Obergrenze, die eine Schülerzahl von 28 Schülern an Grund- und Regionalschulen

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Obergrenzen finden Sie gut, ne?)

beziehungsweise 29 an Gymnasien festlegte.

Sagen wir, mit Teilergrenze, Frau Oldenburg. Vielleicht trifft es das besser.

(Andreas Butzki, SPD:
Aber er hat es gehört.)

Die bei unserem Antrag angelegte Grenze haben wir auf 27 festgelegt. Das würde etwa 280 Schulklassen im Land an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen betreffen. Alle in unserem Antrag vorgesehenen Regelungen sollten nach einer Laufzeit von zwei Schuljahren unserer Meinung nach evaluiert werden, um gegebenenfalls nachzusteuern.

Auf den voraussichtlichen Einwand der Landesregierung, dies sei alles zu teuer, antworten wir: Gute Bildung kostet Geld, und wo ist dies besser angelegt als in der Zukunft unserer Kinder! – Vielen Dank, die rote Lampe leuchtet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Woher soll
das Geld kommen?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich möchte zunächst die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Neubrandenburg auf unserer Besuchertribüne begrüßen. Ich hoffe, Neubrandenburg ist trotzdem sicher.

(allgemeine Heiterkeit)

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das gibt es auch nicht allzu oft: Die Begründung für diesen Antrag liefert mir eine gute Begründung, um diesen Antrag abzulehnen beziehungsweise das vorzuschlagen, gleich mit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

und das direkt im ersten Absatz. Da nämlich, werte AfD-Fraktion, schreiben Sie, wie schwierig es bereits jetzt ist, den Bedarf an Lehrkräften zu decken. Gleichzeitig würde so gut wie alles, was Sie in Ihrem Antrag fordern, bedeuten, diesen Bedarf bei uns in Mecklenburg-Vorpommern weiter hochzuschrauben. Das ist aus meiner Sicht in der derzeitigen Situation nicht besonders clever, zumal die Lage bundesweit mindestens genauso angespannt ist wie hier bei uns, wenn nicht noch angespannter.

Haben Sie einfach mal ausgerechnet, was das bedeuten würde an zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern, was Sie hier fordern?

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, haben wir. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich glaube nicht, weil,

(Andreas Butzki, SPD:
Wie viel denn? Wie viel denn?)

damit man überhaupt mal eine Größenordnung im Kopf hat,

(Peter Ritter, DIE LINKE: 120 Millionen.)

was nur eine einzige Maßnahme bedeuten würde:

(Andreas Butzki, SPD: Wie viel? –
Dr. Ralph Weber, AfD: 120 Millionen. –
Andreas Butzki, SPD: Lehrerstellen.)

Es geht nicht um das Geld, es geht um die Lehrerstellen, es geht um die Köpfe. Noch mal für Sie: Wir versuchen, unseren Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern zu decken. Das ist eine große Herausforderung bundesweit. Und was Sie hier fordern, würde bedeuten, um nur mal eine Maßnahme zu nennen, wenn Sie sagen, wir würden die Unterrichtsverpflichtung um eine Stunde pro Woche reduzieren an allen Schularten, bräuchten wir 435 zu-

sätzliche Lehrkräfte, bei zwei Stunden wären es rund 900. Damit Sie überhaupt mal ein Gefühl haben, was Sie hier fordern.

Wir sind im Moment dabei, unseren Bedarf an den jetzigen Lehrerinnen- und Lehrerstellen zu decken, und das ist, das gebe ich auch zu, für uns schon eine Riesenherausforderung. Wenn wir das jetzt machen würden, was Sie hier fordern, würden wir die Unterrichtsversorgung nicht abdecken können. Sie fordern etwas, was bedeuten würde in der Konsequenz, wir können die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen nicht mehr absichern. Wenn Sie das ernsthaft fordern, weiß ich nicht, wie die Schülerinnen und Schüler, wie die Lehrerinnen und Lehrer und wie die Eltern darauf reagieren.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Genau.)

Insofern, sehr geehrte Herren der AfD,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

ist das, was Sie hier vorgelegt haben, für mich überhaupt keine Alternative. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 30. Januar 2013 forderte ich, ich zitiere mich jetzt selbst – so, jetzt ist so ein Teil –:

(allgemeine Heiterkeit –
Zurufe aus dem Plenum: Oh! He!)

„Die Zahl der zu unterrichtenden Schulstunden in der Grundschule müsse“

(Torsten Renz, CDU:
Hoffentlich stimmt das dann auch.)

„von 27,5 auf 27 Stunden gesenkt werden“, Ende des Zitats. Der „Focus“ schrieb am 3. Januar 2016, ich zitiere: „Oldenburg schlägt zudem ein Vertretungsbudget für jede Schule mit einer variablen Stunde pro Woche für jeden Lehrer vor.“ Ende des Zitats.

(Peter Ritter, DIE LINKE: „Focus“?)

Im Dezember 2016 berichtete die „Welt“ über die Forderung der Linksfraktion,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht das nd?)

ein Budget für Vertretungslehrer an den Schulen einzurichten. Am 17. August 2017 zitierte der NDR die Linksfraktion: „Der Lehrerberuf muss attraktiver werden, unter anderem durch eine niedrigere Pflichtstundenzahl.“ Ende des Zitats.

Im Dezember 2017 brachte meine Fraktion einen Änderungsantrag zum Doppelhaushalt ein, der vorsieht, einen Haushaltstitel „Schulbezogene Budgets zur Gewährleistung einer konstanten Unterrichtsversorgung sowie zur Verminderung des Unterrichtsausfalls an allgemein bil-

denden und beruflichen Schulen – Vertretungsbudget“ einzurichten. Am 29. Januar dieses Jahres äußerte ich mich in einer Presseerklärung: „Wir fordern seit Langem ein Vertretungsbudget von einer Wochenstunde je Lehrkraft. Damit haben Schulen Freiräume“,

(Torsten Renz, CDU: Mensch,
die Fraktion kann ja richtig stolz
sein auf ihre Vorsitzende.)

„den ausfallenden Unterricht unkompliziert zu vertreten – das steigert auch die Attraktivität des Berufes.“ Ende des Zitats.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Januar 2016 schrieb die „Welt“, ich zitiere: „Simone Oldenburg sprach sich“

(Torsten Renz, CDU: Schon wieder. –
allgemeine Heiterkeit)

„für eine Senkung der Vorgaben für die Mindestschülerzahlen“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hast du das
aus dem „neuen deutschland“, oder ...?)

„an Einzelstandorten auf 15 aus.“ Ende des Zitats.

(Torsten Renz, CDU: Wollen
Sie mal Kultusministerin werden?)

Herr Renz, ich finde das nicht lustig, wenn einer klaut!

Im Januar dieses Jahres forderte meine Fraktion die Begrenzung der Klassengröße und die Wiedereinführung eines Klassenteilers. Im Januar 2013 stellte meine Fraktion den Antrag „Funktionsstellen an den Schulen dauerhaft besetzen – Arbeits- und Vergütungsbedingungen der Schulleitungen anforderungsgerecht gestalten“. Im Oktober 2014 veröffentlichte die Linksfraktion eine Pressemitteilung, in der die zu geringe Anzahl der Anrechnungsstunden für Schulleitungen kritisiert wurde. Im November 2017 forderte meine Fraktion, ich zitiere: „Schulleiter und ihre Stellvertreter benötigen wöchentlich mindestens ... zwei Anrechnungsstunden zusätzlich“, Ende des Zitats.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Immerhin,
abschreiben können sie offensichtlich.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich zitiere: „Ein Plagiat ... ist die Anmaßung fremder geistiger Leistungen. Dies kann sich auf die Übernahme fremder Texte ..., fremder Ideen ... oder beides gleichzeitig ... beziehen.“ Ende des Zitats.

Dass die AfD-Fraktion wenigstens abschreiben kann, bewies sie ja vor Kurzem bei der Rede von Herrn Grimm

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

und beweist sie heute eindeutig mit diesem Antrag. Seien Sie einfach nur froh, dass wir diesen Antrag – ich kann ja nicht mal sagen, „Ihren“ Antrag – einfach nur in Bausch und Bogen ablehnen und von weiteren Konsequenzen absehen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Ach, Ihre eigenen Forderungen
sind jetzt auf einmal schlecht?)

Sie können nichts weiter als Abschreiben und Nachplappern, auch das beweisen Sie mit diesem Stück Papier!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Solange Sie die Forderungen meiner Fraktion oder die der SPD abschreiben, solange führen die Sehenden die AfD-Abgeordneten. Wenn Sie sich dann aber an Alleingänge wagen, kommt nichts bei rum, nichts! Gar nichts! Null!

(Nikolaus Kramer, AfD: Wie viel?)

Das möchte ich Ihnen beweisen. Sie versuchen sich an einer Forderung, die Anrechnungstunden für Klassenleiter zu verdoppeln. Klassenleiter haben eine Klassenleiterstunde, aber keine einzige Anrechnungsstunde. Null!

(Torsten Renz, CDU: Oh, da
haben sie falsch abgeschrieben.)

Nun wollen Sie null verdoppeln.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU
und Ministerin Stefanie Drese –
Marc Reinhardt, CDU: Das kostet
wenigstens kein Geld.)

Jetzt rechnen Sie mal nach, sehr geehrte Damen und Herren der AfD-Fraktion! Merken Sie was?

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und Christel Weißig, BMV –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Ausführungen von Frau Oldenburg wäre ja eigentlich nicht mehr viel hinzufügen

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

und allein der Befund, dass es sich um ein Plagiat handelt, wäre Grund genug, es abzulehnen. Ich wäre trotzdem dazu bereit, auch inhaltlich noch auf ein paar Punkte – die Ministerin hat es auch schon gesagt – einzugehen.

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut!)

Überschrieben ist der ganze Antrag: „Lehrermangel in Mecklenburg-Vorpommern beheben“. Wir haben hier schon öfter darüber diskutiert. Wir haben auch schon öfter darüber diskutiert, die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen, gerade erst in der letzten Sitzungsperiode, auch dort haben wir ja einen Antrag der Koalitionsfraktionen dazu beschlossen, aber gleich in Ihrem ersten Anstrich geht es um eine sehr populäre Forderung. Wir diskutieren das schon seit Jahren, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte, die Pflichtstundenzahl von 27 auf 25 in den weiterführenden Schulen und, das fordern Sie auch noch, von 27,5 auf 26 in den Grundschulen herabzusetzen. Das ist eine sehr populäre Forderung, die uns auch draußen immer wieder betrifft. Aber sie führt natürlich dazu, pro Lehrerwochenstunde, die wir

absenken, brauchen wir 418 Lehrkräfte mehr. Das heißt, wenn man Ihre ganzen Vorschläge zusammenrechnet, kommen wir auf circa 1.000 Lehrkräfte, die wir mehr bräuchten. Wer den Lehrermarkt kennt, weiß, dass das eine unvorstellbar hohe Summe ist und dass Sie es wahrscheinlich nie erreichen würden, die auf dem Markt bis 2020/2021 einzustellen. Das ist der erste Aspekt dabei, warum ich nicht glaube, dass das möglich ist.

Der zweite Aspekt ist natürlich auch das Geld. Je Lehrerwochenstunde, so haben wir uns das ausgerechnet, brauchen wir 32 Millionen Euro zusätzlich – nicht einmalig, jährlich! Das heißt, bei Ihren Vorschlägen zwischen 70 und 80 Millionen, die wir jährlich dazu ausgeben müssten und die wir auch dazu bereitstellen müssten.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Jetzt könnten Sie natürlich wieder mit der Rücklage und mit allem Möglichen kommen, aber Sie machen es sich ja noch einfacher, Sie sagen einfach, das wollen wir machen und die Landesregierung soll dafür mal das Geld einstellen im Haushalt. Das kann man natürlich so machen, verantwortungsvolle Oppositionsarbeit sieht für mich anders aus. Da muss man schon selber mal einen Finanzierungsvorschlag machen, wie man das dann ab 2020/2021 finanzieren will.

Es gibt dann noch in Punkt 2 ein paar Forderungen. Da will ich auch durchaus mal sagen, das sage ich ja für die CDU-Fraktion auch immer, gerade was die Altersanrechnungsstunden ab dem 60. oder ab dem 57. Lebensjahr betrifft, wollen wir zu Verbesserungen kommen. Ich habe das ja schon öfter ausgeführt. Das ist auch eine Forderung, die, glaube ich, mal auf Druck der CDU noch in der Opposition mit ...

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Herr Renz war da mal wieder – womit wir wieder bei den Vätern und Müttern wären –

(Torsten Renz, CDU: Jaja. –
Bernhard Wildt, BMV: Das wieder!)

Vater des Gedankens.

(Torsten Renz, CDU: Das
wird Herr Brodkorb bestätigen. –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Der ist nicht da.)

Insofern wollen wir hier zu kleineren Verbesserungen kommen, aber auch wenn man zu kleineren Verbesserungen kommt, kostet das Geld und erzeugt einen Mehrbedarf von Lehrern.

Genauso verhält es sich mit den Anrechnungsstunden für Schulleiter. Auch hier sehen wir Handlungsbedarf. Das können wir aber nicht so ad hoc machen, das werden wir im Rahmen der Schulgesetznovelle und des nächsten Doppelhaushaltes mit unserem Koalitionspartner ganz verantwortungsvoll besprechen und da auch sehr zielorientiert, wie wir das immer tun, zu Lösungen kommen.

Und dann bleibt da noch die Attraktivität des Lehrerberufes. Wir haben es ja von der Ministerin gehört, wir haben mittlerweile über 50 Maßnahmen, um das zu erreichen.

Wir haben das letzte Mal das Modellprojekt für den ländlichen Raum besprochen und, das will ich zum Schluss sagen, der wichtigste Fortschritt hier war, auf Druck der CDU-Fraktion die Verbeamtung der Lehrer einzuführen. Das sage ich immer wieder gerne, weil das der Anfang von allem war.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Das haben wir hier im Landtag beschlossen und gemacht, auf dem Weg werden wir weitergehen. Ihr Antrag hilft dabei wenig, weil er zum einen abgeschrieben ist, zum anderen nicht sagt, wie es finanziert werden soll. Deshalb werden wir ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Philipp da Cunha, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal beschäftigen wir uns mit Versprechungen der Opposition.

(Patrick Dahlemann, SPD: Versprechen.)

Zuerst, als ich den Antrag gelesen habe, habe ich gedacht, die AfD hat alles von den LINKEN abgeschrieben, aber in allen Punkten hat die AfD noch eins draufgesetzt. Wie das bezahlt werden soll, da schweigen die Experten der AfD. Natürlich hört sich jeder einzelne Punkt gut an,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Echt?)

ich könnte fast jeden einzelnen Punkt auch unterstreichen. Aber ich will die Versprechungen kurz finanziell mal anreißen.

In Mecklenburg-Vorpommern arbeiten jetzt augenblicklich so circa 11.000 Lehrer. Wenn man um zwei Stunden beziehungsweise anderthalb Stunden erhöht, fallen ungefähr 20.000 Stunden an. Wenn man die durch die 25 Stunden dividiert, kommen wir auf 800 zusätzliche Lehrerstellen. Und das mal 60.000 – da habe ich einen ganz beliebigen Betrag von einem verbeamteten Lehrer genommen –, dann kommen wir so circa auf 48, also rund 50 Millionen zusätzlich.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das Geld ist das eine, aber Sie erzeugen natürlich damit einen wesentlich erhöhten Lehrerberauf. Und wo sehen Sie, werte Herren der AfD, Möglichkeiten, bis zum Schuljahr 2020/2021 800 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer herzubekommen? Lassen Sie uns wirklich teilhaben an Ihren Ideen! Anderenfalls ist die logische Konsequenz dieser Forderung Unterrichtsausfall. Da viele Lehrerinnen und Lehrer auch Klassenleiter sind, fällt ein erheblicher Mehrbedarf an. 1.000 Unterrichtsstunden bedeuten 40 Stellen nach AfD-Rechnung. Das ist das eine. Es entstehen ja dadurch noch zusätzlich neue Klassen, dann brauchen Sie auch wieder zusätzlich pro Klasse so 30/35 Wochenstunden – das mal alles so zusammen gerechnet.

Und dann jetzt polemisch, vielleicht auch ein bisschen politisch, die Frage stellt sich für mich natürlich: Sie sprechen nachher in den Punkten 2 und 3 immer nur von

„Schulleiter“ und „Klassenleiter“. Sind die Frauen bei Ihnen überhaupt nicht mitberücksichtigt? Nein!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Da sind überhaupt keine Anrechnungsstunden vorgesehen. Und was noch für einen Schulleiter – ich sage mal jetzt bewusst Schulleiter, Schulleiterin natürlich auch –, für die Stellvertreter haben Sie gar nichts vorgesehen. Wenn Sie konsequent sind, müssen Sie das dementsprechend mit reinbringen.

Und dann noch mal für die AfD-Fraktion zur Nachhilfe: Wir haben von 50 Maßnahmen gehört, die für die Attraktivität dargestellt sind. Seit dem Schuljahr 2014 stehen circa 60 Millionen jährlich mehr zur Verfügung. Von 2011 bis 2016, das wiederhole ich auch immer wieder, ist der Bildungsetat um 200 Millionen Euro gestiegen. Zeigen Sie mir irgendeinen Bereich, den wir hier bei uns im Haushalt haben, der so eine Steigerung erfahren hat! Wenn ich an die Diskussion von heute Vormittag denke, Ihre 120 Millionen Euro, was Sie mir vorhin zugeraunt haben, was Sie ausgerechnet haben,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

und wenn wir dann die 60 Millionen von Frau Schwenke heute noch mit dazuzählen, sind das knapp auch wieder bei 200 Millionen Euro. Ich frage mich, wo das ganze Geld herkommen soll.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Dietmar Eiffer, CDU)

Vor heute genau 14 Tagen war ich bei meinen Kollegen in Brandenburg

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, aus dem Strategiefonds! Wer soll das alles bezahlen, Mensch!)

und wir haben auch über einige Dinge dort im Schulbereich diskutiert. Die Brandenburger haben sehr wohl unsere Anstrengungen im Bildungsbereich registriert und bewundert, wie gut wir das in der letzten Legislatur hingekriegt haben. Jetzt hat die Landesregierung in Brandenburg auch reagiert, die setzen zum Teil andere Schwerpunkte in diesem ganzen Schulbereich, aber wichtig war für uns wirklich dieser Gedankenaustausch zur Gewinnung der Lehrkräfte im ländlichen Raum. In der Prignitz oder in der Uckermark gibt es ähnliche Probleme wie in Vorpommern beziehungsweise in der Mecklenburgischen Seenplatte.

Eins will ich auch noch sagen, auch wenn das von der Opposition falsch gesehen wird. Von 2016 bis 2021 hat die Landesregierung ein großes Schulbauprogramm aufgelegt. Wer da von Mogelpackung spricht oder sonst was,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

von der Legislaturperiode 2016 bis 2021 diese über 300 Millionen Euro für Schulbau und Schulsanierung, denke ich, das kann sich auch dementsprechend sehen lassen.

Festzuhalten bleibt, und ich will das jetzt noch mal kurz im Zusammenhang darstellen, die Landesregierung han-

delt. Rund 1 Milliarde Euro wird für den Schulbereich im Haushalt eingestellt. In den nächsten Jahren wird umfangreich in Schulen saniert,

(Marc Reinhardt, CDU:
Einige sind schon fertig.)

zahlreiche Maßnahmen für die Attraktivitätssteigerung des Berufs sind eingeführt worden und viele Lehrerinnen und Lehrer haben davon profitiert. Weitere Maßnahmen werden intensiv diskutiert und wir sind da konsequent als Arbeitskreis bei uns mit der Landesregierung im Gespräch.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Lehrergewinnung in den ländlichen Gebieten ist für uns sehr wichtig, denn wir wollen wirklich die Schulstandorte im ländlichen Raum unterhalten und erhalten.

Was ganz wichtig ist, ist die Frage der Digitalisierung. Das wird noch mal große Anstrengungen bedeuten. Das eine ist natürlich, die Kabel zu verlegen, aber das muss auch dementsprechend in der Schule umgesetzt werden. Es wird die Oberstufenreform umgesetzt, es gibt eine gemeinsame Umsetzung der Inklusionsstrategie und Rahmenpläne müssten angepasst werden. Die SPD steht wirklich im Bildungsbereich für Verlässlichkeit, bei uns wird es keine Experimente geben, aber Schritt für Schritt auch eine Weiterentwicklung des Schulwesens. Bildung ist Zukunft und wir müssen den Kindern gleiche Chancen bieten. Der Bildungsmonitor, nicht so speziell für unser Land, aber insgesamt in der Bundesrepublik, zeigt ja, dass bildungsfernere Schichten es wesentlich schwieriger haben als bildungsnahe Schichten.

Deswegen, bei uns muss auch alles ordentlich ausfinanziert sein, das haben wir getan. Deshalb benötigen wir diesen Antrag nicht, wir lehnen den selbstverständlich ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Schwarz, SPD: Jawoll, Herr Butzki!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Wertes Präsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Gäste und liebe Landsleute! Fangen wir erst mal mit der Falschbehauptung von Frau Oldenburg an.

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Die ist mal wieder nicht da, also kann sie sich das nicht anhören.

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Was heißt denn hier „die“?)

Ich zitiere aus der Landesverordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an staatlichen Schulen, Lehrkräfte-Arbeitszeit-Landesverordnung, vom 16. März 2016 aus dem Paragraphen 8 – Anrechnungsstunden für die Leitung von Klassen. Wir haben von Anrechnungsstunden gesprochen und da geht es im Absatz 1 darum, „Lehrkräfte, die in den Bildungsgängen“ und so weiter, Paragraph 2: „Lehrkräfte, die eine Grundschulklasse leiten“ und so

weiter, da wird von „Anrechnungsstunden“ gesprochen. Also haben wir nicht von „null“ gesprochen, sondern wir haben exakt das benannt, was im Gesetz steht. Ich weiß nicht, was es da zu diskutieren gibt, und ich weiß nicht, was es da ins Lächerliche zu ziehen gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Kommen wir zum nächsten Punkt. Weil DIE LINKE jetzt mal gesagt hat, Schule und Anrechnungszahl senken wir ab und so weiter, haben Sie ein Copyright darauf, dürfen wir also für alle Zeit und niemals mehr über dieses Thema reden. Das ist ein bisschen lächerlich. Wenn wir mal durchgucken, wer über welches Thema wann von wem mal irgendwie was sich beguckt hat, wird es schwierig. Da fällt mir ein Bibelwort ein: „Wer von euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein.“ Also haben wir das, glaube ich, auch mal erledigt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das Nächste ist, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir reden
von Abschreiben eins zu eins.)

Ja, noch mal,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Könnt ihr
mal den eigenen Grips anstrengen?)

hören Sie einfach mal zu, Herr Ritter!

... das Nächste ist, wir wollen alle wieder über Obst reden, aber wir reden jetzt hier mal über Äpfel. Sie fangen von Pflaumen an, Sie fangen von Kirschen an, von Aprikosen, von Pfirsichen. Bleiben wir doch einfach mal beim Thema!

Jetzt komme ich mal wieder zu dem eigentlichen Punkt meiner Aussage zurück. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Wenn wir Maßnahmen beantragen, die die Attraktivität des Lehrerberufes stärken sollen, so behaupten wir damit nicht, dass damit das Problem des Lehrermangels gelöst wäre. Die Ministerin sagte mir, das gibt es nicht, aber es ist ja irgendwie da, es steht permanent in der Zeitung, also irgendwas muss da ja dran sein. Dazu sind zweifellos weitere Maßnahmen erforderlich, die die Attraktivität erhöhen. Das ist nämlich der zweite Gedankenstrich und der eigentliche Kern: Die sollen die Attraktivität des Lehrerberufes erhöhen. Und so müsste die Lehrerbildung selbst optimiert und die Stundenausstattung der Schulen verbessert werden. Es dürfte keinerlei Zweifel darüber bestehen, dass der Zuwachs an Attraktivität eines Berufes dazu führt, dass mehr Menschen ihn ausüben wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In diesem Sinne beinhaltet unser Antrag wichtige Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels in unserem Bundesland.

Damit sind wir beim nächsten Streitpunkt. Die Landesregierung bestreitet gerne, insbesondere die Frau Ministerin, dass solch ein Mangel überhaupt besteht. Sie behauptet, alles zu tun, um ihm vorzubeugen beziehungsweise ihn zu beseitigen. Das ist übrigens auch ihre Aufgabe. Und wenn er dann mal punktuell auftritt, wäre

das nicht so problematisch. Sie machen weiter geltend, wie gering die Zahl der nicht besetzten Lehrerstellen sei und wie viele Lehrer zum 1. August dieses Jahres neu verpflichtet wurden. Das mag zahlenmäßig stimmen, aber wie so oft täuscht dann die Statistik mit ihren landesweiten Durchschnittswerten über punktuelle Defizite in der Besetzung von Lehrerstellen hinweg. Diese bestehen besonders in einzelnen Fällen, wie in den MINT-Fächern und in ländlichen Gegenden. Mein Kollege hat explizit darauf hingewiesen, dass es Beispiele gibt, wo tatsächlich nicht mal Physikunterricht erteilt wird.

Außerdem zeigt die hohe Zahl an Stunden, die ausfallen oder gar vertreten werden müssen, dass offenbar auch dann nicht genügend Lehrer vorhanden sind, wenn alle Stellen besetzt wären. Noch gravierender ist aber der in den kommenden Jahren zu erwartende Lehrermangel, wenn PädagogInnen in großer Zahl in den Ruhestand treten und die Schülerzahlen wieder steigen werden. Insofern ist es auch nicht besonders verantwortlich, das Problem des Lehrermangels zu leugnen oder kleinzureden. Gleiches gilt für den Unterrichtsausfall. Mein Kollege hat explizit anhand der Zahlen darauf hingewiesen.

Und jetzt kommen wir dazu, was das eigentliche Problem ist. Jeder weiß, wenn er mal in der Schule gesessen hat – und meine Tochter ist auch noch nicht so lange aus der Schule, die hat mir das regelmäßig lebhaft erzählt –, Vertretungsstunden leiden darunter, dass oftmals weder der Lehrer noch die Schüler die nötige Motivation zu effektiver Unterrichtsarbeit aufbringen. Da sie meist sehr kurzfristig anfallen, bleibt oft nicht genügend Zeit zur Vorbereitung der Stunde und die Schüler werden dann oft mehr beschäftigt als unterrichtet, ja, manchmal eben nur beaufsichtigt. Wenn der Vertretungslehrer oder die Vertretungslehrerin die Klasse nicht kennt, erschwert dies ohnehin die Unterrichtsarbeit. Schüler schalten ab – wie hier auch gerade wieder zu bemerken –,

(Torsten Renz, CDU:
Das liegt aber am Redner.)

Disziplinprobleme nehmen zu.

(Torsten Renz, CDU: Das liegt
dann am Redner und am Lehrer.)

Gewiss gibt es hier zwischen den einzelnen Fächern Unterschiede und gewiss meistern manche Kollegen die schwierige Situation recht gut, aber in der Regel tragen diese Stunden nicht ausreichend zur Erfüllung des Lehrplans bei.

Ein Hauptargument, das wurde mehrfach wiederholt, gegen die Absenkung des Stundendeputats sind die Kosten. Und jetzt kommen wir mal zu dem interessanten Faktum, dass innerhalb von drei Redebeiträgen die Zahl der Lehrer, die wir bei zwei Stunden Reduzierung bräuchten, schwankt. Es ist von circa 900 Lehrern gesprochen worden, das war die Ministerin, dann ist von 1.000 Lehrern gesprochen worden, das war die CDU, und Herr Butzki sprach von 800 Lehrern. Das ist auch seltsam. Irgendwie sind das immer neue Zahlen, und das innerhalb von fünf Minuten bei drei Redebeiträgen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Weil die Angst hatten zu kopieren.)

Richtig, das ist der nächste Punkt.

(Torsten Renz, CDU: Und welche
Zahlen bieten Sie an?)

Jetzt komme ich mal konkret zu einer Zahl. Gegen Ende der letzten Legislaturperiode hatte die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage, Drucksache 6/4940, die Kosten auf etwa 28.150.000 Euro für knapp 400 zusätzlich erforderliche Lehrer geschätzt, wenn die Pflichtstundenzahl um eine Stunde abgesenkt würde.

(Marc Reinhardt, CDU:
Das ist aber teurer geworden,
weil es gab Gehaltssteigerungen.)

Dazu komme ich jetzt: Da hier verschiedene Faktoren wie die individuellen Eingruppierungen und Einstufungen der Lehrer eine Rolle spielen – damit ist Ihr Einwand auch beantwortet, Herr Reinhardt –, ist eine genaue Berechnung im Voraus schwierig. Aber wir haben mit der genannten Zahl schon mal eine Größenordnung, und die erweist sich als ausgesprochen maßvoll, wenn man sie mit den Gesamtpersonalkosten der Schulen vergleicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die beiden Stunden nicht komplett wegfallen, sondern für Vertretungen vorgehalten werden, die sonst auch zum Teil vergütet werden müssten, jetzt aber wiederum keine zusätzlichen Kosten verursachen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Der Nutzen der von uns beantragten Maßnahmen wird die Kosten bei Weitem aufwiegen und übersteigen,

(Andreas Butzki, SPD: Da wird sich
jeder Lehrer freuen, wenn er zwei
Vertretungsstunden zusätzlich hat.)

wenngleich er sich vielleicht nicht sofort in Zahlen messen lässt. Und da Bildung in unserem rohstoffarmen Land nun mal unsere wichtigste Ressource ist, Herr Butzki –

(Andreas Butzki, SPD: Bei der
nächsten Veranstaltung werde ich den
AfD-Vorschlag mal vorschlagen.)

das haben Sie eben auch in dem Redebeitrag vorher festgestellt –, sollten wir alles tun, um diese Quelle unseres Wohlstandes zu erhalten. Investitionen in unsere Kinder sind selbstverständlich immer auch Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ein weiterer Einwand gegen unseren Antrag bezieht sich auf die zusätzlich erforderlichen Lehrerstellen. Wie soll man einige Hundert weitere Lehrer gewinnen, wenn wir schon jetzt nicht alle Stellen besetzen können? Auch deshalb haben wir den Beginn der Stundenabsenkung erst auf das Schuljahr 2020/21 angesetzt. Man hat also zwei Jahre Zeit, um sich planerisch darauf vorzubereiten.

(Marc Reinhardt, CDU: Aha!)

Der zusätzliche Bedarf,

(Andreas Butzki, SPD: Ja, wenn keine ausgebildet werden, wo wollen Sie die dann herholen?)

der zusätzliche Bedarf ...

Einfach mal zuhören und ausreden lassen! Das bildet und hilft.

(Andreas Butzki, SPD:
Ja, danke für den Hinweis.)

Der zusätzliche Bedarf sollte sich aufgrund der erhöhten Attraktivität des Berufs aus mehreren Quellen decken lassen.

Fangen wir mit der Nummer 1 an: Von der Gesamtzahl der in der Bundesrepublik tätigen Lehrkräfte sind nur circa 1,6 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt. Es existiert also ein vergleichsweise gewaltiges Potenzial außerhalb unseres Bundeslandes. Aufgrund deutlich verbesserter Bedingungen – Sie sprachen den Schulneubau an,

(Andreas Butzki, SPD: Fahren Sie doch mal nach Sachsen oder nach Sachsen-Anhalt!)

Sie sprachen die Digitalisierung an, Sie sprachen so verschiedene Punkte an –, aufgrund deutlich verbesserter Bedingungen dürfte eine gewisse Sogwirkung zu unseren Gunsten entstehen,

(Andreas Butzki, SPD: Ja, nach NRW.)

zumal, wenn wir es mit einer entsprechenden Lehrerkampagne verbinden.

Zweitens sollten Maßnahmen ergriffen werden, um der massiven Anzahl von Studienabbrüchen bei Lehramtsstudenten entgegenzuwirken. An der Universität Rostock wird noch in diesem Jahr eine Studie zu diesem Problem vorgelegt werden, deren Ergebnisse möglicherweise ja zu Abhilfen führen können.

Drittens. Unter den vorhandenen Teilzeitlehrkräften kann dafür geworben werden, einen höheren Teilzeitprozentatz oder gar Vollzeit zu arbeiten, zumindest ihre bisherige Stundenzahl zu halten.

Viertens. Sollte es darüber hinaus noch nötig werden, könnten ja auch ehemalige Lehrerpensionäre und Quereinsteiger geworben werden.

Das sind vielfältige Maßnahmen,

(Ministerin Birgit Hesse:
Das machen wir doch alles.)

die zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs ausreichen sollten. Im Übrigen würde die Umsetzung unseres Antrages nicht erst im Jahr 2020 die Attraktivität des Lehrerberufs erhöhen, sondern schon im Vorfeld berufliche Entscheidungen beeinflussen können.

Und jetzt kommen wir zum Schluss noch mal zu der maximalen Klassengröße. Frau Oldenburg ist immer noch nicht da, aber das steht dann nachher im Protokoll.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja,
die ist unpässlich, weil Sie reden.)

Ach so, die Geschichte, ja! Dann sollten wir permanent, wenn andere Leute den Mund aufmachen, Herr Ritter, vielleicht auch darüber nachdenken,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gute Idee!)

unpässlich zu sein.

(Andreas Butzki, SPD: Sie wollten von Äpfeln sprechen, sprechen aber von Apfelmus. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Eine maximale Klassengröße von 26 Schülern wäre zweifelslos noch besser als die von uns geforderten 27. Dann müssten schätzungsweise etwa doppelt so viele Klassen geteilt werden wie bei einem Maximum von 27. Das würde zusammen mit der geforderten Senkung des Stundendeputats die Unterrichtsversorgung gegenwärtig zu stark belasten. Zu einem späteren Zeitpunkt wäre eine solche weitere Absenkung möglicherweise sehr wünschenswert. Es ist die Erfahrung der meisten Pädagogen, dass sich Unterricht in kleineren Klassen effektiver organisieren lässt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es gibt verschiedene andere Bildungsexperten,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

fällt mir im Moment nicht ein.

Insofern kann ich nur darum werben, trotz all Ihrer ideologischen Bedenken, der unqualifizierten Äußerungen und dieser Zwischenrufe sich einfach mal zu überwinden, an die Lehrerinnen und Lehrer sowie an die Schüler zu denken und unserem Antrag einfach mal zuzustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: 120 Millionen!
120 Millionen!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat uns Wort gebeten der Abgeordnete Herr Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen und liebe Gäste! Ihre unqualifizierten Zwischenrufe haben mich jetzt auch noch mal hier ans Pult geführt.

Ich möchte ganz kurz zu zwei Punkten etwas sagen. Zum einen, ja, Sie haben recht, das kostet Geld, es kostet viel Geld. Aber in einem Land wie dem unseren ist Geld, das wir in die Bildung und in unsere Kinder investieren, gut angelegt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Da gebe
ich Ihnen recht.)

Laufzeit unserer Anträge ist das Schuljahr 2021, sodass genug Zeit sein wird, das haushälterisch umzusetzen. Sie werden sehen in den nächsten Haushaltsdebatten, wo wir überall Einsparpotenzial sehen, um die Mittel freizumachen,

(Andreas Butzki, SPD: Da bin ich gespannt.)

die dazu erforderlich sind. Lassen Sie sich ruhig überraschen!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wir sind mindestens so einfallsreich, wie Sie das sind. Das ist der Punkt 1.

Wichtiger ist mir ein anderer Punkt – und das, was ich jetzt gesagt habe, hat der Kollege Schneider alles schon sehr ausführlich und detailliert dargelegt –, wichtiger ist mir die Frage an die Linksfraktion: Wenn man nachschaut, Verbesserung des Lehrerberufs, wie machen wir den attraktiver, stößt man in der Tat, weil das einer der Punkte ist, bei dem Sie sich sehr ausführlich immer wieder äußern, auf Ihre Anträge. Und wenn man dann beim Nachdenken dazu kommt, der eine oder andere Punkt von Ihnen, der war gar nicht so schlecht, dann ist es nicht etwa so, dass Sie sich jetzt freuen und sagen, okay, späte Wertschätzung, da kommen welche auf die Idee, wir haben was gut gemacht, nein, jetzt wollen Sie plötzlich gegen Ihre eigenen Anträge stimmen, nur, weil sie von uns kommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, weil Sie einfach abgeschrieben haben!)

Das ist keine verantwortliche Politik, das ist kein vernünftiger Umgang mit den Bürgern dieses Landes!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist blanke linke Ideologie!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Man darf überhaupt nie irgendwas mit der AfD zusammen machen, selbst, wenn wir Ihre Anträge gut finden

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Abschreiben! Abschreiben!)

und Teile davon auch in unsere Anträge einbinden.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das ist konsequent.)

Das haben wir schon erlebt beim Krankenhaus Wolgast,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wir kennen Ihre Einstellung zu uns.)

das haben wir bei der Verkehrssituation auf Usedom erlebt, schon mehrfach und jetzt wieder. Ich würde mich an Ihrer Stelle schämen, so zu handeln! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat ums Wort gebeten der Abgeordnete Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Professor Weber, es gibt einen sehr wesentlichen Unterschied zwischen meiner Fraktion und Ihrer Fraktion.

(Horst Förster, AfD: Das kann man wohl sagen. Gott sei Dank!)

Der besteht darin, dass wir intensiv darüber nachdenken, welche Vorschläge wir unterbreiten können, um die Entwicklung im Land voranzubringen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Merkt man nichts.)

Ihr Arbeitsstil besteht darin, bei anderen abzuschreiben und nicht mal eigene Ideen bei diesem Thema hinzuzufügen. Und da können Sie doch nicht im Ernst erwarten, dass wir bei so etwas – was eigentlich Arbeitsverweigerung ist, weil Sie keine eigene Alternative auf den Tisch legen – auch noch zustimmen!

(Zurufe vonseiten
der Fraktion der AfD: Oh!)

Auch der Versuch, den Sie jetzt unternommen haben, meiner Fraktion Honig ums Maul zu schmieren, wird regelmäßig scheitern. Der wird regelmäßig scheitern, denn Sie können sich sicher sein, wir sind immer einen Schritt schneller und weiter,

(Glocke der Vizepräsidentin)

als Sie es je sein können. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2307 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2307 bei Zustimmung ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wir schreiben
jetzt nur noch Ihre Anträge ab,
dann müssen Sie gegen Ihre
eigenen Anträge stimmen.)

Herr Kollege Weber, wir sind in der Abstimmung. Ich bitte Sie, dass Sie sich mäßigen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er hat
es immer noch nicht begriffen.)

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2307 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2240 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2240 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt den **Tagesordnungspunkt 43** auf: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Fluchtursachen bekämpfen – Landeskampagnen zu deren Beseitigung initiieren und unterstützen, auf Drucksache 7/2253.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Fluchtursachen bekämpfen –
Landeskampagnen zu deren Beseitigung
initiiieren und unterstützen
– Drucksache 7/2253 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Karen Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Wir bringen für Geld den Tod über die Welt“ – diese Textzeile ist aus der heimlichen Hymne der „Aktion Aufschrei“ 2013. Die ungeschönte Wahrheit, von Silly festgehalten in Worten und Bildern. Das Video sollte mehrfach zensiert werden wegen Gewaltszenen, Gewalt und Terror in den Kriegen dieser Welt. Zensiert zum Schutz von wem? Glauben Sie allen Ernstes, dass das Wegsehen die toten Kinder und Frauen und Männer verschwinden lässt?

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

An der „Aktion Aufschrei“ waren Künstler/-innen, Politiker/-innen, Konzerne, NGO und Privatpersonen beteiligt. Stoppt den Waffenhandel, anstatt ständig die Zuwanderung von Menschen aus Afrika, dem Nahen Osten und Asien nach Deutschland zu beklagen! Die Frage lautet: Wie lieben wir so ein Land? Ja, ich liebe mein Land. Und genau darum will ich nicht, dass wir uns schuldig machen an den vielen Toten auf dieser Welt. Ich liebe mein Land und darum will ich, dass wir unsere Kraft und unsere Stärke dafür einsetzen, Kriege zu verhindern. Wir können das! Davon bin ich fest überzeugt!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deutschland ist nicht nur Exportweltmeister von Waren und Gütern, wir sind auch eines der führenden Länder weltweit, die an Kriegen verdienen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Nach den USA, Russland und Frankreich stehen wir an vierter Stelle, noch vor China. Wir haben in den letzten vier Jahren unsere Waffenverkäufe in Staaten, die nicht Verbündete der EU oder der NATO sind, noch erhöht. Zwischen 2014 und 2017 wurden Rüstungsexporte in Höhe von 24,9 Millionen Euro genehmigt. 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht, das Mittelmeer ein Massengrab – und worüber diskutieren wir? Wir reden über die Verteilung von Menschen! Lassen Sie uns endlich über die Verteilung von Ressourcen und Reichtum diskutieren, über globale Gerechtigkeit!

Genau vor zwölf Monaten trafen sich die G20 in Hamburg. Es ging auch um Entwicklungshilfe. 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedsstaaten in der UN-Vollversammlung sollten für Entwicklungshilfe eingesetzt werden. Nur fünf Staaten erfüllen diese Verpflichtung: Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Luxemburg. Deutschland wendet gerade einmal real 0,52 Prozent auf. Das, meine Damen und

Herren, ist eine Politik der unterlassenen Hilfeleistung, eine Politik des Wegsehens, und nebenbei werden flüchtende Menschen und Helfer/-innen noch kriminalisiert. Die Debatte um die „Lifeline“ zeigt das. Wer Menschenleben rettet, ist heldenhaft, und er ist kein Verbrecher!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wer die Verteilungskämpfe anprangert und nicht mehr mitmachen will, der verdient Respekt. Von uns geschaffenes Elend und Leid flieht nicht ohne Grund.

Wenn Sie Rosen verschenken, denken Sie eigentlich daran, dass diese zu 80 Prozent aus Äthiopien und Angola kommen? Schmeckt Ihnen eigentlich Fisch? Sehen Sie beim Essen manchmal das Leid der Menschen an den Küsten Afrikas? Mögen Sie Schokolade? Bleibt Ihnen das Stück manchmal im Halse stecken, wenn Sie darüber nachdenken, wer diese Kakaobohnen erntet?

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Kaffee, wir lieben ihn doch irgendwie alle.

(Marc Reinhardt, CDU: Heute beim Sommerfest nichts essen und trinken am besten.)

Ärgern Sie sich über fehlende Schrauben eines Holzregals oder ruft der Geruch von Harz und Chemie Ihnen zerstörte Wälder ins Gedächtnis? Niedlich und quietschbunt sind sie, diese Kindershirts, nicht wahr? Alle zwei Jahre ein neues Smartphone, tolle Vertragsbedingungen – danke, liebe Mobilfunkkonzerne!

(Jens-Holger Schneider, AfD: Wann haben Sie denn Ihr letztes Telefon geholt?)

Sehen Sie beim Selfiemachen die Schatten der in Batteriesäure stehenden Kinder? Sind Sie angeekelt von den verstümmelten Romakindern, die bettelnd in unseren Straßen sitzen, oder geben Sie einen Euro und haben Mitleid?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Denken Sie dabei daran, wie die serbischen Staatsbürgerschaftsrechte sind? Roma haben in Serbien keine Rechte! Und wenn Sie Ihrem Baby hochwertige Trockenmilch eines bestimmten Konzerns füttern, sehen Sie dann die verhungerten Babys im Herstellerland? Ja, ist Ihnen das zu viel? Das ist die ungeschönte Wahrheit der Fluchtursachen. 68,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, vor Krieg, Vertreibung, Ausbeutung, Sklaverei, Folter, Hunger, Armut und einer zerstörten Umwelt.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Und die wollen alle hierher, ne?)

1 Million dieser Menschen stranden in Europa. Und nun, was hat dieses Parlament damit zu tun und was die Landesregierung?

Der Sommer 2015 mobilisierte eine nie dagewesene Solidarität mit schutzsuchenden Menschen. Europa wachgerüttelt,

(Martina Tegtmeier, SPD:
Die AfD ausgenommen.)

Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern zeigten der Weltöffentlichkeit: Wir haben verstanden, wir müssen etwas verändern. Doch was ist geschehen? Ursachenbekämpfung? Nein! Einzig die Fluchtbewegungen sollen unter Kontrolle gebracht werden. Wir setzen auf Abschottung, Aushöhlung des Asylrechtes, Aufrüstung an den Außengrenzen.

Ja, auch die Maxime „Fluchtursachen bekämpfen“ wird manchmal in Talkshows und Sonntagsreden ausgerufen. Krieg ist die zentrale Fluchtursache. Deutsche Firmen liefern Waffen an Schurkenstaaten. Warlords beherrschen die Welt. Die Fluchtursachenbekämpfung beschränkt sich momentan auf Folgendes: privatwirtschaftliche Investitionsinitiativen, Maßnahmen der Reintegration, grenzpolizeiliche Kooperationen – alles mit dem Ziel, Schutzsuchende zu kriminalisieren und an der Weiterflucht nach Europa zu hindern. Das ist keine Ursachenbekämpfung, das ist menschenunwürdig. Eine Politik, die diese Verantwortung für Hunger, Elend, Ausbeutung und daraus folgende Stellvertreterkriege völlig ignoriert, ist egoistisch und blendet echte Hilfemaßnahmen gezielt aus. Die Kausalkette: Wirtschaft wächst durch Investition, Arbeitsplätze entstehen, das Einkommen steigt, die Lebensbedingungen verbessern sich, die Notwendigkeit, das eigene Land zu verlassen, sinkt. Diese simple Logik gilt nicht nur hier bei uns, sie gilt weltweit. Und weil das so ist, ist ein Boykott von Waren bestimmter Konzerne auch keine Lösung.

Nun gibt es drei große Entwürfe der G20, wie zum Beispiel die afrikanischen Märkte menschenwürdig, politisch und ökonomisch aufgewertet werden können.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Kaufen Sie nicht bei Amazon ein?)

Toll, ohne afrikanische Beteiligung! Glauben Sie ernsthaft, Entwicklungsarbeit funktioniert von oben herab, das wissende Europa und das unmündige Afrika?

Noch zynischer ist das Programm StarthilfePlus von 2017. Für Menschen aus Syrien, Afghanistan, Iran, Irak, Eritrea und Somalia besteht die Möglichkeit, ihre Menschenrechte gegen Geld zu verkaufen. Es ist schon verdammt bitter, dass unser Öl unter deren Erde fließt.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Zwischen Krieg und unserem Konsum besteht der größtmögliche Zusammenhang.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Fahren Sie eigentlich auch Auto?)

Und wir als Parlament, die Landesregierung, können Folgendes unternehmen:

- Einflussnahme über die FachministerInnen- und MinisterpräsidentInnenkonferenz,
- Einflussnahme über den Bundesrat,
- Erarbeitung von Kriterien für die Beschaffung von Produkten in den Behörden und nachgeordneten Einrichtungen,
- gemeinsam mit dem Eine-Welt-Landesnetzwerk langfristige Bildungskonzepte für Schulen entwickeln,

– Aufklärung über Fluchtursachen.

Wir sind gespannt, welche Argumente Sie uns in der Aussprache liefern. Seien Sie gespannt, was wir später noch zu sagen haben! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Sebastian Ehlers, CDU: Das ist ja
nicht mehr zu toppen. Das kann
ja nur besser werden.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erster hat für die Landesregierung das Wort der Minister für Inneres und Europa.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Liebe Kollegin Larisch! Es fällt schon schwer, nach so einer Rede wieder sachliche Ausführungen

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Sebastian Ehlers, CDU)

zu der in der Tat sehr komplexen Thematik zu machen. Das Thema Fluchtursachen,

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Das war zur Sache!)

das Thema Fluchtursachen ist wirklich so breit, dass ich mich frage, wie Sie es geschafft haben, das Thema im Kern auf nur einen Teilaspekt zu konzentrieren. Ein Feld, so breit, dass wir uns als Innenminister regelmäßig die Haare raufen dürfen, trotz nicht vorhandener Zuständigkeit am Ende dann doch die Symptome bekämpfen zu müssen. Entwicklungszusammenarbeit, Außenwirtschaft und so weiter und so fort werden bekanntermaßen durch andere Stellen bearbeitet. Also lassen Sie mich an dieser Stelle auf das konzentrieren, was ich aus europäischer Sicht, was wir als Landesregierung aus europäischer Sicht zu diesem Thema beisteuern können.

Grundsätzlich möchte ich aber eine persönliche Bemerkung voranstellen. Das Agieren internationaler, auch nationaler Konzerne ist nur ein Teilaspekt einer riesigen Gesamtproblematik. Der pauschale Vorwurf in Richtung westlicher Konzerne greift viel zu kurz und verkennt außerdem total die Ausbeutung durch chinesische, durch russische, aber auch durch amerikanische Unternehmen in Afrika.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Im Übrigen entscheiden gerade auch die Verbraucher über ihr Verhalten mit, dass „Fairtrade“, „bio“ und „local“ gehandelt und gewirtschaftet wird. Was Unternehmen sicherlich nicht sind, sind Nichtregierungsorganisationen mit einem humanitären Auftrag. Das sind Unternehmen nicht! Das mag hart formuliert sein, entspricht aber letztendlich den Tatsachen. Das kann Ihnen passen oder nicht passen, das ist aber die Realität.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Kapitalismus.)

Ansonsten kann ich nur sagen, und das werden Sie genauso gut wissen, dass es über das Agieren von Konzernen hinaus natürlich noch zahlreiche andere Fluchtursachen gibt: knappe Ressourcen oder zu viele wertvolle Ressourcen, Klimawandel, Gewalt oder unfairer Handel, aber auch Verfolgung und Diskriminierung, religiöse Konflikte und, und, und. Deshalb war ich beim Lesen Ihres Antrages auch ziemlich erstaunt, dass dessen Kern (böse Konzerne) ziemlich wenig mit der fulminanten Überschrift „Fluchtursachen bekämpfen“ zu tun hat. Sie arbeiten sich hier einseitig an einem Teilaspekt der Gesamtproblematik ab und suchen wie immer die Ursache allen Übels wahlweise im Westen, in Deutschland oder beim bösen Kapitalismus. Das ist schon eine Denkweise, die Ihnen sehr eigen ist. Aber Sie haben ja selbst beim Einfall der Russen auf der Krim die Schuld beim Westen gesucht.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Einfall!)

Insofern sollte mich die Einseitigkeit Ihres Antrages in der Frage auch nicht besonders überraschen.

Meine Damen und Herren, ich sehe eine ganz große Grundproblematik bei diesem gesamten Themenkomplex. Obwohl wir oft bereits Monate im Voraus wissen, dass in Ländern wie dem Jemen, Nigeria und anderen humanitäre Katastrophen drohen, wird nicht agiert, sondern erst reagiert, nachdem in den Abendnachrichten die Bilder von unterernährten Kindern und andere schreckliche Bilder gezeigt werden. Auch vor den großen Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 haben die UN ausdrücklich davor gewarnt, dass genau so etwas bevorsteht. Getan wurde wenig bis nichts und heute sind so viele Menschen wie noch nie auf der Flucht. In Ländern wie dem Libanon sind bis zu einem Viertel aller Menschen Flüchtlinge.

Der Libanon ist vielleicht auch ein gutes Beispiel, einmal konkret auf den Punkt zu bringen, wie sich die Grundproblematik äußert. Anfang 2015 bin ich im Bekaa-Tal unweit von Aleppo in den Libanon gereist, um mich vor Ort über die Situation der aus Syrien geflüchteten Menschen zu überzeugen. Es war erschreckend zu sehen, wie trotz der Hilfe einer Organisation mit humanitärem Auftrag, dem UNHCR, Menschenmassen in teils selbst aus Plastikplanen zusammengeschusterten Zelten gehaust hatten, für die sie selbst noch Miete zahlen mussten. Die Schicksale dieser Menschen sind dort unstrittig furchtbar. So habe ich unter den Flüchtlingen auch eine Familie getroffen, die kurz zuvor Drillinge zur Welt gebracht hatte, von denen aber bereits zum Zeitpunkt unseres Gespräches eins gestorben war. Besonders hat mich beeindruckt, dass trotz all dem Leid, das diese Familie durchgemacht hat, sie sich nichts sehnlicher wünschten, als nach dem Krieg nach Syrien zurückzukehren. Das wünschen sich nahezu alle Flüchtlinge in den Lagern.

Und doch haben sich wenige Monate später so unendlich viele Syrier auf den Weg nach Europa gemacht. Warum? Weil in den Lagern die Not auch immer größer wurde. Die Leiterin der UNHCR-Mission vor Ort hat mir schon damals gesagt, dass allein durch die angekündigten Mittelkürzungen der USA die Mittel pro Flüchtling von knapp 13 Dollar auf 9 Dollar zurückgehen werden. Auch Deutschland und andere haben ihre Mittel gekürzt. Bereits Ende 2014 hat das Welternährungsprogramm dringend zu Spenden aufgerufen. Statt zu reagieren, haben alle EU-Länder mit der Ausnahme der Niederlande die

Zahlungen in das Welternährungsprogramm 2015 heruntergefahren. Deutschland fuhr die Hilfe von 301 Millionen auf 143 Millionen herunter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Siehste!)

Ungarn, Estland, Griechenland, Portugal oder die Slowakei haben gar keinen Cent gezahlt.

An der Stelle sei mir erlaubt, wenn man schon sehr unterschiedlicher Auffassung in Ungarn sein kann über das Verhalten, was die Flüchtlingsaufnahme betrifft, aber bei der Flüchtlingshilfe auch gar keinen Cent zu zahlen, dann muss sich die EU wirklich fragen, ob solche Länder noch Empfänger von Geldern aus der Europäischen Union sein dürfen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Die Warnungen der UN und anderen, die Leute können nicht versorgt werden und würden sich irgendwann auf den Weg nach Europa machen, waren allorts da, auch bei uns in Deutschland. Und nur wenige Monate später, nach der Reise ins Bekaa-Tal, trat dann auch genau das ein, wovor lange im Voraus immer gewarnt wurde.

Meine Damen und Herren, Geld kann wahrlich nicht alles regeln. Dafür sind die Fluchtursachen – und das habe ich eingangs bereits erwähnt – viel zu vielfältig. Aber zumindest kann mit Geld dafür gesorgt werden, dass Aktion statt Reaktion möglich ist und diejenigen, die auf der Flucht sind, vernünftig versorgt werden. Es bedarf eines weltweiten Krisenfonds bei den UN, der entsprechend der Wirtschaftskraft der Länder finanziert wird. 10 Milliarden Dollar pro Jahr würden erst einmal reichen, um zumindest die Notversorgung in solchen Krisen und das Überleben der Menschen sicherzustellen. Im besten Fall sorgt Geld auch dafür, dass nachhaltige Strukturen aufgebaut werden, den Menschen Perspektiven zu geben. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung fördert beispielsweise Projekte, um Kleinunternehmen bei der Verwirklichung ihrer Unternehmensideen zu helfen. Aber all das sind immer noch Tropfen auf den heißen Stein und sie dürfen vor allem nicht an anderen Stellen durch eigene Politik konterkariert werden, beispielsweise auf dem Feld der Agrarmarktpolitik. Die EU hat in den Jahren 2015 bis 2017 insgesamt 17,7 Milliarden aus dem EU-Haushalt für die Bewältigung der Migrationskrise bereitgestellt. Damit werden 10,3 Milliarden Euro außerhalb der EU eingesetzt, einschließlich 2,7 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe, 600 Millionen Euro für den Treuhandfonds für Syrien und 2,4 Milliarden Euro für den Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika.

Die EU leistet auch in Ländern außerhalb der EU, wie dem Irak, Jordanien, dem Libanon, der Türkei, humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Migranten. Um den von der Türkei aufgenommenen Flüchtlingen zu helfen, haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten bereits mehr als 2 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe wie auch für andere Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Die EU ist auch einer der größten Geldgeber im Rahmen der internationalen Anstrengungen zur Bewältigung der Krise in Syrien und hat bereits mehr als 9 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe bereitgestellt.

In der mittelfristigen Finanzplanung für die EU-Außen- und Entwicklungspolitik sieht die EU nunmehr zusätzlich 1 Milliarde Euro mehr pro Jahr vor. Aber auch hier be-

zweifeln Experten, dass das in der Gesamtschau reichen wird. Der Bundesentwicklungshilfeminister warnt im Übrigen, dass die EU und seine Mitgliedsstaaten Afrika endlich als Jahrhundertaufgabe begreifen müssen. Es braucht eine ernst gemeinte europäische Afrikaoffensive, für die der Bundesentwicklungshilfeminister mit seinem Marshallplan mit Afrika ein Konzept vorgelegt hat. Es bleibt viel zu tun für eine kohärente ganzheitliche Entwicklungspolitik, die über Lippenbekenntnisse und reine Geldtransfers hinausgeht.

Wenn ich mir allerdings aktuell ansehe, wie wir trotz europäischer Probleme zunehmend in nationales Denken zurückfallen, bin ich offen gestanden eher skeptisch. Was diese Unterstützung aber nicht einschränkt, ist natürlich, dass wir als europäische Staaten die Verpflichtung des Schützens der Außengrenze haben, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass diejenigen, die verfolgt sind, hier aufgenommen werden können, aber diejenigen, die als Wirtschaftsflüchtlinge kommen, auch dementsprechend nicht in die Länder einreisen können. Das sind nun mal unterschiedliche Auffassungen. Ich weiß, da hat DIE LINKE eine andere Auffassung. Wir haben da auch eine andere Auffassung.

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Das ist Demokratie.)

Als Innenminister habe ich mit meinen Kollegen das Recht und das Gesetz einzuhalten. Deswegen werden wir da dementsprechend alles dafür tun, dass geltendes Recht auch in Zukunft umgesetzt wird und weiter eingehalten wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrtes Präsidium!

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ich habe Ihre Äußerung nicht verstanden, Herr Ehlers.

(Torsten Renz, CDU: Wir gehen
von einem sachlichen Beitrag aus.)

Selbstverständlich.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das Thema Fluchtursachen ist komplex, wirkt sich aber zugleich massiv auf unsere Zukunft aus. Das hier heute eingebrachte Anliegen der LINKEN hat also eine Berechtigung, greift aber angesichts der Dimension, vor der wir stehen, einen kleinen, für Mecklenburg-Vorpommern kaum zutreffenden Aspekt heraus, der die ganze Tragweite des Problems völlig verdrängt.

Wenn wir uns klarwerden, warum die Migrationskrise den Grenzschutz in Europa in Dauerattem hält, dann kommen wir nicht an der Frage nach dem Bevölke-

rungswachstum in Afrika und Nahost vorbei. Wir können auch nicht die Frage der ökonomischen Ungleichheit durch die Industrialisierungsprozesse außer Acht lassen. Nach mittleren UN-Schätzungen der zukünftigen Bevölkerungszahlen wird sich die afrikanische Population innerhalb des laufenden Jahrhunderts von 1,2 Milliarden auf 4,4 Milliarden Menschen fast verdreifachen. Die Bevölkerung in Afrika wächst damit jedes Jahr um drei Prozent. Das sind 30 Millionen Menschen, die einen unglaublichen gesellschaftlichen Druck in diesen Ländern hervorrufen. Es ist diese Stresssituation in vielen Ländern, die absehbar einen Migrationsdruck ungeahnten Ausmaßes für Europa produzieren wird.

Warum spreche ich von Stress? Dem Soziologen Rolf Peter Sieferle zufolge war es, und ich zitiere, „die Zunahme des relativen Wohlstands, die in den letzten Jahren eine Massenmigration eingeleitet hat. Zuvor waren es eher die Angehörigen der (gut ausgebildeten) Eliten, die in die Industrieländer migriert sind, jetzt ist es tendenziell jeder, der sich ein Mobiltelefon leisten kann.“ Zitatende.

Ein entscheidender Faktor ist die wirtschaftliche Transformation von nur schwach entwickelten Regionen auf der Welt. Liebe LINKE, da sollten wir uns unaufgeregt über Globalisierungskritik austauschen. Und ja, die globale Lage ist mehr als bedenklich. Es ist die dort stattfindende Industrialisierung, die immer mehr Gewinner und Verlierer in einer schnell wachsenden Bevölkerung schafft. Gerade dies baut den Druck bei vor allem jungen Männern auf, der sich im Spannungsfeld von Erwartungen und Befriedigung von Erwartungen widerspiegelt. Jede an sich simple, aber zutreffende Überlegung für wachsende Unzufriedenheit führt entweder in die direkte Wirtschaftsmigration oder zu innerstaatlichen Konflikten, also zu Bürgerkriegsflucht. Besonders dieser Hintergrund ist hoch problematisch, weil er zeigt, dass die Entwicklungshilfe in stark wachsenden Gesellschaften die Erwartungen der Menschen bestätigt und so neue Konflikte erzeugen kann – was aus der Sicht der AfD aber nicht heißen soll, dass keine Entwicklungshilfe mehr geleistet werden darf. Diese muss aber immer am gesellschaftlichen Output vor Ort gemessen werden.

Natürlich ist es verständlich, dass aufgrund dieser Perspektiven viele junge Leute versuchen, in Europa eine Zuflucht zu finden. Doch das ist problematisch, wie ein Blick in unsere Großstädte zeigt,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD: Jawohl!)

denn diese Menschen treffen hier in Deutschland auf ein Land, das als eine komplexe arbeitsteilige Gesellschaft mit hoher Bevölkerungsdichte aufwartet. Es fehlen dann sowohl bildungstechnische als auch kulturelle Voraussetzungen, um in einer auf Spezialisierung und kapitalistischer Effizienzmaschinerie aufgebauten Gesellschaft zurechtzukommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Viele in Europa angekommene Migranten werden bei uns zwar nicht ökonomisch, aber gesellschaftlich einen sozialen Abstieg erleiden.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Dies fördert wiederum die Ernüchterung, dies wiederum erzeugt Hass und Radikalisierung.

Meine Damen und Herren, nach diesem fast etwas theoretischen Beitrag bleibt zu hoffen, dass wir in der heutigen Debatte nicht mit Schaum vorm Mund diskutieren, sondern uns alle fragen, ob und wie Mecklenburg-Vorpommern einen Beitrag leisten kann, damit Fluchtursachen bekämpft werden können, denn das werden Ihnen Ihre Bürger danken. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Julitz.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Lesen des Antrages dachte ich mir noch, dass das nicht ganz einfach wird, dass der Gedanke im Grunde ein guter ist und nur ein Strohalm. Nach der Einbringung sehe ich das jetzt ein bisschen anders.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich arbeite mich mal an den einzelnen Punkten ab:

Natürlich begrüßen wir die Initiativen der Landesregierung zur Ansiedlung der Wirtschaft unter Punkt I.

Bevor ich zu Punkt II komme, vielleicht noch etwas Generelles. Weltweit waren 2017 rund 68 Millionen Menschen auf der Flucht. Das ist im fünften Jahr in Folge ein trauriger Rekord. Als Hauptgrund für Flucht wird nach wie vor Krieg, Gewalt und Verfolgung angegeben. 85 Prozent der Menschen finden Zuflucht in benachbarten Entwicklungsländern. Die allermeisten kommen eben nicht nach Europa, und die, die nach Europa kommen, sind zum Großteil Syrer. Syrien ist kein Land, das irgendwie zurückliegt, sondern hoch entwickelt, zum Teil höher entwickelt als bei uns. Also insofern, das war eben nix. Gründe für Flucht sind weiterhin auch Hungersnot, fehlende Ressourcen, Naturkatastrophen und so weiter.

Insofern meine erste Kritik an der Überschrift. Auch der Minister ist eben darauf eingegangen, die Überschrift hätte durchaus präziser aussehen müssen und in der vorliegenden Form wird nicht klar, was der Antrag eigentlich möchte. Auch in der Einbringung wurde nicht klar, wo wir in der komplexen Frage von Fluchtursachenbekämpfung mit dem Antrag hinwollen. Gesprochen haben Sie vor allem über Rüstungsexporte. Im Antrag geht es ausschließlich um das Agieren von Konzernen.

Ich komme zu Punkt II, bei dem es schon etwas schwieriger wird. Ich gebe Ihnen recht, dass es tatsächlich durch unterschiedlichstes Agieren von Unternehmen zur Verstärkung oder Entstehung von Fluchtursachen kommt. Und auch bei Ihren Beispielen in Ihrem Antrag bin ich ganz bei Ihnen. Allerdings ist die Einschätzung, wann ein Konzern zu eben diesen gehört, etwas vielschichtiger. Wer macht diese Einschätzung? Wer maßt sich an, darüber zu urteilen? Gerade der Schweizer Konzern Nestlé steht mit seinen mehr als 2.000 Produkten in 194 Ländern auf allen Kontinenten ganz häufig in der Kritik. Eine der Haupteinnahmequellen ist abgefülltes Wasser, ganz häufig aus Ländern, in denen Dürrekatastrophen auf der Tagesordnung stehen – günstig produziert, unverständlich. Wasserausbeutung, Abholzung der Regenwälder, verunreinigte Babynahrung, Tierversuche sind noch nicht alle Skandale, über die man in den letzten Jahren in den Schlagzeilen lesen konnte.

(Thomas Krüger, SPD: So ist das.)

Verschiedenste Berichterstattungen zeigen, dass diese Kritiken nicht unberechtigt sind. Trotzdem ist es schwierig, eine Einschätzung von Konzernen in „gut“ und „böse“ vorzunehmen. Das ist also meine zweite Kritik.

Ich komme zu Punkt III: Die Unterstützung der Landesregierung von Initiativen unter Punkt III.1 sehen wir zum Beispiel beim Promotor*innen-Programm des Eine-Welt-Netzwerkes in M-V, die eben genau über diese Ursachen aufklären.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Genau.)

Die Staatskanzlei unterstützt dabei. Mehr geht bestimmt immer, aber wenn wir schon von unserer Dartscheibe heute gesprochen haben: Machen wir schon.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Genau.)

Unter Punkt III.2 sollen nun Kriterien für die Beschaffung von Produkten in den Ministerien und Landesbehörden erarbeitet werden, die geeignet sind, Fluchtursachen entgegenzuwirken. Für diesen Punkt hätte ich mir eine Begründung gewünscht, die ich auch in der Einbringung nicht gehört habe. Stattdessen sagten Sie sogar, dass der Boykott von Produkten dieser Konzerne keine Lösung ist. Was also soll dieser Punkt uns sagen?

Ich habe mich Folgendes gefragt: Ist M-V tatsächlich in der Lage, mit der Entscheidung, zum Beispiel keine Produkte von Konzernen wie den genannten zu beziehen, Druck auf diese Konzerne auszuüben und damit eine Veränderung zu erreichen? M-V könnte maximal eine Vorbildfunktion übernehmen. Diese Frage muss meiner Ansicht nach allerdings auf europäischer Ebene gelöst und diskutiert werden.

Ein Blick auf die Homepage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zeigt leider, dass nicht einmal dort explizit auf dieses Thema eingegangen wird. Insofern sollten wir lieber schauen, welche besseren Möglichkeiten für uns zur Verfügung stehen. Die Verbindung der Ansiedlung von Konzernen in M-V und der schwierigen Frage der Behebung von Fluchtursachen hier in den Kontext zu stellen, halten wir für nicht zielführend. Wir lehnen Ihren Antrag daher ab. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der BMV hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die BMV-Fraktion wird den Antrag ablehnen. Als ich vor zwei Wochen diesen Antrag in den Händen hielt – nach der Antragsfrist bekommen wir ja immer den Stapel mit allen Anträgen –, dachte ich erst, die Seite 2 würde fehlen. Ich habe überlegt, ob die Gründe irgendwie noch mal kommen, aber so, wie sich herausgestellt hat, sollte der Antrag ohne Gründe bleiben.

(Torsten Renz, CDU: Überraschungseffekt.)

Es war wohl so geplant vom Antragsteller,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

sodass ich mich ganz entspannt heute hier hingesezt habe und dachte, ich höre mir jetzt mal die mündliche Begründung an. Das ist ja nicht verboten, obwohl man vielleicht überlegen müsste bei der Geschäftsordnungsänderung, ob man nicht wenigstens eine kurze Begründung verlangt für einen Antrag, weil es auch ein ziemlicher Rundumschlag ist.

Ich habe Ihnen also jetzt, Frau Larisch, gelauscht bei der Begründung und habe so Sätze gehört wie „Roma haben in Serbien keine Rechte“, „Warlords beherrschen die Welt“

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

oder „Menschenrechte werden gegen Geld verkauft“ und so weiter und so fort. Viele plakative Sprüche, die nicht überzeugen, sage ich mal. Das sind so lauter emotionale Sprüche, das ist keine sachliche Argumentation, also Ihre Einbringung. Sie sind noch mal dran, vielleicht kommt ja noch was, aber bisher gab es überhaupt keine Begründung für diesen Antrag.

Ich bin Frau Julitz, meiner Vorrednerin, dankbar, die die Erste überhaupt in dieser Debatte ist, die auch mal was zum Antrag selber gesagt hat. Gut, da hat sie mir dann leider schon ein bisschen weggenommen. Ich möchte daher nur kurz auf den Antrag selber eingehen und hier keine Rede wie vor der UNO-Vollversammlung halten.

(Beifall Bernhard Wildt, BMV)

Zum Antrag: Zu Punkt I wäre es mal schön gewesen – aber vielleicht machen Sie es ja noch –, Sie sagen, es werden Initiativen der Landesregierung begrüßt und so weiter und so fort, die Prinzipien guter Arbeit, da würde sich anbieten, wenn Sie noch sagen, um welche Initiativen es sich dabei handelt. Frau Julitz nannte, glaube ich, zwei oder drei. Und was sind Ihrer Meinung nach „Prinzipien guter Arbeit“? Vielleicht erklären Sie uns das noch.

Bei Nummer II verurteilen Sie pauschal internationale Konzerne, durch die hier „weltweit Fluchtursachen hervorgerufen ... werden“. Das ist natürlich in dieser Pauschalität auch falsch und auf jeden Fall nicht überzeugend. Dann nennen Sie konkrete Konzerne, ohne aber genau zu sagen, warum Sie jetzt hier die beiden Konzerne genannt haben, bezüglich Wasserausbeutung und Abholzung. Auch das müsste eigentlich noch mal näher begründet werden.

Und abschließend, zu Punkt Nummer III fehlt auch die Begründung, welche Initiativen hier ergriffen werden sollen. Was soll eigentlich passieren? Welche Initiativen sollen unterstützt werden? Also wenn ich jetzt Regierung wäre, der Antrag würde durchgehen, würde ich nicht so genau wissen, was soll ich jetzt eigentlich machen. Und wer soll eigentlich über Fluchtursachen aufgeklärt werden? Das haben Sie auch nicht gesagt. Abschließend b), „Kriterien“ sollen hier geschaffen werden, da müssten Sie sagen, welche Kriterien sollen dann hier überhaupt genannt werden, um dem Antrag ein bisschen Substanz zu geben, sodass insgesamt der Antrag eigentlich ein Nichtantrag ist. Er ist schlichtweg nicht zustimmungsfähig. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst mal möchte ich meinen Dank aussprechen an die Fraktion DIE LINKE,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Hui!)

dass Sie den Antrag vorgezogen haben.

(Beifall Thomas Krüger, SPD,
Jens-Holger Schneider, AfD,
und Ralf Borschke, BMV)

Besser wäre es aber gewesen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie hätten den Antrag zurückgezogen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und BMV)

Und, sehr geehrte Frau Larisch, ich muss Sie auch bei diesem Antrag mal etwas persönlicher ansprechen, weil ich nicht genau weiß, ob das überhaupt die Position der Fraktion ist. Sie werden das sicherlich gleich bekunden, dass es so ist.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Das ist unser Antrag!)

Aber gestatten Sie mir die Vorbemerkung,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

auch ich stehe für scharfe Auseinandersetzungen, aber Ihr Auftreten und Ihr Redebeitrag, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir heute eine Diskussion hatten zum Thema „Podiumsdiskussion, Schulausstellung an der Freien Schule in Güstrow“, bei einer Zusammensetzung im Podium durch den Schulleiter, durch Sie und durch einen Vertreter vom VVN, da kann ich nur empfehlen,

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

dass Veranstalter es immer gewährleisten, dass zum Beispiel auch ein Vertreter der CDU, der SPD oder auch von einer anderen Fraktion anwesend ist,

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD:
Das war doch unser Thema!
Das war doch unser Thema!)

weil die Schärfe,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

die Sie hier reinbringen in die politische Auseinandersetzung, die bedarf immer einer Gegenrede.

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist das.)

Insofern ist es wiederum gut, dass dieser Antrag hier auf der Tagesordnung steht.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Dann bin ich Frau Julitz ja fast zu Dank verpflichtet, dass Sie sich dieser Herkulesaufgabe gestellt hat,

(Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD)

und auch Herr Manthei hat es versucht,

(Heiterkeit bei Marc Reinhardt, CDU:
Aber nur versucht.)

diesen Antrag zu einem Antrag zu machen, um zu versuchen, inhaltlich über einen Antrag zu reden, weil auch Ihre Einbringungsrede hatte mit diesem Antrag nichts zu tun. Sie haben ja schon an dem Spagat der Kollegen gemerkt, dass es im Prinzip, was Logik betrifft, nicht mal theoretisch möglich ist, diesen Antrag im Zusammenhang zu erkennen, zu bewerten. Es ist im Prinzip nicht möglich. Wenn Sie mit diesem Antrag als Fraktion die Zielstellung verfolgen, sich als Globalisierungsgegner darzustellen, dann machen Sie das doch das nächste Mal vor meiner Aussprache, dass wir nicht kryptisch versuchen müssen, hier etwas herauszulesen, was möglicherweise beschlussfähig ist oder nicht,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

weil es ist nicht die Aufgabe des Landtages, dieser Fraktion durch Redebeiträge herauszuarbeiten, dass wir hier substanziell etwas vorliegen haben, weil es einfach nicht so ist. Wenn man so einen Antrag bewerten will, da sage ich immer wieder, dann kriegen Sie aus einem Ackergaul auch kein Rennpferd mehr hin.

(Heiterkeit und Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU, AfD
und Ralf Borschke, BMV)

Das kann man einfach nur ablehnen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Insofern bin ich einfach beruhigt, dass ich nicht der Einzige bin, der nach gefühlten zehn Tagen sozusagen nicht so richtig in der Lage war, zu erkennen, was Sie hier wollen. Deswegen glaube ich, dass Sie nichts anderes wollen – als Person oder möglicherweise als Fraktion, das wird sich ja noch zeigen, vielleicht im zweiten Redebeitrag –, als hier so eine Art Klassenkampf in diesen Landtag zu bringen,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD:
Ja. Ja, genau.)

unter dem Motto: „Wir sind die Globalisierungskritiker.“

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Sebastian Ehlers, CDU)

Wenn ich Ihre Parteitage verfolge,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

weiß ich auch gar nicht, für welchen Flügel Sie überhaupt sprechen. Bringen Sie hier Positionen von Frau Kippig

(Zuruf aus dem Plenum: Kipping!)

oder bringen Sie hier Positionen von Frau Wagenknecht?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das eint uns, Herr Renz. Können
Sie gerne mal reinschauen.)

Vielleicht haben Sie ja noch einen zweiten Redner, der die Wagenknecht-Position hier vorträgt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich finde, das gehört in diesen Landtag in dieser Form nicht her.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Doch, das ist ganz klar
Fluchtursachenbekämpfung.)

Und wenn ich Ihre Politik als Partei etwas genauer analysiere, dann glaube ich, dass im Prinzip das Ganze, was Sie hier vortragen, eine Widersprüchlichkeit hat, die schon fast nicht mehr zu übertreffen ist.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Guckt mal in euren Antrag!)

Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, für mich geht diese Widersprüchlichkeit bei dem gehörten Redebeitrag sogar noch einen Schritt weiter, es ist nämlich scheinheilig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wenn Sie nicht in Regierungsverantwortung sind, so wie hier, aber in Thüringen in Regierungsverantwortung sind, oder auch wie vor ein paar Jahren mit Ihrer Oberbürgermeisterin in der Stadt Schwerin, wenn Sie dann verantwortliche Politik machen sollen, ist es immer ganz leicht, wenn ich an gestern zurückdenke und Herrn Foerstes Thematik mit den befristeten Arbeitsverträgen nehme, wenn Sie selbst dran sind und verantwortliche Politik machen müssen, wie es Frau Gramkow ja hier gemacht hat, und sich der Realität stellen müssen,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

wenn es nämlich darum geht –

(Jens-Holger Schneider, AfD: 40 Jahre DDR.)

Sie mit Ihrem Antrag greifen sich zwei Konzerne raus, der eine ist Nestlé –, und wenn dann Frau Gramkow im Jahre 2012 verkündet, was für große Erfolge sie erreicht hat bei der Ansiedlung von Nestlé

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

in Zusammenarbeit mit der Landesregierung, glaube ich, das, was wir hier erleben, ist scheinheilig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD –
Marc Reinhardt, CDU: Jawoll!)

Vielleicht ist Ihnen das persönlich auch nicht bekannt, deswegen will ich das ganz gerne noch mal zitieren, Pressemitteilung der Stadt Schwerin von Frau Gramkow: „Die Ansiedlung ist das Resultat der ergebnisorientierten Wirtschaftsförderung von Land und Stadt. Unsere kontinuierliche und beharrliche Arbeit hat sich ausgezahlt. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Wirtschaftsförderung, die jahrelang auf diesen Erfolg hingearbeitet haben. Ich hoffe, dass die Nestlé-Ansiedlung Signalwirkung hat und wir gemeinsam mit der

Wirtschaftsfördergesellschaft des Landes weiteren Firmen den Geschmack auf Investitionen in Schwerin versüßen können.“

(Sebastian Ehlers, CDU: Hört, hört!)

Das heißt übersetzt, Frau Gramkow – und davon können wir alle ausgehen,

(Marc Reinhardt, CDU:
Die war Fraktionsvorsitzende.)

ich habe Frau Gramkow aufgrund ihrer Arbeit hier schätzen gelernt – ist wirklich eine LINKE, aber sie ist definitiv keine extreme LINKE. Und wenn die linke Frau Gramkow sich inhaltlich so einsetzt für die Schaffung von Arbeitsplätzen, dass Sie dann als Fraktion eine Debatte in dieser Art und Weise, insbesondere, was die Einbringung betrifft, hier vom Zaun reißen, das führt eigentlich eher zur Sprachlosigkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich bin ja, wie gesagt, auch unsicher, ob Sie als Person gesprochen haben, aber wenn ich jetzt noch den Kreisverband Schwerin nehme, der über ein „Offenes Blatt“, über eine mehrseitige Zeitung seine Erfolge vermeldet – das ist ja auch richtig so – und im Prinzip signalisiert, das, was sie hier gemacht haben im Zusammenhang mit Nestlé, ist Chefsache, dann will ich noch mal ein Zitat von Frau Gramkow zum Besten geben: „Wir beweisen, dass mit langem Atem und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Unterstützung durch das Land auch eine linke Oberbürgermeisterin wirtschaftliche Ansiedlungen befördern kann. Dies macht mich stolz!“ Und das ist diese Widersprüchlichkeit von Regierungsverantwortung und Opposition – das kann ich gut akzeptieren und damit umgehen –, aber alles andere, was ich bisher dargestellt habe und erlebt habe, hat mich zu einem anderen Schluss geführt.

Und wenn ich ein zweites Beispiel anführen darf: Wir als CDU-Fraktion haben am 22. Juni unseren herzlichen Glückwunsch zum Ausdruck gebracht zum Thema Werft Wolgast, 70 Jahre Peene-Werft Wolgast. Es ist schon erstaunlich, dass DIE LINKE Wolgast unseren Beitrag – also vom politischen Mitwettbewerber, der sozusagen in der Gunst der LINKEN nicht ganz oben steht –, dass Ihre Parteigenossen der LINKEN unseren Beitrag teilen und auch noch kommentieren, nämlich kommentieren mit den Worten: Genau so! Ich hoffe, dass es auch DIE LINKE so sieht. Schönes Wochenende!

(Heiterkeit und Beifall
vonseiten der Fraktion der CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Dass Sie dann entsprechend auch noch auf die Posts

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

der eigenen Partei dort geantwortet haben, denn DIE LINKE Wolgast hat auch noch einen eigenen Post

(Sebastian Ehlers, CDU: Da ist was los, du!)

gegen Abend losgelassen und insbesondere zum Ausdruck gebracht, viel Erfolg weiterhin, meine Unterstüt-

zung haben Sie, die Mitarbeiter und die Geschäftsführung.

Wenn es aber tatsächlich darum geht, auch noch zwei, drei Gedanken zu äußern, was den angedachten inhaltlichen Teil hier vielleicht betrifft, dann, glaube ich schon, hat der Minister Caffier sehr deutlich dargestellt, dass es ein kleines Mosaiksteinchen ist aus einem großen Paket, was man diskutieren muss. Deswegen, glaube ich, ist das richtig, was die Bundesregierung gemacht hat, nämlich in den Koalitionsvertrag diese Thematik aufzunehmen unter der Überschrift: „Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge.“

Und dann haben Sie eben die vielen Punkte, die zu diesem Thema Flucht gehören, ich will nur mal exemplarisch zwei, drei nennen: verstärkten Klimaschutz, faire Handels- und Landwirtschaftspolitik und so weiter, aber auch die Rüstungspolitik. Wenn diese Punkte aufgezählt sind und im Koalitionsvertrag eindeutig vereinbart wird, wir werden eine Kommission „Fluchtursachen“ im deutschen Bundestag einrichten,

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

die der Bundesregierung und dem Bundestag konkrete Vorschläge unterbreitet, dann glaube ich, das ist sachdienliche Politik ohne Schaum vorm Mund.

Wenn Sie möglicherweise gemeint haben, dass wir im Land etwas tun sollten, was das Thema Nachhaltigkeit betrifft, will ich darauf verweisen – vielleicht auch mit Blick auf die Zukunft, wenn es wieder um sachliche Auseinandersetzung geht –, es gibt von der Bundesregierung eine Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die sozusagen die Grundsubstanz liefert, was man möglicherweise in den Ländern tun kann, wie man das umsetzen kann. Da ist es tatsächlich so, dass elf Bundesländer das mit einem Programm umgesetzt haben und an einem Gesamtprogramm arbeiten, aber nicht einfach „Fluchtursachen, Punkt, das war's“, und das in Verbindung setzen mit der Generalkritik, die Sie hier abgelassen haben. Insofern danke, dass Sie mir zugehört haben.

Und, Frau Larisch, ich hoffe, Sie nehmen es nicht so persönlich. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer!

Frau Larisch ist noch da?

(Karen Larisch, DIE LINKE: Ja, ja.)

Ich meine es ernst, wenn ich sage, ich habe große Sympathie dafür, wenn jemand seine Sache mit Leidenschaft vertritt, und das haben Sie getan. Sie haben sogar als Hintergrund gesagt, dass Sie dieses Land, in dem Sie leben, lieben. Auch das finde ich sehr sympathisch. Aber es ist wirklich so, auch was Sie plakativ geschildert haben, da ist es richtig, das hat überall auch reale Hintergründe, über die man sehr viel reden könnte, also es ist

wirklich nur ein kleiner Ausschnitt im Bereich der Fluchtursachen und insofern kann ich mich ganz auf das beziehen, was der Minister dazu gesagt hat.

Ich bin jedenfalls sicher, liebe LINKE, dass Sie nicht ernsthaft daran glauben, mit diesem Antrag wirklich konkret etwas bewegen zu können. Die Änderung des Sortiments in unseren Kantinen hätte allenfalls eine symbolische Wirkung.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Immerhin!)

2017 stieg die Zahl derjenigen, die auf der Flucht sind, auf einen neuen Rekordwert von 68,5 Millionen Menschen. Dies wurde schon erwähnt. Damit mussten wir zum fünften Mal in Folge mit ansehen, wie ein neuer Rekordwert erreicht wurde. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Im Wesentlichen sind es Krieg, Armut und Unterdrückung. Oft reichen Ursachen weit in die Kolonialzeit zurück, wo von den Kolonialmächten ohne Rücksicht auf ethnische, religiöse und kulturelle Unterschiede Grenzen gezogen wurden. Ungerechte Handelsbeziehungen, Ausbeutung von Rohstoffen und nicht zuletzt Umweltzerstörung und Klimawandel kommen hinzu.

Unsere Welt erlebt eine zunehmende Unordnung. Die Welt ist insbesondere nicht so, wie wir sie uns aus europäischer Sicht wünschen. Daran wird sich auf absehbare Zeit auch nichts ändern. Das von den USA und anderen Staaten mit dem Irakkrieg begonnene Programm eines Regimewechsels hat einen desaströsen Flächenbrand ausgelöst und uns zerfallende Staatsstrukturen beschert, die zu Stellvertreterkriegen einladen. Auch die Intervention in Libyen sowie die westlich-türkische Außenpolitik im Syrienkonflikt haben eher zu einer Verschlimmerung der Lage beigetragen.

Das Elend der Welt, das Sie in Ihrem Antrag besonders ansprechen, finden wir vor allem in Afrika. Hier gibt es neben den Ländern, die von Krieg und Terror heimgesucht werden, Länder, die sich besser entwickelt haben, und andere, in denen trotz Wirtschaftshilfe keine nachhaltigen Fortschritte zu erkennen sind. Es ist naiv und realitätsfern zu glauben, wir seien kurz- oder mittelfristig in der Lage, die Ursachen für die Armutsmigration aus Afrika und anderen Ländern nachhaltig zu beseitigen. Im Gegenteil, der Bevölkerungszuwachs und der Klimawandel werden den Migrationsdruck in der Zukunft noch wesentlich erhöhen. Bis 2040 soll sich die Bevölkerung in Afrika verdoppelt haben. Bis ins Jahr 2100 soll nach Prognosen der UN eine Vervierfachung stattfinden. Von einer Geburtenkontrolle ist allerdings weit und breit keine Rede. Europa muss eine gezielte Entwicklungshilfe vor Ort leisten. Es gibt bereits Leuchtturmprojekte im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe, die belegen, dass dieser an sich reiche Kontinent nicht zwangsläufig im Elend untergehen muss. Jeder Euro, der vor Ort investiert wird, bringt langfristig im Vergleich weit mehr Hilfskraft als Sozialleistungen, die in Deutschland für Zuwanderer gezahlt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Rechtsphilosoph Reinhard Merkel brachte diese Fehlentwicklung Ende letzten Jahres in der FAZ auf den Punkt, indem er ausführte, Zitat anfang: „Zum moralischen Desaster wird die deutsche Migrationspolitik aber mit der nachgerade tragischen Fehlallokation ihrer Mittel: An die 300 Milliarden Euro werden die Aufnahme und die

Versorgung schon der bisher Zugewanderten in den nächsten zehn Jahren kosten. In den oft bitterarmen Ländern ihrer Herkunft wäre das Geld das Zehn- bis Fünfzigfache wert. Damit ließe sich das Elend der Menschen dort [...] in ungleich höherem Maße lindern als durch die Aufnahme und Versorgung jenes Bruchteils von ihnen, der es bis hierher geschafft hat.“ Zitatende.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Im Ergebnis führt die Kanzlerin ihre eigenen Bemühungen ad absurdum, wenn sie uns weismachen will, die Migration bei weiterhin offenen Grenzen durch eine Beseitigung der Fluchtursachen in den Griff zu bekommen. Zudem müssen wir uns eingestehen, dass an diesem Projekt bereits seit Jahrzehnten mit letztlich nur mäßigem Erfolg gearbeitet wird. Bisher hat niemand ein Rezept dafür geliefert, wie man überall auf der Erde erträgliche Lebensverhältnisse schafft, jedenfalls nicht in einigen Monaten oder Jahren.

Wir können auch nicht so tun, als ob das Wohl der Menschen in den afrikanischen Staaten nur von uns abhinge. Es hängt vor allem von den dort lebenden Menschen und deren Regierungen ab. Wir sind nicht in der Lage, afrikanische Politiker, die noch in ihrem Stammesdenken verwurzelt sind, zu einem gesamtverantwortlichen Staatsbewusstsein umzuerziehen.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir haben es bisher auch nicht zu verhindern vermocht, dass Hilfsgelder oft in die Taschen einer korrupten Elite fließen. Im Übrigen ist es so, dass die Migration bei einer Verbesserung der Situation zunächst einmal zunimmt, statt abnimmt. Für die Flucht braucht man nämlich erst einmal Mittel zur Bezahlung der Schleuser, die die wirklich arme Bevölkerung sich erst bei einer Besserung der Verhältnisse beschaffen kann.

Meine Damen und Herren, die Zauberformel von einer absehbaren Beseitigung der Fluchtursachen entpuppt sich bei näherem Hinsehen als eine Nebelkerze, um von der selbstverordneten Ohnmacht in Sachen illegaler Migration abzulenken. Die Beseitigung der Fluchtursachen ist eine Herkulesaufgabe, die nachhaltig nur in den betroffenen Ländern und über einen längeren Zeitraum gelingen kann. Eine Politik der offenen Grenzen hilft dabei niemandem.

Damit komme ich zu den Fluchtursachen, die hausgemacht sind und wo allein eine rasche und Erfolg versprechende Steuerung möglich ist, sofern der politische Wille dazu vorhanden ist. Ich versuche, in das Weltbild der LINKEN zu schlüpfen: Ihnen geht es bei der Migrationskrise nicht um unser Land, nicht um Deutsche oder Ausländer, sondern um Menschen, die alle ein Bleiberecht haben sollen. Ich begeben mich gedanklich in ein afrikanisches Dorf, wo die Menschen in bitterer Armut ohne eine Perspektive auf Besserung leben. Dann erzähle ich ihnen von unserem Land, von dem sie schon gehört haben, wie paradiesisch die Verhältnisse dort sein sollen. Dann erkläre ich ihnen, dass sie ihrem Elend entrinnen können, wenn sie an die deutsche Tür anklopfen und nur ein Wort sagen, das da lautet „Asyl“. Sie wissen bereits, dass die Reise dorthin mühsam und nur mithilfe von Schleppern möglich ist. Wenn sie das aber schaffen, dann ist ihnen ein Aufenthalt in Deutschland für mehrere Jahre sicher. Sie erhalten dort praktisch dieselben Leistungen wie ein

arbeitsloser Deutscher, der nach 30-jähriger Anstellung bei bescheidener Entlohnung nun länger arbeitslos ist. Sie werden ärztlich versorgt, erhalten Unterkunft und Verpflegung beziehungsweise so viel Geld, dass sie damit bescheiden und sorglos leben können. Ich erkläre ihnen weiter, dass sie für den Einlass in unser Land keine Papiere vorzeigen und ihre Identität nicht nachweisen müssen und dass es hilfreich ist, wenn sie angeben, aus einem Krisengebiet zu stammen. Dann zerstreue ich ihre Zweifel, dass es sich nicht um ein Märchen handelt, sondern um die offizielle Politik Deutschlands und seiner großen Kanzlerin Merkel und deren Willkommenskultur. Auch davon hatten sie schon gehört und sogar Bilder „Refugees welcome“ gesehen. Das ist vereinfacht das linksliberale Weltbild, für welches DIE LINKE streitet und das von SPD und CDU faktisch gestützt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Im Jahr 2017 sind annähernd 190.000 Zuwanderer neu nach Deutschland gekommen. Das ist fast die Bevölkerung von Rostock. Trotz aller politischer Bemühungen kommen mehr Migranten neu ins Land, als abgeschoben werden beziehungsweise das Land freiwillig verlassen. Dieser Fakt wird allerdings geschickt verschleiert, indem permanent nur von dem statistischen Rückgang der Flüchtlingszahlen gegenüber 2015/2016 die Rede ist, sodass der Eindruck vermittelt wird, es kämen nur noch wenige Migranten neu nach Deutschland.

Meine Damen und Herren, jeder verantwortungsvolle Politiker weiß, dass allzeit mit einer neuen Flüchtlingswelle in der Größenordnung von Hunderttausenden zu rechnen ist. Das überfordert Deutschland und Europa. Europa wird, wenn es sich nicht völlig verändern will, auf Dauer nichts anderes übrig bleiben, als seine Grenzen effektiv zu schützen, ob man dies nun Abschottung nennt oder nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Schafft Europa das nicht – und danach sieht es ja aus –, bleibt uns zur Verteidigung unserer kulturellen Identität nur der nationale Weg. Das ist keinesfalls unmenschlich oder unmoralisch, es ist ein Gebot des Selbstschutzes.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn wir das Problem allein moralisch betrachten, dann müssten wir im Grunde die ganz Armen, die das Geld für die Schleuser nicht aufbringen konnten, direkt in Afrika abholen. Und diejenigen, die das Geld hatten, die Schleuser zu bezahlen, und hier sind, haben keinen moralischen Vorsprung gegenüber den vielen Armen, die sich nicht auf den Weg machen konnten. Die von Seehofer zu Recht als Systemkrise bezeichnete Situation ist ohne eine Wende in der Asyl- und Migrationspolitik nicht in den Griff zu bekommen.

(Martina Tegtmeier, SPD:
Das ist morgen aber dran!)

Die besonderen Anreize für eine Migration in unserem Land gehören auf den Prüfstand. Das heißt als Erstes, dass das individuelle Grundrecht auf Asyl, das es in dieser Form nur in Deutschland gibt, abzuschaffen ist,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

genauso, wie es die CDU Anfang der 90er-Jahre vor ihrer Sozialdemokratisierung gefordert hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das bedeutet im Übrigen nicht, dass nicht weiterhin in Einzelfällen Asyl gewährt werden kann. Es bedeutet nur, dass sich vieles von dem, was sich dann anschließt, was dazu führt, dass sich die Asylbewerber jahrelang hier aufhalten können und bei ihnen Hoffnungen erzeugt werden, die sich nicht erfüllen lassen, dass das sich ändern kann oder ändern muss. Zu erwarten ist sonst, dass in Zukunft nicht wie bereits jetzt annähernd 400.000, sondern 1 Million oder mehr Verfahren bei den Verwaltungsgerichten auf ihre Erledigung warten.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das Asylrecht hat längst eine Zweckentfremdung als „Türöffner“ für illegale Migration erfahren, so die zutreffende Formulierung des früheren Verfassungsrichters Papier.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Davor kann doch niemand mit Verstand die Augen verschließen. Es versteht sich eigentlich auch von selbst, dass derjenige, der bereits abgewiesen und mit einem Wiedereinreiseverbot belegt wurde, bei erneuter Einreise an der Grenze zurückzuweisen ist. Die bisherige Praxis sieht anders aus, beziehungsweise seit ungefähr einer Woche, glaube ich, hat die Kanzlerin – aber qualvoll – eingelenkt in diesem Punkt. Genauso absurd ist es aber auch, für die freiwillige Ausreise damit zu werben, dass dann anders als bei der Abschiebung kein Einreiseverbot verhängt wird.

(Martina Tegtmeier, SPD: Sie reden
zum falschen Antrag, Herr Förster!)

Dies eröffnet die Möglichkeit, die finanzielle Belohnung für die Ausreise einzustreichen und es dann erneut zu versuchen, und das geschieht. Den größten Fluchtanreiz verkörpert die Kanzlerin, die mit ihrer Politik die massenhafte Migration nicht nur zugelassen, sondern befördert hat, und zwar ohne die europäischen Partner zu fragen, und die sich jetzt auf eine nicht zu erwartende europäische Lösung zurückzieht. Die Beseitigung dieses Fluchtanreizes ist inzwischen zu einer historischen Notwendigkeit geworden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Antrag der LINKEN ist zur Lösung des Problems absolut untauglich und deshalb abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Um das Wort gebeten hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nun nächstes Jahr 50 Jahre alt, und ja, ich bin das Kind und das Enkelkind von Flüchtlingen. Ich habe Elend persönlich gesehen, in Rumänien, in Serbien, in Armenien und in Bosni-

en. Glauben Sie mir, tatsächlich zu sehen, was Flucht, Vertreibung, Krieg und Hunger mit Menschen macht, das hat mich meine Eltern verstehen lassen.

Und, Herr Renz, in erster Linie ist meine Fraktion die Fraktion des Friedenskampfes und der Menschenrechte,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

da haben Sie recht.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Aber auch erst seit 1990, ne?)

Diese gelten uneingeschränkt für alle Menschen auf der Welt. Wir werden Menschen nicht gegeneinander ausspielen, nicht die Menschen in diesem Land und nicht die Menschen aus dem Ausland.

(Egbert Liskow, CDU: Das macht
ihr doch! Das macht ihr doch!)

Die Bekämpfung von Armut hier in unserem Land hat denselben Stellenwert, denn genau deshalb streiten wir für gute Arbeitsbedingungen, für Mindestlöhne und für Sozialstandards. Und ja, wir freuen uns über die Ansiedlung von Konzernen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das hindert uns aber nicht daran, auch den zweiten Schritt zu gehen, dieselben Standards auch im Ausland zu fordern. TRIGEMA macht es vor. Sie produzieren in Deutschland. Da Baumwolle hier nicht wächst, müssen sie diese aus Kasachstan holen. In Kasachstan bekommen die Angestellten der Firma TRIGEMA dieselben Löhne, dieselben Sozialstandards und dieselben Arbeitsbedingungen wie in Deutschland.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es geht also, meine Damen und Herren, wenn man es nur will!

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich kann Ihnen auch ein Beispiel erzählen, als vor Jahren der neue Chefeinkäufer von Tchibo Non Food wie zufällig nach Bangladesch gefahren ist und es ihm fast die Socken ausgezogen hat, unter welchen Bedingungen dort produziert wird. Wer aufmerksam durch die Geschäfte geht, hat gemerkt, Tchibo hat seine Produktion umgestellt. Die sind aufgewacht und haben gesagt, wir machen nicht mehr mit. Es geht also, meine Damen und Herren, wenn man genau hinsieht!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Nun kommen wir mal zur von Ihnen allen immer wieder erwähnten Firma Nestlé. Nestlé hat auch eine große Süßigkeitenbranche. Ich würde Ihnen ganz gerne etwas über die KitKat-Fabrik in Großbritannien erzählen. Auch dort gab es einen neuen Manager und der sollte nach Äthiopien fahren und Kakao einkaufen. Was er dort gesehen hat auf diesen Kakaoplantagen, hat ihm die Empörung so sehr in sein Herz getrieben, dass er gefilmt hat. Er ist mit diesem Film von Kindern zwischen 5 und 14 Jahren, die dort auf den Plantagen gearbeitet haben,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das habe ich mir auch schon angeguckt.
Ich hatte nicht diesen Eindruck.)

in die KitKat-Fabrik gefahren

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und hat das den Arbeiterinnen und Arbeitern gezeigt. Dann haben diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür gesorgt, dass Nestlé Großbritannien die Produktionsbedingungen für KitKat ändert. In Großbritannien gibt es tatsächlich KitKat mit fairerem Kakao. Es geht, meine Damen und Herren!

(Torsten Renz, CDU: Habe ich
recherchiert, habe ich auch gelesen.)

Wir brauchen kritische Konsumentinnen und Konsumenten, dann kann es auch funktionieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Herr Caffier ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Larisch, gestatten Sie eine Zwischenfrage ...

Karen Larisch, DIE LINKE: Nein.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... des Fraktionsvorsitzenden der AfD ...

Karen Larisch, DIE LINKE: Nein.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Herrn Kramer?

Karen Larisch, DIE LINKE: Später vielleicht.

(allgemeine Unruhe)

Herr Caffier, darf ich Sie fragen, wer eigentlich die Bundesregierung stellt, die dieses ganze Geld verteilt?

Herr Fernandes,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Herr de Jesus Fernandes und Herr Förster, Sie ... Also ich bin total empört, womit Sie dies hier alles in Verbindung bringen,

(Torsten Renz, CDU: Na weil der Antrag mit
den Reden nichts zu tun hat, Frau Larisch.)

mit einer Bevölkerungsexplosion, die stattfindet, mit vielen Kindern. Ich werde Ihnen mal sagen, es ist allseits bekannt, dass Udo Lindenberg für mich so ein kleiner Held ist. Wissen Sie, der hatte ein Lied, das genau über diese Bedingungen redet. Da geht es um einen kleinen Jungen, der seine Mutter fragt. Da fragt er: „Und was ist mit dem Papst?“ und Mutter sagt: „Durch sein Pillenverbot kommen Babys zur Welt, obwohl man weiß, dass sie gleich wieder sterben müssen.“ Zitatende.

(Egbert Liskow, CDU: Zur Sache!)

In meiner Einbringungsrede habe ich nun versucht, Sie für die Verantwortung Deutschlands

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und Mecklenburg-Vorpommerns,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Über England
und den Papst zu den Fluchtursachen!)

für das Entstehen und für die Verschärfung von Fluchtursachen zu sensibilisieren. Da die Wiederholung die Mutter der Weisheit sein soll und Richtiges durch Wiederholung nicht falsch wird, Falsches jedoch durch Wiederholung nicht richtig, will ich meine Argumentation noch einmal bekräftigen.

(Torsten Renz, CDU:
Dagegen hat ja auch keiner was,
aber Sie müssen zum Antrag sprechen.)

Und Sie sagen mir, an welcher Stelle sie aus Ihrer Sicht nicht stimmt oder nicht schlüssig ist.

Die Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, was von einigen hier ja sehr stark beklagt wird, fliehen vor Hunger, Krieg, Epidemien und Verfolgung. Nur circa 1,6 Prozent von ihnen kommen derzeit nach Europa.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Gott sei Dank!)

Mehr als 98 Prozent sind Binnenflüchtlinge und werden in Nachbarländern aufgenommen. Hunger, Krieg, Krankheit und Verfolgung haben ihre Ursachen auch darin, dass Deutschland Waffen in alle Welt liefert, auch in Krisenregionen und an Krieg führende Staaten. Das haben Sie alle bestätigt. Deutschland muss sich vom Waffenhandel verabschieden

(Zuruf aus dem Plenum:
Warum denn?)

und stattdessen mehr in die Entwicklungshilfe investieren, also in den friedlichen Aufbau wirtschaftlicher und sozialer Infrastrukturen. Stattdessen hat die Bundesrepublik Deutschland 45 Jahre lang die Verpflichtung der UN-Vollversammlung missachtet, wonach von 1971 an 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens, kurz BNE, für Entwicklungshilfe bereitgestellt werden sollten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Im Jahr 2004 betrug die Quote Deutschlands 0,28 Prozent,

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

im Jahre 2011 betrug sie 0,39 Prozent. Sie ist also ein wenig gestiegen. Erstmals und einmalig erreichte Deutschland die 0,7-Prozent-Quote im Jahre 2016, und das auch nur, weil die Kosten für die Flüchtlingshilfe in Deutschland dazugezählt werden können. Ohne die Anrechnung der Kosten im eigenen Land hätte die Quote 0,52 Prozent betragen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Schon ein Jahr später, also 2017, sank Deutschlands ODA-Quote insgesamt auf 0,66 Prozent, weil eben die Ausgaben für die Geflüchteten in Deutschland gesunken sind. Die von CDU, CSU und SPD in Aussicht gestellten

zusätzlichen Mittel reichen nicht aus, um das weitere Absinken des Entwicklungshilfebeitrages der Bundesrepublik Deutschland zu stoppen. Die Entwicklungshilfeorganisation ONE vermutet, dass Olaf Scholz als neuer Bundesfinanzminister der SPD im Kabinett ein Zeichen setzen will.

(Lorenz Caffier, CDU: Können
Sie noch mal zum Antrag reden?)

In meinen Augen allerdings will er sich einen Namen als Sparkommissar machen und schadet der SPD durch Wortbruch und eine inhumane und -soziale Entwicklungshilfepolitik erneut.

(Torsten Renz, CDU:
Siehste, Olaf Scholz wieder!)

Neben dieser in ihrer Kurzsichtigkeit

(Egbert Liskow, CDU: Antrag!)

nicht zu überbietenden jahrelangen ...

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Larisch! Einen Moment!

Es kommen jetzt aus dem Plenum verschiedentlich Rufe, dass hier nicht zum Antrag gesprochen wird. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Redner selber festgestellt haben, dass der Antrag so gefasst ist, dass man den Inhalt nicht genau definieren kann. Von daher können Sie jetzt auch nicht verlangen, dass hier zu irgendetwas, was Sie selber nicht definieren können, nicht definitiv gesprochen wird.

(Heiterkeit und Beifall
vonseiten der Fraktion der CDU)

Von daher bitte ich doch jetzt ...

Karen Larisch, DIE LINKE: Die Zeit läuft weiter.

(Jochen Schulte, SPD: Frau Präsidentin,
können Sie mir das noch mal erklären?
Das habe ich jetzt nicht verstanden. –
allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich will jetzt auch nicht erklären, was Zwischenrufe oder Kommentare meiner Erläuterungen hier angeht, ich will bloß argumentieren, dass ich schon den Redebeitrag daraufhin prüfe, ob er noch zur Sache ist. Bis jetzt kann ich einen Zusammenhang noch erkennen. Da die Äußerungen im Vorfeld so waren, wie sie waren, und ich versucht habe zu erklären, wie Sie bewertet haben, und von daher ein Sachruf gar nicht infrage kommen kann, bitte ich doch jetzt, bis zum Ende der Rede von Frau Larisch – so sie nicht völlig abweicht von dem Antrag – von Aufrufen, zur Sache zu reden, abzusehen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Oh, nach über drei Stunden gibt
uns die Ministerpräsidentin die Ehre!)

So, jetzt bin ich so weit. Ich hoffe, dass wir auch die Zeit gestoppt haben.

Ich erlaube mir jetzt noch mal, die Frage zu stellen, ob Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden Herrn Kramer gestatten.

Karen Larisch, DIE LINKE: Nein, am Ende. Ich habe noch ein paar Blätter.

(Horst Förster, AfD: Vielleicht später.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sie können fortfahren, Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Ich wiederhole es noch einmal: Neben dieser in ihrer Kurzsichtigkeit nicht zu überbietenden jahrelangen Politik der unterlassenen Hilfeleistung gibt es noch eine weitere Ursache, die zu den Hungerkatastrophen und einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern beiträgt. Ich denke da an die weltweit agierenden Unternehmen der internationalen Konzerne. Das haben Sie tatsächlich richtig herausgehört. Zum einen beuten sie rücksichtslos die Rohstoffe aus, einschließlich des vorhandenen Grundwassers, zum anderen beuten sie die Menschen aus und machen auch nicht vor Kinderarbeit halt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Beispiele für diese mehrfache Ausbeutung haben Sie allerdings verkürzt. Und nein, es geht uns nicht ausschließlich um Nestlé, es geht uns auch um Bayer/Monsanto, um KiK, um C&A, um H&M, um Primark und um Adidas.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf aus dem Plenum:
Adidas auch?)

In Ostafrika herrscht zurzeit die schlimmste Dürre seit fünf Jahrzehnten.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Die anhaltende Dürreperiode führt zu dramatischen Ernteausfällen. In Äthiopien haben 42 Millionen Menschen keinen Zugang zu sicherem Wasser. Genau das sagt das Eine-Welt-Landesnetzwerk. 20 Millionen Menschen sind akut in ihrer Existenz bedroht,

(Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

gleichzeitig kauft aber jetzt zum Beispiel der Nestlé-Konzern weltweit weiter Wasserrechte, in Äthiopien zum Beispiel, pumpt dort stündlich 50.000 Liter Grundwasser ab und verkauft dieses Leitungswasser in Flaschen als Tafelwasser.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Dr. Gunter Jess, AfD)

Die EU hat ihr Versprechen nicht eingehalten,

(Horst Förster, AfD:
Wer hat denn das genehmigt?
Wer hat denn das genehmigt?)

Nestlé hat gerade sämtliche Wasserrechte in Pakistan bekommen. Wissen Sie, was das heißt? In Pakistan sind so viele Binnenflüchtlinge aus Afghanistan,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

die alle wieder zurückgehen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Auch aus unserem Bundesland gehen Soldatinnen und Soldaten nach Afghanistan. Deshalb hat das etwas mit unserem Bundesland zu tun.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ja, die Staatskanzlei unterstützt die Fachtagung der IHK Schwerin und des Eine-Welt-Netzwerkes in Mecklenburg-Vorpommern,

(Vincent Kokert, CDU:
Das ist doch schön, Mensch!)

die am 3. Juli hier in Schwerin unter dem Motto „Mecklenburg-Vorpommern kauft fair“ stattfindet. Dass M-V fair einkauft, das ist aber noch nicht der Fall.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Denn die Hansestadt Rostock wurde 2013 als faire Stadt ausgezeichnet: Was ist denn davon geblieben in diesem Bundesland? Nichts ist geblieben. Sagen Sie mir eine Stadt, die weiterhin dieses Label verdienen möchte! Parchim bewirbt sich gerade darum.

(Egbert Liskow, CDU: Ich nicht!)

Sie möchten das nicht. Aha!

Ich stimme nicht in vielen Punkten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel überein,

(Vincent Kokert, CDU: Das macht mir Angst.)

aber ihrer Feststellung stimme ich zu, als sie heute im Bundestag erklärte, ich zitiere: „Europa hat viele Herausforderungen, aber die mit der Migration könnte zu einer Schicksalsfrage ... werden.“ Zitatende.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich möchte ergänzen, dass die wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ländern damit zusammenhängt und wesentlich darüber entscheidet, ob wir die Herausforderung Migration bewältigen, und zwar auch in unserem Bundesland.

Jetzt möchte ich Ihnen noch einmal erklären, was Mecklenburg-Vorpommern tun kann. Sie können alle – Fachministerinnen, Fachminister und die Ministerpräsidentin – Einfluss nehmen in den Konferenzen, Sie können Einfluss nehmen über den Bundesrat. Wir fordern die Erarbeitung von Kriterien für die Beschaffung von Produkten in den Behörden und nachgeordneten Einrichtungen. Wir fordern, dass Sie dieses gemeinsam mit dem Eine-Welt-Landesnetzwerk tun, und wir fordern eine langfristige Bildungskonzeption für Schulen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Larisch, gestatten Sie jetzt noch die Nachfrage ...

Karen Larisch, DIE LINKE: Ja, ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... des Fraktionsvorsitzenden?

Karen Larisch, DIE LINKE: Ja, ja. Entschuldigung.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Kollegin Larisch, vielen Dank, dass Sie jetzt im dritten Anlauf die Frage gestatten. Aber natürlich zu Recht, die Redezeit ist die Ihre.

Karen Larisch, DIE LINKE: Genau.

Nikolaus Kramer, AfD: Ich finde einige Aspekte, die Sie genannt haben, gerade über diese Firmen, Globalisierung und so, ...

(Zuruf vonseiten
der Fraktion DIE LINKE: Frage?!)

Karen Larisch, DIE LINKE: Frage?

Nikolaus Kramer, AfD: ... finde ich absolut richtig und korrekt.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Welche zum Beispiel?)

Dennoch sei die Frage gestattet: Finden Sie es nicht widersprüchlich, heute Abend zu Gast bei dem Schlossfest zu sein, wo Musik aus chinesischen Lautsprechern kommt und möglicherweise auch Produkte von Nestlé und andere Produkte wie auf der von Ihnen genannten Blacklist sich dort wiederfinden?

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Karen Larisch, DIE LINKE: Das ist widersprüchlich. Vielleicht passt genau deshalb dieser Antrag „Ein Jahr G 20“.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Hä?)

Wir haben draußen die Cafeteria, und ich weiß auch, was dort verkauft wird. Ich persönlich kaufe das nicht, darum halte ich das nicht für widersprüchlich.

Nikolaus Kramer, AfD: Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2253. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen.

(allgemeine Heiterkeit –
Thomas Schwarz, SPD:
Das habe ich gesehen!)

Einen Moment, wir sind in der Abstimmung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bitte noch um etwas Konzentration.

Ich frage also noch mal, wer möchte diesem Antrag zustimmen? –

(Thomas Schwarz, SPD:
Herr Lerche, zeigen Sie Flagge!)

Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2253 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 29. Juni 2018, 9.00 Uhr ein.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass ich Sie alle auf unserem Sommerfest um 18.00 Uhr erneut begrüßen darf, und dann hoffentlich mit guter Laune.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.27 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Holger Arppe, Sylvia Bretschneider, Harry Glawe, Sandro Hersel und Holger Kliewe.